

Die in „Wirtschaft und Gesellschaft“ veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Arbeiterkammer wieder.

- Redaktion: „Wirtschaft und Gesellschaft“ wird redaktionell von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien betreut:
Kai Biehl, Romana Brait, Franziska Disslbacher, Michael Ertl, Georg Feigl, Vera Glassner, Julia Hofmann, Pia Kranawetter, Markus Marterbauer, Michael Mesch, Reinhold Russinger, Matthias Schnetzer, Tobias Schweitzer, Thomas Zotter, Josef Zuckerstätter
- Redaktionelle Leitung: Markus Marterbauer
- Geschäftsführender Redakteur: Michael Mesch
- Redaktionssekretariat: Daniela Paraskevaidis (Tel. 01/501 65/12284, e-mail: daniela.paraskevaidis@akwien.at)
- Wissenschaftlicher Beirat: Joachim Becker (WU Wien), René Böheim (Univ. Linz), Jörg Flecker (Univ. Wien), Eckhard Hein (HWR Berlin), Arne Heise (Univ. Hamburg), Jakob Kapeller (Univ. Duisburg-Essen), John King (LaTrobe Univ., Melbourne), Bernhard Kittel (Univ. Wien), Heinz Kurz (Univ. Graz), Özlem Onaran (Univ. Greenwich, London), Susanne Pernicka (Univ. Linz), Miriam Rehm (Univ. Duisburg-Essen), Waltraud Schelkle (London School of Economics), Engelbert Stockhammer (King's College, London), Achim Truger (Univ. Duisburg-Essen, Sachverständigenrat), Till van Treeck (Univ. Duisburg-Essen), Rudolf Winter-Ebmer (Univ. Linz)
- Redaktionsbeirat: Helfried Bauer, Felix Butschek, Günther Chaloupek, Peter Fleissner, Wilhelmine Goldmann, Oskar Grünwald, Heinz Kienzl, Thomas Lachs, Ferdinand Lacina, Werner Muhm, Ewald Nowotny, Herbert Ostleitner, Claus J. Raidl, Hans Reithofer, Gerhard Schwödiauer, Hannes Swoboda, Julian Uher, Hans Wehsely, Karlheinz Wolff, Heinz Zourek
- Medieninhaber: LexisNexis Verlag ARD ORAC GmbH & Co KG, A-1030 Wien, Marxergasse 25, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140
e-mail: verlag@lexisnexis.at
- Herausgeber und Redaktion: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Tel. 01/501 65/12283
- Hersteller: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, A-3580 Horn, Wiener Straße 80, Tel: (02982) 4161-0, Fax: (02982) 4161-268
e-mail: druckerei.office@berger.at
- Preise: Einzelnummer € 12,50; Jahresabonnement € 39,- (inkl. Auslandsversand € 64,-); ermäßigtes Studenten-Jahresabonnement (bei Bekanntgabe einer gültigen ÖH-Kundennummer) € 19,90 (alle Preise inkl. MwSt).

Bei unverlangten eingesandten Manuskripten wird keine Gewähr übernommen. Unverlangt eingesandte Besprechensexemplare werden nicht zurückgegeben.

„Wirtschaft und Gesellschaft“ hat eine Rubrik „Begutachtete Artikel“.

„Wirtschaft und Gesellschaft“ im Internet:

<https://wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/WirtschaftundGesellschaft/index.html>

und

<https://wug.akwien.at/>

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

45. Jahrgang (2019), Heft 2

Inhalt

Editorial

Kurswechsel nach verlorenem Jahrzehnt:

Plädoyer für eine progressive europäische Wirtschaftspolitik 167

Begutachtete Artikel

Georg Kanitsar

Segmented Labor Markets – Segmented Solidarities?

The Effect of Labor Market Insecurity on Social Cohesion 179

Patrick Mokre

Ausnahmestand Geringverdienst? Ursachen der

Beschäftigungsverhältnisse unter der Steuergrenze 203

Lukas Tockner

Kostendeckende Miete: Was heißt das? 229

Weitere Hauptartikel

Silke van Dyk

Die soziale Frage und die Wiederentdeckung

der Gemeinschaft. Das Erstarken der Neuen Rechten

in Zeiten des Community-Kapitalismus 249

Alois Guger

Josef Steindls Manuskripte zur Wirtschaftspolitik der Nachkriegsjahre 277

Josef Steindl

Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit 288

Die Strukturen der österreichischen Wirtschaft nach dem Krieg 291

Das Budget 294

Neue Verbrauchsteuern – heißt das Preisstabilisierung? 297

Bücher

Ashoka Mody, Euro Tragedy. A Drama in Nine Acts

(Markus Marterbauer) 301

Stephan Schulmeister, Der Weg zur Prosperität (Matthias Schnetzer) 307

Dani Rodrik, Straight Talk on Trade: Ideas for a

Sane World Economy (Oliver Prausmüller) 312

Patrizio Bianchi, Sandrine Labory, Industrial Policy for the Manufacturing Revolution – Perspectives on Digital Globalisation (Roland Lang, Miron Passweg)	316
Michael Hartmann, Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden (Lukas Hofstätter)	320
Helga Kromp-Kolb, Herbert Formayer, +2 Grad: Warum wir uns für die Rettung der Welt erwärmen sollten (Michael Soder)	323
Steven Beller, The Habsburg Monarchy 1815-1918 (Martin Mailberg)	327

Unsere AutorInnen:

Alois Guger ist Emeritus Consultant des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo) in Wien.

Georg Kanitsar ist Universitätsassistent am Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Patrick Mokre ist Dissertant im Economics Department der New School for Social Research in New York.

Josef Steindl (1912-1993) war bis 1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo) in Wien. Der postkeynesianische Theoretiker und empirische Wirtschaftsforscher zählt zu den bedeutendsten österreichischen Ökonomen des 20. Jahrhunderts.

Lukas Tockner ist Mitarbeiter der Abteilung Kommunalpolitik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Silke van Dyk ist Professorin für Politische Soziologie am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Editorial

Kurswechsel nach verlorenem Jahrzehnt: Plädoyer für eine progressive europäische Wirtschaftspolitik

Die Finanzkrise 2008 führte zu einer anhaltenden Krise der europäischen Wirtschaft und schließlich auch des politischen Systems in Europa. Die neoliberal geprägte Wirtschaftspolitik der Europäischen Union verschärfte die Krise und bleibt umfassende Lösungen bis heute schuldig: Ein hohes Niveau an Arbeitslosigkeit, Abbau sozialstaatlicher Leistungen, Druck auf Löhne und Kollektivvertragssysteme, ein großer Niedriglohnsektor, prekäre Arbeitsverhältnisse sowie beträchtliche Disparitäten zwischen Mitgliedstaaten und Regionen prägen die Europäische Union nach wie vor. Im Rahmen der politischen Bewältigung der Finanzkrise und ihrer verheerenden Folgen ist in einigen Politikfeldern auch Fortschritt erkennbar. Die Einführung der Europäischen Säule sozialer Rechte und der Jugendgarantie können als erste Schritte hin zu einem sozialeren Europa angesehen werden, die allerdings entschlossener fortgeführt werden müssen. Die Europäische Union braucht eine Neuausrichtung, welche die soziale und ökologische Transformation in den Mittelpunkt rückt.

Ein verlorenes Jahrzehnt

Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 zeigte die eklatanten Konstruktionsschwächen der Währungsunion mit ihren heterogenen Volkswirtschaften auf. Erhebliche Ungleichgewichte bei der Leistungsbilanz bestanden schon vor der großen Krise, denn der Währungsunion mangelt es an Instrumenten für eine koordinierte und ausgleichende Fiskal- und Einkommenspolitik. Die gemeinsame Geldpolitik, in der Preisstabilität Vorrang gegenüber Beschäftigung hat, ist nicht ausreichend in der Lage, auf unterschiedliche ökonomische Entwicklungen im Sinne gesamtwirtschaftlicher Prosperität zu reagieren.

Die langsame ökonomische Erholung seit der Großen Rezession sowie die in einigen Staaten anhaltende soziale Krise und aufklaffende wirtschaftliche und soziale Divergenzen zwischen den Ländern hängen eng mit der – weil rein angebotsseitig konzipierten – verfehlten Bekämpfung der ökonomischen Krise zusammen. Nach der Umdeutung der von den Finanzmärkten ausgehenden Wirtschaftskrise in eine

Staatsschuldenkrise wurde 2011/12 insbesondere in den krisengeschüttelten Volkswirtschaften eine harte Austeritätspolitik durchgesetzt, die als einzig möglichen Lösungsweg eine Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch interne Abwertung und strikte Budgetbeschränkungen präsentierte und die Nachfrageseite der Wirtschaft völlig außer Acht ließ. Dieser kontraproduktive Ansatz hat die ökonomische Krise verstärkt, ein Wirken der automatischen Stabilisatoren abgeschwächt und die Staatsverschuldung bis 2014 noch weiter erhöht. In Griechenland und Spanien kam es zu besonders harten Einschnitten, indem eine rigide Kürzungsagenda bei den Sozialleistungen durchgesetzt wurde. Als Fazit bleibt, dass die Austeritätspolitik nicht einmal ihre eigenen Ziele erreichte und zugleich zu einer neuerlichen Rezession und einer Verschärfung sozialer Ungleichheit führte.

Erst in den letzten Jahren stabilisierte sich die wirtschaftliche Entwicklung – auch wegen einer merklichen Flexibilisierung der Fiskalregeln unter der Juncker-Kommission. Die durchschnittliche jährliche reale Wachstumsrate des BIP der EU-27 betrug zwischen 2014 und 2018 2,1%. Die soziale Krise ist aber längst nicht überwunden. Die letzten zehn Jahre müssen daher in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht für große Teile der europäischen Bevölkerung als verlorenes Jahrzehnt bezeichnet werden.

Das verfügbare Medianeinkommen (kaufkraftbereinigt) liegt heute in der EU-27 kaum höher als vor zehn Jahren, und in einigen Ländern gab es sogar dramatische Einbrüche – wie etwa in Griechenland. Das EU-2020-Ziel sieht für den Zeitraum 2008 bis 2020 eine Verringerung der Zahl der von Armut oder von sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen um 20 Mio. vor. Dieses Ziel wird weit verfehlt werden, denn zwischen 2017 und 2020 müsste der Kreis der von Armut Betroffenen um 16 Mio. Personen verringert werden, um es noch zu erreichen. In der Krise rückte die Armutsbekämpfung aus dem Blickfeld und wurde durch die verordnete Kürzung von Sozialleistungen konterkariert.

2018 waren in der EU rund 17 Mio. Menschen arbeitslos – das Ziel der Vollbeschäftigung liegt also in weiter Ferne. Die Arbeitslosenquote liegt trotz ihres starken Rückgangs seit 2013 in der Eurozone noch immer leicht über dem Vorkrisenniveau. In der EU-28 wurde zwar das Vorkrisenniveau 2018 mit einer Quote von 6,8% der Erwerbspersonen leicht unterschritten, aber die Unterbeschäftigung – also Personen, die im Rahmen ihrer Anstellung mehr Stunden arbeiten wollen oder die es aufgegeben haben, eine Stelle zu suchen – ist nach wie vor höher als vor der Krise. Dass die Staaten der Eurozone schlechter abschneiden als die EU-28 insgesamt, liegt auch am engen Korsett der Währungsunion. Vor allem in den von der Austerität besonders hart getroffenen südlichen Euroländern befinden sich die Arbeitslosenquoten deutlich

über dem Niveau vor der Krise. So beträgt die Arbeitslosigkeit in Griechenland noch immer fast 20% und die Jugendarbeitslosigkeit (unter 25 Jahre) 40% der Erwerbspersonen. Die hohe Arbeitslosigkeit ist nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch problematisch, da sie die Nachfrage eindämmt und die öffentlichen Finanzen belastet.

Durch den Anstieg der Beschäftigung zwischen 2007 und 2018 um fast 8 Mio. Personen sind 6,7 Mio. Frauen und 1,2 Mio. Männer zusätzlich erwerbstätig. Diese positive Entwicklung wird von der Kommission betont. Sie ging allerdings mit einer Zunahme von gering bezahlten und irregulären Beschäftigungsverhältnissen einher. Seit den 2000er-Jahren und infolge der Krise wurden in mehreren Mitgliedstaaten die Unterstützungsleistungen für Arbeitslose gekürzt, obwohl diese entscheidend für eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung sind. In der Eurozone waren 2017 11,5% der Erwerbstätigen trotz Beschäftigung armutsgefährdet (d. h. sie hatten ein Einkommen unter 60% des Medianeinkommens), 2007 waren es 10,3%. Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützungsleistungen wird vom ökonomischen *Mainstream* vorangetrieben, weil dadurch Arbeitslose animiert werden sollen, eine Beschäftigung anzunehmen. Dies blendet einerseits die vielfältigen Gründe für Arbeitslosigkeit aus und erhöht andererseits die Unsicherheit der KonsumentInnen, was die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dämpft.

Soziale Initiativen:

Jugendgarantie und Europäische Säule sozialer Rechte

Finanzkrise und vermeintliche Krisenbekämpfung führten zu einer dramatischen sozialen Schieflage. Dies veranlasste die EU-Politik einzugreifen. Die Jugendgarantie und die Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) waren der Versuch, korrigierend zu wirken. Doch das Ausmaß der Intervention blieb vor allem finanziell bescheiden.

Aufgrund der europaweit hohen Jugendarbeitslosigkeit, die 2013 ihren bisher traurigen Höhepunkt von beinahe einem Viertel (24%) aller Jugendlichen erreichte, führte die EU unter anderem auf österreichische Initiative die sog. Jugendgarantie (Youth Employment Initiative, YEI) ein. Diese Maßnahme stellt bisher das umfangreichste konkrete Programm im Rahmen der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik dar und verfolgt das Ziel, allen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach einem Arbeitsplatzverlust oder nach Beendigung der Schule einen hochwertigen Arbeits- oder Ausbildungsplatz anzubieten. Grundsätzlich sollten neben den Arbeit Suchenden auch jene Jugendlichen berücksichtigt werden, die sich in keiner Ausbildung

befinden. Die Initiative hat aber auch Schwächen: Die Mittelausstattung liegt mit insgesamt 8,8 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2014 bis 2020 deutlich hinter dem von ILO und Eurofound errechneten Bedarf von zumindest 45 Mrd. Euro pro Jahr. Hinzu kam eine verzögerte Einführung. Die Jugendgarantie muss zukünftig mit deutlich mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um allen jungen Menschen eine Perspektive bieten zu können.¹

Die Einführung der ESSR im November 2017 zielte auf ein sozialeres Europa ab. Ihre drei Kernbereiche „Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang“, „Faire Arbeitsbedingungen“ und „Sozialschutz und soziale Inklusion“ bestehen aus insgesamt 20 Grundsätzen, wobei die Überwachung anhand eines sozialpolitischen *Scoreboard* unterstützt wird. Die Implementierung in das Europäische Semester zur wirtschaftspolitischen Koordinierung ist jedoch mangelhaft und zeigt die geringe Priorität gegenüber fiskalischen Zielen. Die Europäische Arbeitsbehörde (European Labour Authority, ELA) soll zukünftig dafür sorgen, dass die ESSR für alle Arbeitskräfte innerhalb der EU eingehalten wird. Zudem ist sie ein wichtiger Schritt, um Lohn- und Sozialdumping einzudämmen. Allerdings wird sie bis zu ihrer vollen Funktionsfähigkeit im Jahr 2024 mit insgesamt lediglich 140 MitarbeiterInnen ausgestattet sein. Angesichts der großen Herausforderungen in diesem Bereich ist eine Ausweitung der Interventionsmöglichkeiten und auch der personellen Ressourcen dringend geboten. Trotz der Einsicht der EU-Kommission, dass ein „faires und sozialeres Europa essentiell ist in der Gestaltung der Zukunft der Union“,² steht die soziale Säule noch auf einem brüchigen Fundament. Das entsprechende Dokument ist inhaltlich sehr allgemein formuliert und rechtlich unverbindlich. Zudem beinhaltet es destabilisierende Elemente wie die Forderung nach einer „notwendigen Flexibilität für Arbeitgeber“, die einem progressiven Verständnis von Arbeitsmarktpolitik entgegensteht.³

Die ESSR sowie die Jugendgarantie haben grundsätzlich das Potenzial, sozialen Fortschritt in der Europäischen Union voranzubringen. Um dies zu bewerkstelligen, ist eine deutlich höhere Mittelausstattung unerlässlich.

Reform der Eurozone - wenige Fortschritte

Nach einer ersten Reformoffensive unmittelbar nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise, die vor allem die schädliche Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts beinhaltete, versuchte die Juncker-Kommission 2015 ein neuerliches WWU-Reformpaket in Gang zu setzen. Die Maßnahmen im Bereich der Banken- und Kapitalmarkt-

union verdeutlichen, dass die Währungsunion nicht auf die nächste Krise vorbereitet ist.

Bei der Bankenunion, mit der eine gemeinsame Regulierung und Aufsicht erreicht wurde, konnten zwar Fortschritte erzielt und dadurch die Stabilität des Bankensystems erhöht werden. Insbesondere gab es auch (ausbaufähige) Verbesserungen hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung von Banken, hinsichtlich des *Moral-Hazard*-Problems durch die vereinheitlichten Bankenrestrukturierungs- und Abwicklungsregeln und hinsichtlich einer Erwartungsstabilisierung durch gemeinsame Regeln bei der Einlagensicherung. Aber es bleiben bei der Bankenunion zwei wesentliche Lücken bestehen: weder wurde mit einer Bankenstrukturreform das Geschäftsbanken- vom Investmentbankrisiko getrennt, noch gab es Fortschritte bei der Regulierung des Schattenbanksystems, die durch das vermehrte Wachstum von *FinTechs* (Nichtbanken-Unternehmen, oft *Start-ups* aus der IKT-Branche, die einzelne Bankdienstleistungen und/oder -funktionen übernehmen) immer dringlicher wird.

Demgegenüber erscheint die Kapitalmarktunion bereits von der Konstruktion her als eher fragwürdig: Schon bei der Fragestellung und Motivation ist der Blick auf die Ursachen für die Investitionsschwäche nach der Finanzkrise auf die Angebotsseite beschränkt: Unter völliger Vernachlässigung der Umsatzerwartungen der Unternehmen fokussieren die Treiber der Kapitalmarktunion auf die Finanzierungsseite, obwohl mittlerweile quer durch den Euroraum Unternehmen den Zugang zu Finanzierungsmitteln als das geringste Problem identifizieren. Auch kennt die Kapitalmarktunion keine zentralen Säulen wie die Bankenunion. Vielmehr stellt sie einen Mantel dar, unter dem die verschiedensten, nicht immer aufeinander abgestimmten Initiativen vorangetrieben werden sollen.

Darüber hinaus wird konstatiert, dass die Kapitalmobilität in der Eurozone geringer sei als in den USA, ohne hinzuzufügen, dass die Probleme der Kosten der Informationsbeschaffung und die Probleme der Informationsasymmetrie in der Eurozone wesentlich größer sind als in den USA, weil Steuer- und damit verbundene Bilanzierungsrechte nicht einheitlich sind. Statt grenzüberschreitende Finanzierung über den Abbau dieser Informationsprobleme zu erleichtern, setzt der Aktionsplan der Kapitalmarktunion auf die Verbriefung und Verpackung von sowie den Handel mit Krediten an Klein- und Mittelbetriebe. Damit sollen genau jene Finanzierungsmodelle wiederbelebt werden, die nicht unwesentlich zur Krise beigetragen haben: Die Prüfung und die Tragung des Kreditrisikos fallen auseinander, Informationsasymmetrie und Probleme adverser Anreize werden verschärft. Solange es keine harmonisierte Aufsicht und Regulierung über Kapitalmärkte, keine einheitlichen Ansätze in den Bemessungsgrundlagen für die Körper-

schaftssteuer, verbunden mit Mindeststeuersätzen, und kein harmonisiertes Insolvenzrecht gibt, wird es in der Eurozone immer höhere Kosten der Informationsbeschaffung, ein größeres Problem hinsichtlich Informationsasymmetrie und damit Hürden für die effiziente grenzüberschreitende Finanzierung geben. Solange dies der Fall ist, wird die Kapitalmarktunion nur ein Mantel für ein angebotsseitiges Wunsch-Dir-Was der unterschiedlichen Branchen und Akteure bleiben.

Im Fünf-Präsidenten-Papier zur Reform der Eurozone aus dem Jahr 2015 war eine eigene Fiskalkapazität und damit eine makroökonomische Stabilisierung vorgesehen, um auf negative Schocks in Mitgliedstaaten reagieren zu können. Derzeit sind im gültigen EU-Finanzrahmen mit einem Gesamtvolumen von etwa 1% des EU-BIP keine Mittel für diesen Zweck eingeplant. Der Vorschlag Emmanuel Macrons von 2017 ging deutlich weiter und sah ein eigenes Eurozonen-Budget mit einem Volumen von 3 bis 4% des BIP und einen eigenen Finanzminister vor. Darüber hinaus wollte Macron die Konvergenz der Staaten der Eurozone vorantreiben. Mangels Unterstützung anderer Mitgliedstaaten blieb von diesen Vorschlägen so gut wie nichts übrig.

Lediglich einer der problematischen Punkte – ein Topf zur Unterstützung von (angebotsseitigen) Strukturreformen im Rahmen des EU-Budgets – bleibt auf der Agenda. Schlimmstenfalls werden dann – aus den überwiegend von ArbeitnehmerInnen finanzierten EU-Beiträgen – Maßnahmen gefördert, die unter dem Banner der Wettbewerbsfähigkeit Arbeitsrechts- und Sozialabbau bewirken könnten. Achim Truger und Daniel Seikel⁴ halten eine tiefgreifende Reform der fiskalischen *Governance* für politisch unrealistisch, da die nördlichen Länder der Eurozone einen neoklassisch-ordnungspolitischen und die südlichen Länder einen keynesianischen Ansatz verfolgen und diese Pattstellung nicht aufgelöst werden kann. Sie appellieren daher, mögliche Spielräume im vorhandenen fiskalpolitischen Regelwerk auszunutzen, da dies die einzige Möglichkeit ist, den Euro im Krisenfall vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Europa braucht eine progressive Vision

Der Ausgang des Austrittsreferendums in Großbritannien 2016 war ein Weckruf⁵ für die europäischen Eliten, für die das *Leave*-Votum völlig überraschend kam. Voraussichtlich wird erstmals ein Mitgliedstaat die EU verlassen. Großbritannien ist mit einem Anteil von 15% am EU-BIP die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU. Der Ausgang des Referendums hängt u. a. mit einer tiefen gesellschaftlichen Spaltung in Großbritannien zusammen, die auch sinnbildlich für jene in der EU steht. Direkt

nach dem Austrittsvotum erklärte Kommissionspräsident Juncker, dass die EU näher an die BürgerInnen herantreten und stärker für soziale Themen eintreten müsse. Angesichts der bisher gesetzten Maßnahmen fehlt es den formulierten Absichten jedoch an Glaubwürdigkeit, was nicht ohne Folgen für die politische Situation in vielen Ländern bleibt. Die *Anti-Establishment*-Stimmung der BürgerInnen schlug sich bei den Europawahlen im Mai 2019 in Zugewinnen der Rechtsaußenfraktion (ENF) nieder, allerdings weniger stark als erwartet. Rechte Parteien setzen auf eine Spaltung von gesellschaftlichen Gruppen, die gemeinsame Interessen haben. Armutsbekämpfung, existenzsichernde Mindestlöhne, Regulierungen für multinational agierende Konzerne oder die Trockenlegung von Steuersümpfen gehören hingegen nicht zu ihren politischen Prioritäten. Um soziale Themen ernsthaft zu forcieren, sind progressive Antworten erforderlich. Diese müssen eine Zukunftsvision im Interesse der breiten Mehrheit entwickeln und dabei die soziale und ökologische Transformation Europas in den Mittelpunkt rücken.

Progressive Sozial- und Arbeitsmarktpolitik für soziale Transformation

Europäische ArbeitnehmerInnen sind konfrontiert mit existenzieller Verunsicherung und Reallöhnen, die nicht mit dem Produktivitätswachstum mithalten. Diese Entwicklungen werden von den EU-Institutionen durch die Empfehlung neoliberaler Strukturreformen vorangetrieben, die auf den Abbau sozialstaatlicher Leistungen und die Schwächung von Gewerkschaften im Sinne preislicher Wettbewerbsfähigkeit abzielen. Eine soziale Union muss abkehren vom Pfad einseitiger neoliberaler Strukturreformen und das Ziel der Vollbeschäftigung in den Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik rücken. Großzügigere Arbeitslosenunterstützung in Kombination mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik hat nicht nur den Vorteil, dass die Betroffenen sich weniger existenzielle Sorgen machen müssen, sondern auch, dass sie mehr Zeit in die Arbeitsuche investieren, nicht jedes Niedriglohnangebot annehmen müssen, sich weiterbilden können und so schneller eine passende Stelle finden können. Erforderlich sind daher endlich europaweite soziale Mindeststandards für Versicherungsleistungen von Arbeitsuchenden. Diese könnten sich etwa – im Falle des Arbeitslosengeldes – auf die Nettoersatzrate, die Leistungsdauer, den Anspruch auf Weiterbildung und ähnliche Faktoren beziehen. Davon profitieren ArbeitnehmerInnen in Ländern mit niedrigen Standards.⁶ Gleichzeitig muss aber gewährleistet werden, dass bestehende, gut ausgebaute Sozialsysteme nicht ausgehöhlt werden. Neben der Versicherungsleistung im Falle der Ar-

beitslosigkeit sollte zudem eine angemessene bedarfsorientierte Mindestsicherung für alle EuropäerInnen zur Verfügung stehen. Die Europäische BürgerInneninitiative „Housing for all“ setzt auf bessere Rahmenbedingungen für leistbares und soziales Wohnen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung.⁷

Das Reallohnwachstum der Beschäftigten darf nicht mehr im Sinne einer einseitigen Exportorientierung hinter der Produktivität hinterherhinken. Seit Langem treten die europäischen Gewerkschaften für eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik ein, die sich jeweils an der Teuerung und am mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Wachstum der Arbeitsproduktivität orientiert.⁸ Eine Realisierung würde ein inklusives Wachstum für die 240 Mio. unselbstständig Beschäftigten in Europa und die Stärkung der Binnennachfrage ermöglichen. Institutionelle Voraussetzung dafür wäre u. a. ein weit höherer Deckungsgrad der Kollektivverträge. Eine produktivitätsorientierte und solidarische Lohnpolitik sowie ein hoher Erfassungsgrad der Kollektivverträge würden die Einkommensungleichheit reduzieren⁹ und zu einer Aufwärtskonvergenz unter den Mitgliedstaaten führen.

Neben der Stärkung der Sozialpartner sind eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie eine ausreichende Zahl an Arbeitsplätzen notwendig. Es gibt genügend gesellschaftlich notwendige Aufgaben, deren Wahrnehmung einen enormen Bedarf an Beschäftigung mit sich bringen würde. Der Ausbau sozialer Dienstleistungen wie Pflege- und Betreuungstätigkeiten, der ökologische Umbau der europäischen Wirtschaft und die Umverteilung des Arbeitsvolumens weisen ein enormes Arbeitsplatzpotenzial auf.

Einzelne Kollektivverträge – wie etwa in Deutschland oder Österreich – ermöglichen es ArbeitnehmerInnen, Lohnerhöhungen in Form von einer Reduktion der Arbeitszeiten zu erhalten. Gepaart mit individueller Inanspruchnahme (*Sabbaticals*, Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit etc.) tragen solche Schritte maßgeblich zum individuellen Wohlergehen bei, beugen arbeitsbelastungsbedingte Krankheiten vor und verteilen unbezahlte Arbeit (Kinderbetreuung, Haushaltsführung etc.) gleichmäßiger zwischen den Geschlechtern.¹⁰

Damit die soziale Transformation bewältigt werden kann, sind ausreichende finanzielle Mittel notwendig. Die konsequente Bekämpfung von Steuerflucht und -hinterziehung brächte den Mitgliedsstaaten viele Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen. Von Konzernen und Vermögenden finanzierte Lobbying-Organisationen nehmen derzeit eine zentrale Rolle in der Beratung von europäischen ExpertInnen-Kommissionen ein. Sie können ihre Partikularinteressen häufig durchsetzen und behindern progressive Maßnahmen im Sinne der Mehrheit

der Bevölkerung. Zu diesen gehören etwa die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer und einer einheitlichen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage in Verbindung mit Mindeststeuersätzen sowie der konsequente Ausbau von Steuern auf hohe Vermögen.

Stärkung öffentlicher Investitionen für eine ökologische Transformation

Die Europäische Union steht vor der enormen Aufgabe, einen großen Beitrag zur Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu leisten (Pariser Klimaabkommen).¹¹ Deshalb hat sie sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 40% (gegenüber dem Niveau von 1990) zu reduzieren und bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen. Die „Fridays for Future“-Demonstrationen bringen die Sorge der jungen Generation zum Ausdruck, dass die gegenwärtigen Anstrengungen bei Weitem nicht ausreichen, um die Erderhitzung in erträglichen Grenzen zu halten. Europa braucht daher koordinierte Klimaschutzinvestitionen in den Bereichen der Energiegewinnung und -verbreitung, der thermischen Sanierung, im öffentlichen Verkehr und der Elektromobilität, in Klimaforschung und vielen anderen Bereichen. Das derzeit niedrige Zinsniveau könnte dafür genutzt werden, diese Vorhaben mit sehr geringen Finanzierungskosten umzusetzen und die Kosten fair auf mehrere profitierende Generationen zu verteilen. Die Fiskalregeln hindern jedoch die Staaten daran, diese umfangreichen Investitionen im notwendigen Ausmaß zu tätigen. Die Einführung einer Goldenen Regel für öffentliche Investitionen stellt dabei das Mindestmaß dar.¹² Joseph Stiglitz,¹³ Ökonomie-Nobelpreisträger, und andere WirtschaftswissenschaftlerInnen regen an, die Sinnhaftigkeit dieser Regeln zu überdenken. Wesentlich ist auch, dass jene stärker in die Pflicht genommen werden, die maßgeblich zur Klimaerwärmung beitragen. Die steuerliche Förderung des Flugverkehrs in Europa muss beendet werden. Stattdessen sind umfassende Investitionen in das öffentliche Vermögen notwendig, wie etwa in den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsstrecken für europaweite Zugverbindungen. Ein gefördertes europäisches Zugticket für alle BürgerInnen könnte das Wirken der EU greifbarer machen und die Vorzüge des emissionsarmen Reisens in den Vordergrund stellen.

Strukturreformen zur Stabilisierung des Finanzmarktes notwendig

Die soziale und ökologische Transformation kann wesentlich von stabilen Finanzmärkten begleitet und unterstützt werden. Dafür fehlen aber noch wichtige Schritte: Eine Bankenstrukturreform sollte darauf abzielen, den Wertpapier-Eigenhandel von Banken zu beschränken oder sie dazu zu verpflichten, diese mit „eigenem“ Eigenkapital zu hinterlegen. Diese Reform würde das Investmentbankenrisiko vom Geschäftsbankenrisiko trennen und zur Sicherung der Stabilität am Finanzmarkt beitragen. Zudem muss der Hebel für die Fremdkapitalfinanzierung (Relation von Fremdkapital zu Eigenkapital) von Kreditinstituten insgesamt stärker beschränkt werden, weil in systemischen Krisen die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass die Risiken schlagartig in die gleiche Richtung laufen und dann das Diversifikationsargument nicht mehr greift. Die Vertiefung grenzüberschreitender Investitionen kann einen Beitrag zur Vertiefung der Union leisten. Dafür bedarf es aber einer einheitlichen Bemessungsgrundlage in Verbindung mit Mindeststeuersätzen, um bestehende Informationsasymmetrien abzubauen.

Fazit

Die wirtschaftliche und soziale Krise als Folge der Finanzkrise 2008 ist noch nicht überwunden. Viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union blicken auf ein verlorenes Jahrzehnt zurück. Hinzu kommen vielfältige politische Verwerfungen: Voraussichtlich wird mit Großbritannien erstmals ein Mitgliedstaat die Union verlassen. Trotz der vielen Schwächen in der Bewältigung der Krise gab es gerade in den letzten Jahren erste positive Initiativen hin zu einer sozialeren Union. Die Ausnutzung der Spielräume der Fiskalregeln und die Niedrigzinspolitik der EZB trugen zur wirtschaftlichen Erholung bei. Europa braucht aber deutlich mehr als das: Erforderlich sind eine progressive Vision, in der die soziale und ökologische Transformation der Wirtschaft im Mittelpunkt steht, begleitet von einem weitreichenden Kurswechsel in der Politik.

Die Redaktion

Anmerkungen

- ¹ Rautner, David; Völkerer, Petra; Hofbauer, Silvia, Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Problemlagen, Bewertung bestehender Initiativen und Handlungsoptionen, in: Soukup, Soukup (Hrsg.), Neoliberale Union oder Soziales Europa? Ansätze und Hinder-

- nisse für eine soziale Neuausrichtung der EU (= Sozialpolitik in Diskussion 20, Wien 2019) 86-97.
- ² Juncker, Jean-Claude, Rede am dreigliedrigen Sozialgipfel in Brüssel (18.10.2017).
 - ³ Soukup, Nikolai, Hindernisse und Perspektiven für eine soziale Neuausrichtung der EU, in: Soukup, Soukup (Hrsg.), Neoliberale Union oder Soziales Europa? Ansätze und Hindernisse für eine soziale Neuausrichtung der EU (= Sozialpolitik in Diskussion 20, Wien 2019) 10-32.
 - ⁴ Seikel, Daniel; Truger, Achim, Die blockierte Vollendung der Europäischen Währungsunion: Plädoyer für eine pragmatische Nutzung von fiskalischen Handlungsspielräumen, in: Wirtschaft und Gesellschaft 45/1 (2019) 3-12.
 - ⁵ Editorial, Der Brexit als Weckruf für einen Kurswechsel in Europa, in: Wirtschaft und Gesellschaft 42/3 (2016) 395-404.
 - ⁶ Deutscher Gewerkschaftsbund, Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Schaffung einer Fiskalkapazität für die Eurozone (Berlin 2019).
 - ⁷ <https://www.housingforall.eu/at/wohnen-mussleistbar-sein-fuer-alle/> (zuletzt abgerufen am 21.6.2019).
 - ⁸ Editorial, Eine produktivitätsorientierte und solidarische Lohnpolitik für die EU-Länder, in: Wirtschaft und Gesellschaft 44/2 (2018) 155-167.
 - ⁹ Siehe die Rezension von: Daniel Vaughan-Whitehead (Hrsg.), Reducing Inequalities in Europe. How Industrial Relations and Labour Policies Can Close the Gap, in: Wirtschaft und Gesellschaft 45/1 (2019) 129ff.
 - ¹⁰ Timbeau, Xavier; et al., The Imperative of Sustainability. Economic, social, environmental (independent Annual Sustainable Economy Survey (formerly iAGS) (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 186, Working-Paper-Reihe der AK Wien, Wien 2019) 7.
 - ¹¹ Siehe die Rezension von: Helga Kromp-Kolb, Herbert Formayer, +2 Grad: Warum wir uns für die Rettung der Welt erwärmen sollten, in diesem Heft.
 - ¹² Truger, Achim, Implementing the golden rule for public investment in Europe. Safeguarding public investment and supporting the recovery (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 138, Working Paper-Reihe der AK Wien, Wien 2015).
 - ¹³ Stiglitz, Joseph E.; et al., Rewriting the Rules of the European Economy (Brüssel 2019).

ÖGB VERLAG

www.oegbverlag.

e book
inside

Nationale Arbeitsbeziehungen und Lohnpolitik in der EU 2004-2014

Von der Tarifaufonomie zum EU-Interventionismus?

Mag. Dr. Markus Marterbauer (Hrsg.), Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Mag. Dr. Michael Mesch (Hrsg.), Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien und geschäftsführender Redakteur der Quartalszeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“

Mag. Josef Zuckerstätter (Hrsg.), Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien

Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien Band 18

438 Seiten / ÖGB-Verlag / 2015 / ISBN 978-3-99046-139-6 / EUR 29,90

Der Sammelband bietet einen Überblick über die nationalen Arbeitsbeziehungen und die Lohnpolitik in der EU vor und seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise. Er vereinigt Beiträge, die in den Jahren 2007 bis 2014 verfasst wurden. Kollektive Arbeitsbeziehungen (sozialer Dialog, Kollektivverträge auf der Branchenebene, betriebliche Interessenvertretung etc.) waren bis zum Einsetzen der Krise 2008/09 wichtige Merkmale der kontinentaleuropäischen, der nordeuropäischen und der mediterranen Kapitalismusvariante. Mit der schrittweisen Durchsetzung des Neoliberalismus unterlagen die Institutionen der kollektiven Arbeitsbeziehungen einer graduellen Erosion, wobei die nationalen Unterschiede sehr groß waren. Im Zuge der Krise verstärkte sich die neoliberale Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU, d. h. die Fokussierung auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch ausgabenorientierte Kürzungen, auf Verbesserung der preislichen Konkurrenzfähigkeit durch Senkung der Arbeitskosten und auf Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte.

Im Bereich der Lohnpolitik erfolgte ein Paradigmenwechsel, nämlich von der Akzeptanz der Tarifaufonomie hin zu einem EU-Interventionismus. Besonders betroffen von den Eingriffen in den nationalen Lohnpolitiken und den nationalen Kollektivverhandlungssystemen waren bislang die finanziell von der Troika unterstützten Krisenländer. Finanzdominierter Kapitalismus, neoliberale Wirtschaftspolitik der EU und die Krise haben die Machtressourcen der Gewerkschaften in all ihren Dimensionen weiter geschwächt. Revitalisierungsstrategien der Gewerkschaften setzen deshalb auf die Erneuerung und Stärkung ihrer organisatorischen und gesellschaftlichen Ressourcen.

BESTELLUNG IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21



BEGUTACHTETE ARTIKEL

**Segmented Labor Markets –
Segmented Solidarities?
The Effect of Labor Market Insecurity
on Social Cohesion**

Georg Kanitsar*

1. Introduction

In recent decades, the flexibilization of labor markets has intensified economic risks for workers in European societies.¹ In particular, the increase in precarious, contingent, and atypical labor and the unequal exposure to these employment forms across occupational groups proves to be a main challenge to the stability of welfare states.² However, employment insecurity has not only challenged the traditional institutions of the welfare state, it also poses substantial social risks. Workers exposed to labor market insecurity exhibit lower levels of life satisfaction, mental health, and physical health, show less engagement and productivity in the work place, and possess a distinctive set of political preferences.³ Although the personal, psychological, and economic implications of labor market vulnerability are well-documented, little is currently known about the ramifications for social cohesion.

This article sheds light on the impact of labor market insecurity on two main indicators of social cohesion: trust and solidarity. It builds upon recent work, which has identified a negative relationship between employment risks and generalized trust,⁴ and assesses the robustness of this finding with regard to three aspects. First, it tests whether the negative relationship extends to measurements of solidary concerns for the well-being of fellow members. Second, it probes whether the effect differs be-

* I thank one anonymous reviewer for helpful comments and suggestions. Additionally, I am grateful to Fabian Kalleitner for feedback on an earlier draft as well as to the participants of the Young Economists Conference 2018 for valuable input.

tween measures of global and local cohesion. Third, it examines in how far the effect is contingent on the decommodifying potential of the welfare state.

Conducting a multilevel analysis, the study utilizes data from the European Value Study (wave 2008) and the Labor Force Survey. The European Value Study provides items on generalized trust as well as items targeting the concern for the living conditions of others on a global scale, addressing large and encompassing collectives, as well as on a local scale, pertaining to the immediate surroundings of the respondent. Labor market vulnerability is captured by a worker's structural risk to become unemployed or atypically employed.⁵ The combined dataset includes 29 European countries and, thereby, permits a comprehensive exploration into the context dependency of labor market insecurity.

The study draws attention to the societal consequences of economic developments. The analysis demonstrates a negative impact of labor market vulnerability on generalized trust as well as attitudes of solidarity on a global scale. However, we add a qualification to the list of negative side effects accompanying the flexibilization of labor markets: attitudes of local solidarity. Thus, local forms of cohesion are to a lesser degree affected by labor market flexibilization than global forms of cohesion. The article further emphasizes the role of the traditional counterpart to economic liberalization, the welfare state, in soothing the societal tensions arising from labor market flexibilization. Across welfare arrangements, the results reveal considerable heterogeneity in the implications of labor market vulnerability. In line with previous findings, Nordic countries exhibit the highest levels of trust and perform best in bolstering the negative consequences of employment vulnerability. In contrast, in other welfare regimes labor market vulnerability predominantly has a negative effect on generalized trust and global solidarity. Against the backdrop of this finding, a more profound examination into the impact of economic liberalization on the social fabric of modern societies seems paramount.

2. Labor Markets, Solidarity, and Welfare States

2.1 The Dualization of Labor Markets

We live in the proclaimed "age of dualization".⁶ Since the 1970s, economically advanced countries have seen an unprecedented increase in the share of precarious and insecure labor.⁷ This development is propelled by both economic as well as societal transformations. In the course of the continued technological progress, employment in advanced economies has shifted from the industrial production sector to the service sector, as well as from mass production to knowledge intensive work.⁸ Simulta-

neously, the rise of tertiary education and the “feminization of the work force”,⁹ had a lasting impact on the composition of the labor force.¹⁰ Together these developments have shaped a labor force, in which risks of unemployment and atypical employment are now tremendously unequal between different sets of workers.¹¹

On the one hand, a substantial share of the labor force holds atypical contracts which are characterized by uncertain and unprotected employment conditions. In order to maintain economic flexibility and to react to volatile demand, hiring in these segments is contingent, temporary, and part-time.¹² These labor market “outsiders” are typically found in sectors and industries, where the threat of job replacement through outsourcing, global competition, and technological innovation is highly salient. Atypical workers are underrepresented in labor unions and are rarely targeted by a political agenda. Compared to insiders, they face a wage penalty, increased exposure to unemployment, and consequently lower welfare coverage.¹³ On the other hand, for many workers the standard employment relation thriving after the Second World War is still the rule. These workers occupy protected, permanent, and full-time positions. They are strongly represented in unions, still constitute a “politically important mass” and their regulated employment relations are well shielded from budgetary cuts and economic shocks.

However, labor market outsiders do not form a cohesive class. The outsider concept is highly heterogeneous and shaped strongly by individual and contextual factors.¹⁴ Being a labor market outsider does not necessarily overlap with a low socio-economic status as also high-skilled workers increasingly face atypical employment.¹⁵ At a contextual level, we observe that although sets of outsiders are similar, they are far from identical across countries.¹⁶ Some welfare regimes mitigate and counteract the impact of dualization, while other political institutions may exacerbate and accelerate dualization and flexibilization.¹⁷ Even within countries, employment protection may be tailored only to specific core sectors and industries.¹⁸ Despite the heterogeneity of the concept, the dual flexibilization of labor markets has decisively changed the nature of work and has posed complex challenges to the stability of many European welfare states.¹⁹

2.2 The Societal Consequences of Flexible Labor Markets

Already Durkheim (2012 [1893]) has considered the division of labor as decisive to sustaining social order. As the expansion of labor markets and the associated differentiation of labor renders individuals mutually interdependent, modern societies develop what Durkheim called Organic Solidarity. Accordingly, individuals recognize that they are entangled in a com-

mon cause and hence establish a concern for the well-being of others.²⁰ In the contemporary discourse, social order is typically examined under the umbrella term of social cohesion. Being a phenomenon on the societal level, social cohesion may be understood as the integrative bonds that develop between persons as well as between persons and the social unit to which they belong. Social cohesion encompasses notions of trust, solidarity, affective regard, unity, and commitment.²¹

Being considered an important element of social capital at the scope of neighborhoods as well as for the integration in society,²² measures on trust have so far dominated the empirical arm of research on social cohesion, in particular in connection with the welfare state.²³ Indeed, pioneering research has also examined the erosion of trust in the context of labor market insecurity,²⁴ however, has left it open in how far the accumulated findings also extend to other indications of social cohesion.

Next to trust, solidarity is an important lubricant of social cohesion. Although solidarity itself is an eclectic concept, the recent attention it has gained in academic discourse have contributed to disentangle its various meanings.²⁵ Thus, a consensual view holds that solidarity may be conceived as a subjective feeling²⁶ as well as an act.²⁷ Although the two are obviously interconnected, attitudes and acts of solidarity do not need to coincide.²⁸ In its version as an attitude, solidarity is regularly conceptualized as the concern that the members of a collective have for the well-being of each other.²⁹

While trust and solidarity are obviously both linked to social cohesion, they are not identical. People put trust in each other, if they judge the other person as trustworthy, however, that does not imply that they actually care for the other person. Reversely, individuals may be very much concerned about the well-being of another person, even if they are unwilling to trust that person. Ideal-typically, trust ensures cooperation among strangers,³⁰ whereas mutual concerns precede the incorporation of others into redistributive practices. Nevertheless, the lack of integration in a stable labor market is expected to threaten both solidary concerns and generalized trust.³¹

Recent empirical studies have illuminated the underlying mechanisms behind Durkheim's considerations and have identified three main channels for the link between labor market vulnerability and social cohesion. The first focuses on the importance of economic resources for inclusion in society, the second refers to the cultivation of social interactions in the workplace, and the third points to the underlying psychological preconditions for nurturing solidarity and trust. While these mechanisms primarily apply to unemployment, also new labor market risks arising from atypical and precarious employment have adverse effects on the sense of solidarity given that flexibilization is at its core an "individualizing force".³²

The most salient consequence of unemployment is economic. The economic resources from employment are necessary to maintain a minimum standard of living and fulfill basic economic needs. Spells of unemployment and irregular employment records do not only go in hand with decreased accumulated income, but also lower expected future income.³³ A loss of purchasing power hinders individuals to engage in many social activities³⁴ and constrains participation in social life. Reduced economic resources thus directly impede the conditions to establish trust and experience mutual solidarity.³⁵

Another important outcome of labor market vulnerability relates to social embeddedness at the workplace. Thus, regular employment embeds workers in a social network and stimulates interaction with social contacts.³⁶ Unemployment deprives individuals of the possibility to interact with a diverse set of citizens and exacerbates the formation of a common identity.³⁷ Also, short-term labor and high turnover leaves no opportunity to invest in lasting commitment and consequently impedes the identification with a wider collectivity.³⁸ Simultaneously beyond the working place, unemployment and precarious work was found to result in a weakening of social networks. Partly due to insufficient economic resources, the participation in voluntary associations, the number of social connections, and the inclusion in community living tend to decline.³⁹

Finally, unemployment is also associated with various psychological consequences, which hinder the evolution of trust and solidarity. Regular employment prevents exclusion from the labor market and hence also emotional and symbolic exclusion. The stress and the uncertainty associated with a risk of job loss and with exposure to precarious labor influence health, physical well-being and life-satisfaction.⁴⁰ According to the latent deprivation theory,⁴¹ employment provides workers with time structure, status and identity, regular activity and more certainty to plan for the future.⁴² Recent findings suggest that even anticipated job loss results in lower engagement and productivity, being an important indication of emotional withdrawal.⁴³

Together, these mechanisms suggest that labor market risks from unemployment and atypical employment are accompanied by lower levels of social cohesion.

Hypothesis 1: A higher labor market vulnerability is associated with less generalized trust and lower levels of solidarity.

Another shortcoming of the existing literature is that measures of social cohesion typically apply exclusively to the scope of a society. For example, the standard item employed in the measurement of trust addresses the "generalized other", which usually induces respondents to think about the average member of society. However, society is merely one reference group to which trust and solidarity norms may apply. Most importantly, so-

cietal cohesion contrasts with cohesion on a local, communal scope. In a similar vein, the counterpart to Organic Solidarity in Durkheim's theory, Mechanical Solidarity, relates to cohesion among small collectives, established as communities of similarity. Notwithstanding the tribal connotation of Mechanical Solidarity for premodern societies,⁴⁴ modernity does not cease to offer local reference groups for solidarity and trust.⁴⁵ Whereas the simultaneity of a global and encompassing form of cohesion and a local and restricted form of cohesion has evolved as a prominent tool of theorizing in sociological research, empirical research on societal consequences of labor market insecurity has either conflated the two scopes of cohesion or has been reduced to only one of them.⁴⁶

However, the implications of economic risks may indeed differ between local and global forms of cohesion. Interaction with broader social circles requires comparatively less economic resources than in local circles. Indeed, local communities are occasionally regarded as "safety nets" to welfare state failures of institutional reciprocity and (informal) familial and communal insurance systems regularly safeguard against economic hardships. Hence, local solidarity offers an alternative means to receive economic resources and combat social exclusion.⁴⁷ With regard to social interaction, job loss is rather linked to a retreat from wider society, whereas close networks offer more opportunities for social contacts even when being unemployed. In addition, substitutional satisfiers of psychosocial and mental needs, which help to maintain a time structure, tend to be focused on local areas.

Hypothesis 2: The negative effect of labor market vulnerability is higher for global than for local indications of social cohesion.

2.3 The Second Double Movement

Polanyi (1995 [1944]) has described the economic history of the twentieth century as a "double movement". On the one hand, the forces of economic liberalism are directed towards establishing free markets and creating flexibility to facilitate the trade of various goods. On the other hand, society strives towards social protection in order to curb the forces of the "satanic mill" and counterbalance its inherently destructive potential. The welfare arrangements of modern societies originate from this counter-movement. Thus, European welfare states have been designed as manifestation of institutional solidarity "to deal with the risks encountered in the typical life-course of a worker in an industrial economy".⁴⁸ Contemporarily, observers of socioeconomic change diagnose a "second double movement",⁴⁹ according to which the latest flexibilization on markets for the fictitious commodity of labor requires new forms of security to counteract the tensions of free markets. However, as the life-course of a worker ceases to

be “typical”, workers as well as welfare states are faced with new social risks.⁵⁰

Due to its decommodifying potential, welfare states also (re)produce the principle of social solidarity and preserve generalized trust. Although Western welfare states are heterogeneous with regard to their underlying normative principles,⁵¹ social cohesion is considered as indispensable to their organization.⁵² By providing social security, the welfare state insures citizens against the hardships of potential calamities (two-sided solidarity) and through unconditional welfare transfers towards the needy guarantees a minimum of social equality (one-sided solidarity). Even if the current welfare regimes appear institutionalized, and even if, from the citizen’s point of view, participation in its redistributive practices is considered to be inescapable, the inclusion of such a diverse set of individuals under a universal redistributive scheme attests a minimal level of mutual trust and reciprocal concern.⁵³

Welfare states mitigate the socioeconomic and psychological implications of labor market uncertainty and, if they are generous in their configuration, offer an economic compensation for economic losses from unemployment and irregular employment. They provide lasting security enabling citizens to maintain their embeddedness into their social network and, given they are not stigmatizing towards recipient, offset the psychological ramifications of unemployment spells.

Hypothesis 3: The negative impact of labor market vulnerability on generalized trust and solidarity is mitigated by decommodifying welfare states.

3. Methods and Data

The analysis of the hypotheses is based on the 2008 waves of the European Value Study (EVS) and the Labor Force Survey. Although the European Social Survey (ESS) evolves as the most popular choice among scholars interested in cross-country comparisons, only the EVS offers a fine-grained elicitation of concerns for collectives on different scopes. In addition, the EVS contains the exact three items, which are typically employed to measure trust in the ESS and which therefore build the empirical basis of reference studies.⁵⁴ Due to the availability of data for the labor market vulnerability indicator, the analysis encompasses 29 European countries, covering in total 42.352 respondents. As not all respondents replied to every item, the regressions vary slightly in the number of cases employed. The combination of the EVS and the LFS offers the possibility to a) assess the robustness of the accumulated findings with a new dataset containing a wider range of countries and b) examine whether the trends for generalized trust also hold for local and global solidarity.

3.1 Dependent Variables

The European Value Study provides data on the reported concern with various reference groups. The respective items read: “To what extent do you feel concerned about the living conditions of ...” your immediate family (Q83A), people in your neighborhood (Q83B), the people of the region you live in (Q83C), your fellow countrymen (Q83D), Europeans (Q83E), and all humans all over the world (Q83F). The items range from 1 (very much) to 5 (not at all). I group the latter three items to Global Solidarity using principle component analysis. Furthermore, I take the first two items and combine them, again using principle component analysis, to the outcome variable Local Solidarity.⁵⁵

In order to reconstruct the trust variable, items on trustworthiness (“Generally speaking, would you say that most people can be trusted or that you can’t be too careful in dealing with people?”; binary, Q7), fairness (“[...] do you think that most people would try to take advantage of you if they got the chance, or would they try to be fair?”; 1 to 10, Q8), and helpfulness (“Would you say that most of the time people try to be helpful or that they are mostly looking out for themselves?”; 1 to 10; Q9) are combined.

All three outcome variables (Trust, Global Solidarity, and Local Solidarity) are standardized to the interval 0-1 with high values corresponding to a high concern with the respective reference group or high levels of trust.

3.2 Independent Variables

For the main explanatory variable, I adopt a structural measure of labor market vulnerability as proposed by Schwander and Häusermann (2013). The main idea of structural measures is that labor market vulnerability is not adequately assessed by singular items enquiring the current employment status. Rather, labor market risks are associated with biographies of regular job loss and difficulties to find stable employment. Thus, while unemployment refers to a temporal condition, labor market vulnerability captures the permanent labor market situation of an individual. In order to construct the labor market vulnerability variable, I use the rate of atypical employment and unemployment in a subject’s age and gender specific occupational group. To that purpose, the measure reconstructs the post-industrial class scheme proposed by Oesch (2006). Accordingly, I distinguished between five occupational groups: capital accumulators, socio-cultural professionals, mixed service functionaries, low service functionaries and blue-collar workers and calculate age-group (cut-off point at 40 years) and gender specific unemployment and atypical employment rates for each country using the LFS dataset. Atypical employment thereby encompasses “involuntary part-time employment, fixed-term employment and helping family members”.⁵⁶ The ensuing rate of labor market vulnera-

bility follows from the difference to the country average of unemployment or atypical employment, respectively.⁵⁷ Accordingly, labor market vulnerability emerges as a continuous concept.

The analysis further incorporates various control variables, which are considered to be correlated to trust and mutual solidarity.⁵⁸ Those encompass an ordinal measurement of education (low, middle, high), age, gender, a variable capturing whether the individual possesses the nationality of the country where she/he resides, a variable measuring the current employment status (unemployed, employed, self-employed, part-time employed, out of employment), an indicator about membership in a trade union, as well as a variable capturing the size of the town that the respondent lives in.

3.3 Estimation Method

The analysis proceeds in two steps. In the first step, to establish the impact of labor market vulnerability on the individual level, I use a linear random-intercept model in which individuals $i \in \{1, \dots, n\}$ are nested in countries $j \in \{1, \dots, m\}$.

$$Y_{ij} = \beta^0 + \beta^1 LMV_{ij} + \sum_{p=2}^P \beta^p X_{ij}^p + u_j^0 + r_{ij}$$

In this model, the outcome variable, Y_{ij} , is explained by a constant, β^0 , an estimate of the overall impact of labor market vulnerability, $\beta^1 LMV_{ij}$, P individual level control variables X_{ij}^p , and the random part of the specification, which consists of an error term at the individual level, r_{ij} , and an error term for the constant at the country level, u_j^0 .

In the second analytical step, I add random slopes to the estimation method in order to account for country-variation in the effect of labor market vulnerability. Importantly, next to letting the impact of labor market vulnerability vary across countries, u_j^1 , this model adds Q country level variables, Z_j^q , and their interaction term with labor market vulnerability. The intuition behind this procedure is to determine in how far certain variables on the country-level can account for the variation in the impact of labor market vulnerability between countries.

$$Y_{ij} = \beta^0 + (\beta^1 + u_j^1) LMV_{ij} + \sum_{q=1}^Q \delta^q Z_j^q + \sum_{q=1}^Q \gamma^q Z_j^q LMV_{ij} + \sum_{p=2}^P \beta^p X_{ij}^p + u_j^0 + r_{ij}$$

4. Results

4.1 Individual Level

This section explores in how far labor market vulnerability is associated with generalized trust, as well as global and local solidarity. Table 1 pro-

vides the results of the model including the individual-level determinants. While Model (1) concentrates on trust as an outcome variable and therefore serves as a replication of previous findings, Model (2), and Model (3) study its relation with Global Solidarity and Local Solidarity.⁵⁹

Table 1: Individual Level Determinants of Social Cohesion

Variables	(1) Trust	(2) Global Solidarity	(3) Local Solidarity
Labor Market Vulnerability	−0.0411** (0.0174)	−0.0309** (0.0150)	0.00153 (0.0113)
<i>Education (Ref: Lower)</i>			
Middle	0.0269*** (0.00475)	0.0203*** (0.00441)	0.00728* (0.00382)
High	0.0786*** (0.00740)	0.0448*** (0.00640)	0.0114 (0.00887)
Age	0.000413** (0.000194)	0.000531*** (0.000115)	0.000553*** (0.000137)
Female	0.0251*** (0.00347)	0.0110*** (0.00364)	0.0182*** (0.00377)
<i>Employment (Ref: Unemployed)</i>			
Employed	0.0463*** (0.0110)	0.0158 (0.00973)	0.0206** (0.00803)
Part-Time Employed	0.0473*** (0.0134)	0.0206* (0.0117)	0.0239** (0.0100)
Self-Employed	0.0415*** (0.0128)	0.00946 (0.0105)	0.0150 (0.00990)
Out of Employment	0.0409*** (0.0123)	0.0253*** (0.00960)	0.0179* (0.00951)
Trade Union Membership	0.0172*** (0.00482)	0.0189*** (0.00374)	0.0137*** (0.00417)
Constant	0.338*** (0.0183)	0.346*** (0.0177)	0.625*** (0.0228)
Observations	33,010	33,894	34,413
Number of groups	29	29	29
Chi2	488.5***	121.3***	201.5***

Linear random intercept model with clustered standard errors in parentheses. Additional Controls: Nationality, Size of Town. *** $p < 0.01$, ** $p < 0.05$, * $p < 0.1$

Model (1) demonstrates the robustness of the findings in Kevins (2018). In the full model, labor market vulnerability has a significant negative effect on generalized trust. Additionally, the control variables point in the identical direction as found in the reference study. More precisely, trust increases with education and age, and female respondents were on aver-

age more trusting. Additionally, being member of a trade union also facilitated trust towards generalized strangers. Interestingly, the analysis reveals no difference with regard to the size of the home town and the nationality of the respondent. As compared to the other employment statuses, being unemployed goes in line with lower generalized trust.

Figure 1: Global Solidarity by Labor Market Vulnerability

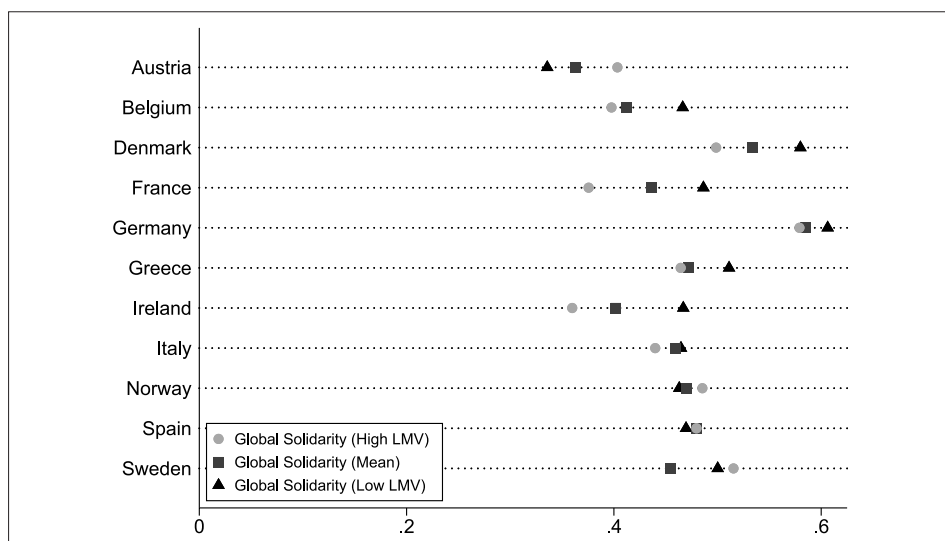


Figure shows the descriptive sample means of Global Solidarity for selected countries. High (low) LMV corresponds to the average of generalized trust for the 10 percent of the country-sample with the highest (lowest) values on Labor Market Vulnerability.

Turning to Global Solidarity we discover a similar pattern. In particular, Figure 1 shows the mean of the Global Solidarity variable for selected countries.⁶⁰ In the majority of countries, the dots representing high labor market vulnerability indicate a lower level of global solidarity than for low labor market vulnerability. Model (2) confirms that exposure to labor market risks significantly decreases the concern for global collectives. Equivalently, for education, gender, age, and membership in a trade union the findings correspond to those displayed for trust. In a similar vein as before, unemployed respondents voiced the lowest concern towards members of society, however, the difference has turned insignificant for almost all comparisons (except with those out of employment).

At last, for Model (3) the pattern is different. Most importantly, there is no effect of labor market vulnerability on local solidarity, suggesting that the impact of insecure employment conditions detected for trust only holds on a global scale, but not on a local scale. Apart from this finding, the regression outcomes resemble those of the other two specifications. Age and

trade union membership is associated with higher local solidarity. The same holds (although only partially) for the comparison of unemployment with other employment conditions.⁶¹

Overall, there is convincing support that exposure to labor market vulnerability impedes the formation of generalized trust and solidarity on a global scale (Hypothesis 1). However, this effect does not extend to local forms of solidarity. Labor market vulnerability reveals no significant relation with the local concern measure. Hence, with regard to Hypothesis 2, the analysis reveals not a weaker, but an inexistent effect for cohesion on a local scale.

4.2 Aggregate Level

In the second step, the analysis incorporates random slopes of the labor market vulnerability variable in order to capture the variance across countries. This step enables an analysis of how the country context mitigates or exacerbates the impact of labor market vulnerability on trust and solidarity. To that purpose, Table 2 includes the standard classification of welfare regimes as an explanatory variable.⁶² The table shows that the ramifications of labor market vulnerability differ considerably across different regimes.

In particular, Model (1) demonstrates that the negative impact of LMV on generalized trust is detected only for countries which already exhibit a relative high level of generalized trust on average. Most notably Nordic countries, but also Liberal and Continental countries, show comparatively higher levels of generalized trust for individuals with an average labor market vulnerability. For these countries, also the implication of labor market vulnerability carry the highest weight. Thus, in Nordic (-0.09 ; $p = 0.003$), Continental (-0.13 ; $p < 0.001$), and most distinctively in Liberal (-0.20 ; $p = 0.006$) countries, a higher labor market vulnerability is associated with substantially lower levels of trust. In turn, Southern countries, as well as those classified as Post-Communist and Former USSR, have initially lower levels of generalized trust, but also do not reveal a considerable negative impact of labor market vulnerability (Southern: -0.002 ; $p = 0.920$; Post-Communist: -0.05 ; $p = 0.107$; Former USSR: -0.03 ; $p = 0.469$). Note however, that since the LMV variable is centered in a one-point interval around zero, Nordic countries, in contrast to Liberal and Continental countries, still exceed the other welfare regimes in terms of generalized trust, even for individuals with a high labor market vulnerability.

Turning to the analysis of global solidarity reveals a slightly modified pattern across welfare regimes. Southern, Nordic and Continental welfare states have on average the highest levels of concern for others. The interaction terms signify that labor market vulnerability is accompanied

Table 2: Aggregate Level Determinants of Social Cohesion

Variables	(1) Trust	(2) Global Solidarity
Labor Market Vulnerability	−0.00230 (0.0230)	−0.0693** (0.0272)
<i>WFS Regime (Ref: Southern)</i>		
Liberal	0.186*** (0.0335)	−0.0761*** (0.0281)
Nordic	0.257*** (0.0419)	−0.0280 (0.0342)
Continental	0.142*** (0.0381)	−0.0362 (0.0437)
Post-Communist	0.00736 (0.0361)	−0.0733** (0.0303)
Former USSR	0.0525 (0.0458)	−0.130** (0.0561)
<i>Interactions</i>		
Liberal * LMV	−0.198*** (0.0742)	0.00699 (0.175)
Nordic * LMV	−0.0887** (0.0346)	0.144** (0.0713)
Continental * LMV	−0.129*** (0.0391)	0.00463 (0.0408)
Post-Communist * LMV	−0.0513 (0.0417)	0.0676 (0.0471)
Former USSR * LMV	−0.0299 (0.0511)	−0.0348 (0.0850)
Observations	33,010	33,894
Number of groups	29	29
Chi2	14930.63***	492.7***

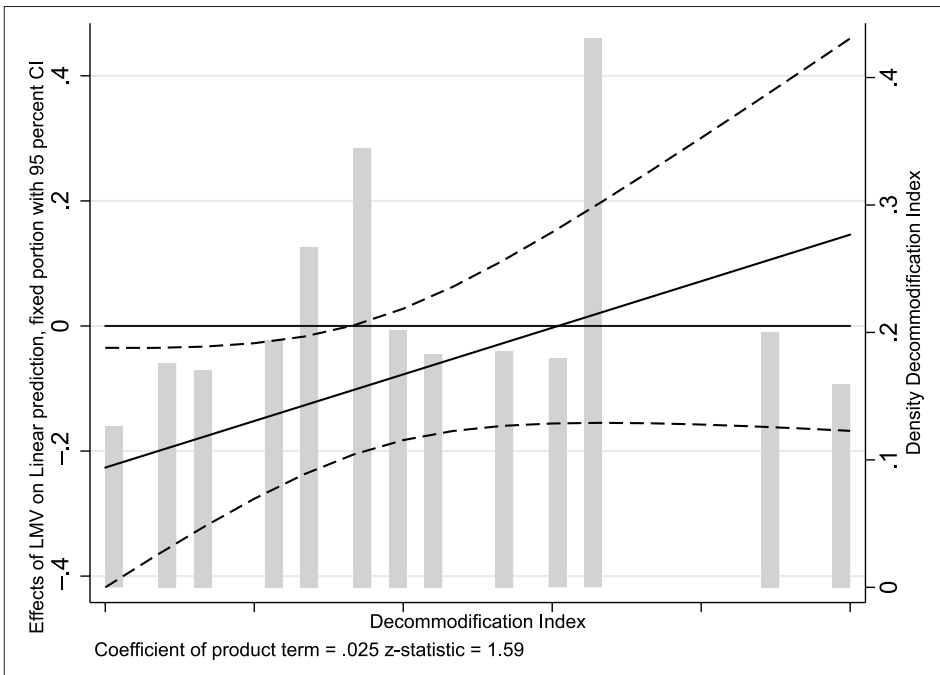
Linear random intercept and random slope (Labor Market Vulnerability) model with country clustered standard errors in parentheses. Additional Controls: Age, Gender, Income, Nationality, Trade Union Membership, Employment Status. *** $p < 0.01$, ** $p < 0.05$, * $p < 0.1$

with lower global concerns in the majority of welfare regimes, albeit staying partially insignificant (Southern: -0.07 ; $p = 0.011$; Continental: -0.06 ; $p = 0.029$; Former USSR: -10.4 ; $p = 0.198$; Liberal: -0.06 ; $p = 0.719$). The impact is annihilated in the Post-Communist (-0.002 ; $p = 0.964$) and the Nordic welfare regime ($+0.07$; $p = 0.251$).

Thus, the logic of the Nordic welfare regime seems to fare best in bolstering the negative implications of labor markets to societal cohesion. Since these countries are associated with the most decommodifying welfare arrangements,⁶³ the analysis further explored the link between the Decom-

modification Index by Scruggs et al. (2017) and the impact of labor market vulnerability. Figure 2 shows the interaction between the Decommodification Index on the horizontal axis and the impact of Labor Market Vulnerability on Global Solidarity on the vertical axis for 16 Western European Countries.⁶⁴ Albeit staying beyond the limits of conventional significance (z-score: 1.59; $p = 0.111$), the graph prompts that more generous welfare arrangements, indeed, perform better in canceling out the negative impacts of labor market vulnerability.

Figure 2: Interaction Effect of Decommodification and Labor Market Vulnerability on Global Solidarity



Explorative analysis based on an additional regression specification in which the Welfare State classifications are replaced with the Decommodification Index.

Although the analysis of cross-level interactions did not provide ultimate evidence with regard to Hypothesis 3, it supports the idea that the effect of labor market vulnerability varies strongly across countries and that welfare arrangements are accountable for part of this variation. Thus, the implications of labor market vulnerability are contingent on the welfare state context in which trust and mutual solidarity is cultivated. Most importantly, the Nordic countries perform best in counteracting the negative effects of labor market risks on global solidarity and still surpass the other countries in terms of generalized trust. This emphasizes the Nordic exceptionalism

and dovetails with the impact of universal social policies on universal forms of cohesion.⁶⁵ For the remaining countries the implications of labor market risks are predominantly negative, albeit they lack consistent statistical significance.

5. Discussion and Conclusion

This article has provided a closer look on social cohesion at various layers, has shed light on its relationship with labor market insecurity and has explored the capability of the welfare state to reinstate social cohesion. Corroborating recent insights,⁶⁶ the article reports evidence that employment insecurity undermines generalized trust. Moreover, the analysis suggests that the list of negative implications of labor market insecurity can be extended by a lower degree of solidarity with global collectives. Next to worse health conditions,⁶⁷ a lower life satisfaction,⁶⁸ a wage penalty,⁶⁹ and restricted social insurance coverage, individuals facing a high risk of unemployment and precarious labor conditions have less favorable solidarity attitudes towards their social collective.

However, there is also a qualification to this list of detriments: labor market insecurity is not associated with a lower concern for local collectives. While flexible labor markets threaten the existence of global bonds among citizens, their ramifications appear less severe for local solidarity. This finding hints to the idea that local solidarities may bolster the decline in societal solidarity and therefore serve as an institutional complementarity.⁷⁰ Up to date little theoretical work and empirical evidence exists on the relationship between forms of solidarity across hierarchical levels.⁷¹ If there is discussion on solidarity across various layers, it mostly addresses the relation between national solidarity and European solidarity.⁷² However, also subnational levels of solidarity matter, in particular, in times where “fragmentalization” and “balkanization” are imminent threats to the stability of traditional welfare states.⁷³

Against this backdrop, an important contribution of the research project is to extend the analysis of social cohesion beyond the measure of generalized trust. Although, generalized trust serves as a prominent indication for social capital, the present analysis indicates that the typical formulation in surveys on generalized trust indeed alludes to “most people” and may not extend to trust and cohesion at a smaller scope.⁷⁴

The second subdimension of social cohesion – solidarity – however deserves additional mentioning. In line with previous studies, the article operationalized attitudinal solidarity as the concern for the living conditions of others. This measure seems to touch upon an affective dimension of solidarity.⁷⁵ In its affective connotation, solidarity rests on a shared identity, a

common conception of “we-ness” and a mutual concern for the well-being of others. Whether this concern actually translates into a preference or towards policy measures behavioral indications favoring this collective is an empirical question that merits further attention.⁷⁶

Next to an affective dimension, solidarity also hinges on a utilitarian dimension, which bears on bonds that individuals maintain for their personal interests.⁷⁷ Focusing on the utilitarian side of solidarity delivers a different view on the implications of labor market risks. If labor market risks cause individuals to slip down the social ladder, they are more likely to demand (institutional) solidarity arrangements as (redistributive) solidarity aligns with their own self-interest.⁷⁸

This hints at a potential dilemma for welfare states. While labor market outsiders are more dependent on solidary arrangements, welfare states can count less on their affective identification with the collective. Thus, in the light of increasing flexibilization, welfare institutions are in need to be legitimized based on the self-interest of their citizens rather than on their moral underpinnings.⁷⁹ The analysis implies that generous and decommo-difying welfare states perform best in evading this dilemma and reveal the lowest reduction in solidarity and trust from labor market insecurity. But while institutional solidarity and informal solidarity are considered to be correlated, additional work needs to take account of the multiple channels by which these are mutually reinforcing.

Social cohesion in modern societies is a highly complex and versatile phenomenon. While originally the welfare state was considered as the cradle of solidary arrangements, the globalization of economic and social processes has shifted the reference frame for solidarity to transnational levels, evoking demands for European, segmented, networked, or even global solidarity. At the same time, cohesion on subnational levels – for example relying on identities and social closeness – seems to be a permanent phenomenon permeating all kinds of societies. Paying attention to the fine-grained distinctions between social cohesion on various layers seems to be crucial to our understanding of contemporary economic and political transformations and their ramifications for society.

Endnotes

¹ Barbieri (2009).

² Kalleberg (2009); Rueda (2014).

³ Rehm (2009); Young (2012); Emmenegger et al. (2015); Voßemer et al. (2018).

⁴ Nguyen (2017); Kevins (2018).

⁵ Schwander, Häusermann (2013); Rovny and Rovny (2017).

⁶ Emmenegger et al. (2012).

⁷ Kalleberg (2009); Nachtwey (2016).

⁸ Piore, Sabel (1984); Acemoglu (2002).

- ⁹ Oesch (2006).
- ¹⁰ Esping-Andersen (1999); Häusermann, Schwander (2012).
- ¹¹ Lindbeck, Snower (2001); Palier, Thelen (2010).
- ¹² Barbieri (2009).
- ¹³ Gash, McGinnity (2007).
- ¹⁴ Erlinghagen (2008).
- ¹⁵ Häusermann et al. (2015).
- ¹⁶ Häusermann, Schwander (2012).
- ¹⁷ Thelen (2012).
- ¹⁸ Palier, Thelen (2010).
- ¹⁹ Rueda (2014).
- ²⁰ Baumann (1999).
- ²¹ Delhey et al. (2018); Schiefer, van der Noll (2017).
- ²² Coleman (1990); Putnam (2000).
- ²³ Rothstein (2002); Bjørnskov, Svendsen (2013); Brewer et al. (2014).
- ²⁴ Laurence (2015); Nguyen (2017); Kevins (2018).
- ²⁵ The text focuses on solidarity as a force that provides cohesion to a collective, instead of a call to protest or the motivating source of social movements (Banting and Kymlicka 2017).
- ²⁶ Van Parijs (2004).
- ²⁷ Sangiovanni (2015).
- ²⁸ Kanitsar (2019).
- ²⁹ Abela (2004); Rusu (2012).
- ³⁰ Cook (2005).
- ³¹ Paugam (2009).
- ³² Sennett (1998); Bauman (2001, 2013).
- ³³ Anderson, Pontusson (2007); Young (2012).
- ³⁴ Gallie et al. (2003).
- ³⁵ Nguyen (2017).
- ³⁶ Coyle-Shapiro, Conway (2004); Itzkovich, Heilbrunn (2016).
- ³⁷ Gundert, Hohendanner (2014, 2015).
- ³⁸ Dekker (2012); Sennett (2012); Laurence (2015).
- ³⁹ Putnam (2000).
- ⁴⁰ Witte (1999); Carroll (2007); Paul, Moser (2009); Wanberg (2012); Voßemer et al. (2018).
- ⁴¹ Jahoda (1981).
- ⁴² Cf. Gundert, Hohendanner (2014) 138.
- ⁴³ Van Knippenberg et al. (2007); Cheng, Chan (2008).
- ⁴⁴ Arts, van der Veen (1992).
- ⁴⁵ Komter (2005), Kymlicka (2015).
- ⁴⁶ Koster (2007); Gundert, Hohendanner (2014); Paskov (2016); Nguyen (2017); Kevins (2018).
- ⁴⁷ Gallie et al. (2003); Rothstein, Stolle (2008).
- ⁴⁸ Van der Veen (2012) 13.
- ⁴⁹ Kalleberg (2009); Levien, Paret (2012).
- ⁵⁰ Anderson, Pontusson (2007); Anderson (2009); Breidahl, Clement (2010).
- ⁵¹ Arts, Gelissen (2001); Mau (2004).
- ⁵² Kumlin, Rothstein (2005); Larsen (2007); Gelissen et al. (2012).
- ⁵³ De Beer, Koster (2009).
- ⁵⁴ Nguyen (2017); Kevins (2018).
- ⁵⁵ The analysis is robust to using all three items. However, since the reference group of a

region is highly ambiguous and the meaning of regional identifications may vary across countries, the analysis proceeds with using only the first two items.

- ⁵⁶ Schwander, Häusermann (2013) 254.
- ⁵⁷ The Labor Market Vulnerability variable is standardized to a one-point interval around zero.
- ⁵⁸ Brewer et al. (2014); Nguyen (2017); Kevins (2018).
- ⁵⁹ The respective null-models for trust, local solidarity and global solidarity have an ICC of 20.78, 24.31, and 9.64, respectively. This implies that for all three measures, at least 9 percent of the total variance is accounted for by differences between countries, suggesting that the use of multilevel modeling is appropriate.
- ⁶⁰ See Kevins (2018, p. 9) for a similar overview on the relationship between Trust and Labor Market Vulnerability.
- ⁶¹ A supplementary analysis shows that the findings are robust to using the theoretically most important element of each index only. Supplementary analysis are readily available from the author.
- ⁶² Esping-Andersen (1990); Arts, Gelissen (2002). The classification was extended to incorporate "Post-Communist" and "Former USSR" countries (Fenger 2007).
- ⁶³ Scruggs, Allan (2006).
- ⁶⁴ Due to the availability of the Decommodification Index from the Comparative Welfare Entitlements Dataset, the analysis had to be limited Austria, Belgium, Switzerland, Germany, Denmark, Spain, Finland, France, Greece, Ireland, Italy, Netherlands, Norway, Portugal, Sweden, and the UK. The respective regression table is readily available from the author.
- ⁶⁵ Delhey, Newton (2005).
- ⁶⁶ Laurence (2015); Nguyen (2017); Kevins (2018).
- ⁶⁷ Voßemer et al. (2018).
- ⁶⁸ Carr, Chung (2014).
- ⁶⁹ Gash, McGinnity (2007).
- ⁷⁰ Rothstein, Stolle (2008).
- ⁷¹ Lawler et al. (2016).
- ⁷² Beckert et al. (2004); Sankari, Frerichs (2016).
- ⁷³ Van Parijs (2004); Kymlicka (2015).
- ⁷⁴ Freitag, Traunmüller (2009).
- ⁷⁵ Van Oorschot, Komter (1998); De Beer, Koster (2009).
- ⁷⁶ Paskov (2016).
- ⁷⁷ Hechter (1987).
- ⁷⁸ Gelissen (2000); Jæger (2006).
- ⁷⁹ Mau (2004); Koos, Sachweh (2017).

References

- Abela, A. M., Solidarity and Religion in the European Union: A Comparative Sociological Perspective, in: Xuereb (Hrsg.), *The Value(s) of a Constitution for Europe* (La Valetta 2004) 71-101.
- Acemoglu, D., Technical Change, Inequality, and the Labor Market, in: *Journal of Economic Literature* 40/1 (2002) 7-72.
- Anderson, C. J., The Private Consequences of Public Policies: Active Labor Market Policies and Social Ties in Europe, in: *European Political Science Review* 1/3 (2009) 341-373.
- Anderson, C. J.; Pontusson, J., Workers, Worries and Welfare States: Social Protection and Job Insecurity in 15 OECD Countries, in: *European Journal of Political Research* 46/2 (2007) 211-235.

- Arts, W.; Gelissen, J., Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter?, in: *Acta Sociologica* 44/4 (2001) 283-299.
- Arts, W.; Gelissen, J., Three Worlds of Welfare Capitalism or More? A State-of-the-Art Report, in: *Journal of European Social Policy* 12/2 (2002) 137-158.
- Arts, W.; van der Veen, R., Sociological Approaches to Distributive and Procedural Justice, in: Scherer, K. R. (Hrsg.), *Justice: Interdisciplinary Perspectives* (Cambridge 1992) 143-176.
- Banting, K.; Kymlicka, W., *The Strains of Commitment. The Political Sources of Solidarity in Diverse Societies* (Oxford 2017).
- Barbieri, P., Flexible Employment and Inequality in Europe, in: *European Sociological Review* 25/6 (2009) 621-628.
- Bauman, Z., *The Individualized Society* (2001).
- Bauman, Z., Solidarity: A Word in Search of Flesh, in: *New Eastern Europe* 2 (2013) 1-6.
- Baurmann, M., Durkheims individualistische Theorie der sozialen Arbeitsteilung, in: Friedrichs, J.; Jagodzinski, W. (Hrsg.), *Soziale Integration. Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (Opladen 1999) 85-114.
- Beckert, J.; et al., *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen* (Frankfurt am Main 2004).
- Bjørnskov, C.; Svendsen, G. T., Does Social Trust Determine the Size of the Welfare State? Evidence Using Historical Identification, in: *Public Choice* 157/1 (2013) 269-286.
- Breidahl, K. N.; Clement, S. L., Does Active Labour Market Policy have an Impact on Social Marginalization?, in: *Social Policy & Administration* 44/7 (2010) 845-864.
- Brewer, K. B.; et al., "Crowding In" or "Crowding Out"? An Examination of the Impact of the Welfare State on Generalized Social Trust, in: *International Journal of Social Welfare* 23/1 (2014) 61-68.
- Carr, E.; Chung, H., Employment Insecurity and Life Satisfaction: The Moderating Influence of Labour Market Policies across Europe, in: *Journal of European Social Policy* 24/4 (2014) 383-399.
- Carroll, N., Unemployment and Psychological Well-being, in: *Economic Record* 83/262 (2007) 287-302.
- Castel, R., *From Manual Workers to Wage Laborers: Transformation of the Social Question* (London 2003).
- Cheng, G. H.-L.; Chan, D. K.-S., Who Suffers More from Job Insecurity? A Meta-Analytic Review, in: *Applied Psychology* 57/2 (2008) 272-303.
- Coleman, J. S., *Foundations of Social Theory* (Cambridge, MA, 1990).
- Cook, K. S., Networks, Norms, and Trust: The Social Psychology of Social Capital, in: *Social Psychology Quarterly* 68/1 (2005) 4-14.
- Coyle-Shapiro, J.; Conway, N., The Employment Relationship Through the Lens of Social Exchange, in: Coyle-Shapiro, J.; et al. (Hrsg.), *The Employment Relationship: Examining Psychological and Contextual Perspectives* (New York 2004) 5-28.
- De Beer, P.; Koster, F., *Sticking Together or Falling Apart? Solidarity in an Era of Individualization and Globalization* (Amsterdam 2009).
- Dekker, F., Labour Flexibility and Support for Social Security, in: van der Veen, R.; Yerkes, M.; Achterberg, P. (Hrsg.), *The Transformation of Solidarity. Changing Risks and the Future of the Welfare State* (Amsterdam 2012) 69-90.
- Delhey, J.; et al., Social Cohesion and Its Correlates: A Comparison of Western and Asian Societies, in: *Comparative Sociology* 17/3-4 (2018) 426-455.
- Delhey, J.; Newton, K., Predicting Cross-National Levels of Social Trust: Global Pattern or Nordic Exceptionalism?, in: *European Sociological Review* 21/4 (2005) 311-327.
- Durkheim, E., *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften* (Frankfurt a. M. 62012 [1893]).

- Emmenegger, P.; et al., *The Age of Dualization. The Changing Face of Inequality in Deindustrializing Societies* (Oxford 2012).
- Emmenegger, P.; et al., Labour Market Disadvantage, Political Orientations and Voting: How Adverse Labour Market Experiences Translate into Electoral Behaviour in: *Socio-Economic Review* 13/2 (2015) 189-213.
- Erlinghagen, M., Self-Perceived Job Insecurity and Social Context: A Multi-Level Analysis of 17 European Countries, in: *European Sociological Review* 24/2 (2008) 183-197.
- Esping-Andersen, G., *The Three World of Welfare Capitalism* (Cambridge 1990).
- Esping-Andersen, G., *Social Foundations of Postindustrial Economies* (Oxford 1999).
- Fenger, H. J. M., Welfare Regimes in Central and Eastern Europe: Incorporating Post-Communist Countries in a Welfare Regime Typology, in: *Contemporary Issues and Ideas in Social Sciences* 3/2 (2007)
- Freitag, M.; Trauttmüller, R., Spheres of Trust: An Empirical Analysis of the Foundations of Particularised and Generalised Trust, in: *European Journal of Political Research* 48/6 (2009) 782-803.
- Gallie, D.; et al., Unemployment, Poverty and Social Isolation: Is There a Vicious Circle of Social Exclusion?, in: *European Societies* 5/1 (2003) 1-32.
- Gash, V.; McGinnity, F., Fixed-term Contracts – The new European Inequality? Comparing Men and Women in West Germany and France, in: *Socio-Economic Review* 5/3 (2007) 467-496.
- Gelissen, J., Popular Support for Institutionalised Solidarity: A Comparison Between European Welfare States, in: *International Journal of Social Welfare* 9/4 (2000) 285-300.
- Gelissen, J. P. T. M.; et al., How Does the Welfare State Influence Individuals' Social Capital?, in: *European Societies* (2012) 1-25.
- Gundert, S.; Hohendanner, C., Do Fixed-term and Temporary Agency Workers Feel Socially Excluded? Labour Market Integration and Social Well-Being in Germany, in: *Acta Sociologica* 57/2 (2014) 135-152.
- Gundert, S.; Hohendanner, C., Active Labour Market Policies and Social Integration in Germany: Do 'One-Euro-Jobs' Improve Individuals' Sense of Social Integration?, in: *European Sociological Review* 31/6 (2015) 780-797.
- Häusermann, S.; et al., High-skilled Outsiders? Labor Market Vulnerability, Education and Welfare State Preferences, in: *Socio-Economic Review* 13/2 (2015) 235-258.
- Häusermann, S.; Schwander, H., Varieties of Dualization? Labor Market Segmentation and Insider Outsider Divides Across Regimes, in: Emmenegger, P.; et al. (Hrsg.), *The Age of Dualization. The Changing Face of Inequality in Europe* (New York 2012)
- Hechter, M., *Principles of Group Solidarity* (Berkeley, CA, 1987).
- Iitzkovich, Y.; Heilbrunn, S., The Role of Co-Workers' Solidarity as an Antecedent of Incivility and Deviant Behavior in Organizations, in: *Deviant Behavior* 37/8 (2016) 861-876.
- Jahoda, M., Work, Employment, and Unemployment: Values, Theories, and Approaches in Social Research, in: *American Psychologist* 36/2 (1981) 184-191.
- Jæger, M. M., What Makes People Support Public Responsibility for Welfare Provision: Self-interest or Political Ideology?: A Longitudinal Approach, in: *Acta Sociologica* 49/3 (2006) 321-338.
- Kalleberg, A. L., Precarious Work, Insecure Workers: Employment Relations in Transition, in: *American Sociological Review* 74/1 (2009) 1-22.
- Kanitsar, G., Solidarity Through Punishment: An Experiment on the Merits of Centralized Enforcement in Generalized Exchange, in: *Social Science Research* 78 (2019) 156-169.
- Kevins, A., Dualized Trust: Risk, Social Trust and the Welfare State, in: *Socio-Economic Review* (2018) 1-23.
- Komter, A. E., *Social Solidarity and the Gift* (Cambridge 2005).

- Koos, S.; Sachweh, P., The Moral Economies of Market Societies: Popular Attitudes Towards Market Competition, Redistribution and Reciprocity in Comparative Perspective, in: *Socio-Economic Review* (2017) 1-29
- Koster, F., Globalization, Social Structure, and the Willingness to Help Others: a Multilevel Analysis Across 26 Countries, in: *European Sociological Review* 23/4 (2007) 537-551.
- Kumlin, S.; Rothstein, B., Making and Breaking Social Capital: The Impact of Welfare-State Institutions, in: *Comparative Political Studies* 38/4 (2005) 339-365.
- Kymlicka, W., Solidarity in Diverse Societies: Beyond Neoliberal Multiculturalism and Welfare Chauvinism, in: *Comparative Migration Studies* 3/17 (2015) 2-19.
- Larsen, C. A., How Welfare Regimes Generate and Erode Social Capital: The Impact of Underclass Phenomena, in: *Comparative Politics* 40/1 (2007) 83-101.
- Laurence, J., (Dis)placing Trust: The Long-term Effects of Job Displacement on Generalised Trust over the Adult Lifecourse, in: *Social Science Research* 50 (2015) 46-59.
- Lawler, E. J.; et al., The Problem of Social Order in Nested Group Structures, in: Abrutyn, S. (Hrsg.), *Handbook of Contemporary Sociological Theory* (2016) 149-166.
- Levien, M.; Paret, M., A Second Double Movement? Polanyi and Shifting Global Opinions on Neoliberalism, in: *International Sociology* 27/6 (2012) 724-744.
- Lindbeck, A.; Snower, D. J., Insiders versus Outsiders, in: *The Journal of Economic Perspectives* 15/1 (2001) 165-188.
- Mau, S., Welfare Regimes and Norms of Social Exchange, in: *Current Sociology* 52/1 (2004) 53-74.
- Nachtwey, O., *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne* (Berlin 2016).
- Nguyen, C., Labour Market Insecurity and Generalized Trust in Welfare State Context, in: *European Sociological Review* 33/2 (2017) 225-239.
- Oesch, D., *Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland* (London 2006).
- Palier, B.; Thelen, K., Institutionalizing Dualism: Complementarities and Change in France and Germany, in: *Politics & Society* 38/1 (2010) 119-148.
- Paskov, M., Is Solidarity Less Important and Less Functional in Egalitarian Contexts?, in: *Acta Sociologica* 59/1 (2016) 3-18.
- Paugam, S., Die Herausforderung der organischen Solidarität durch die Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung, in: Castel, R.; Dörre, K. (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts* (Frankfurt am Main 2009) 175-196.
- Paul, K. I.; Moser, K., Unemployment Impairs Mental Health: Meta-Analyses, in: *Journal of Vocational Behavior* 74/3 (2009) 264-282.
- Piore, M. J.; Sabel, C., *The Second Industrial Divide: Possibilities for Prosperity* (New York 1984).
- Polanyi, K., *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen* (Frankfurt am Main 1995 [1944]).
- Putnam, R. D., *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community* (New York 2000).
- Rehm, P., Risks and Redistribution: An Individual-Level Analysis, in: *Comparative Political Studies* 42/7 (2009) 855-881.
- Rothstein, B., How Political Institutions Create and Destroy Social Capital: An Institutional Theory of Generalized Trust, in: ders., (Hrsg.), *98th Meeting of the American Political Science Association* (Boston 2002).
- Rothstein, B.; Stolle, D., The State and Social Capital: An Institutional Theory of Generalized Trust, in: *Comparative Politics* 40/4 (2008) 441-459.

- Rovny, A. E.; Rovny, J., Outsiders at the Ballot Box: Operationalizations and Political Consequences of the Insider–Outsider Dualism in: *Socio-Economic Review* 15/1 (2017) 161-185.
- Rueda, D., Dualization, Crisis and the Welfare State, in: *Socio-Economic Review* 12 (2014) 381-407.
- Rusu, H., Measuring Social Solidarity. Some Research Notes, in: *Social Change Review* 10/1 (2012) 71-90.
- Sangiovanni, A., Solidarity as Joint Action, in: *Journal of Applied Philosophy* 32/4 (2015) 340-359.
- Sankari, S.; Frerichs, S., From Resource to Burden: Rescaling Solidarity with Strangers in the Single Market, in: *European Law Journal* 22/6 (2016) 806-821.
- Schiefer, D.; van der Noll, J., The Essentials of Social Cohesion: A Literature Review, in: *Social Indicators Research* 132/2 (2017) 579-603.
- Schöneck, N. M.; Mau, S., Coming Together or Growing Apart? Globalization, Class and Redistributive Preferences, in: *Journal of European Social Policy* 25/5 (2015) 454-472.
- Schwander, H.; Häusermann, S., Who Is In and Who Is Out? A Risk-based Conceptualization of Insiders and Outsiders, in: *Journal of European Social Policy* 23/3 (2013) 248-269.
- Scruggs, L.; Allan, J., Welfare-State Decommodification in 18 OECD Countries: A Replication and Revision, in: *Journal of European Social Policy* 16/1 (2006) 55-72.
- Scruggs, L.; et al., Comparative Welfare Entitlements Dataset 2. Version 2017-09 (University of Connecticut & Universität Greifswald 2017)
- Sennett, R., *The Corrosion of Character: The Personal Consequences of Work in the New Capitalism* (New York 1998).
- Sennett, R., *Together: The Rituals, Pleasures & Politics of Cooperation* (London 2012).
- Thelen, K., Varieties of Capitalism: Trajectories of Liberalization and the New Politics of Social Solidarity, in: *Annual Review of Political Science* 15/1 (2012) 137-159.
- van der Veen, R., Risk and the Welfare State, in: van der Veen, R.; Yerkes, M.; Achterberg, P. (Hrsg.), *The Transformation of Solidarity. Changing Risks and the Future of the Welfare State* (Amsterdam 2012) 13-30.
- Van Knippenberg, D.; et al., Social Identity and Social Exchange: Identification, Support, and Withdrawal From the Job, in: *Journal of Applied Social Psychology* 37/3 (2007) 457-477.
- van Oorschot, W.; Komter, A. E., What Is It That Ties ...? Theoretical Perspectives on Social Bond, in: *Sociale Wetenschappen* 41/3 (1998) 4-24.
- Van Parijs, P., *Cultural Diversity versus Economic Solidarity* (Brüssel 2004).
- Voßemer, J.; et al., The Effects of Unemployment and Insecure Jobs on Well-Being and Health: The Moderating Role of Labor Market Policies, in: *Social Indicators Research* 138/3 (2018) 1229-1257.
- Wanberg, C. R., The Individual Experience of Unemployment, in: *Annual Review of Psychology* 63/1 (2012) 369-396.
- Witte, H. D., Job Insecurity and Psychological Well-being: Review of the Literature and Exploration of Some Unresolved Issues, in: *European Journal of Work and Organizational Psychology* 8/2 (1999) 155-177.
- Young, C., Losing a Job: The Nonpecuniary Cost of Unemployment in the United States, in: *Social Forces* 91/2 (2012) 609-634.

Abstract

The flexibilization of labor markets does not only challenge the traditional institutions of the modern welfare state, it also poses a substantial risk for the social fabric of modern societies. This article sheds light on the impact of labor market insecurity on three indicators of social cohesion. The analysis demonstrates that labor market vulnerability is associated with lower generalized trust and lower levels of solidarity on a global scale. However, this negative effect does not extend to solidarity with local collectives. Moreover, the article suggests that decommodifying welfare regimes are capable of mitigating the adverse effects of labor market vulnerability. The study concludes that a closer examination of the relationship between different measures of social cohesion is indispensable to further our understanding of the societal consequences of labor market flexibilization.

Zusammenfassung

Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte stellt nicht nur moderne Wohlfahrtsstaaten vor erhebliche strukturelle Herausforderungen, sondern birgt auch Risiken für den sozialen Zusammenhalt von Gesellschaften. Der vorliegende Artikel untersucht anhand eines länderübergreifenden Vergleichs den Einfluss von Arbeitsmarktunsicherheit auf Indikatoren des sozialen Zusammenhalts. Die Analyse verdeutlicht, dass Unsicherheit am Arbeitsmarkt mit niedrigerem Vertrauen und geringerer globaler Solidarität einhergeht, jedoch nicht mit einem negativen Effekt auf lokale Solidarität. Zudem weist die Analyse darauf hin, dass dekommodifizierende Wohlfahrtsstaaten den negativen Auswirkungen von Unsicherheiten am Arbeitsmarkt besser entgegenwirken können. Der Artikel liefert einen ersten Einblick in die verschiedenen Dimensionen und Indikatoren von sozialem Zusammenhalt und erzeugt damit ein tiefergehendes Verständnis der sozialen Auswirkungen von Arbeitsmarktflexibilisierung.

Key words: solidarity, social cohesion, trust, labor market insecurity, welfare states.

JEL codes: D63, H53, J40, Z13.

ard.lexisnexus.at

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Mit dem neuen **ARD-Abo** sind Sie immer und überall bestens informiert. Denn **alle Inhalte des gedruckten Hefts** stehen Ihnen **ab sofort auch digital** zur Verfügung. Dazu erhalten Sie die wichtigsten News zu Ihrem Fachgebiet und weitere Services wie z.B. Übersichten zu aktuellen Gesetzesvorhaben, Fristentabellen und autorenspezifische Artikelsammlungen – für PC, Tablet und Smartphone.

Die Zeitschrift **ARD** bietet seit fast 70 Jahren verlässlich, objektiv und rasch Neuigkeiten aus dem Arbeits-, Steuer und Sozialversicherungsrecht und seit 2014 auch zum Bereich Human Resources.

Zusätzliche
digitale
Inhalte!



30 Tage GRATIS lesen!



Jetzt registrieren unter:
zeitschriften.lexisnexus.at

Ausnahmezustand Geringverdienst? Ursachen der Beschäftigungsverhältnisse unter der Steuergrenze

Patrick Mokre

1. Einleitung

Die Problemstellung Geringverdienst wird in der ökonomischen und soziologischen Literatur vorwiegend unter zwei Gesichtspunkten verhandelt: erstens die individuelle Komponente der Lebensrealität von Betroffenen und zweitens die gesellschaftliche Komponente im Kontext beträchtlicher Lohnungleichheit.

Unter GeringverdienerInnen verstehe ich Personen, die vorwiegend unselbstständig lohnabhängig sind, aber ein Einkommen unter der Steuergrenze beziehen. Ich folge in der Definition also dem Verständnis der österreichischen Steuergesetzgebung, unter welchem Schwellwert es keinen Sinn macht, ArbeitnehmerInnen steuerlich zu belasten.

Davon ist eine beträchtliche Anzahl Menschen in Österreich betroffen: Hochgerechnet aus der Lohnsteuerstatistik der Statistik Austria haben mehr als eine Million Menschen ein Bruttojahreseinkommen von unter € 14.700,¹ das ist etwa ein Viertel der erfassten unselbstständig Beschäftigten. Reduziert auf die Personen im Mikrozensus, die angeben, vorwiegend erwerbstätig zu sein, bleiben über 400.000 GeringverdienerInnen, 12% der vorwiegend unselbstständig Erwerbstätigen.²

AutorInnen aus mehreren Disziplinen haben umfassend zu den Faktoren gearbeitet, die Personen anfällig für Geringverdienst machen. Methoden und Schwerpunkte sind hier ebenso unterschiedlich wie die Definitionen, die für Geringverdienst, Niedriglohn oder „*working poor*“ herangezogen werden. Es finden sich jedoch Pole in den Argumentationen und Ergebnissen, die ich vorsichtig als wissenschaftlichen Konsens bezeichne.

Studien in mehreren Ländern und über verschiedene Zeiträume weisen auf eine höhere Anfälligkeit von Frauen, Menschen mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen, jüngeren ArbeitnehmerInnen, Alleinerziehenden und MigrantInnen hin. Hinsichtlich der Beschäftigungsverhältnisse sind manuelle ArbeiterInnen, Beschäftigte in kleineren Betrieben, Betroffene

von atypischen Beschäftigungsverhältnissen (befristete Verträge, Leiharbeit und „neue Selbstständigkeit“), Personen in Teilzeit sowie Personen mit unterbrochenen Beschäftigungskarrieren (unterjährig Beschäftigte) öfter GeringverdienerInnen als der Durchschnitt.

Über diese strukturellen Erkenntnisse hinaus gibt es umfassende Literatur, die nach Erklärungen sucht. In Bezug auf die Anfälligkeit von Frauen wird zum Beispiel ein Verständnis der geschlechtlich hierarchisierten Arbeitsteilung herangezogen.³ Ein daran angelehnter Begriff der hierarchischen Arbeitsteilung nach Herkunft und StaatsbürgerInnenschaft wäre denkbar. Verwiebe und Fritsch (2011, S. 12) verweisen zum Beispiel auf eine Verdrängung von MigrantInnen unabhängig von deren beruflicher Qualifikation auf gering qualifizierte Arbeitsplätze durch ArbeitgeberInnen-Diskriminierung, fehlende Sprachkenntnisse und legale Hürden bei der Anerkennung formaler Abschlüsse.

In Hinsicht auf die Beschäftigungsverhältnisse beziehe ich mich (als Ausgangspunkt für Hypothesen) vor allem auf Theorien zur Verhandlungsmacht von Beschäftigten auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene. Diese verändert sich durch die fortschreitende Atypisierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte⁴ und wird zunehmend schwächer. Mögliche Auswirkungen auf die Macht der Beschäftigten in Verhandlungen über Lohnhöhe und Arbeitsplatzsicherheit sind eine Gemeinsamkeit der oben genannten Anfälligkeiten von unselbstständig Erwerbstätigen für Geringverdienst aufgrund ihrer Beschäftigungsverhältnisse.

Für die Faktoren Teilzeit und unterjährige Beschäftigung ist die Anfälligkeit für Geringverdienst eine arithmetische Frage: Wer weniger arbeitet, wird bei gleichem Stundenlohn weniger verdienen. Über Gründe für diese Beschäftigungsformen lässt sich aber wiederum eine strukturelle Anfälligkeit analysieren, zum Beispiel von Alleinerziehenden mit Betreuungspflichten für unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung. Gerade in Österreich, das eine der höchsten Teilzeitquoten in Europa aufweist,⁵ ist das von Belang, zumal die Teilzeitquote im Trend ansteigt.⁶

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf eine empirische Analyse des Mikrozensus und der Lohnsteuererhebung in Österreich für 2016. Nach einem Überblick über die relevante Literatur in Abschnitt 2 stelle ich in Abschnitt 3 die Daten nach demografischen sowie strukturellen Gesichtspunkten vor und prüfe die Konsistenz mit den zuvor aufgezählten Theorien zum Geringverdienst. In Abschnitt 4 stelle ich ein simples Modell zur Anfälligkeit für Geringverdienst auf und präsentiere die Ergebnisse. Die Schlussfolgerungen werden in Abschnitt 5 zusammengefasst.

2. Literaturüberblick

Zu geringen Arbeitseinkommen gibt es ausführliche Literatur, auch und besonders für den österreichischen Kontext. Ich klassifiziere die Literatur nach der Richtung, aus der sie sich dem Thema Geringverdienst annähert.

Auf der einen Seite sind das Beiträge aus der Armutsforschung, die sich vor allem unter dem Begriff *working poor* mit niedrigen Erwerbseinkommen auseinandersetzt. Der Titel des Beitrags von Verwiebe und Fritsch (2011), „Working Poor: Trotz Einkommen kein Auskommen“, verdeutlicht beispielhaft, dass in dieser Literatur die Forschungsfragen vor allem aus der individuellen Situation der Betroffenen motiviert sind.

Der Begriff *working poor* wird unterschiedlich verwendet, Riesenfelder, Schelepa und Matt (2011, S. 3) fassen den Begriff zum Beispiel durch den parallelen Bezug von Sozialhilfe und Erwerbseinkommen, Verwiebe und Fritsch (S. 13) durch gleichzeitige Armutsgefährdung (Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Median) und Erwerbsarbeit. Entsprechend der restriktiveren Definitionen ist die beschriebene Gruppe der armutsgefährdeten Erwerbstätigen kleiner als die der von mir beschriebenen GeringverdienerInnen. Für das Jahr 2009 sprechen Verwiebe und Fritsch beispielsweise von einer Armutsquote unter Erwerbstätigen von 6%, der von mir ermittelte Anteil der GeringverdienerInnen war 2016 etwa doppelt so hoch.

Auf der anderen Seite beschäftigen sich SoziologInnen, Arbeits- und VerteilungsökonomInnen mit Niedrigeinkommen, die anhand von relativen Schwellwerten definiert werden. Mayerhuber und Rocha Akis (2015, S. 9) geben einen Überblick über verschiedene Abgrenzungen anhand der Dezile der Einkommen. So können zum Beispiel Einkommen im ersten und zweiten Dezil oder Einkommen unter zwei Drittel des Medianeinkommens (die Schwelle, von der EU-Kommission, OECD und ILO ausgehen) als Niedrigeinkommen bezeichnet werden.

Auch wenn die Abgrenzung der GeringverdienerInnen unterschiedlich vorgenommen wird, sind die Fragestellungen dieselben, nämlich nach der Struktur der Betroffenen, möglichen Gründen und politischen Auswegen.

Die letzten Jahrzehnte waren von einer zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in ganz Europa, so auch in Österreich, geprägt. Gleichzeitig vergrößerte sich der Anteil der GeringverdienerInnen, wie Fritsch, Teitzer und Verwiebe (2014) anhand der EU-weiten SILC-Erhebung („Statistics on Living and Income Conditions“) zeigen. Die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes und die Erweiterung des Niedriglohnsektors betrafen Personen mit niedrigem formalem Bildungsabschluss, junge und unerfahrene Beschäftigte sowie Frauen stärker. Auch die Einkommensungleichheit im deutschsprachigen Raum ist seit 1990 substantiell gestiegen.⁷

Das schlägt sich auch in der Struktur der von Armut betroffenen Erwerbstätigen (*working poor*) nieder, unter denen Frauen überproportional vertreten sind.⁸ Atypisch Beschäftigte und Personen in dem von der Umstrukturierung stark betroffenen Dienstleistungssektor beziehen deutlich öfter als der Durchschnitt Sozialhilfe neben dem Erwerbseinkommen.⁹

Der Anteil von „Niedriglohnbeschäftigten“ variiert im europäischen Vergleich stark. Auch die Niedriglohngrenzen, die relativ zum nationalen Medianeinkommen definiert werden, weisen zwischen den einzelnen Staaten eine große Spannweite auf. In allen Staaten ähnlich ist der höhere Frauenanteil und der höhere Anteil von Personen mit niedrigeren formalen Bildungsabschlüssen unter den Niedriglohnbeschäftigten.

In den Berufen, in denen sich Frauenbeschäftigung konzentriert, sind die Einkommen signifikant niedriger. Im Allgemeinen sind Dienstleistungssektoren öfter geschlechtlich segregierte „Frauenberufe“. ¹⁰ Die vertikale und horizontale Geschlechtersegmentierung ist in Österreich höher als in den meisten europäischen Staaten.¹¹

Auch die Struktur der Niedriglohnbeschäftigten ist zwischen den Geschlechtern unterschiedlich. Für Männer sinkt der Anteil mit steigendem Alter und steigender Betriebsgröße, bei Frauen nicht. Zudem tritt eine „Sprungbrettfunktion“ in Normalarbeitsverhältnisse am ehesten für junge Männer ein. In Ländern mit einem Sozialversicherungs- und Pensionssystem, das auf Lebensstandardsicherung abzielt, bedeutet das auch, dass sich Armutsstrukturen in Altersarmut übersetzen, von der die anfälligen Gruppen ebenfalls besonders oft betroffen sind.¹² Auch von manifester Armut im Allgemeinen sind Frauen öfter betroffen als Männer, wobei sich die Frage stellt, ob diese nicht unterschätzt wird, wenn Einkommensungleichheit innerhalb der Haushalte nicht gemessen wird.¹³

Neben den Veränderungen in den Arbeitsmarktstrukturen sind die Strukturen der Lohnsetzung für Ungleichheit und die Erwerbsrealität in den unteren Einkommensdezilen von großer Bedeutung. In Bezug auf Österreich, dessen Kollektivvertragssystem durch eine hohe Abdeckung und Organisationsrate gekennzeichnet ist, ist dieser Faktor zentral. Empirische Forschung deutet darauf hin, dass bindende Mindestlöhne höher sind, wenn sie von sozialpartnerschaftlicher Verhandlung oder Konsultation festgesetzt werden, als wenn dies durch die Regierung geschieht.¹⁴ Generell können höhere untere Lohngrenzen (zum Beispiel durch gesetzliche Mindestlöhne oder flächendeckende Kollektiv- und Tarifverträge) mit geringerer Einkommensungleichheit assoziiert werden.¹⁵

Zusammenfassend ist Geringverdienst im Sinne eines steuerfreien Erwerbseinkommens aus legaler und ökonomischer Sicht nicht der Normalfall. Schon die Einkommensteuerfreiheit an sich ist als Ausnahme konzipiert. In den Geringverdienst werden ArbeitnehmerInnen gedrängt, die sich in demografischen oder strukturellen, die Beschäftigungsverhältnis-

se betreffenden Merkmalen von der restlichen Bevölkerung unterscheiden.

Gleichzeitig ist aber festzuhalten, dass die für den Geringverdienst wichtigen atypischen Beschäftigungsverhältnisse zunehmend normal werden. In manchen Schichten der Arbeitsbevölkerung betreffen atypische Verhältnisse bereits die Mehrheit.¹⁶ Zum Beispiel waren 2014 51% der unselbstständig beschäftigten Frauen in Österreich mit solchen Verträgen angestellt.¹⁷

Da sich die Merkmale, die unselbstständig Beschäftigte für Geringverdienst anfällig machen, von der etablierten Norm abheben, ist es möglich, sie in einer empirischen Analyse zu identifizieren und ihre Auswirkungen abzuschätzen.

3. Daten

Ich nutze in meiner Analyse die Daten aus dem Mikrozensus 2016, bereitgestellt von der Statistik Austria. Die Nettomonatseinkommen, die in einer Zusatzerhebung aufbereitet wurden und mit dem Mikrozensus ausgeliefert wurden, entsprechen dem Monatseinkommen in der Referenzwoche nach Abzug von Steuern und Abgaben und inklusive aliquoter Anrechnung des 13. und 14. Gehalts. Bei Verknüpfungsproblemen werden die Einkommen imputiert.¹⁸ Die Stichproben werden mit Gewichtungen versehen um eine annäherungsweise Repräsentativität für die österreichische Bevölkerung sicherzustellen.¹⁹

Tabelle 1 fasst die Stichprobengrößen zusammen. Für die Analyse der GeringverdienerInnen beschränke ich mich auf Personen mit einem positiven monatlichen Nettoeinkommen, die auf die entsprechende Frage geantwortet haben, vorwiegend erwerbstätig zu sein (siehe Anmerkung 1).

Tabelle 1: Stichprobengröße

Berücksichtigt	Beobachtungen	Gewichtet
Mikrozensus	177.375	8.599.160
Personen mit Erwerbseinkommen	74.420	3.573.458
Unselbstständig Beschäftigte	70.647	3.376.463

Als GeringverdienerInnen verstehe ich Personen mit einem Einkommen unter der Steuergrenze. Wenn das 13. und 14. Monatsgehalt unter Berücksichtigung der steuerlichen Ausnahmen angerechnet und die Sozialversicherungsbeiträge abgezogen werden, entspricht dies einer Grenze von € 1.050 oder jährlich € 14.700.

Tabelle 2 gibt den Anteil der GeringverdienerInnen unter den unselbst-

ständig Beschäftigten sowie unter demografischen und strukturellen Gruppen wieder, bei denen die bisherige Literatur eine höhere Anfälligkeit suggeriert. So liegt der Anteil von GeringverdienerInnen in der berücksichtigten Stichprobe bei 12%, das sind etwa 413.000 Menschen. Unter Frauen liegt der Anteil mit 18% deutlich höher, ebenso bei Personen in Teilzeit- bzw. befristeten Beschäftigungsverhältnissen mit 33% bzw. 37%. Auch der Anteil der GeringverdienerInnen an den Unter-25-Jährigen, den Frauen mit Kindern und Personen, deren höchster Bildungsabschluss die Pflichtschule ist, liegt jeweils deutlich über dem Gesamtdurchschnitt. Für LeiharbeiterInnen, Personen mit Migrationshintergrund und Eltern im Allgemeinen gibt es keine signifikanten Unterschiede gegenüber der Gesamtheit der unselbstständig Erwerbstätigen. Gerade der letzte Punkt deutet auf eine geschlechterspezifisch unterschiedliche Auswirkung von Betreuungspflichten auf die Erwerbschancen hin.

Tabelle 2: Anteil der GeringverdienerInnen

Personengruppen	Gering-verdienerInnen	Normal-verdienerInnen	Gewichtete Beobachtungen
Unselbstständig	12,24%	87,76%	3.376.463
Frauen	18,16%	81,84%	1.566.378
Teilzeit	32,77%	67,23%	876.522
Leiharbeit	14,49%	85,51%	74.862
Befristete Beschäftigung	37,08%	62,92%	284.551
Migration	10,96%	89,04%	2.636.329
Unter 25	29,56%	70,44%	400.507
Eltern	12,35%	87,65%	1.509.824
Mütter	22,25%	77,75%	739.003
Pflichtschule	33,88%	66,12%	429.711

Tabelle 3 schlüsselt den gewichteten Anteil der GeringverdienerInnen nach Bundesland auf. Es ist bemerkenswert, dass Wien sich im Gegensatz zu den Ergebnissen anderer Studien im Mikrozensus nicht durch einen besonders hohen Anteil von GeringverdienerInnen auszeichnet. Das liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit daran, dass der Datensatz auf die vorwiegend unselbstständig Erwerbstätigen beschränkt ist.

Knittler (2015, S. 244) macht die empirische Sonderstellung Wiens an vier Punkten fest: (1) später Erwerbsantritt aufgrund geringem Lehrlingsanteil und vieler Studierender, (2) höhere Jugendarbeitslosigkeit, (3) niedrige Erwerbstätigenquote bestimmter MigrantInnengruppen und (4) hoher PendlerInnenanteil. Diese Faktoren bestimmen aber in erster Linie die Erwerbstätigenquote und sind durch die Beschränkung des Datensatz aus-

geblendet. In der Tendenz ist der Anteil der GeringverdienerInnen im Westen Österreichs höher.

Tabelle 3: Anteil der GeringverdienerInnen nach Bundesland

Bundesland	Gering-verdienerInnen	Normal-verdienerInnen	Gewichtete Beobachtungen
Burgenland	10,52%	89,48%	109.843
Kärnten	11,69%	88,31%	206.956
Niederösterreich	11,52%	88,48%	646.975
Oberösterreich	12,12%	87,88%	602.015
Salzburg	13,60%	86,40%	222.137
Steiermark	12,55%	87,45%	473.938
Tirol	14,29%	85,71%	298.406
Vorarlberg	13,61%	86,39%	164.217
Wien	11,56%	88,44%	651.977

Tabelle 4 zeigt den Anteil der GeringverdienerInnen nach Altersgruppen sowie nach Geschlechtern aufgeschlüsselt, wobei ich die Ergebnisse weiter auf die Unter-65-Jährigen beschränke. Der Anteil liegt bei Frauen in allen Altersgruppen über dem der Männer. Während in der Gesamtstichprobe sowie unter den Männern ein Abnehmen des GeringverdienerInnenanteils mit dem Alter zu beobachten ist, steigt er bei Frauen im Alter von 30 bis 39 sowie von 55 bis 65 wieder an (nachdem er zuvor gesunken ist).

Tabelle 4: Anteil der GeringverdienerInnen nach Alter und Geschlecht

Altersgruppe	Gesamt	Männer	Frauen
15 bis 19	63,64%	63,29%	64,19%
20 bis 24	15,25%	11,97%	19,12%
25 bis 29	10,94%	7,21%	15,33%
30 bis 34	11,02%	5,00%	18,74%
35 bis 39	11,56%	4,06%	20,97%
40 bis 44	9,37%	3,10%	15,78%
45 bis 49	8,89%	2,98%	14,82%
50 bis 54	8,61%	2,87%	14,44%
55 bis 59	9,35%	2,94%	16,91%
60 bis 64	8,28%	4,26%	18,66%

Tabelle 5 schließlich weist den Anteil der Geringverdienenden nach der Größe der Arbeitsstätte aus. Als Arbeitsstätte ist hier eine zusammengehörende Betriebseinheit gemeint und nicht ein Unternehmen, zum Beispiel mit mehreren Standorten.²⁰ Der Anteil der GeringverdienerInnen fällt mit der Größe der Arbeitsstätte und befindet sich bei Frauen in allen Kategorien auf einem höheren Niveau als bei Männern. Anders als bei der Aufschlüsselung nach Alter scheint der Trend aber derselbe zu sein.

Tabelle 5: Anteil der Geringverdienenden nach Größe der Arbeitsstätte

Größe der Arbeitsstätte	Gesamt	Männer	Frauen
10 oder weniger	25,29%	15,79%	32,08%
11 bis 19	15,07%	10,46%	19,30%
20 bis 49	10,59%	6,93%	14,82%
50 bis 499	6,36%	3,97%	10,01%
500 und mehr	3,48%	2,23%	5,63%
Unbekannt, aber mehr als 10	20,59%	10,32%	32,27%
Unbekannt, aber weniger als 11	31,40%	22,08%	38,57%

Tabelle 6 schlüsselt den Anteil von GeringverdienerInnen in der Gesamtstichprobe nach Sozialstatus auf. Hier zeigt sich ein substanzieller Unterschied der Bedeutung des Sozialstatus zwischen Frauen und Männern. Arbeiterinnen sind mehr als doppelt so oft geringverdienend als weibliche Angestellte (35% verglichen mit 16%). In der Gesamtbevölkerung ist dieses Verhältnis mit 17% zu 11% deutlich geringer.

Tabelle 6: Anteil der Geringverdienenden nach Sozialstatus

Sozialstatus	Gesamt	Männer	Frauen
Angestellte	11,48%	6,09%	15,96%
ArbeiterInnen	17,34%	9,97%	35,19%
BeamtenInnen	0,50%	0,47%	0,55%
Vertragsbedienstete	4,25%	1,38%	6,13%

Der Datensatz ist groß genug, um nicht nur in der deskriptiven Statistik klare Unterschiede abzubilden, sondern auch eine ökonometrische Modellierung mit Rücksicht auf die grundlegenden demografischen und strukturellen Merkmale anzuwenden. Die höheren Anteile der Geringverdienenden unter Frauen, ArbeiterInnen, jungen ArbeitnehmerInnen, Erwerbstätigen in kleineren Arbeitsstätten sowie solchen in Teilzeit-, Leiharbeits- und befristeten Beschäftigungsverhältnissen nehme ich als Ausgangspunkt der Analyse.

Tabelle 7 fasst die Angaben von Teilzeitbeschäftigten nach dem Grund für das Beschäftigungsverhältnis zusammen.²¹ Bei Frauen überwiegen die Betreuungspflichten für Kinder und pflegebedürftige Erwachsene mit 41%. Nur 7% der Männer geben diese Antwort. Sie geben dafür ebenso oft an, keine Vollzeittätigkeit zu wollen, wie keine zu finden – bei Frauen ist die selbstgewählte Teilzeitbeschäftigung um 6 Prozentpunkte häufiger vertreten als jene wegen entsprechenden Angebotsmangels. Männer geben ebenfalls deutlich relativ häufiger Fortbildungszwecke oder Krankheit als Grund an. Es ist bemerkenswert, dass sich in allen Fragenkategorien absolut mehr Frauen als Männer befinden: Teilzeitarbeit ist in hohem Maße Frauenarbeit.

Tabelle 7: Gründe für Teilzeitarbeit nach Geschlecht

Gründe für Teilzeitarbeit	Männer		Frauen	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Weil Sie Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene betreuen	9.273	6,91%	291.064	41,17%
Weil Sie keine Vollzeittätigkeit wollen	31.829	23,73%	136.675	19,33%
Aus anderen persönlichen oder familiären Gründen	23.356	17,41%	126.387	17,88%
Weil Sie keine Vollzeittätigkeit finden konnten	32.984	24,59%	89.054	12,60%
Wegen schulischer oder beruflicher Aus- oder Fortbildung	15.203	11,34%	21.913	3,10%
Wegen Krankheit	9.774	7,29%	18.039	2,55%
Aus sonstigen Gründen	11.700	8,72%	23.898	3,38%

Tabelle 8 beschränkt dieselbe Frage auf die GeringverdienerInnen, wobei sich ein sehr ähnliches Bild wie in der Gesamtheit der unselbstständig Erwerbstätigen (bei deutlich geringeren Stichprobengrößen in den Antwortkategorien) ergibt. Bemerkenswert sind der deutlich höhere Anteil an Männern die angeben, keine Vollzeitstelle zu finden, der niedrigere Anteil an Teilzeitbeschäftigten, die keine Vollzeitstelle wollen, sowie der deut-

Tabelle 8: Gründe der GeringverdienerInnen für Teilzeitarbeit

Gründe für Teilzeitarbeit	Männer		Frauen	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Weil Sie Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene betreuen	1.503	2,80%	97.607	42,17%
Weil Sie keine Vollzeittätigkeit wollen	10.390	19,37%	38.121	16,47%
Aus anderen persönlichen oder familiären Gründen	6.089	11,35%	40.207	17,37%
Weil Sie keine Vollzeittätigkeit finden konnten	19.399	36,16%	32.452	14,02%
Wegen schulischer oder beruflicher Aus- oder Fortbildung	7.357	13,71%	9.897	4,28%
Wegen Krankheit	4.766	8,88%	6.998	3,02%
Aus sonstigen Gründen	4.143	7,72%	6.158	2,66%

lich geringere Anteil an Männern, die wegen Betreuungspflichten nicht Vollzeit arbeiten.

4. Modell und Ergebnisse

Um zu schätzen, wie die beschriebenen Faktoren das Risiko, unter der Steuergrenze zu verdienen, beeinflussen, verwende ich ein Logit-Modell. Ich greife in der Modellierung auf einen bayesianischen hybriden Monte-Carlo-Algorithmus (HMC) zurück und benutze das probabilistische Softwarepaket STAN.²²

Ich schätze zuerst die demografischen Faktoren und die Beschäftigungsverhältnisse in zwei separaten Regressionen und schließlich alle Faktoren zusammen. Damit sollen Betroffenheit von und Gründe für Anfälligkeit für Geringverdienst unterscheiden werden – dass Frauen öfter von Geringverdienst betroffen sind, liegt zum Beispiel sowohl an Lohndiskriminierung als auch an strukturell anderer Stellung im Erwerbsleben. Sie arbeiten zum Beispiel deutlich öfter Teilzeit.

Für die Analyse greife ich auf die Stichprobengewichtung der Statistik Austria zurück.

Zum Vergleich wird in Anhang 1 auch ein frequentistisches verallgemeinertes lineares Modell (GLM) aufgestellt und berechnet das eine Logit-Regression im Maximum-Likelihood-Verfahren schätzt.

Die Ergebnisse unterscheiden sich nicht substantiell vom Modell in Abschnitt 4.1, ich greife aber aus zwei Gründen auf die bayesianische HMC-Methode zurück. Erstens erlaubt es mir das formelle Miteinbeziehen bereits bekannter Informationen (zum Beispiel aus der Literatur oder der deskriptiven Statistik) in Form von prioren Parameterverteilungen. Zweitens führt eine Verletzung der für die GLM-Methode notwendigen Annahmen über die Unabhängigkeit der Beobachtungen, Normalverteilung der Residuen, Struktur der Varianz sowie der linearen Modellbeziehung in einer Monte-Carlo-Schätzung zwar möglicherweise zur Berechnungsproblemen, der ermittelte Schätzer und die dazugehörige Verteilung werden dadurch aber nicht invalidiert.

Der zentrale Nachteil der bayesianischen Methode ist die fehlende Vergleichbarkeit von wichtigen statistischen Indikatoren zur Modelldiagnose. Für bayesianische Modelle werden zum Beispiel keine Signifikanzniveaus oder R^2 -Statistiken berechnet. Es gibt zwar vergleichbare Konzepte, diese sind jedoch nicht äquivalent, was einen Vergleich der Ergebnisse mit denen herkömmlich-frequentistischer Modelle erschwert.

4.1 Bayesianisches Logit-Modell

Die Logit-Regression schätzt den Einfluss der kovariaten Faktoren auf eine bivariate Ergebnisvariable. Die Koeffizienten geben an, um wie viel sich die logarithmierte Chance, in eine Kategorie zu fallen, verändert, wenn die Kovariate sich um eine Einheit verändert. Mit Chance ist hier das Verhältnis zwischen der Wahrscheinlichkeit, geringverdienend zu sein, dividiert durch die Wahrscheinlichkeit, normalverdienend zu sein, gemeint.

Im von mir aufgestellten Modell befinden sich auf beiden Seiten der Gleichung bivariate kategoriale Variablen – eine befragte Person ist entweder GeringverdienerIn oder nicht, entweder weiblich oder nicht, entweder unter 25 Jahre alt oder nicht – weshalb der Koeffizient interpretiert wird als der natürliche Logarithmus der prozentuellen Erhöhung der Chance, weniger als € 14.700 zu verdienen. Der Koeffizient für den Achsenabschnitt kann gelesen werden als logarithmierte Wahrscheinlichkeit, geringverdienend zu sein, wenn keiner der kovariaten Faktoren zutrifft.

Formell beschreiben die Gleichungen 5.1 das Modell, in dem Y das Nettomonatseinkommen einer Person und G den Grenzwert für die Steuerpflicht beschreibt. X ist die Kovariatenmatrix und λ die Stichprobengewichtung. α und β sind die Regressionskoeffizienten.

$$Y_i < G \approx \log \left(\frac{P(Y_i < G | X_i) \lambda_i}{1 - P(Y_i < G | X_i) \lambda_i} \right) \quad (4.1.a)$$

$$P(Y_i < G | X_i) = \frac{\exp(\alpha + \beta * X_i)}{1 + \exp(\alpha + \beta * X_i)} \quad (4.1.b)$$

Die Gleichungen 4.2 beschreiben die prioren Wahrscheinlichkeitsverteilungen, die im bayesianischen Modell zur Anwendung kommen. Die posteriore Verteilung der Koeffizienten wird gezogen aus dem Produkt der *Likelihood* – einer Bernoulli-logistischen Verteilung – und der prioren Verteilungen. Als Resultat der Literaturrecherche sowie aufgrund der in Tabelle 3.2 zusammengefassten Anteile von GeringverdienerInnen in den definierten Gruppen formuliere ich schwach informative, positive priore Verteilungen. Die Cauchy-Verteilung mit einem Positionsparameter von 0, die ich für den Achsenabschnitt α wähle, drückt aus, dass ich keine prioren Erwartungen an das Vorzeichen formuliere, aber eine Nähe zu 0 erwarte.

Die Cauchy-Verteilung ist toleranter gegenüber Extremwerten als beispielsweise die Gauss'sche Normalverteilung.²³ Die Gamma-Verteilung, die ich für die Koeffizienten β wähle, ist auf die positiven Zahlen beschränkt und drückt meine Überzeugung aus, dass sich die oben aufgezählten Faktoren positiv auf die Chance, zur Gruppe der GeringverdienerInnen zu gehören, auswirken.

$$\alpha \approx \text{Cauchy}(0, 2,5) \quad (4.2.a.)$$

$$\beta_i \approx N(0,5, 3) \quad (4.2.b)$$

Zu Schätzung verwende ich einen hybriden Monte-Carlo-Schätzer mit vier Ketten und jeweils 3000 Iterationen, wovon ich die ersten jeweils 1000 verwerfe, um den Einfluss der zufällig gezogenen Anfangswerte zu minimieren.

Wie in Gleichung 4.1 durch die Multiplikation mit dem Gewichtungsparemeter λ ausgedrückt, wird im Algorithmus die errechnete Likelihood jeder Beobachtung mit dem Gewichtungsparemeter multipliziert. Die posteriore Verteilung der Koeffizienten entspricht dem Produkt der (bzw. der Summe der logarithmierten) *Likelihoods* und der prioren Verteilungen. Die Wichtigkeit einer Beobachtung für die posteriore Verteilung verändert sich demnach proportional zum Stichprobengewicht.

Durch die Einbeziehung der Gewichtungen als Daten ist das Modell nicht mehr rein bayesianisch, da die Gewichtungen nicht im Modell generiert und daher auch nicht als Vorhersagen simuliert werden können. Um generierte Beobachtungen mit den Daten zu vergleichen, müssen diese abermals mit den Gewichtungen multipliziert werden.

Tabelle 9 fasst die Ergebnisse aller drei Regressionen zusammen. Für jeden Koeffizienten sind der arithmetische Mittelwert der simulierten Koeffizienten, die Standardabweichung und die untere und obere Grenze des 95%-Maximum-A-Posteriori Intervalls (*bayesian credibility interval*) angegeben.²⁴

In der ersten Regression sind nur demografische, in der zweiten nur strukturelle Merkmale hinsichtlich der Beschäftigungsverhältnisse mit einbezogen. Die dritte Regression umfasst alle Kovariaten aus beiden Kategorien zusammen.

Es ist bemerkenswert, dass sich das Vorzeichen des Koeffizienten für Frauen umdreht, wenn sowohl die Ebene der Beschäftigungsverhältnisse als auch die Interaktion der Kovariaten „weiblich“ und „Eltern“ im Faktor „Mütter“ inkludiert werden. Das legt nahe, dass die höhere Anfälligkeit von Frauen, unter der Steuergrenze zu verdienen, über strukturelle Faktoren, konkret Teilzeitbeschäftigung, vermittelt wird. Auch bemerkenswert ist, dass Migrationshintergrund und Elternschaft an sich die Anfälligkeit zu verringern scheinen. Die 95%-Maximum-A-Posteriori-Intervalle sind für alle Koeffizienten eindeutig im Vorzeichen, die Faktoren scheinen also einen eindeutigen Einfluss auf das Modell zu haben.

Tabelle 10 gibt das Verhältnis der Chancen für alle Koeffizienten an (*odds ratio*). Dazu werden die Koeffizienten in die Exponentialfunktion eingefügt. Das Verhältnis der Chance kann interpretiert werden als die Veränderung im Verhältnis der Chance, in die Kategorie Geringverdienst zu fallen, verglichen mit der Chance, nicht dieser Kategorie anzugehören.

Tabelle 9: Regressionsergebnisse

Personen- gruppen	(1)				(2)				(3)			
	Mittel	S.D.	2,5%	97,5%	Mittel	S.D.	2,5%	97,5%	Mittel	S.D.	2,5%	97,5%
	-2,69	0,01	-2,70	-2,68	-3,53	0,00	-3,53	-3,52	-3,75	0,01	-3,77	-3,74
Weiblich	0,51	0,00	0,50	0,52					-0,11	0,01	-0,12	-0,10
Migration	-0,38	0,00	-0,39	-0,37					-0,51	0,00	-0,52	-0,50
Unter 25	1,40	0,00	1,39	1,41					1,71	0,01	1,69	1,72
Eltern	-0,88	0,01	-0,89	-0,86					-0,49	0,01	-0,51	-0,47
Mütter	1,81	0,01	1,79	1,83					0,68	0,01	0,66	0,70
Pflichtschule	1,41	0,00	1,40	1,42					1,36	0,00	1,35	1,37
Teilzeit					2,65	0,00	2,64	2,66	3,01	0,01	3,00	3,02
Leiharbeit					0,30	0,01	0,28	0,33	0,06	0,01	0,03	0,08
Befrist. Besch.					2,49	0,01	2,48	2,50	1,44	0,01	1,43	1,45

S.D. = Standardabweichung.

Eine *odds ratio* von 1 entspricht einem Koeffizienten von 0 und deutet an, dass die entsprechende Kovariate keinen Einfluss darauf hat, der einen oder der anderen Kategorie anzugehören.

Tabelle 10: Chancenverhältnis (*Odds Ratio*)

Personengruppen	(1)	(2)	(3)
Weiblich	1,67		0,89
Migration	0,68		0,60
Unter 25	4,04		5,52
Eltern	0,41		0,61
Mütter	6,12		1,97
Pflichtschule	4,11		3,91
Teilzeit		14,13	20,32
Leiharbeit		1,35	1,06
Befristete Beschäftigung		12,05	4,22

Wenn nur demografische Variablen berücksichtigt werden, ist die Chance, GeringverdienerIn zu sein, für Frauen um zwei Drittel höher, für MigrantInnen um fast 30% niedriger, für Unter-25-Jährige und Personen mit maximal Pflichtschulabschluss um das Dreifache und für Mütter um mehr als das Fünffache höher. Werden zusätzlich strukturelle Faktoren mit einbezogen, so sind Teilzeitbeschäftigte mehr als 19-mal so gefährdet, für Personen in befristeten Beschäftigungsverhältnissen ist der Faktor drei. Dafür verringert sich die Anfälligkeit von Frauen sogar ins Positive, und von Müttern auf etwa eine 90% höhere Gefährdung. Das legt nahe, dass

eine Kombination der Faktoren, zum Beispiel teilzeitbeschäftigte Frauen mit Betreuungspflichten, hier den Geringverdienst erklärt.

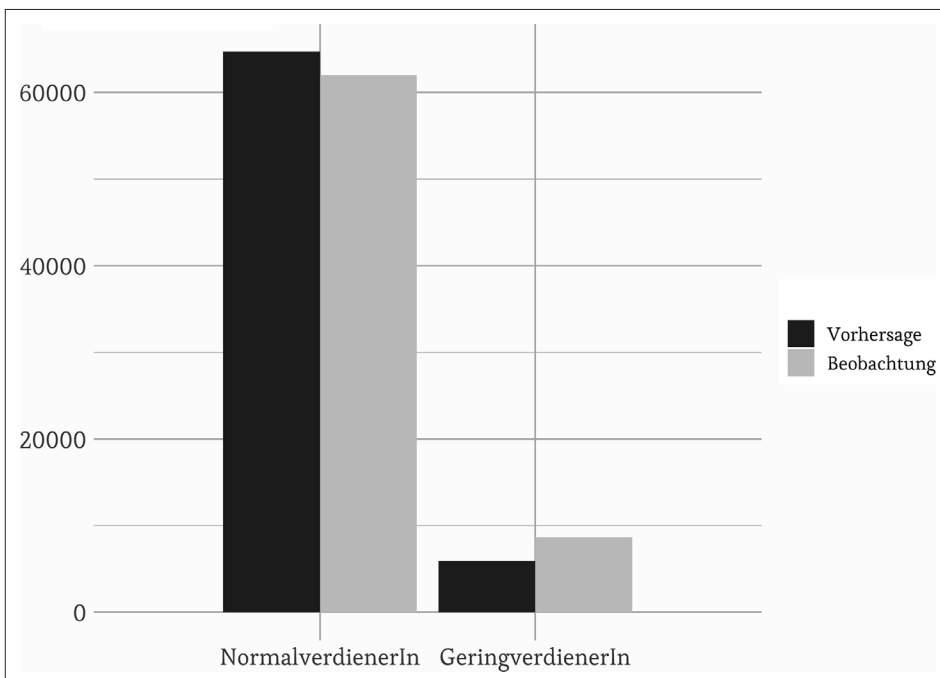
4.2 Modellpräzision

Zur Bewertung der drei Modelle greife ich auf die Eigenschaft aller bayesianischen HMC-Modelle zurück, die prinzipiell generierend sind, also aus den in jeder Iteration gezogenen Parametern auch Daten, die der posterioren Verteilung entsprechen, simulieren. Aus Gründen der Berechnungseffizienz reduziere ich die Anzahl der Iterationen pro Kette auf 1000, wovon 500 verworfen werden. Das resultiert in 2000 gezogenen Vorhersagen pro Beobachtung.

Ich berechne für jede Beobachtung den Median der Vorhersagen. Da die Variable dichotom ist, entspricht der Median dem Modus. So können die Vorhersagen mit den beobachteten Daten verglichen werden.

Abbildung 1 zeigt die vorhergesagten und beobachteten Anteile an GeringverdienerInnen. In Abbildung 2 sind die Dichtefunktionen der Beobachtungen, der Vorhersagen sowie der zugrundeliegenden Wahrscheinlichkeiten zu sehen. Tabelle 11 schließlich beinhaltet die Anteile der GeringverdienerInnen nach den in der Regression einbezogenen Gruppen. Für diese Berechnung wurden die Beobachtungen, bei denen Geringver-

Abbildung 1: Posteriore Präzision – alle Kovariaten



dienst und Normalverdienst genau gleich wahrscheinlich schienen, verworfen.

Abbildung 2: Posteriore Präzision – Dichte

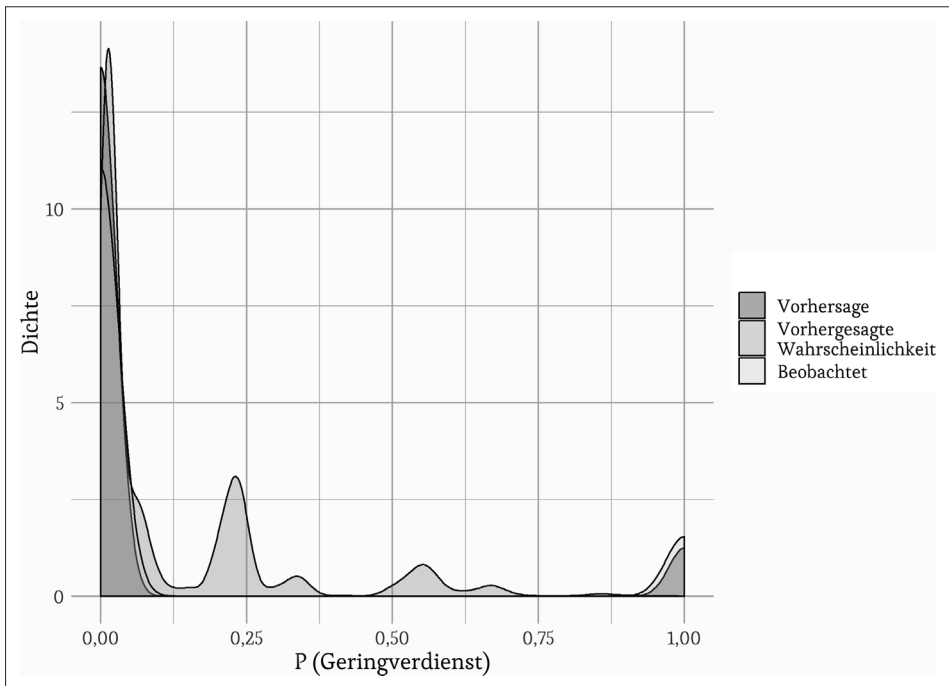


Tabelle 11: Posteriore Präzision, Geringverdienende nach Gruppen, alle Kovariaten

	Vorhersage	Beobachtung	Abweichung
%	8,42%	12,24%	–31,19%
Frauen	11,53%	18,16%	–36,53%
Teilzeit	21,70%	32,77%	–33,79%
Leiharbeit	10,22%	14,49%	–29,43%
Befristete Beschäftigung	51,10%	37,08%	37,82%
Migration	7,45%	10,96%	–32,03%
Unter 25	36,14%	29,56%	22,24%
Eltern	6,08%	12,35%	–50,79%
Mütter	11,48%	22,25%	–48,39%
Pflichtschule	47,47%	33,88%	40,14%

In der Richtung der Vorhersagen, dass Frauen häufiger geringverdienend sind als Männer, stimmen die Vorhersagen mit den Beobachtungen überein. Trotzdem liegen die vorhergesagten Anteile an GeringverdienerInnen teils deutlich unter den tatsächlichen Daten. Nur der Einfluss der Faktoren „Unter-25-Jährige“ sowie „Pflichtschule als höchste abgeschlossene Ausbildung“ wird überschätzt. Diese Ergebnisse sprechen dafür, dass die demografischen und strukturellen Auswirkungen im Modell nicht überschätzt werden.

Dieselben Zusammenstellungen für die eingeschränkten Regressionen (einmal mit nur demografischen und einmal nur mit Faktoren auf der Ebene der Beschäftigungsformen) finden sich in den Abbildungen 3 bis 6 bzw. in Tabelle 12. Die sehr niedrigen geschätzten Anteile an GeringverdienerInnen deuten darauf hin, dass die Faktorengruppen für sich genommen deutlich weniger aussagekräftig sind als in der Kombination. Das entspricht auch dem Tenor der besprochenen Literatur, dass die Lohnungleichheit beziehungsweise höhere Anfälligkeit für Armut trotz Arbeit für zum Beispiel Frauen sich nicht auf individuelle Diskriminierung reduzieren lässt, sondern durch systematische Schlechterbezahlung von „Frauenberufen“ und atypischen Beschäftigungsformen schlagend wird.

Abbildung 3: Posteriore Präzision – nur demografische Faktoren

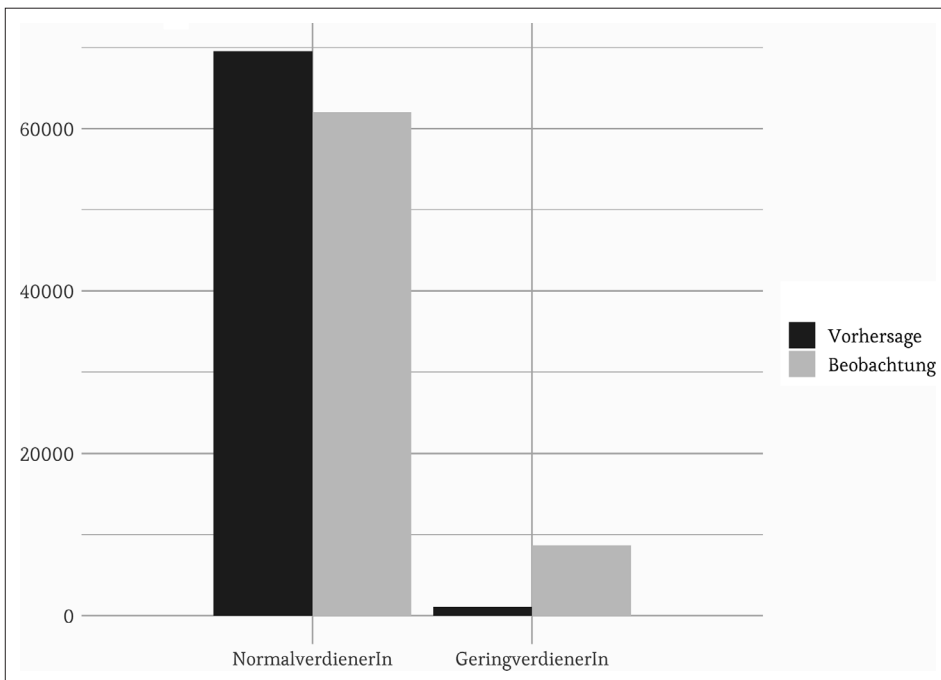


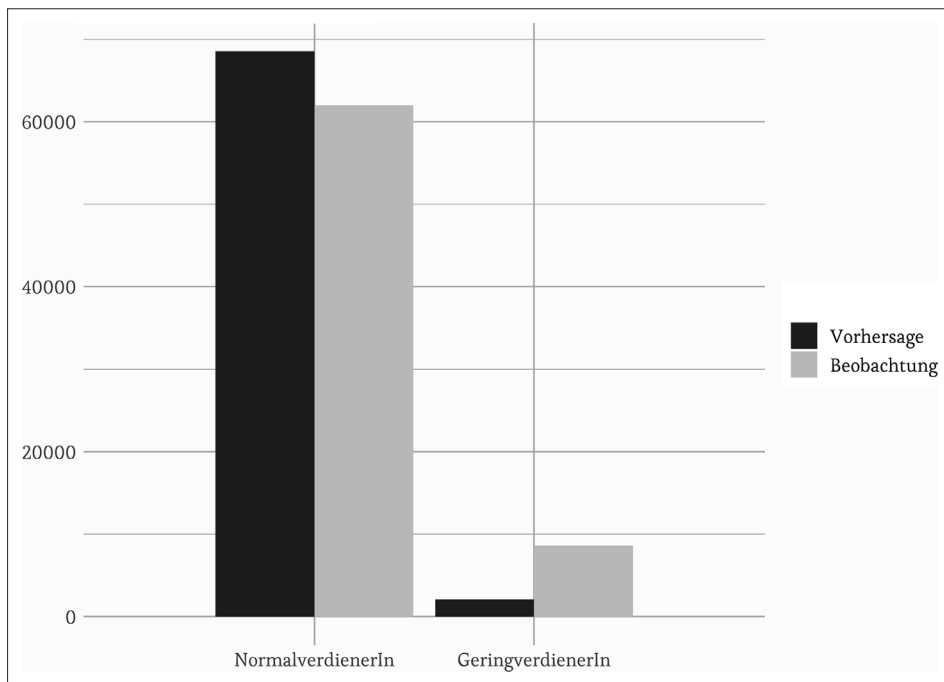
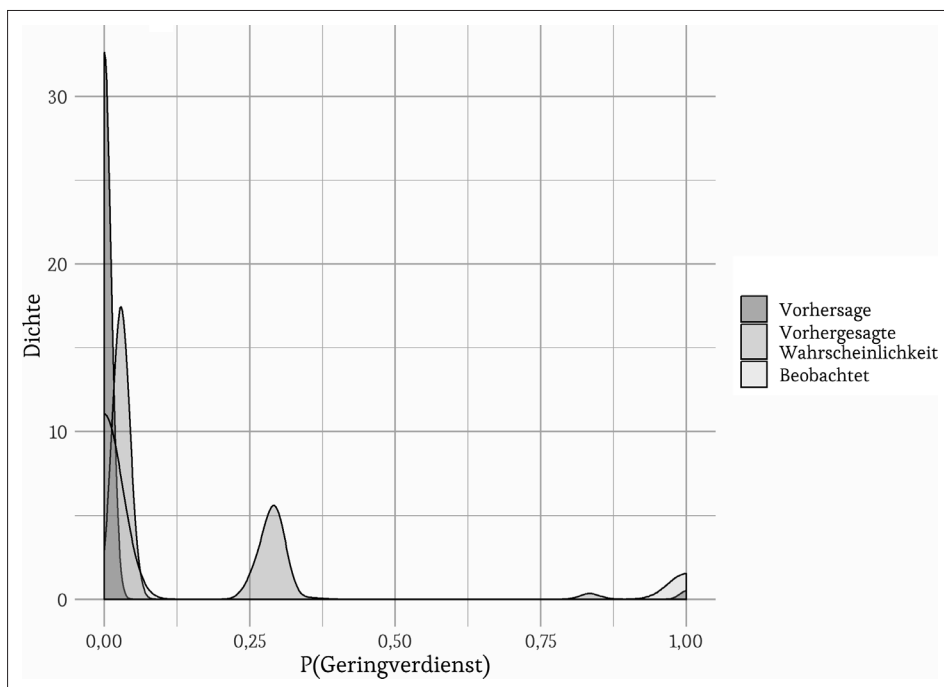
Abbildung 4: Posteriore Präzision – nur strukturelle Faktoren**Abbildung 5: Posteriore Präzision – nur demografische Faktoren**

Abbildung 6: Posteriore Präzision – nur strukturelle Faktoren

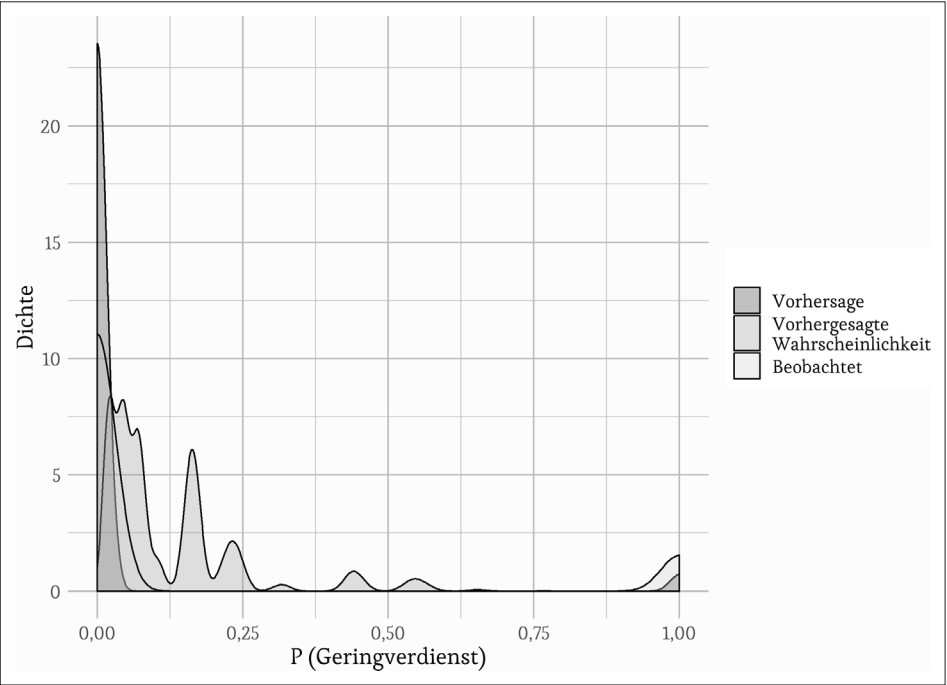


Tabelle 12: Posteriore Präzision, Geringverdienende nach Gruppen, einzelne Faktorengruppen

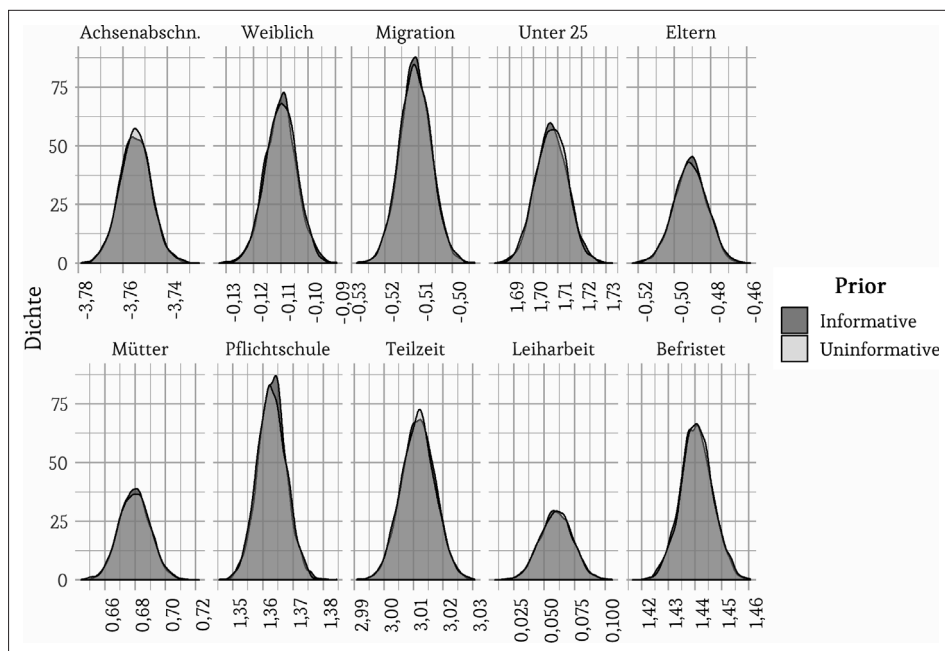
	Vorhersage	Beobachtung	Abweichung	Vorhersage	Beobachtung	Abweichung
%	1,59%	12,24%	–87,05%	3,16%	12,24%	–74,20%
Frauen	2,46%	18,16%	–86,43%	5,58%	18,16%	–69,30%
Teilzeit	6,11%	32,77%	–81,37%	3,79%	32,77%	–88,45%
Leiharbeit	2,47%	14,49%	–82,94%	7,25%	14,49%	–49,95%
Befristet	18,81%	37,08%	–49,28%	16,63%	37,08%	–55,14%
Migration	1,52%	10,96%	–86,16%	1,10%	10,96%	–89,96%
Unter 25	1,98%	29,56%	–93,31%	15,12%	29,56%	–48,85%
Eltern	1,40%	12,35%	–88,63%	3,26%	12,35%	–73,60%
Mütter	2,45%	22,25%	–88,97%	6,66%	22,25%	–70,06%
Pflichtschule	1,34%	33,88%	–96,03%	24,42%	33,88%	–27,92%

4.3 Sensibilität gegen priore Verteilungen

Abbildung 7 zeigt die posterioren Dichteverteilungen der Parameter α und β , jeweils gezogen mit einer uninformativen prioren Verteilung (entspricht einer Gleichverteilung zwischen negativ und positiv unendlich) sowie den

gewählten Verteilungen aus Gleichung 4.2. Wie in der Abbildung ersichtlich, unterscheiden sich die posterioren Verteilungen der Parameter nicht substanziell, vor allem nicht im Vorzeichen. Das deutet darauf hin, dass die Effizienzgewinne im Algorithmus sowie das Miteinbeziehen bestehenden Wissens über die Struktur von GeringverdienerInnen in Österreich dem Informationsgehalt der Daten in keinen relevanten Punkten widerspricht.

Abbildung 7: Einfluss der prioren Verteilungen



4.4 Vollzeitbeschäftigte

Der Faktor Leiharbeit ist in der Regression von herausragender Bedeutung. Der entsprechende Koeffizient ist mit Abstand höher als die aller anderen Faktoren; teilzeitbeschäftigt zu sein erhöht die Wahrscheinlichkeit, in die Kategorie GeringverdienerIn zu fallen, um den Faktor 20 (siehe Tabelle 10). Gleichzeitig ist die Vorhersagepräzision des Modells das sowohl Demografie als auch Beschäftigungsverhältnisse berücksichtigt, deutlich besser.

Um einen besseren Einblick in die Dynamiken zu erhalten, die zu Geringverdienst bei Vollzeitbeschäftigung führen, beschränke ich daher für eine separate, ergänzende Analyse den Datensatz auf Vollzeitbeschäftigte (über 35 Wochenstunden). Der Anteil der GeringverdienerInnen unter diesen ist sehr gering und liegt in der Mikrozensus-Stichprobe bei 5%, verglichen mit 12% in der Gesamtstichprobe.

Tabelle 14 zeigt die Regressionsergebnisse (Mittelwert, Standardabweichung des geschätzten Parameters sowie 95% *credibility interval* sowie *odds ratio*) unter Vollzeitbeschäftigten unter Verwendung desselben Modells dass in Abschnitt 4.1 definiert wird.

Die *odds ratio* des Achsenabschnittsterm in der ersten Zeile zeigt die sehr niedrige Chance, als Vollzeitangestellter GeringverdienerIn zu sein. Die Vorzeichen der Koeffizienten sind gleich wie für die Gesamtstichprobe: Die Chancen zur Kategorie GeringverdienerIn zu gehören sind höher für Frauen, Unter-25-Jährige, Mütter, Personen mit Pflichtschule als höchstem formalen Bildungsabschluss sowie in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Sie sind niedriger für MigrantInnen sowie für Personen mit Kindern.

Die Ausprägung der Koeffizienten, zu finden in Tabelle 13, unterscheidet sich jedoch recht deutlich von denen der Gesamtstichprobe. Die Anfälligkeit von Frauen ist substantiell höher, ebenso wie die von Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss und befristet Beschäftigten. Der Effekt für Mütter und LeiharbeiterInnen wird etwas kleiner. Zusammengefasst gelten die Schlussfolgerungen aus der Gesamtstichprobe aber auch, wenn der Datensatz auf Vollzeitbeschäftigte beschränkt wird. Der Effekt von Teilzeitarbeit ist groß, verzerrt jedoch die übrigen Ergebnisse nicht.

Tabelle 13: Regressionsergebnisse, nur Vollzeit

	Mittel	S.D.	2,5%	97,5%	OR
	-4,37	0,01	-4,39	-4,35	0,01
Weiblich	0,24	0,01	0,23	0,26	1,28
Migration	-0,35	0,01	-0,37	-0,34	0,70
Unter 25	1,70	0,01	1,68	1,72	5,47
Eltern	-0,34	0,01	-0,37	-0,32	0,71
Mütter	0,22	0,02	0,18	0,26	1,24
Pflichtschule	1,67	0,01	1,66	1,69	5,33
Leiharbeit	0,04	0,02	0,00	0,08	1,04
Befristet	1,97	0,01	1,96	1,99	7,20

Die Vorhersagepräzision ist in Tabelle 14 angegeben. Sie verbessert sich im Vergleich mit dem vollständigen Modell nur marginal und weist geringere relative Abweichungen der Vorhersage von den beobachteten Anteilen für den Anteil an der Gesamtbevölkerung, befristet Beschäftigte, MigrantInnen, Unter-25-Jährige und Personen, die höchstens die Pflichtschule abgeschlossen haben auf. Für Leiharbeit, Eltern und Mütter ist die Vorhersagepräzision deutlich schlechter. Auch hier ist der zentrale Mehrwert des auf Vollzeitbeschäftigte beschränkten Modells die Erkenntnis,

dass die empirischen Ergebnisse auch halten, wenn der Faktor Teilzeit eliminiert wird.

Tabelle 14: Posteriore Präzision, Geringverdienende nach Gruppen, nur Vollzeit

	Vorhersage	Beobachtung	Abweichung
%	3,78%	5,05%	–25,13%
Weiblich	3,83%	6,18%	–37,98%
Leiharbeit	0,52%	4,94%	–89,42%
Befristet	40,88%	36,75%	11,22%
Migration	3,81%	4,70%	–18,98%
Unter 25	26,98%	25,71%	4,93%
Eltern	0,03%	1,51%	–97,97%
Mütter	0,07%	2,39%	–97,22%
Pflichtschule	30,85%	26,27%	17,45%

5. Zusammenfassung

GeringverdienerInnen, also Menschen die ein Erwerbseinkommen unter der Steuergrenze erzielen, machen eine relevante Minderheit in der österreichischen Bevölkerung aus. Unter Personen, die sich selbst als vorwiegend erwerbstätig bezeichnen, ist der Geringverdienst ein Ausnahmezustand. Er lässt sich dementsprechend auf Ausnahmesituationen – Marginalisierung am Arbeitsmarkt oder atypische Beschäftigung – zurückführen.

Zugleich ist es aber so, dass diese Ausnahmesituationen immer größere Teile der Erwerbsbevölkerung betreffen. Sie bleiben zwar atypisch, werden aber immer normaler. In der Literatur wird das sowohl auf die zunehmende Deregulierung des Arbeitsmarktes sowie die steigende Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und MigrantInnen zurückgeführt.

Schon eine einfache deskriptive Betrachtung der Daten aus dem Mikrozensus 2016 deutet auf die vorwiegend betroffenen Gruppen hin. Das sind Frauen, junge Menschen, Eltern und vor allem Mütter und Personen, deren höchster Bildungsabschluss die Pflichtschule ist. Ebenfalls erhöht sind die Anteile unter LeiharbeiterInnen, befristet bzw. in Teilzeit beschäftigten Personen.

Ein bayesianisches Logit-Modell schätzt den Einfluss der einzelnen Faktoren auf den Geringverdienst. Unter ausschließlicher Betrachtung der demografischen Faktoren gilt: Frau zu sein, erhöht das Risiko zum Geringverdienst um 66%, für Unter-25-Jährige und Personen mit maximal Pflichtschulabschluss verdreifacht es sich fast. Vorwiegend erwerbstätige

Mütter schließlich haben ein mehr als fünffach erhöhtes Risiko, Geringverdienerinnen zu sein.

Werden die arbeitsmarktstrukturellen Faktoren Teilzeit, Befristung und Leiharbeit in das Modell integriert, ergibt sich eine Verringerung der Betroffenheit für Frauen und Mütter, aber eine Erhöhung der Anfälligkeit von Unter-25-Jährigen. Gleichzeitig ist die Vorhersagekraft dieser kombinierten Regression mit demografischen und strukturellen Koeffizienten deutlich höher als die Modelle, die nur eine Koeffizientengruppe mit einbeziehen. Das legt nahe, dass die Anfälligkeit dieser Gruppen für Geringverdienst vor allem über nachteilige, atypische Beschäftigungsverhältnisse schlagend wird. Dass die Anfälligkeit von Unter-25-Jährigen im kombinierten Modell steigt, deutet wiederum an, dass deren Anfälligkeit für geringes Einkommen auch bei typischen Beschäftigungsverhältnissen deutlich höher ist.

Zusammengefasst ist Geringverdienst ein vielschichtiges Problem das aber klar abgrenzbare Personengruppen betrifft. Diese Gruppen fallen aus unterschiedlichen Gründen – zum Beispiel Betreuungspflichten oder atypischen Arbeitsverträgen – aus der Norm des einkommenssteuerpflichtigen Verdienstes heraus. Um das Phänomen zurückzudrängen wird es entscheidend sein, diese Menschen wieder unter den Schutz gesetzlicher Regulierung und kollektiver Verhandlungsmacht zu nehmen.

Potentiell entscheidende Maßnahmen können der Ausbau staatlicher Leistungen, zum Beispiel in der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen, bessere Vereinbarkeit von Weiterbildung und Berufstätigkeit, und weitere gesetzliche Beschränkungen von Leiharbeit und befristeten Verträgen sein. Weiters wäre es wünschenswert, wenn der Ausnahmefall Geringverdienst eine stärkere Bedeutung in der Arbeit von Gewerkschaften und Interessensvertretungen einnehmen würde, die für die Lohnsetzung in Österreich zentral sind.

Anmerkungen

- ¹ In Österreich sind seit der Steuerreform 2015/16 ein Jahresgehalt von € 11.000 einkommenssteuerfrei, wobei sich der Freibetrag ohne sonstige Bezüge im Sinne des Einkommenssteuergesetz (§ 67 EStG) berechnet. Das 13. und 14. Zusatzgehalt sind solche sonstigen Bezüge die zum Berechnen der Steuerfreigrenze addiert werden müssen, womit sich $14 \cdot 1.050 = 14.700$ ergibt.
- ² Ich ziehe hier die Beantwortung sowohl der Frage L1 im Mikrozensus 2016, „Wenn Sie sich selber zuordnen: Welcher der folgenden Gruppen würden Sie sich vorwiegend zurechnen?“ mit „Erwerbstätig (auch Lehrling)“ als auch der Frage D2, „Welche berufliche Stellung haben Sie?“ mit „Angestellte(r)“, „Arbeiter(in)“, „Beamte(r)“ oder „Vertragsbedienstete(r)“ heran.
- ³ Leitner (2001) 9f.
- ⁴ Fink (2000) 403f; Tálos (1999); Nienhüser (2014) 233ff.
- ⁵ Knittler (2015) 245.
- ⁶ Mayerhuber und Rocha Akis (2015) 6.

- ⁷ Noll, Weick (2005).
- ⁸ Knittler (2015).
- ⁹ Riesenfelder, Schelepa, Matt (2011).
- ¹⁰ Leitner (2001) 14.
- ¹¹ Ebendort 3.
- ¹² Mayerhuber und Rocha-Akis (2015).
- ¹³ Schlager (2014).
- ¹⁴ Boeri (2012).
- ¹⁵ Koeniger, Leonardi, Nunziata (2007).
- ¹⁶ Diese Beschäftigungsverhältnisse bleiben dennoch atypisch in dem Sinne, dass sie von den Beschäftigungsformen abweichen auf die relevante legale und sozialstaatliche Systeme zugeschnitten sind.
- ¹⁷ Knittler (2015) 247.
- ¹⁸ Baierl, Gumprecht und Gumprecht (2011) 597.
- ¹⁹ Weil für imputierte Zensusantworten die Varianz anders gerechnet werden muss (vgl. Rubin (1987) 19), stellt die Statistik Austria entsprechende Standardfehlertabellen zur Verfügung.
- ²⁰ Statistik Austria (2016) 63.
- ²¹ Frage D15: „Warum arbeiten Sie Teilzeit?“
- ²² Carpenter et al. (2017).
- ²³ Gelman (2006)
- ²⁴ *Bayesian Credibility Intervals* sind ein von frequentistischen Konfidenzintervallen unterschiedliches Modell. Sie zählen den unteren und oberen Wert des kürzesten Intervalls auf, in dem sich zum Beispiel 95% der gezogenen Parameterwerte befinden. Sie sind daher nicht generell symmetrisch und beinhalten mehr Informationen über eine „glaubhafte“ Bandbreite der geschätzten Parameter; vgl. Greenberg (2008) 31.

Literatur

- Baierl, Andreas; Gumprecht, Daniela; Gumprecht, Nicole, Monatliches Nettoeinkommen im Mikrozensus-Konzept, in: Statistische Nachrichten 7 (2011) 596-612.
- Boeri, Tito, Setting the minimum wage, in: Labour Economics 19/3 (2012) 281-290.
- Carpenter, Bob; et al., Stan: A probabilistic programming language, in: Journal of Statistical Software 76/1 (2017).
- Fink, Marcel, Atypische Beschäftigung und deren politische Steuerung im internationalen Vergleich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 29/4 (2000) 401-415.
- Fritsch, Nina-Sophie; Teitzer, Roland; Verwiebe, Roland, Arbeitsmarktflexibilisierung und wachsende Niedriglohnbeschäftigung in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 39/2 (2014) 91-110.
- Gelman, Andrew, Prior distributions for variance parameters in hierarchical models (comment on article by Browne and Draper), in: Bayesian analysis 1.3 (2006) 515-534.
- Greenberg, Edward, Introduction to Bayesian econometrics (Cambridge 2008).
- Knittler, Käthe, „Working Poor“ und geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede - eine Annäherung in Zahlen für Österreich und Wien, in: Wirtschaft und Gesellschaft 41/2 (2015) 235-256.
- Koeniger, Winfried; Leonardi, Marco; Nunziata, Luca, Labor market institutions and wage inequality, in: ILR Review 60/3 (2007) 340-356.
- Leitner, Andrea, Frauenberufe - Männerberufe: Zur Persistenz geschlechtshierarchischer Arbeitsmarktsegregation (Institut für Höhere Studien, Wien 2001).

- Mayrhuber, Chistine; Rocha-Akis, Silvia, Niedriglohnbeschäftigung und Sozialabgaben (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 2015).
- Nienhüser, Werner, Arbeit - Macht - Politik. Machtverschiebungen in den Arbeitsbeziehungen, deren Folgen, und was man tun kann, in: Vedder, Günther; et al. (Hrsg.), Befristete Beziehungen: Menschengerechte Gestaltung von Arbeit in Zeiten der Unverbindlichkeit, Bd 4. (Augsburg 2014).
- Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan, Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen: Indikatoren und Analysen zur Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Ausgaben, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren 33 (2005) 1-6.
- Riesenfelder, Andreas; Schelepa, Susanne; Matt, Ina, Working Poor in Wien. Bestandsaufnahme von SozialhilfebezieherInnen mit parallelem Erwerbseinkommen (Wien 2011).
- Rubin, Donald B., Multiple Imputation for Non-Response in Surveys (Hoboken, NJ, 1987).
- Schlager, Christa, Soziale Ungleichheit und Armut aus Geschlechterperspektive, in: Dimmel, Nikolaus; et al. (Hrsg.), Handbuch Armut in Österreich (Wien 2014).
- Statistik Austria, Mikrozensus. Erläuterungen (Wien 2016).
- Tálos, Emmerich, Atypische Beschäftigung: Internationale Trends und sozialstaatliche Regelungen (Wien 1999).
- Verwiebe, Roland; Fritsch, Nina-Sophie, Working poor: trotz Einkommen kein Auskommen; Trend- und Strukturanalysen für Österreich im europäischen Kontext, in: SWS-Rundschau 51/1 (2011) 5-23.

Appendix 1:

Frequentistisches Verallgemeinertes Lineares Modell (GLM)

Zum Vergleich stehen in Tabelle A1.1 die Ergebnisse von drei Regression, die mit der üblichen frequentistischen GLM auf *Maximum-Likelihood*-Basis geschätzt wurden. Während die Koeffizienten sich teilweise von denen in Tabelle 9 unterscheiden, sind die Vorzeichen und das Verhältnis der Schätzer untereinander dieselben. Der Einsatz der bayesianischen Methode führt also nicht zu qualitativ anderen Ergebnissen.

Das frequentistische Modell kommt im Aufsatz aus zwei Gründen nicht zur Anwendung. Zum einen lässt ein reiner ML-Schätzer die Formulierung von bereits bestehendem Wissen in prioren Verteilungen nicht zu und stützt sich stattdessen auf die bekannten Annahmen: lineare Beziehung zwischen der beobachteten Variable und der logarithmierten *Odd's Ratio*, keine Extremwerte sowie keine Multikollinearität. Während ein Bruch dieser Annahmen zwar zu Berechnungsschwierigkeiten in einem hybriden Monte-Carlo-Algorithmus führen kann, ist die Validität des Schätzers nicht von ihnen abhängig. Weiters ist der bayesianische HMC-Schätzer universeller einzusetzen als die spezifischen frequentistischen Schätzer, was die Methode im Ganzen flexibler, aber auch robuster gegen Veränderungen in der Datenstruktur macht.

Tabelle A1: Regressionsergebnisse Logit-Modell geschätzt als General Linear Model

	(1)		(2)		(3)	
	Estimate	Std. Error	Estimate	Std. Error	Estimate	Std. Error
	-2,9153	0,0403	-3,5717	0,0271	-3,9114	0,0509
Weiblich	0,6172	0,0342			-0,0396	0,0405
Migration	-0,2642	0,0307			-0,4263	0,0340
Unter 25	1,5032	0,0338			1,7911	0,0457
Eltern	-0,9582	0,0617			-0,5357	0,0676
Mütter	1,9901	0,0669			0,8372	0,0735
Pflichtschule	1,4579	0,0290			1,3590	0,0338
Teilzeit			2,6423	0,0308	2,9533	0,0406
Leiharbeit			0,2173	0,0927	0,0438	0,0978
Befristet			2,6729	0,0380	1,5293	0,0424

Zusammenfassung

Erwerbseinkommen unter der Steuergrenze sind eine Ausnahme. Der Anteil der GeringverdienerInnen in Österreich ist aber nicht unerheblich: Ein Viertel aller Personen mit Erwerbseinkommen und 12% aller unselbstständig Erwerbstätigen fallen in diese Gruppe.

Die umfassende Literatur zum Thema ist sich einig, dass Geringverdienst ein Ausnahmezustand ist, der sich auf atypische Beschäftigungsverhältnisse und demografische Faktoren zurückführen lässt.

Auf Basis des Mikrozensus 2016 berechne ich den Einfluss demografischer Faktoren und der Beschäftigungsformen auf die Anfälligkeit für Geringverdienst. Ich komme zum Schluss, dass Geringverdienst in Österreich eher Frauen und Junge, Erwerbstätige mit niedriger formaler Bildung, solche mit Betreuungspflichten, Teilzeitbeschäftigte und befristet Beschäftigte betrifft.

Abstract

Wage income lower than the minimum threshold for taxation is an exception. However, the share of low-income earners in Austria is substantial: A quarter of all wage earners and 12% of all employees.

The extensive literature on the subject agrees that low income is an exceptional situation that can be traced to atypical employment and demographic factors.

Based on the 2016 micro-census, I estimate the impact of both demographic and labor relations-factors on low-income susceptibility. I conclude that low income in Austria is more likely to affect women and young people, workers with lower formal education, those with care responsibilities, part-time employees and temporary workers.

Key words: Geringverdienst, working poor, atypische Beschäftigung, bayesianisch.

JEL codes: C11: Bayesian Analysis: General; C31: Cross-Sectional Models o Spatial Models o Treatment Effect Models o Quantile Regressions o Social Interaction Models; I32: Measurement and Analysis of Poverty; J01: Labor Economics: General; J30: General (J3: Wages, Compensation, and Labor Costs).



Lexis 360®

Ihre Absicherung im Arbeitsrecht

mit dem innovativsten Online-Portal zum Personalrecht

- ✓ Übersichtlich & Klar: Von den Grundlagen bis zu Spezialwissen
- ✓ Laufende Aktualisierung durch Experten
- ✓ Mehr als 200 Muster, Checklisten, Beispiele & Formulare



Alles rund ums Arbeitsrecht

Von Grundlagen bis Detailinfos aus Arbeitsrecht und Personalverrechnung. Alle Bestimmungen und Ansprüche im Blick behalten.



Lexis Briefings®

Von Experten verfasst, von Personalisten mitgestaltet: übersichtliche und verständliche Fachinformation in kürzestmöglicher Form ohne Details wegzulassen.



Laufende Aktualisierung

durch Österreichs Top-Experten. Benachrichtigungen zu Änderungen der Rechtslage.



Jetzt kostenlos testen: <https://Lexis.at/360hr>

Kostendeckende Miete: Was heißt das?

Lukas Tockner*

Alles, was überhaupt gedacht werden kann,
kann klar gedacht werden.
Alles, was sich aussprechen lässt,
lässt sich klar aussprechen.
Ludwig Wittgenstein

1. Einleitung

In Österreich gibt es ein Gesetz, um das wir in Deutschland beneidet werden. Es handelt sich um das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz. Dieses regelt unter anderem ein Detail, zu welchen Konditionen gemeinnützige Bauvereinigungen ihre Wohnungen vermieten dürfen. Die Inhalte der zwei diesbezüglich maßgebenden Paragraphen 13 und 14 werden unter Rechtskundigen gemeinhin als „Kostendeckungsprinzip“ bezeichnet.

In der Betriebswirtschaft wiederum gibt es eigene Prinzipien, anhand derer Kosten bestimmt und abgegrenzt werden. Dabei werden die sogenannten „Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ herangezogen. Im vorliegenden Aufsatz werden die Kostenbegriffe herausgearbeitet, welche sich aus diesen beiden Zugängen ergeben. Dabei wird gezeigt, dass gleiche Sachverhalte gemäß „Rechtsrealität“ anders bezeichnet werden als gemäß „Betriebsrealität“. Missverständnisse zwischen unterschiedlichen Akteuren sowie in der öffentlichen Debatte sind daher naheliegend und auch Vorurteile nicht ausgeschlossen.

Die nachstehenden Ausführungen sollen einen Beitrag leisten, um diese Angelegenheit aufzuklären. Zu diesem Zweck wird gemäß folgender Struktur erörtert: Im ersten Abschnitt wird die Höhe der kostendeckenden Miete in einem neu errichteten Wohnhaus berechnet. Ferner wird untersucht, wie sich das sozial gebundene Reinvermögen der anbietenden, gemeinnützigen Bauvereinigung entwickelt, wenn diese Mieten von der Bewohnerschaft bezahlt werden.

* Mehrere Personen haben einen Beitrag zu diesem Aufsatz geleistet, wofür ich mich herzlich bedanken möchte. Maria Tockner hat den Erstentwurf sprachlich überarbeitet. Gerald Visjager hat die darin aufgestellte Buchführung durchgesehen und korrigiert. Eva Bauer, Erwin Bruckner, Michael Gehbauer, Walter Rosifka und Andreas Sommer haben wertvolle Kommentare und Anregungen zur Erstfassung gegeben.

Im zweiten Abschnitt wird der unternehmensrechtliche Kontext der vorhergehenden Reinvermögensrechnung dargestellt. In der Folge werden die unternehmensrechtlichen Vorgaben der sogenannten betrieblichen Kostenrechnung gegenübergestellt.

Im dritten Abschnitt wird eine weitere, substanzielle Passage des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes auf Basis der bis dahin gezogenen Schlüsse analysiert. Hierbei wird ein Vorschlag unterbreitet, wie gewisse Sachverhalte neu bezeichnet werden könnten. Die Absicht dahinter ist, Identität zu stiften zwischen den Bezeichnungen der „Rechtsrealität“ und jenen der „Betriebsrealität“.

Im vierten Abschnitt werden einige Missverständnisse aufgezeigt, welche in der öffentlichen Debatte über kostendeckende Mieten und die gemeinnützige Wohnungswirtschaft zeitweise sehr präsent waren. Etwa wird am Diskurs zur sogenannten „Auslaufannuität“ dargestellt, dass die dazu veröffentlichten Meinungen dem zugrundeliegenden Sachverhalt nicht gerecht wurden. Abschließend wird erörtert, welche wohnpolitischen Implikationen sich aus der Analyse ergeben. Dabei wird u. a. diskutiert, ob laufende Einkommenskontrollen im gemeinnützigen Wohnbau zweckmäßig oder unzweckmäßig sind.

2. Kostendeckende Mieten und Entwicklung gemeinnütziger Reinvermögen

In diesem Abschnitt wird zuerst dargelegt, wie bei einem neu errichteten Geschoßbau die Mieten gemäß Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz berechnet werden. Exemplarisch wird ein Haus mit hundert Wohnungen herangezogen. In einem zweiten Schritt wird analysiert, was es für eine gemeinnützige Bauvereinigung wirtschaftlich bedeutet, so ein Haus zu errichten und zu vermieten.

In Tabelle 1 sind die Grund- und Baukosten für ein Beispielhaus mit hundert Wohnungen zusammengefasst, welche durchschnittlich über 75 Quadratmeter Nutzfläche verfügen. Bei Baukosten¹ von 1.900 € und Grundkosten² von 300 € pro Quadratmeter ergeben sich insgesamt Herstellungskosten von 16,5 Mio. €. Die Finanzierung eben dieser erfolgt gemäß der sogenannten Wiener Hauptförderung.³ Der größte Teil der zu finanzierenden Summe wird über ein herkömmliches Bankdarlehen aufgebracht. Die Förderung seitens der öffentlichen Hand erfolgt in diesem Beispiel anhand eines Darlehens, welches etwas mehr als ein Viertel der Herstellungskosten abdeckt. Die in der Wiener Hauptförderung üblichen, hohen Finanzierungsbeiträge der BewohnerInnen decken schließlich das übrige knappe Viertel.

Tabelle 1: Herstellungskosten und ihre Finanzierung

		Pro m ² Nutzfläche	Wohnhaus mit 7.500 m ² Nutzfläche
Herstellung	Baukosten	1.900,00 €	14.250.000,00 €
	Grundkosten	300,00 €	2.250.000,00 €
	Summe	2.200,00 €	16.500.000,00 €
Finanzierung	Bankdarlehen	1.100,00 €	8.250.000,00 €
	Wohnbauförderungsdarlehen	600,00 €	4.500.000,00 €
	Baukostenbeitrag	200,00 €	1.500.000,00 €
	Grundkostenbeitrag	300,00 €	2.250.000,00 €

Quelle der Tabellen 1 bis 8: eigene Berechnungen.

Nachdem die Herstellungskosten und ihre Finanzierung nun bekannt sind, kann die kostendeckende Miete bestimmt werden. Gemäß den Vorgaben in § 14 Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz sind dafür u. a. die jeweiligen Darlehensbedingungen relevant. In Tabelle 2 sind sowohl für das Bank- wie auch das Förderdarlehen die entsprechenden Konditionen angeführt. Bezüglich des Bankdarlehens wird eine Laufzeit von 25 Jahren und ein fixer effektiver Zinssatz von drei Prozent unterstellt. Ferner erhöht sich die jährlich seitens der Bauvereinigung an die Bank zu leistende Rate um 1,75%.⁴ Daraus ergibt sich anhand der Standardformel für jährliche, geometrisch fortschreitende, nachschüssige Renten eine Rate von 392.015,02 €. ⁵ Für eine Durchschnittswohnung mit 75 Quadratmetern sind das 3.920,15 € pro Jahr.

Tabelle 2: Raten zur Darlehensbedienung

	Konditionen	Jährliche Rate
Bankdarlehen	25 a, $i = 3\%$, $g = 1,75\%$	392.015,02 €
Förderdarlehen	$i = 1\%$, 25 a tilgungsfrei	45.000,00 €

Das Förderdarlehen wird für die Laufzeit des Bankdarlehens tilgungsfrei gestellt. Für die ersten Raten sind daher nur die Zinsen in der Höhe von 1% maßgebend.⁶ Es ergibt sich (in den ersten 25 Jahren) eine Rate von 45.000 €. Auf eine Durchschnittswohnung entfallen demgemäß 450 € jährlich.

In Tabelle 3 ist schließlich, basierend auf den vorhergehenden Aufstellungen und Berechnungen, die kostendeckende (Netto-)Miete zusammengestellt. Die Betriebskosten im Allgemeinen und das Verwaltungskostenpauschale im Besonderen werden dabei ausgeklammert. Der Summenwert in der Tabelle entspricht dem, was gemeinhin als „Nettomiete inklusive Umsatzsteuer“ bezeichnet wird.⁷

Tabelle 3: Kostendeckende Nettomiete pro m² und pro Wohnung

Entgeltkomponente	Pro m ² und Monat	Pro Wohnung und Monat
a) Rate Bankdarlehen ⁸	4,36 €	326,68 €
b) Zinsen Förderdarlehen ⁹	0,50 €	37,50 €
c) Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag ¹⁰	0,51 €	38,25 €
d) 2% Wagniszuschlag ¹¹ – auf a) bis c)	0,11 €	8,05 €
e) 10% Umsatzsteuer ¹² – auf a) bis d)	0,55 €	41,05 €
Summe	6,02 €	451,53 €

Monatlich und auf den Quadratmeter gerechnet ergibt sich aus der Rate für das Bankdarlehen und die Zinsen für das Förderdarlehen ein Betrag von 4,86 €. ¹³ Dazu kommt der sog. Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag, dessen Höhe gesetzlich geregelt ist. ¹⁴ Der Wagniszuschlag von 2% ist konzeptuell für Leerstände und diesbezügliche Mietausfälle vorgesehen. Schließlich ist auf alle diese Beträge der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 10% anzuwenden.

In Summe ergibt sich pro Quadratmeter und Wohnung eine Nettomiete inklusive Umsatzsteuer von 6,02 €. Für eine Wohnung mit 75 Quadratmetern Nutzfläche sind das im Monat 451,53 € ohne Betriebs- und Energiekosten.

In den folgenden Absätzen wird dargestellt, was die von den Wohnungsnachfragenden zu bezahlenden, kostendeckenden Mieten für einen gemeinnützigen Anbieter wirtschaftlich bedeuten. Dabei wird gemäß den allgemein anerkannten Prinzipien der sog. externen Rechnungslegung vorgegangen, die als Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung bezeichnet werden. ¹⁵ Die Ausgangslage wird anhand einer Eröffnungsbilanz abgebildet. In weiterer Folge wird einerseits mit einer Gewinn- und Verlustrechnung quantifiziert, wie sich das Reinvermögen entwickelt. Andererseits wird in einer Kapitalflussrechnung kalkuliert, wie sich die liquiden Mittel verändern. Die wirtschaftlichen Ergebnisse einer Rechnungsperiode werden wiederum in einer (Folge-)Bilanz zusammengefasst.

In Tabelle 4 ist das Beispielhaus bilanziell erfasst. Die Beträge aus Tabelle 1 sind noch einmal angeführt. Sie sind aber nun gemäß der üblichen

Tabelle 4: Bilanz der gemeinnützigen Bauvereinigung in t = 0

Aktiva			Passiva		
AV ¹⁶	Grundstück	2.250.000,00 €	2.250.000,00 €	Grundkostenbeiträge	VB ¹⁷
	Bauwerk	14.250.000,00 €	1.500.000,00 €	Baukostenbeiträge	
			4.500.000,00 €	Förderdarlehen	
			8.250.000,00 €	Bankdarlehen	
Bilanzsumme		16.500.000,00 €	16.500.000,00 €	Bilanzsumme	

Bilanzierungssystematik gruppiert. Auf der Aktivseite der Bilanz – der sog. Vermögensseite – findet sich die Wohnimmobilie im Anlagevermögen. Sie ist in das Grundstück und das darauf befindliche Bauwerk untergliedert.

Auf der Passivseite – der sog. Finanzierungsseite – ist dargestellt, wie die in der gemeinnützigen Bauvereinigung vorhandenen und aktivseitig abgebildeten Vermögenswerte finanziert wurden. Aufgrund der vereinfachten und stilisierten Darstellung sind hier im Ausgangszeitpunkt $t = 0$ lediglich Verbindlichkeiten und keinerlei sozial gebundenes Reinvermögen angeführt. Es handelt sich dabei erstens um die Verbindlichkeiten gegenüber den BewohnerInnen, zweitens um die Verbindlichkeit aus dem Wohnbauförderungsdarlehen gegenüber der öffentlichen Hand. Erstere basieren auf den Grundkosten- und Baukostenbeiträgen der BewohnerInnen. Schließlich ist drittens die Verbindlichkeit gegenüber der Bank entsprechend verbucht.

Die Bilanzsumme in Höhe von 16,5 Millionen € ergibt sich, wenn die einzelnen Posten auf jeder Seite der Bilanz addiert werden.

Mit den bisherigen Ausführungen wurde die Grundlage geschaffen, um eine für diesen Aufsatz zentrale Frage zu beantworten. Anhand einer Gewinn- und Verlustrechnung wird nun analysiert, wie die gemeinnützige Bauvereinigung bei den festgesetzten Mieten wirtschaftet. Für die in Tabelle 5 angestellte Rechnung sind einige Annahmen zu treffen: Die Abschreibungen werden mit 1% angesetzt. Das ist gemäß der Entgeltrichtlinienverordnung zulässig.¹⁸ Ferner wurde angenommen, dass von den eingenommenen Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträgen rund ein Drittel für kleinere Reparaturen ausgegeben wird. Schließlich wurde unterstellt, dass sich Erträge aus der Entgeltkomponente Wagniszuschlag und Aufwände aufgrund von fluktuationsbedingten Leerständen ausgleichen.¹⁹

Wie ist es nun um das wirtschaftliche Ergebnis der gemeinnützigen Bauvereinigung nach der ersten Periode bestellt? Auf der Ertragsseite finden sich neben den Mietzahlungen der BewohnerInnen zwei weitere Posten.

Tabelle 5: Gewinn- und Verlustrechnung der gemeinnützigen Bauvereinigung in $t = 1$

	Ertrag	Aufwand	
Mieterlöse	492.573,32 €	247.500,00 €	Zinsen Bank
Verwohung Baukostenbeiträge	15.000,00 €	45.000,00 €	Zinsen Förderdarlehen
Verwohung Grundkostenbeiträge	22.500,00 €	142.500,00 €	Abschreibungen (1%)
		30.000,00 €	Zuweisung VB Hausbewirtsch.
		15.900,00 €	Instandhaltung
		9.658,30 €	Mietausfälle wg. Leerständen
Summe	530.073,32 €	490.558,30 €	Summe
		39.515,02 €	Jahresüberschuss

Es handelt sich um die sog. „Verwornung“ der Grund- und Baukostenbeiträge. Diese Forderungen der BewohnerInnen gegenüber der gemeinnützigen Bauvereinigung vermindern sich jährlich um ein Prozent.²⁰ Das stellt aus Sicht der Bauvereinigung einen (nicht liquiditätswirksamen) Ertrag dar.

Auf der Aufwandsseite sind die Zinsen auf Bank- und Förderdarlehen der größte Posten. Es folgen die Abschreibungen, welche die leistungserstellungsbedingte Wertminderung des Bauwerks erfassen und im Anlagevermögen abbilden. Der Posten „Zuweisung Verbindlichkeit aus der Hausbewirtschaftung“ erklärt sich aus einer Regelung im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz. Die seitens der BewohnerInnen geleisteten Erhaltungs- und Verbesserungsbeträge sind jeweils einem einzelnen Haus zuzurechnen. Nicht verbrauchte Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge sind nach zwanzig Jahren den zu diesem Zeitpunkt dort Wohnenden zurückzuzahlen.²¹ Aus diesem Grund sind jene 30.000 € an Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträgen, welche über die angenommenen, kleineren Reparaturen hinausgehen, nicht gewinnwirksam. Schließlich sind aufwandsseitig noch die fluktuationsbedingten Mietausfälle verbucht.

In Summe ergibt sich ein Jahresüberschuss – das heißt eine Erhöhung des gemeinnützigen, sozial gebundenen Reinvermögens²² – von 39.515,02 €. Ursächlich dafür ist einerseits die Verwornung der Finanzierungsbeiträge, welche (Rein-)Erträge in der Höhe von 37.500 € ergibt. Andererseits liegt die nicht aufwandswirksame Tilgung der Außenfinanzierung um 2.015,02 € über der Wertminderung des Anlagevermögens. Die gemeinnützige Bauvereinigung hat demnach bei kostendeckenden Mieten überkostendeckend gewirtschaftet.

Um die Folgebilanz für den Zeitpunkt $t = 1$ erstellen zu können, ist noch eine Kapitalflussrechnung erforderlich. Diese findet sich in Tabelle 6. Die Einzahlungen beschränken sich auf die seitens der BewohnerInnen bezahlten Mieten. Die Rate für den Bankkredit (also Zinsen plus Tilgung) ist die größte Auszahlung der Wirtschaftsperiode. Ferner fließen liquide Mittel in Höhe der Zinsen für das Förderdarlehen, der durchgeführten, kleineren Reparaturen und der Umsatzsteuer aus der Bauvereinigung ab. Ebenfalls verbucht sind die unterstellten, fluktuationsbedingten Mietausfälle.

In Summe erhöhen sich die liquiden Mittel in der Rechnungsperiode um 30.000 €. Das entspricht den nicht ausgegebenen Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträgen.

Nun kann die Bilanz in $t = 1$ erstellt werden. Diese findet sich in Tabelle 7. Aktivseitig ist der Wert des Hauses im Ausmaß der Abschreibungen vermindert. Im Umlaufvermögen sind liquide Mittel in der Höhe von 30.000 € verbucht. Unter dem Strich ergibt sich eine verkürzte Bilanzsumme von 16.387.500 €. Passivseitig zeigt sich, dass die gemeinnützige Bauvereinigung 39.515,02 € sozial gebundenes Reinvermögen erwirtschaftet hat. In

Tabelle 6: Kapitalflussrechnung der gemeinnützigen Bauvereinigung in $t = 1$

	Einzahlung	Auszahlung	
Mieterlöse	492.573,32 €	392.015,02 €	Kredit Bank
Umsatzsteuer	49.257,33 €	45.000,00 €	Zinsen Förderdarlehen
		15.900,00 €	Instandhaltung
		49.257,33 €	Umsatzsteuer
		9.658,30 €	Mietausfälle wg. Leerständen
Summe	541.830,65 €	511.830,65 €	Summe
		30.000,00 €	Erhöhung liquide Mittel

dieser beispielhaften Darstellung wird der Jahresüberschuss vollständig einbehalten und den entsprechenden Rücklagen zugewiesen. Der Posten „Rücklage für Kostendeckung“ basiert auf einer spezifischen Vorgabe des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes.

Tabelle 7: Bilanz der gemeinnützigen Bauvereinigung in $t = 1$

Aktiva			Passiva		
AV	Grundstück	2.250.000,00 €	2.015,02 €	RL für Kostendeckung	RV ²³
	Bauwerk	14.250.000,00 €	37.500,00 €	Gewinn	
UV	Liquide Mittel	30.000,00 €	2.227.500,00 €	Grundkostenbeiträge	VB
			1.485.000,00 €	Baukostenbeiträge	
			4.500.000,00 €	Förderdarlehen	
			8.105.484,98 €	Bank	
			30.000,00 €	Verbindlichkeit Hausbew.	
Bilanzsumme		16.387.500,00 €	16.387.500,00 €	Bilanzsumme	

Die Verbindlichkeiten gegenüber den Mietparteien sind geringer als in $t = 0$, ebenso wie jene gegenüber der Bank. Neu hinzugekommen ist die auf nicht ausgegebenen Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträgen basierende Verbindlichkeit aus der Hausbewirtschaftung.

Um zu skizzieren, wie die Bewirtschaftung des Hauses weiter verläuft, wurden noch vier Perioden durchgerechnet.²⁴ Das Ergebnis – also die Bilanz in $t = 5$ – findet sich in Tabelle 8. Im Anlagevermögen ist der leistungserstellungsbedingte Wertverzehr des Hauses im Ausmaß der kumulierten Abschreibungen abgebildet. Unter den getroffenen Annahmen zu kleineren Instandhaltungsreparaturen erhöhen sich die liquiden Mittel ebenfalls linear. In Summe hat sich die Bilanz weiter verkürzt.

Passivseitig hat sich die Position Gewinnrücklagen linear erhöht – genau in jenem Ausmaß, in dem sich die Verbindlichkeiten aus Grund- und Baukostenbeiträgen reduziert haben. Die Verbindlichkeit aus der Hausbewirtschaftung ist ebenfalls linear angewachsen. Lediglich zwei Posten haben

sich nicht linear entwickelt: die Rücklage für Kostendeckung und die Verbindlichkeit gegenüber der Bank. Ursächlich dafür ist, dass bei jeder Kreditrate aufgrund der geringeren Restschuld aus der Vorperiode der Zinsanteil sinkt und der Tilgungsanteil steigt. Zudem ist jede Kreditrate um 1,75% höher als die vorhergehende.

Tabelle 8: Bilanz der gemeinnützigen Bauvereinigung in $t = 5$

Aktiva			Passiva		
AV	Grundstück	2.250.000,00 €	126.670,87 €	RL für Kostendeckung	RV
	Bauwerk	13.537.500,00 €	150.000,00 €	Gewinnrücklagen	
UV	Liquide Mittel	150.000,00 €	37.500,00 €	Gewinn	
			2.137.500,00 €	Grundkostenbeiträge	VB
			1.425.000,00 €	Baukostenbeiträge	
			4.500.000,00 €	Förderdarlehen	
			7.410.829,13 €	Bank	
			150.000,00 €	Verbindlichkeit Hausbew.	
Bilanzsumme		15.937.500,00 €	15.937.500,00 €	Bilanzsumme	

In Summe hat sich das sozial gebundene Reinvermögen der gemeinnützigen Bauvereinigung nach fünf Jahren spürbar erhöht. Insbesondere die sog. „Rücklage für Kostendeckung“ entwickelt sich dynamisch. Zwischenzeitlich können aus den bisherigen Erörterungen zwei Schlüsse gezogen werden. Erstens ist die gemeinnützigkeitsrechtliche, kostendeckende Miete aus betriebswirtschaftlicher Sicht reinvermögenserhöhend. Zweitens zeigt sich, dass sich bei der gemeinnützigen Bewirtschaftung von langfristigen Vermögensgegenständen, wie Miethäusern, das sozial gebundene Reinvermögen und die liquiden Mittel relativ unabhängig entwickeln können.

3. Unternehmensrechtliche Buchführung und betriebliche Kostenrechnung

Im ersten Abschnitt wurde dargestellt, wie eine rechtskonforme, kostendeckende Vermietung anbieterseitig zu Jahresüberschüssen und einem entsprechenden Aufbau an sozial gebundenem Reinvermögen führt. Wie erwähnt, wurden die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung angewandt, die in der Praxis maßgeblich für die externe Rechnungslegung sind. In diesem Abschnitt wird nun darauf eingegangen, wie die Kosten auf betrieblicher Ebene – also intern – quantifiziert werden. Dabei wird die Kostenrechnung angewandt. In einem Skriptum des Verbands Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung ist dazu ausgeführt:

„Ausgangspunkt der Kostenrechnung ist die Buchhaltung, insbesondere die Gewinn- und Verlustrechnung. Es ist manchmal problematisch, alle Aufwendungen der Buchhaltung 1:1 für die Kostenrechnung zu übernehmen, weil sie mit der eigentlichen Betriebstätigkeit nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen. (...)“

Andererseits werden in der Buchhaltung manche Kosten nicht oder nur teilweise erfasst. Sie sind aber für betriebswirtschaftlich richtige Entscheidungen zB für die Preiskalkulation zu berücksichtigen. Daher werden in der Kostenrechnung zusätzlich „*kalkulatorische Kosten*“ aufgenommen. Zu den kalkulatorischen Kosten gehören [unter anderem] die kalkulatorischen Abschreibungen, die kalkulatorischen Zinsen [und] die kalkulatorischen Wagnisse (...)“ (Hofmann [2013] 16f, Hervorhebung im Original).

Hier wird nun zuerst erörtert, wie sich buchhalterische Aufwände und kalkulatorische Kosten unterscheiden. In weiterer Folge werden die gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorgaben zur kostendeckenden Miete den Buchhaltungs- und Kostenrechnungskonventionen gegenübergestellt.

Weiter oben wurde bereits ausgeführt, dass die Abschreibungen jenen Wertverzehr des Anlagevermögens abbilden, welcher durch die Leistungserstellung entsteht. Die Berücksichtigung dieses Aufwands soll gewährleisten, dass ein spezifischer Vermögensgegenstand am Ende seiner Nutzungsdauer ersetzt werden kann. Die Abschreibungen sind damit Teil der sog. Innenfinanzierung.²⁵ Zwischen buchhalterischen und kalkulatorischen Abschreibungen gibt es zwei wesentliche Unterschiede: Einerseits unterscheidet sich die Abschreibungsbasis, andererseits die unterstellte Nutzungsdauer. Die Buchführung für Externe folgt den Vorgaben des Unternehmens- und des Steuerrechts. Als Basis der buchhalterischen Abschreibungen sind demgemäß die Anschaffungs- oder Herstellungskosten heranzuziehen. Die Nutzungs- und damit Abschreibungsdauer bestimmt sich aus den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen. Die kalkulatorischen Abschreibungen basieren demgegenüber auf den aktuellen Wiederbeschaffungskosten. Ferner ist für sie die (geschätzte) tatsächliche Nutzungsdauer eines Vermögensgegenstandes maßgeblich.

Kalkulatorische Zinsen stellen gewissermaßen die Vergütung des in einem Unternehmen gebundenen Reinvermögens dar. Begründet werden sie u. a. mit den der Betriebsführung innewohnenden Risiken oder dem Verzicht auf Erträge aus anderwärtigen Veranlagungen. In der unternehmens- und steuerrechtlichen Rechnungslegung sind keine kalkulatorischen Zinsen vorgesehen. Im Rahmen der betriebsinternen Kostenrechnung liegt es im Ermessen der Verantwortlichen, ihre Höhe festzusetzen.

Schließlich berücksichtigen kalkulatorische Wagnisse „die nicht versicherten Einzelrisiken“.²⁶

Die für diese Erörterung relevanten Unterschiede zwischen Buchführung und Kostenrechnung sind damit herausgearbeitet. Es folgt die Ge-

Tabelle 9: Kostendeckungsmiete, Aufwandsrechnung und Kostenrechnung

Komponenten der kostendeckenden Miete		Buchhalterische Aufwände		Rechnerische Kosten	
Ziffer in § 14 Abs 1 WGG	Bezugsgröße	Anfall	Anfall	Anfall	Abweichende Bezugsgröße
1 Abschreibung für Abnutzung	Eigenfinanzierte Baukosten	Ja	Ja	Ja	Wiederbeschaffungskosten
1 Tilgungszahlungen	Kredit(e) zur Finanzierung von HK ²⁸	Nein	Nein	Nein	
2 Fremdmittelzinsen	Kredit(e) zur Finanzierung von HK	Ja	Ja	Ja	
3 Eigenmittelzinsen	Eigenfinanzierte Herstellungskosten	Nein	Nein	Ja	Reinvermögen
4 gegebenenfalls Baurechtszins	gemäß Baurechtsvertrag	Ja	Ja	Ja	
5 EVB	§ 14d Abs 2 WGG	Ja	Ja	Ja	
8 „Rücklagen“ ²⁹ = Wagniszuschlag	Z 1 bis 5	Nein	Nein	Ja	

genüberstellung mit den entsprechenden Stellen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes.

In Tabelle 9 sind jene Entgeltkomponenten des § 14 WGG noch einmal aufgelistet, welche in Abschnitt 2 beispielhaft berechnet wurden.²⁷ Dazu ist auch die jeweilige Bezugsgröße angegeben. In den weiteren Spalten ist dargestellt, wie die nach dem Kostendeckungsprinzip verrechneten Posten gemäß Buchhaltung und Kostenrechnung zu klassifizieren sind.

Schließlich ist in der letzten Spalte vermerkt, wo in der Kostenrechnung aufgrund konzeptueller Unterschiede andere Bezugsgrößen heranzuziehen wären. Die einzelnen Entgeltkomponenten werden nun kurz diskutiert.

Zu allererst sieht das Kostendeckungsprinzip eine Entgeltkomponente vor, welche auf einer Abschreibung für Abnutzung fußt.³⁰ Bezugsgröße für die Mietenberechnung ist jener Teil der Baukosten, welcher durch eigene Mittel der gemeinnützigen Bauvereinigung finanziert wurde.³¹ Bei ordnungsmäßiger Buchführung, wie auch bei der Kostenrechnung, fallen ebenfalls Abschreibungen an. Die entgeltrelevanten Abschreibungen im Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht orientieren sich an den Herstellungskosten. Das ist auch bei einer ordnungsmäßigen Buchführung vorgegeben. Im Rahmen der Kostenrechnung wären demgegenüber Wiederbeschaffungskosten heranzuziehen, um die kalkulatorischen Abschreibungen zu berechnen.

Anstatt von Abschreibungen können gemäß § 14 Abs 1 Z 1 WGG auch Tilgungszahlungen herangezogen werden, um die kostendeckende Miete zu

berechnen. Basis dieser Tilgungszahlungen sind jene Kredite, welche aufgenommen wurden, um Teile der sog. „gesamten Herstellungskosten“ zu finanzieren. Ein Blick in die folgenden Spalten der Tabelle 9 zeigt, dass Tilgungszahlungen in der Rechnungslegung generell nicht als aufwands- oder kostenrelevant behandelt werden. Ferner ist dort ersichtlich, dass Tilgungszahlungen die einzige Komponente der kostendeckenden Miete darstellen, welche sowohl in der Aufwandsrechnung wie auch der Kostenrechnung nicht relevant ist. Praktisch betrachtet ist es aber sinnvoll und unerlässlich, diese Angelegenheit gemeinnützigkeitsrechtlich so zu regeln. Die gemeinnützige Neubaumenge müsste drastisch reduziert werden, wenn die aus Fremdfinanzierungen entstehenden Zahlungsverpflichtungen seitens der gemeinnützigen Bauvereinigungen nicht weiterverrechnet werden könnten.

Die nächsten beiden Ziffern in § 14 WGG behandeln den Bereich Zinsen. Die Zinsen auf Fremdfinanzierungen sind entgeltrelevant. In der Rechnungslegung werden sie sowohl als Aufwand wie auch als Kosten klassifiziert.

Zinsen auf eigene Mittel sind in einem beschränkten, durch das Gesetz definierten Ausmaß ebenfalls eine Komponente der kostendeckenden Miete. Bezugsgröße dafür ist jener Teil der Herstellungskosten, welcher seitens der gemeinnützigen Bauvereinigung selbst finanziert wurde. Ein entsprechender Ansatz von kalkulatorischen Zinsen ist wie erörtert auch in der Kostenrechnung vorgesehen, nicht aber in der ordnungsmäßigen Buchführung.

Der Posten zu etwaigen Baurechtszinsen ist in Tabelle 9 der Vollständigkeit halber angeführt. Baurechtszinsen wären analog zu Fremdmittelzinsen in gleichem Maße entgelts-, aufwands- und kostenwirksam.

Die Spezifika des Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrages wurden bereits weiter oben erörtert. Jene Teile dieses Beitrags, welche nicht für Instandhaltungsarbeiten ausgegeben werden, müssen gegebenenfalls zu einem zukünftigen Zeitpunkt an die Bewohnerschaft eines bestimmten Hauses zurückgezahlt werden. Deshalb ist für eine gemeinnützige Bauvereinigung immer die gesamte Summe der als Entgelt verrechneten Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge aufwandswirksam.

Schließlich sieht die kostendeckende Miete auch einen Wagniszuschlag vor, welcher sich an der Höhe der bisher diskutierten Entgeltkomponenten orientiert. Wie bei den Eigenmittelzinsen gibt es auch hier im Rahmen der Kostenrechnung einen entsprechenden Posten. Aus Sicht einer gemeinnützigen Bauvereinigung sind leer stehende Wohnungen ein nicht versichertes Risiko.³² In der ordnungsmäßigen Buchführung ist diesbezüglich hingegen abermals keine Aufwandsposition vorgesehen.

Am Ende dieses Abschnitts sind zusammenfassend zwei Ergebnisse festzuhalten. Erstens wurde gezeigt, dass die interne Kostenrechnung

und das Kostendeckungsprinzip in höherem Maße übereinstimmen als die externe, ordnungsmäßige Buchführung und das Kostendeckungsprinzip. Die anfallenden Posten an sich sind zwischen Ersterer und den gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorgaben bis auf eine Ausnahme deckungsgleich. In der konkreten Ausgestaltung sind jedoch sowohl bei den Abschreibungen wie auch den kalkulatorischen Zinsen andere Bezugsgrößen gegeben.

Zweitens gelten Tilgungszahlungen in der Betriebswirtschaftslehre generell nicht als vermögensmindernd. Klarerweise erfordert eine mengenmäßig ausreichende Wohnbautätigkeit praktisch die Aufnahme und Rückführung von Krediten. Insofern ist es nicht nur logisch, sondern auch begrüßenswert, dass die Bestimmungen im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz diesem Erfordernis entsprechen. Die Konventionen der betrieblichen Kosten- und Aufwandserfassung werden damit allerdings ein Stück weit durchbrochen.

4. Klare Sachverhalte, klare Sprache

Bisher wurde dargelegt, wie die rechtliche Kostendeckungsmiete bei neu errichteten Miethäusern in aller Regel zu einem Aufbau von sozial gebundenem Reinvermögen auf Betriebsebene führt. Wie aber stellt sich die Sache dar, wenn die auf einem Miethaus lastenden Darlehen zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückbezahlt sind? Diese Angelegenheit ist noch aufzuklären, bevor versucht werden kann, einen sachverhaltsgerechten Sprachvorschlag zu unterbreiten.

In den bisherigen Ausführungen zur Rechnungslegung ist die betriebswirtschaftliche Antwort auf diese Frage bereits implizit enthalten. Allgemein gehalten lautet sie, dass die Mieteinnahmen den Abschreibungen entsprechen müssen, wenn das sozial gebundene Reinvermögen der gemeinnützigen Bauvereinigung konstant gehalten werden soll.³³ Würden die den Tilgungs- und Zinszahlungen entsprechenden Entgeltkomponenten restlos entfallen, nachdem die Fremdmittel rückgeführt sind, dann ergäben sich anbieterseitig laufend Verluste. Das käme faktisch einem Abbau von sozial gebundenem Reinvermögen gleich.

Rechtlich ist die Sache aktuell im Großen und Ganzen so ausgestaltet, dass nach der Tilgung aller Kredite regelmäßig die entsprechenden Entgeltkomponenten auf einen klar definierten Betrag zu senken sind. In der wohnrechtlichen Fachliteratur wird diesbezüglich gemeinhin von einer Durchbrechung des Kostendeckungsprinzips und daraus resultierenden, sog. Auslaufgewinnen gesprochen.³⁴ Hier werden augenscheinlich verschiedene Bezeichnungen für ein und denselben Sachverhalt verwendet. Wo Rechtskundige das Kostendeckungsprinzip angewandt sehen, verbu-

chen Rechnungslegungskundige periodische Jahresüberschüsse und einen langfristigen Aufbau von sozial gebundenem Reinvermögen. Rechtskundige wiederum orten Auslaufgewinne, wo Rechnungslegungskundige die Möglichkeit periodischer Verluste und eines langfristigen Abbaus von gemeinnützigem Reinvermögen fürchten.

Wie sich die Sache praktisch darstellt, kann auf Basis der geltenden Bestimmungen näherungsweise empirisch überprüft werden. Die sog. Grundmiete – das ist der oben angesprochene, klar definierte Betrag – liegt derzeit bei 1,80 € pro Quadratmeter und Monat.³⁵ Dieser Betrag wird alle zwei Jahre gemäß der allgemeinen Teuerung erhöht. Unter der Annahme, dass die Wohnbaukosten langfristig im selben Ausmaß wie die Inflation steigen, liegt damit ein kalkulatorischer Abschreibungsbetrag vor. Gemäß den beispielhaften Baukosten aus Abschnitt I folgt daraus eine Nutzungsdauer von rund 88 Jahren [= 1.900 €/(1,80 € * 12)]. Miethäuser von gemeinnützigen Bauvereinigungen sind zum Zeitpunkt der Entschuldung etwa 35 Jahre alt.³⁶ Insgesamt ergibt sich damit eine Gesamtnutzungsdauer von etwas über 120 Jahren. Derartige Nutzungsdauern werden praktisch (immer wieder) auch erreicht. In Summe kann daher festgestellt werden, dass gemäß der betrieblich relevanten Kostenrechnungsperspektive die aktuellen rechtlichen Bestimmungen einen Erhalt des gemeinnützigen Reinvermögens im Großen und Ganzen gewährleisten. Laufende Verluste sind demnach ebenso wenig zu befürchten wie Auslaufgewinne.

Vor diesem Hintergrund wird nun ein Sprachvorschlag unterbreitet. Die bis hierhin umfangreich diskutierten Sachverhalte sollten prägnant und einfach bezeichnet werden. Während bei kostendeckendem Entgelt ein Aufbau von sozial gebundenem Reinvermögen erfolgt, könnte von einer „Aufbaumiete“ gesprochen werden. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt bei abgesenktem Entgelt der Erhalt dieses gemeinnützigen Reinvermögens gewährleistet wird, könnte von einer „Kostenmiete“ gesprochen werden. Gemäß dieser Bezeichnungslogik kann man es sich nach erfolgtem Vermögensaufbau gewissermaßen leisten, das Entgelt auf die tatsächlichen Kosten abzusenken.

5. Missverstandenes und wohnpolitische Implikationen

Die letzte umfangreichere Novelle des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes wurde von einer intensiven medialen Debatte begleitet. Dabei wurde die aktuelle Rechtslage zum abgesenkten Entgelt nach erfolgter Darlehenstilgung in einer Reihe von Medien vehement kritisiert. „Gemeinnützige Bauträger müssen kostendeckend arbeiten. Durch Auslaufannuitäten (...) lukrieren sie aber Millionen“, stand in der „Presse“ zu lesen.³⁷

Aufgrund einer „skandalösen Gesetzesbestimmung holen sich gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften (...) – frech – eine Art ‚Sondergewinn‘“, war der „Krone“ zu entnehmen.³⁸ Die Erörterung in den Abschnitten 2 bis 4 zeigt, dass hier ein Missverständnis verbreitet wurde, welches auf einer ungenügenden Beachtung betriebswirtschaftlicher Grundlagen fußt.

Aus der Sicht von gemeinnützigen Bauvereinigungen sind die eingehobenen Entgelte eine Flussgröße. Es kursieren aber auch hinsichtlich wesentlicher Bestandsgrößen in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft Missverständnisse. Zwei von diesen werden an dieser Stelle kurz thematisiert.³⁹ Einerseits gibt es mitunter die Ansicht, dass die gemeinnützige Wohnungswirtschaft über nennenswerte Rücklagen verfügte, diese aber nicht im erforderlichen Maße für Bauaktivitäten verwendete. Rücklagen sind wie erörtert ein Teil des gemeinnützigen Reinvermögens. Weiter oben wurde gezeigt, dass reinvermögenserhöhende Erträge, welche die liquiden Mittel *nicht* beeinflussen, im gemeinnützigen Wohnbau häufig aufzufinden sind. Ein sukzessiver Rücklagen- und Reinvermögensaufbau bedingt somit nicht automatisch höhere Bankguthaben oder Kassenbestände. Eine naheliegende Hypothese ist daher, dass die Summe der Rücklagen in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft deutlich überwiegend in nicht liquidem Anlagevermögen wie Grundstücken und Wohnhäusern gebunden ist.

Ein zweites, fallweise anzutreffendes Missverständnis betrifft den Zusammenhang zwischen dem gesamten, sozial gebundenen Reinvermögen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und ihrer laufenden Neubautätigkeit. Neubautätigkeiten setzen zuerst einen entsprechenden (regionalen) Bedarf voraus. Ferner sind die ausreichende (regionale) Verfügbarkeit von bezahlbarem Bauland und öffentlicher Wohnbauförderung sowie die Baukosten und das herrschende Zinsniveau wichtige Determinanten der gemeinnützigen Neubauleistung.

Demgegenüber basiert das gemeinnützige Reinvermögen in hohem Maße auf in der Vergangenheit errichteten Miethäusern. Bei solchen Häusern ergibt sich aus ihrer kostendeckenden Vermietung wie erörtert ein langfristiger Reinvermögensaufbau. Neu errichtete Eigentumsobjekte (Wohnungen, Reihen- und Einfamilienhäuser) scheiden hingegen planmäßig nach relativ kurzer Zeit aus den Vermögensbeständen einer gemeinnützigen Bauvereinigung aus. Konsequenterweise folgt aus dieser Art der Bautätigkeit kein vergleichbarer, langfristiger Aufbau von sozial gebundenem Reinvermögen.

Wenn eine gemeinnützige Bauvereinigung zu einer gewissen Innenfinanzierung⁴⁰ fähig ist, kann das ihrer Bautätigkeit dienlich sein. Umfangreiche Innenfinanzierungsmöglichkeiten können etwa auch Bautätigkeiten trotz widriger äußerer Umstände wie hoher Grundstückspreise oder mangelnder öffentlicher Fördermittel ermöglichen. Im Allgemeinen gilt aber,

dass die jährliche Neubauleistung lediglich einen Bruchteil des gesamten gemeinnützigen Wohnungsbestands darstellt.⁴¹ Daher ist davon auszugehen, dass die Bauaktivitäten der Vergangenheit das aktuelle, sozial gebundene Reinvermögen einer gemeinnützigen Bauvereinigung in hohem Maße erklären. Aus einem gegebenem Reinvermögen kann allerdings nicht ohne Weiteres eine bestimmte Menge an aktueller Bautätigkeit abgeleitet werden.

5.1 Wohnpolitische Implikationen

Das bisher Erörterte hat eine direkte wohnpolitische Implikation: Um das aufgebaute, lastenfreie gemeinnützige Wohnungsvermögen zu erhalten, darf die geltende „Kostenmiete“ nicht gesenkt werden. Das gilt sowohl für die entsprechenden Entgeltkomponenten wie auch deren Wertsicherung.

Das Programm der amtierenden Regierung⁴² enthält unter dem Punkt „Soziale Treffsicherheit und fairen Interessenausgleich sicherstellen“ folgende Absichtserklärung: „Mehr Gerechtigkeit im sozialen Wohnbau sicherstellen: regelmäßige Mietzinsanpassungen für Besserverdiener im kommunalen und gemeinnützigen Wohnbau.“

Diesbezüglich ist grundsätzlich festzuhalten: Ein Haushalt, der in einer neu errichteten, *geförderten* Mietwohnung einer gemeinnützigen Bauvereinigung lebt, trägt dazu bei, ein sozial gebundenes Vermögen aufzubauen, über welches die Allgemeinheit langfristig in hohem Maße verfügen kann. In einer seitens der gleichen gemeinnützigen Bauvereinigung neu errichteten, *geförderten* Eigentumswohnung würden dieselben Personen demgegenüber ihr individuelles Haushaltsvermögen aufbauen. Beides ist legitim. Warum aber sollten ausschließlich jene Haushalte, deren Mietzahlungen mittel- bis langfristig einen der Gemeinschaft dienenden, preisgünstigen Wohnungsbestand ermöglichen, sich regelmäßigen Einkommenskontrollen und potenziellen Mieterhöhungen unterziehen müssen?

Menschen die in hohem Maße bedürftig sind – also etwa von Wohnungslosigkeit Betroffene – hätten keinen unmittelbaren Nutzen aus diesen beabsichtigten Einkommenskontrollen. Diesen Menschen wäre eher „treffsicher“ geholfen, wenn sie bei der Wiedervermietung von lastenfreien, besonders günstigen, gemeinnützigen Mietwohnungen bessere Chancen auf einen Mietvertrag hätten. Dafür kann ohne weiteres im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz gesorgt werden. Es müsste lediglich eine konkrete und zweckmäßige Bestimmung gefunden werden.

Schließlich ist festzuhalten, dass Österreich in jüngster Vergangenheit von einer Immobilienpreisblase und einer folgenden Immobilienkrise verschont geblieben ist. Das ist aus Sicht der Bauwirtschaft und ihrer Beschäftigten sowie des österreichischen Staatshaushaltes sehr positiv. Eine wesentliche Ursache dafür ist die hierzulande gegebene Wahlmög-

lichkeit wohnungssuchender Haushalte. Die geförderte Mietwohnung bei einer gemeinnützigen Bauvereinigung oder einer Kommune ist eine echte Alternative zum kreditfinanzierten Eigentumserwerb. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat in einer Studie aus dem Jahr 2012 diesbezüglich folgende Schlüsse gezogen:

„Die Preisentwicklung und der Verschuldungsgrad entwickelten sich stabil, dafür ist auch das breite Angebot (geförderter) Mietwohnungen mitausschlaggebend. Neben der Objektförderung wirkte der relativ große Mieten-sektor (mit moderaten Mieten) stabilisierend und trug zur Vermeidung von Immobilienpreisspekulationen in einem solchen Ausmaß wie in Großbritannien, USA und Spanien bei“ (Kunnert, Baumgartner [2012] 107).

Die österreichische Wohnpolitik hat sich bewährt, ist anerkannt und international viel beachtet. Damit sie auch in Zukunft fortgeführt werden kann, muss die gemeinnützige oder kommunale Mietwohnung eine attraktive Wohnform bleiben. Regelmäßige Kontrollen der Haushaltseinkommen und eine Pönalisierung von wieder in den Arbeitsmarkt einsteigenden Elternteilen sowie von günstigen Karriereverläufen würden dieses erfolgreiche, wohnpolitische Modell hingegen unterminieren.

Anmerkungen

- ¹ Dieser Wert basiert auf dem im Tiroler Wohnbauförderungsgesetz enthaltenen Schema zur Baukostenbegrenzung. Das Wiener Wohnbauförderungsgesetz sieht seit Mitte 2018 keine Baukostenbegrenzungen mehr vor, aber weiterhin die angestammte Mietenbegrenzung.
- ² Zu diesem Preis ist auf dem Wiener Grundstücksmarkt bereits seit längerer Zeit kein Bauland mehr erhältlich. Die Liegenschaft könnte allerdings von Wohnfonds Wien erworben worden sein.
- ³ Der übliche Ankauf des Grundstücks sowie dessen zwischenzeitliche Finanzierung mit Eigenmittel der gemeinnützigen Bauvereinigung wird zwecks Vereinfachung übergangen.
- ⁴ Hier wird vereinfachend immer alles auf ein Jahr gerechnet. Das entspricht nicht den Gegebenheiten in der Praxis. Wesentliche Änderungen der relevanten Tatsachen ergeben sich dadurch aber nicht.
- ⁵ Vgl. Kruschwitz (2010) 273.
- ⁶ Das Förderdarlehen muss laut WWFSG spätestens nach 35 Jahren getilgt sein.
- ⁷ Die mietrechtliche Bezeichnung wäre Hauptmietzins (inkl. USt). Im WGG wird generell von Entgelt gesprochen. Da in der Folge die Entwicklung des sozial gebundenen Reinvermögens bei der gemeinnützigen Bauvereinigung von Interesse ist, wurden die ebenfalls entgeltrelevanten Betriebskosten nicht berücksichtigt. Aus Sicht der BewohnerInnen wird jener Preis dargestellt, welchen sie für die Nutzung der Wohnung an sich zu bezahlen haben.
- ⁸ Tilgung: § 14 Abs 1 Z 1 WGG. Zinsen: § 14 Abs 1 Z 2 WGG.
- ⁹ § 14 Abs 1 Z 2 WGG.
- ¹⁰ § 14 Abs 1 Z 5 WGG.
- ¹¹ § 14 Abs 1 Z 8 WGG. Im Gesetz wird bei dieser Entgeltkomponente irreführenderweise von „Rücklagen“ gesprochen. Ertragswirksame Einnahmen dürfen aber nicht automa-

- tisch den (Gewinn-)Rücklagen zugebucht werden. Um (Gewinn-)Rücklagen bilden zu können, ist ein Jahresüberschuss und damit ein positiver Saldo aller Erträge und Aufwände einer Wirtschaftsperiode erforderlich.
- ¹² § 14 Abs 1 Z 9 WGG, USt auf Verwohnung Finanzierungsbeiträge zur Vereinfachung vernachlässigt.
- ¹³ Vorgabe § 63 WWFSG ab 1.1.2018: maximal 4,87 €.
- ¹⁴ Zulässiger Höchstbetrag steigt im Zeitverlauf real, erstmals im 6. Jahr nach Bezug der Wohnhausanlage.
- ¹⁵ Vgl. Auer (2003).
- ¹⁶ AV steht für Anlagevermögen.
- ¹⁷ VB steht für Verbindlichkeiten.
- ¹⁸ Vgl. ERVO § 8 Abs 1.
- ¹⁹ Der Entgeltbetrag in Tabelle 5 entspricht – von kleinen Rundungsdifferenzen abgesehen – der Nettomonatsmiete aus Tabelle 3, multipliziert mit den Faktoren 12 (Monate) und 100 (Wohnungen). Nachdem gewisse fluktuationsbedingte Leerstände unterstellt werden, müsste dieser Betrag eigentlich etwas niedriger sein. Diese kleine Inkonsistenz ist aber für die Argumentation unerheblich.
- ²⁰ Vgl. § 17 Abs 4 WGG.
- ²¹ Vgl. § 14d Abs 4 WGG.
- ²² Gemäß § 10 WGG sind die möglichen Ausschüttungen erheblich beschränkt. Daher wird hier vereinfachend unterstellt, dass die Jahresüberschüsse seitens der gemeinnützigen Bauvereinigung vollständig einbehalten werden.
- ²³ RV steht für Reinvermögen.
- ²⁴ Die periodische inflationsbedingte Erhöhung der höchstzulässigen Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge wurde zwecks Vereinfachung ausgeklammert.
- ²⁵ Die gesamte Finanzierungleistung einer Periode ergibt sich (erwartungsgemäß) aus der Summe der Innen- und Fremdfinanzierungen.
- ²⁶ Vgl. Hofmann (2013) 17.
- ²⁷ Außer der USt.
- ²⁸ HK steht für Herstellungskosten.
- ²⁹ Siehe Anmerkung 13.
- ³⁰ Da die gemeinnützigen Bauvereinigungen bekanntlich von der Körperschaftssteuer befreit sind, haben wir es hier genau genommen mit einer inkonsistenten Bezeichnung zu tun. AfA ist ein technischer Terminus aus dem Steuerrecht.
- ³¹ Im Beispiel weiter oben wurde das aufgrund der getroffenen Annahmen zur Finanzierung nicht dargestellt. Ersichtlich ist dort aber, dass Wertverzehr und entsprechende Abschreibungen nur bei produzierten Gegenständen des Anlagevermögens anfallen und demnach nicht beim Grundstück.
- ³² Bei vermieteten Wohnungen haben aus Sicht einer gemeinnützigen Bauvereinigung üblicherweise die Finanzierungsbeiträge eine Sicherstellungsfunktion.
- ³³ Um zu einem konkreten Abschreibungsbetrag zu kommen, müssen sowohl eine Bezugsgröße wie auch eine Nutzungsdauer festgesetzt werden.
- ³⁴ Vgl. Würth, Zingher (2015); Illedits, Reich-Rohrwig (2015).
- ³⁵ Dazu kommen außerdem der vorgeschriebene EVB mit maximal 2,06 €/m² sowie der Wagniszuschlag auf die Summe der beiden Beträge. Das ergibt aktuell eine Nettomiete von maximal 3,94 €/m² und Monat.
- ³⁶ Aus einigen Landeswohnbauförderungen: In Niederösterreich ist ein Entschuldungszeitraum von 31 Jahren vorgegeben. In Wien muss das Förderdarlehen nach spätestens 35 Jahren getilgt sein, und in Oberösterreich sind hierfür 37 Jahre vorgesehen.
- ³⁷ Vgl. Thalhammer (2015).
- ³⁸ Vgl. Wallentin (2015).

- ³⁹ Für eine umfangreiche und exakte Diskussion müssten die Bilanzen aller gemeinnützigen Bauvereinigungen analysiert werden.
- ⁴⁰ Hier geht es um Reinvermögen, welches in liquider Form verfügbar ist.
- ⁴¹ Im Jahr 2016 verwalteten die GBV insgesamt 604.400 Mietwohnungen in eigenen Bauten. Fertiggestellt wurden 15.272 Wohnungen (vgl. Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen 2018).
- ⁴² Republik Österreich (2017) 49.

Literatur

- Auer, Kurt V., Buchhaltung – Bilanzierung – Analyse (Wien 2003).
- Hofmann, Ines, Kostenrechnung (= Wirtschaft – Recht – Mitbestimmung 10, Wien 2013).
- Illedits, Alexander; Reich-Rohrwig, Otto, Wohnrecht. Kurzkommentar (Wien 2015).
- Kruschwitz, Lutz, Finanzmathematik (München 2012).
- Kunnert, Andrea; Baumgartner, Josef, Instrumente und Wirkungen der österreichischen Wohnpolitik (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 2012).
- Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen, GBV-Jahresstatistik 2016 (Wien 2018).
- Rechnungshof, Entgelttrichtlinienverordnung und wirtschaftliche Situation der gemeinnützigen Bauvereinigungen (= Bericht Bund 2009/7, Wien 2009).
- Republik Österreich, Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017-2022 (Wien 2017).
- Thalhammer, Anna, Das Geschäft der Genossenschaften, in: Die Presse (27.8.2015) 10.
- Wallentin, Tassilo, Das Geschäft mit den Genossenschaftswohnungen, in: Krone Bunt (23.8.2015) 12.
- Würth, Helmut; Zingher, Madeleine; Kovanyi, Peter, Miet- und Wohnrecht. Kurzkommentar, Band I (Wien 2015).

Zusammenfassung

In diesem Artikel wird gezeigt, wie anhand des sogenannten Kostendeckungsprinzips die Mieten in Neubauten von gemeinnützigen Bauvereinigungen berechnet werden. Ferner wird dargelegt, dass diese kostendeckenden Mieten es gemeinnützigen Bauvereinigungen ermöglichen, sozial gebundene Wohnungsvermögen zu schaffen. In weiterer Folge wird erörtert, welchen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen gemeinnützige Bauvereinigungen entsprechen müssen, um bereits geschaffene, sozial gebundene Wohnungsvermögen langfristig zu erhalten. Schließlich wird diskutiert, welche wohnpolitischen Implikationen sich aus der angestellten, rechtlich-betriebswirtschaftlichen Analyse ergeben.

Abstract

In this article calculation of cost based rents according to federal Austrian limited profit housing law is demonstrated for newly built flats. Furthermore it is shown that these cost based rents enable limited profit housing suppliers to create socially earmarked assets. Hence it is argued that certain economic requirements must be met to conserve such socially earmarked assets in the long run, after they have once been created. Implications for housing policy which can be drawn from the preceding analysis are summed up in the conclusion.

Key words: regulated industries, limited profit housing sector, pricing, accounting, housing policy.

JEL codes: I11, K23, M41, R31.

blog.arbeit-wirtschaft.at

Neu bei VSA:



BEIGEWUM

Umkämpfte Technologien

Arbeit im digitalen Wandel

Herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

224 Seiten | 2018 | EUR 16.80

ISBN 978-3-89965-847-7

Wer gestaltet technologischen Wandel und wer profitiert davon? In diesem Buch werden gesellschaftlich umkämpfte Prozesse betrachtet, deren Richtung und Ausgang offen ist. Die Autorinnen und Autoren liefern Argumente und Handlungsoptionen für politische und betriebliche Zusammenhänge – denn Arbeit 4.0 heißt auch Arbeitskampf 4.0.

Der technologische Wandel und seine Auswirkungen auf Arbeits- und Lebenswelten prägen die Debatte in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft. Dabei wird üblicherweise davon ausgegangen, dass die gegenwärtige Entwicklung einerseits unausweichlich ist und andererseits »disruptiven« Charakter hat, also noch nie dagewesene Veränderungen mit sich bringt. Seitens der Beschäftigten wird der Diskurs oft defensiv geführt und schwankt zwischen Zukunftsangst und anpassungswilligem »Technooptimismus«, während die Kapitalseite den Wandel wegen seiner disziplinierenden Wirkung fördert.

In diesem Band wird eingangs besprochen, wo und wie technologischer Wandel stattfindet und welche Rolle er in der kapitalistischen Entwicklung einnimmt. Danach werden die Auswirkungen vorgestellt: unter anderem auf die Verteilung von Wohlstand und Arbeit sowie die zunehmende Prekarisierung. Schließlich werden Gestaltungsspielräume aufgezeigt: Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsrecht, Verteilung, soziale Sicherung und Formen der Organisation des Arbeitskampfes, insbesondere in der sich ausbreitenden Plattformökonomie.

Der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) ist ein Verein von SozialwissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen, der das Ziel verfolgt, Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die laufende politische Debatte einzubringen. Bei VSA: veröffentlichte er die erfolgreiche »Mythen«-Reihe zu den Themen Reichtum (2014), Sparen (2013), Krise (2010) und Ökonomie (2005).

www.vsa-verlag.de

WEITERE HAUPTARTIKEL

Die soziale Frage und die Wiederentdeckung der Gemeinschaft Das Erstarken der Neuen Rechten in Zeiten des Community-Kapitalismus

Silke van Dyk

In den aktuellen Debatten um die Ursachen für die Erfolge rechter Kräfte in Europa und Nordamerika spielt die soziale Frage eine herausragende Rolle. Kontrovers gestritten wird dabei vor allem über die Frage, ob die Hinwendung zu rechten Parteien als eine Form des Sozialprotests der unteren Schichten bzw. der im Neoliberalismus verunsicherten Bevölkerungsgruppen zu begreifen ist. Umstritten ist ferner, ob, wo und in welchen Feldern die Wirtschafts- und Sozialpolitik rechtspopulistischer Akteure kompatibel mit neoliberalen Prämissen ist.¹ In diesen Debatten bleibt jedoch ein entscheidender Sachverhalt zumeist außer Acht, nämlich dass der Neoliberalismus selbst in Bewegung geraten ist: Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und den darauf folgenden politischen, ökonomischen und sozialen Erschütterungen, hat nicht nur die Hegemonie des Neoliberalismus Risse bekommen; in Zeiten radikaler Austerität und tiefgreifenden wohlfahrtsstaatlichen, demografischen und geschlechterpolitischen Wandels ist zudem eine Krise der sozialen Reproduktion zu verzeichnen, die eine Kritik des radikalen Individualismus befördert und die Suche nach gemeinschaftsförmigen Krisenlösungen vorantreibt. Es zeichnet sich die Entstehung einer Konfiguration ab, die ich „Community-Kapitalismus“ nenne² und deren Analyse – so die These dieses Beitrags – unverzichtbar ist, um die soziale Frage und ihre Adressierung in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus zu verstehen.

1. Multiple Krisen des Gegenwartskapitalismus: Hegemonie- und Reproduktionskrise

Seit den 1980er-Jahren hat sich in den früh industrialisierten Ländern des globalen Nordens, wenn auch mit länderspezifischen Unterschieden, eine Hegemonie des Neoliberalismus etabliert: Diese schaffte den ideologischen Rahmen für eine umfassende Praxis der Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung, des Abbaus sozialer Rechte und öffentlicher Infrastruktur, der Entlastung von Unternehmen und Vermögenden, der Spar- und Austeritätspolitik. Regiert wird dabei im Modus der Alternativlosigkeit und des Sachzwangs, basierend auf vermeintlichen Marktimperativen, die den für die Demokratie so zentralen politischen Streit, wie Wirtschaft und Gesellschaft organisiert sein sollen, suspendieren. Doch kein System ist unangefochten: Spätestens seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff befindet sich der neoliberale Kapitalismus – seiner fortgesetzten Dominanz zum Trotz³ – in einer Hegemoniekrise. Als 2008/2009 plötzlich Hunderte Milliarden zur Rettung privater Banken zur Verfügung standen, hat dies dazu beigetragen, dass die lange Zeit erfolgreich propagierte Alternativlosigkeit von Sparmaßnahmen im Sozialbereich und in der Infrastruktur zunehmend in Frage gestellt wurde. Dies fing mit den weltweiten „Occupy“- und Protestbewegungen an,⁴ setzt sich fort in der innereuropäischen Uneinigkeit ob der von Deutschland forcierten Austeritätspolitik⁵ und hat seinen stärksten Ausdruck mit dem Wahlsieg von Syriza in Griechenland und dem Aufstieg der Bewegungspartei Podemos in Spanien gefunden. Während die soziale Frage in den 1990er- und 2000er-Jahren vor allem (und wenn überhaupt) in Bezug auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen und die gesellschaftlichen Ränder thematisiert wurde, verdichtet in Perspektiven auf „die neue Unterschicht“ und Prozesse der Prekarisierung und Entkoppelung,⁶ sind im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen die sich in allen OECD-Ländern verschärfende soziale Ungleichheit⁷ sowie die Versorgungsdefizite öffentlicher Infrastrukturen (z. B. im Bildungs- und Gesundheitsbereich) auf die Tagesordnung zurückgekehrt. Selbst langjährige Verfechter neoliberaler Politik, denen soziale Ungleichheit seit den 1970er-Jahren als notwendiger Motor einer dynamischen Wirtschaft galt, problematisieren derzeit das Ausmaß der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen als zunehmend systembedrohlich.⁸

Vor allem aber waren es im Nachgang der Krise zunächst linke Bewegungen, die an Zulauf und Zuspruch gewannen und die die soziale Frage vom Nischenthema interessierter AktivistInnen und SozialwissenschaftlerInnen zum gesellschaftlichen Top-Thema machten. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht zu ahnen, wie schnell sich das politische Blatt wenden würde: Das Erstarken rechter politischer Kräfte in Nordamerika und Euro-

pa, das Rechtspopulisten nicht nur in osteuropäischen Ländern wie Ungarn und Polen, sondern auch in den USA, Österreich und Italien in die Regierung gebracht hat,⁹ wird derzeit von zahlreichen BeobachterInnen als Arbeiterbewegung oder soziale Revolte von rechts analysiert, die einen Protest der im Neoliberalismus deklassierten, aus den Binnenzonen der Gesellschaft herausgefallenen Menschen darstelle.¹⁰ Zentraler Stichwortgeber für die deutschsprachige Debatte war Didier Eribon, der in seinem breit rezipiertem autobiografischen Buch „Rückkehr nach Reims“ konstatierte, „dass man die Zustimmung zum Front National zumindest teilweise als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss“.¹¹ So strittig diese Ursachendiagnose ist,¹² besteht doch weitgehende Einigkeit darüber, dass mit dem Rechtspopulismus gegenwärtig die rechte Kritik am Neoliberalismus wächst, auch wenn die konkrete Nähe bzw. Distanz zu wirtschaftsliberalen Instrumenten kontrovers debattiert wird.¹³ Neben der Favorisierung von Protektionismus und wirtschaftlicher Abschottung und dem Versprechen, den Industriearbeitern vergangener Zeiten wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, geht es dabei auch um die progressiven Elemente des Liberalismus, um Freiheitsrechte, Minderheitenschutz und Anti-Diskriminierungspolitik. Der „progressive Neoliberalismus“, wie Nancy Fraser (2017) ihn genannt hat, ist vielleicht noch nicht am Ende, sicherlich aber zunehmend unter „Beschuss“ von rechts.

Die von links wie rechts forcierte Hegemoniekrise des Neoliberalismus geht dabei nicht nur einher mit den erwähnten sozialen Spaltungen und wirtschaftlichen Krisen im Nachgang der finanz- und wirtschaftspolitischen Turbulenzen 2008ff, sondern auch mit einer profunden Krise der sozialen Reproduktion.¹⁴ Der Rückbau öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge in Zeiten radikaler Austerität bei gleichzeitig neu entstehenden Sorgebedarfen hat Sorge- und Dienstleistungslücken entstehen lassen, die den praktischen Alltag vieler Menschen zur Herausforderung werden lassen. Vor diesem Hintergrund ist gegenwärtig die von mir als Community-Kapitalismus charakterisierte Konfiguration zu beobachten, die sich durch eine gezielte Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage auszeichnet:¹⁵ Es geht um unbezahlte oder geringfügig entschädigte Tätigkeiten jenseits von Staat, Markt und Familie, die – mobilisiert durch eine Gemeinschaftsethik – einen Beitrag zur sozialen Infrastruktur und Daseinsvorsorge leisten sollen: Ehrenämter, Freiwilligenarbeit, zivilgesellschaftliches Engagement, Nachbarschaftsprojekte, Pflegekollektive, *Community Gardening*, Mehrgenerationenhäuser, *Repair-Cafés*, *Service-Learning* an Schulen oder *Open-Source*-Projekte geben einen Eindruck davon, wie heterogen diese zivilgesellschaftliche Post-Erwerbssphäre der Gegenwart ist.

In den vergangenen Jahren war diesbezüglich eine spannungsvolle doppelte Bewegung zu beobachten: einerseits ein Gemeinsinn- und Com-

munity-Boom „von oben“, im Sinne einer staatlich induzierten Politik der Krisenbewältigung in Zeiten zunehmender Sorgelücken, andererseits eine Renaissance von Gemeinsinn und *Community* in (linken) Bewegungen und programmatischen Ansätzen „von unten“. Besondere Aufmerksamkeit verdient vor diesem Hintergrund nun das Erstarken des Rechtspopulismus und der Versuch, die soziale Frage von rechts zu besetzen. Im Anschluss an die Rekonstruktion der doppelten Bewegung hin zum Community-Kapitalismus und die konzeptuelle Bestimmung seiner Prämissen, Implikationen und Fallstricke, werde ich im Folgenden deshalb erörtern, inwiefern diese gemeinschaftsförmige Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage eine offene Flanke nach rechts hat und wo sie anschlussfähig (nicht deckungsgleich!) ist an Konzepte exklusiver Solidarität. Dabei wird zu diskutieren sein, wie sich die zentralen Bezüge auf Nation und Gemeinschaft in rechten Kreisen als folgenreich für progressive Akteure erweisen, denen in der jüngeren Vergangenheit daran gelegen war, das Gemeinschaftskonzept zu enttraditionalisieren.

2. Der Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats und die Entdeckung der Gemeinschaft¹⁶

Die Re-Vitalisierung von gemeinschaftsförmiger Solidarität ist eingebettet in das Zusammenspiel des wohlfahrtsstaatlichen Paradigmenwechsels zum aktivierenden Sozialstaat mit dem Wandel der Geschlechterverhältnisse und der Alterung der Gesellschaft. Seit den 1990er-Jahren steht in Deutschland wie in vielen anderen europäischen Ländern – aller länderspezifischen Besonderheiten zum Trotz – eine vom Verschuldensprinzip entkoppelte, auf soziale Rechte rekurrierende soziale Sicherung zunehmend zur Disposition. Im Zentrum des Aktivierungsparadigmas steht ein Prozess multipler Grenzverschiebungen: Zu beobachten ist der „tendenzielle Übergang von der „Staatsversorgung“ zur Selbstsorge, von der öffentlichen zur privaten Sicherheitsverantwortung, vom kollektiven zum individuellen Risikomanagement“.¹⁷ Hierbei handelt es sich nicht um einen Rückzug des Staates, sondern um einen Wandel der sozialstaatlichen Steuerungslogik, der zufolge (potenzielle) LeistungsempfängerInnen zunehmend weniger als TrägerInnen von Rechten und verstärkt als zur Eigenverantwortung Verpflichtete gelten. Diese Entwicklungen gehen einher mit einem Prozess der forcierten „inneren Landnahme“,¹⁸ durch die gesellschaftlichen Bereiche in den Kapitalverwertungsprozess einbezogen werden, die im Fordismus der Marktlogik entzogen waren: Folge ist die Re-Kommodifizierung und Privatisierung von Dienstleistungen und öffentlicher Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Transport und Kommunikation, Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege, verbun-

den mit einer zunehmenden Unterfinanzierung öffentlicher Infrastruktur.¹⁹ Darüber hinaus werden die sozialstaatlichen Sicherungssysteme selektiv eingeschränkt und Sanktionsmechanismen verschärft.²⁰ Die aktuelle Entwicklung der öffentlichen Finanzen lässt den lange Zeit debattenprägenden Verweis auf den Sachzwang der leeren Kassen verblassen, wodurch einmal mehr deutlich wird, dass der sozialpolitische Paradigmenwechsel hin zum aktivierenden Sozialstaat stets mehr war und ist als ein reines Sparprogramm. Es geht um eine Neuinterpretation des Sozialstaatsgebots, die auf „eine normativ-ideologische Neuprogrammierung des informellen sozialen Hilfe- und Verantwortungssystems hinzielt“.²¹

Diese Entwicklung ist eng mit dem Wandel der Geschlechterverhältnisse verbunden, welcher durch die spannungsvolle Gleichzeitigkeit von Veränderung und Beharrungskraft gekennzeichnet ist: Immer mehr Frauen sind erwerbstätig und stehen nicht mehr ganztätig als „heimliche Ressource der Sozialpolitik“²² zur Verfügung. Beharrungskräftig ist hingegen – wie zahlreiche Studien belegen²³ – die häusliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, bleibt hier doch der Erwerbseinbindung zum Trotz die vorrangige Zuständigkeit der Frau bestehen. Zwar ist im Bereich der Kinderbetreuung eine Expansion der öffentlichen Infrastruktur zu konstatieren, tatsächlich aber deckt das erweiterte Angebot nicht annähernd den Bedarf. Das tatsächliche Ausmaß der „Dienstleistungslücke“²⁴ wird aber erst im Kontext des demografischen Wandels erkennbar, da durch die steigende Lebenserwartung und die Alterung der Gesellschaft die Betreuung und Pflege älterer Menschen zusätzliche sorgende Kräfte bindet.²⁵

Vor allem feministische AutorInnen haben auf die konstitutive Bedeutung unbezahlter Sorgearbeit im Kapitalismus hingewiesen und aufgezeigt, dass das kapitalistische System für seine soziale Reproduktion auf systemfremde Elemente angewiesen ist, die nicht vollständig kapitalisierbar und rationalisierbar sind.²⁶ Die Nachfrage nach unbezahlter Arbeit ist somit systemisch bedingt und lenkt angesichts der gegenwärtigen Krise der sozialen Reproduktion den Blick auf neue Felder und Akteure.²⁷ Gerade weil die kapitalistische Marktwirtschaft konstitutiv auf ein nicht marktförmiges „anderes“ angewiesen ist, spielen in gesellschaftlichen Umbruchphasen „auch Neukonstruktionen bestimmter nichtkapitalistischer Räume“²⁸ eine zentrale Rolle – eine bislang viel zu wenig analysierte Dynamik. Die Formation des Community-Kapitalismus stellt eine solche Neukonstruktion dar, die Engagement, Freiwilligenarbeit, Nachbarschaftshilfe, *Community*-Projekte und digitale Netzwerke als (kostenlose oder kostengünstige) Ressourcen zur Lösung der Reproduktionskrise erschließt. Im Sinne der von Amitai Etzioni in die Debatte eingeführten, dreistufigen „Verantwortungsgesellschaft“ geht es neben der Eigenverantwortung auf der Ebene der Person (erste Stufe) und der Familie (zweite Stufe) zunehmend die dritte Verantwortungsstufe auf der Ebene der Nachbarschaften, Ge-

meinden und Gemeinschaften.²⁹ Die staatliche Aktivierung dieser dritten Verantwortungsstufe kann mit Niklas Rose (2000, S. 81) als „Regieren durch Community“ bezeichnet werden. Konkret geschieht dies in Deutschland gegenwärtig auf drei Wegen: (1) durch die programmatische Anrufung und Aufwertung von Engagement und Freiwilligenarbeit, z. B. in Gestalt zahlreicher Veranstaltungen, Preise und Würdigungen und der Verabschiedung einer Nationalen Engagementstrategie (2010); (2) durch konkrete Förderprogramme und *Policy*-Instrumente: vom Bundesfreiwilligendienst und dem Bundesprogramm „Engagierte Stadt“ über Qualifizierungs- und Beratungsprogramme für Engagierte und die Förderung von Mehrgenerationenhäusern bis hin zur Verankerung aufwandsentschädigten Engagements in der Pflegeversicherung oder der Etablierung von *Service-Learning*-Modulen an Schulen, durch die SchülerInnen schon früh an freiwilliges Engagement herangeführt werden sollen; (3) durch eine Politik des Unterlassens und (Ein-)Sparens, die BürgerInnen aktiviert, die entstehenden Lücken der Infrastruktur und Daseinsvorsorge selbsttätig zu schließen – zum Beispiel in der Flüchtlingshilfe oder bei den Tafeln, aber auch in lokalen Bibliotheken, Kultureinrichtungen oder Bürgerbussen.³⁰

Dieses „Regieren durch Community“ erweist sich interessanterweise nun als durchaus anschlussfähig an *Community*-Diskurse und kooperative Praktiken in sozialen Bewegungen und Alternativökonomien.

2.1 *Community*-Boom „von unten“

Wir erleben gegenwärtig den Boom von Alternativprojekten jenseits von Markt, Staat und Familie – aufgerufen durch Schlagworte wie *Caring Community*, *Sharing Economy*, *Commons*, Konvivialismus – die sowohl das Prinzip des (Privat-)Eigentums und Profits als auch den staatlichen Zugriff auf die Daseinsvorsorge in Frage stellen. Diese Ansätze begegnen der Anonymität staatlicher Strukturen, den im wohlfahrtsstaatlichen Wandel entstehenden Versorgungslücken sowie der Profitorientierung der Marktgemeinschaft mit der Wiederbelebung gemeinschaftsbasierter Ideen und Praktiken; Teilhabe und Solidarität im Kleinen, der Aufbau neuer sozialer Beziehungen sowie die Erprobung neuer Formen des Wirtschaftens stehen im Zentrum.³¹ Technologische Entwicklungen und die Rolle der *Social Media* dynamisieren diese Entwicklung und ermöglichen neue Formen des Teilens, der Kooperation und der gemeinsamen Nutzung von Gütern, Wissen und Räumen.³²

Auch an konzeptionellen Ansätzen, die auf gemeinschaftsförmige Solidaritäten setzen, mangelt es derzeit nicht. Von Frankreich ausgehend hat sich eine illustre Runde linker WissenschaftlerInnen – von Chantal Mouffe und Ève Chiapello über Serge Latouche und Alain Caillé bis hin zu Susan George und Éva Illouz – zusammengefunden und ein „Konvivialistisches

Manifest“ für eine „neue Kunst des Zusammenlebens“³³ verfasst. Das Manifest kreist um die Idee gemeinschaftlicher, ressourcenschonender (Für-) Sorge, die auf dem „Prinzip der gemeinsamen Menschheit“³⁴ basiert und „unterhalb der Ebene des Staates und des Marktes für die Vermehrung gemeinsamer und assoziativer Tätigkeiten“ eintritt. Im Zentrum der konvivialen Ordnung steht „der unentgeltlich freie Austausch unter den Menschen“, verbunden mit der Abgrenzung „von einer allein materiell und quantitativ-monetär definierten Version von Wohlstand“.³⁵ Soziale Ungleichheit oder Armut spielen in diesem Zusammenhang keine Rolle und auch die potenziell prekariätsfördernden Implikationen einer unentgeltlichen Tätigkeitsgesellschaft findet keine Erwähnung. Im Konvivialistischen Manifest sind nicht soziale Rechte, sondern „die Fürsorglichkeit und die Gabe [...] die konkrete und unmittelbare Umsetzung der allgemeinen Abhängigkeit des Menschen in die Praxis“.³⁶

In eine ähnliche Richtung zielen Ansätze alternativen Wirtschaftens, die auf Gemeingüter- und *Commons*-Basis funktionieren. „Commons lassen sich im Wesentlichen als institutionelles, rechtliches und infrastrukturelles Arrangement für ein Miteinander – das Commoning – beschreiben, bei dem Nutzung, Erhaltung und Produktion vielgestaltiger Ressourcen gemeinsam organisiert und verantwortet werden. Die Regeln des Commoning werden (idealerweise) im gleichberechtigten Miteinander von peers festgelegt [...]. Dieses Miteinander wurde und wird in unterschiedlicher Ausprägung von Gemeinschaften auf der ganzen Welt praktiziert.“³⁷ Ähnlich wie im Konvivialistischen Manifest geht es um alternative Formen der Solidarität jenseits von Markt, Staat und Familie der Gemeinschafts- und Gemeinnsinnbezug ist auch hier zentral: „*No commons without community*“.³⁸ Konkrete soziale Bindungen treten an die Stelle abstrakter sozialer Rechte, Fragen des Wohlfühlens, der Verbundenheit und Sympathie stehen im Zentrum der Vergemeinschaftung.³⁹

Commoning wird in vielen Feldern als praktische Reaktion auf Staats- und Marktversagen analysiert, wobei Wert daraufgelegt wird, dass aus der Not durchaus tragfähige und in emanzipatorischer Hinsicht zukunftsweisende Projekte entstehen, „neue Foren der Reproduktions-Zusammenarbeit [...], die die Richtung zu einer Welt außerhalb kapitalistischer Verhältnisse weisen“⁴⁰. Ob und inwiefern Alternativökonomien tatsächlich über die kapitalistischen Verhältnisse hinausweisen (können), ist eine kontrovers diskutierte Frage, werden hier doch sowohl Spielräume für praktizierte Alternativen jenseits von Markt und Staat eröffnet wie auch neue Ressourcen in Zeiten der Reproduktionskrise erschlossen.⁴¹ Für eine kritische Diskussion dieser Ambivalenz erweist es sich als hinderlich, dass sowohl im Konvivialistischen Manifest wie auch in weiten Teilen der *Commons*-Debatte eine Kapitalismusanalyse vorherrschend ist, die den Kapitalismus als Marktwirtschaft engzuführt und alle anderen ökonomischen Formen

als nicht-kapitalistische affirmiert⁴² – und damit den Blick auf ihre konstitutive Funktion und Bedeutung für die Reproduktion des Systems verstellt. Insgesamt ist in der Bandbreite von *Commons*-Ansätzen⁴³ ein starker Anti-Etatismus vorherrschend, der sich als anschlussfähig an eine neoliberale Sozialstaatskritik erweisen kann.⁴⁴

Der *Community*-Boom „von unten“ beschränkt sich natürlich nicht auf das exemplarisch erörterte programmatische Beispiel des Konvivialismus und das Praxisfeld der *Commons*, sondern prägt zum Beispiel auch die feministische *Care*-Revolution-Debatte⁴⁵ und lokale *Caring-Community*-Initiativen; im US-amerikanischen Kontext spielen zudem Ansätze des *Empowerment* von benachteiligten Gruppen durch *Community Development* eine zentrale Rolle.⁴⁶ Ein ganz eigenes Feld sind schließlich die an Bedeutung gewinnenden *Online-Communities* und digitalen Netzwerke, in denen ebenfalls unbezahlte Aktivitäten eine zentrale Rolle spielen.⁴⁷

3. Die Wiederentdeckung der Gemeinschaft – konzeptuelle Anmerkungen und kritische Reflexion

Die Klage über den Verlust von Gemeinschaft(lichkeit) und Gemeinsinn ist aus modernen Gesellschaften ebenso wenig wegzudenken wie die zahlreichen Appelle, Gemeinschaft(en) als sozialen Kitt in Zeiten von Individualisierung, Vereinzelung und Verunsicherung wiederzubeleben. Dieser Vergangenheit und Zukünftigkeit von Gemeinschaft, dieser Verlust- und Verheißungserzählung, korrespondiert zugleich eine gelebte Gegenwart der Vergemeinschaftungen und Gemeinschaftsbezüge – von religiösen Gemeinschaften über ethnische und nachbarschaftlichen Gemeinschaften bis hin zu politischen Gemeinschaften und Nationalstaaten als „*imagined communities*“ (Anderson 1983) –, deren Praxis, Identifizierung und Bewertung ob der Vieldeutigkeit des Gemeinschaftskonzepts höchst unterschiedlich ausfallen. Aller Vieldeutigkeit zum Trotz teilen Gemeinschafts- und Gemeinsinnbezüge die Affirmation mikro-moralischer Sozialbeziehungen, die häufig verbunden ist mit einer gewissen „*romance of community*“.⁴⁸ Für das Verständnis des hegemonialen Potenzials der Formation des Community-Kapitalismus lohnt hier ein zweiter Blick.

Gemeinschaft trägt nicht nur eine unbestimmt positive Bedeutung, sondern vermittelt, in den Worten von Zygmunt Bauman (2011, S. 1), ein gutes Gefühl: „*It feels good: whatever the word ‚community‘ may mean, it is good ‚to have a community‘.*“ Als Alltagsbegriff evoziert Gemeinschaft Qualitäten wie Homogenität, Unmittelbarkeit, Natürlichkeit, Lokalität und Nähe, persönliche Bindung, Solidarität und Harmonie im Sinne identischer Interessen.⁴⁹ Die positiven Alltagsbezüge sind eingebettet in eine lange Diskursgeschichte der Gemeinschaft als Antipoden des modernen Kapita-

lismus mit seinen entfremdenden Effekten. Variationen und Konzeptualisierungen der Dichotomie von Gemeinschaft und Gesellschaft begleiten die Soziologie seit ihren Anfängen, und die Idee der Ablösung kleinräumiger, konkreter Sozialbeziehungen durch abstrakte, institutionell vermittelte und rationalisierte Bezüge macht den Kern der Modernisierungstheorien aus.⁵⁰

Die verbreiteten, Harmonie, natürliche Bindung und Homogenität akzentuierenden Perspektiven werden seit einiger Zeit von einem kritischen Diskurs begleitet, der auch die angesprochenen *Community*-Bewegungen und Alternativökonomien prägt. Im Rekurs auf die zunehmende empirische Evidenz post-traditionaler Gemeinschaften wird das Gemeinschaftskonzept von seiner vormodernen, essenzialisierenden Bestimmung und der damit verbundenen Schicksalshaftigkeit und Zwangsförmigkeit gelöst. Gemeinschaften haben demzufolge gerade keine vorgängige Essenz oder Bestimmung, sondern sind gekennzeichnet durch „*Commitment*“ und Gefühle der Zugehörigkeit,⁵¹ an „*inessential commonality, a solidarity that in no way concerns an essence*“.⁵² Sie erweisen sich damit als heterogene, dynamische Entitäten mit freiwilliger und wandelbarer Mitgliedschaft: das „Wir“ wird „vom Schicksal zur Aufgabe“.⁵³ Diese Versuche einer Neubestimmung bzw. Rehabilitierung von Gemeinschaft sind nicht ohne Kritik geblieben. So war Jacques Derrida der Überzeugung – und die Empirie scheint ihm Recht zu geben –, dass die Illusion einer natürlichen Zusammengehörigkeit so wirkmächtig ist, dass sie die Versuche, den Begriff der Gemeinschaft zu rehabilitieren, fortwährend durchkreuzen: „Bejaht, verneint oder neutralisiert, stets ginge diese gemeinschaftlichen, ‚kommunitaristischen‘ oder ‚kommunalen‘ Werte mit dem Risiko einher, den Bruder wiederkehren zu lassen.“⁵⁴

Für die hier akzentuierte Entwicklung des Community-Kapitalismus ist von besonderer Bedeutung, dass sich die kritische Neubestimmung von Gemeinschaft als freiwillig gewähltes *Commitment* als hochgradig anschlussfähig an Prämissen des flexiblen Kapitalismus erweist. Es ist diese Form der Gemeinschaft als gewählte Aufgabe, die erst die Voraussetzungen dafür schafft, dass sie zum Gegenstand der Steuerung durch Aktivierungspolitiken werden kann. Die zuvor skizzierte Aktivierung gemeinschaftlicher (Für-)Sorge im Sozialstaat, zeigt, dass es hier gerade nicht um eine Rückbesinnung auf traditionelle Gemeinschaften und primäre soziale Netze der Familie geht, sondern um die Erschließung neuer, post-traditionaler Gemeinschaften und ihrer Sorgequalitäten: „Die ‚Community‘ [wird] aufgrund einer Vielzahl wissenschaftlicher Darstellungen, Forschungen und statistischer Untersuchungen zu einer kalkulierbaren Größe und damit zur Voraussetzung und zum Gegenstand von Techniken des Regierens.“⁵⁵ Diese Steuerung setzt dezidiert darauf, dass „die individuellen Selbstregulierungspotenziale im gesamten Spektrum der Schau-

plätze und Orte genutzt werden, das heißt in Initiativen, Vereinen, ‚Kiez-Projekten‘, Interessengruppen und natürlich in den ‚Communities‘.“⁵⁶ Es ist dieser Modus der Steuerung, der den ambivalenten Charakter der Indienstnahme der Ressource Gemeinschaft zu erkennen hilft, wird hier doch deutlich, dass an die Stelle der Zwangsförmigkeit traditionaler Gemeinschaften nicht die Freiheit, sondern die Regierung post-traditionaler Gemeinschaften im Modus der Freiwilligkeit getreten ist. Die im kritischen Gemeinschaftsdiskurs verbreitete Position, die Überwindung der feudalen und traditionellen Restbestände des Gemeinschaftskonzepts leite automatisch in eine emanzipatorische Gemeinschaftsperspektive über, verkennt die Einbettung post-traditionaler Gemeinschaften in die politökonomischen Bedingungen des flexiblen Kapitalismus. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch, dass ein wesentliches Bestimmungskriterium von Gemeinschaft (in Abgrenzung zur Gesellschaft) unhinterfragt bleibt bzw. sogar als zentraler Bezugspunkt einer emanzipatorischen Re-Akzentuierung dient: Dies betrifft die Unmittelbarkeit, Personalität und Emotionalität sozialer Bezüge in Gemeinschaftskontexten, die affirmiert und der abstrakten Rationalität, Anonymität und Mittelbarkeit von Vergesellschaftung entgegengestellt werden.

Welche Probleme sind damit verbunden, wenn Gemeinschaften nicht nur Zielgröße und Modus politischer Steuerung, sondern auch und vor allem Ressource in Krisenzeiten werden? Zunächst ist im sozialpolitischen Feld der Versuch zu beobachten, „Gemeinschaft zum Gesellschaftsmodell zu verallgemeinern“⁵⁷ und damit strukturelle polit-ökonomische Konflikte und soziale Interessengegensätze zu verschleiern. Das einflussreiche Erbe traditionaler Gemeinschaften, das die Zuschreibungen der sozialen Nähe, Homogenität und Harmonie bis in die Gegenwart fortschreibt, bedingt eine explizite De-Thematisierung von Klassenverhältnissen, die breit anschlussfähig ist. Im Konvivialistischen Manifest wird das gemeinsame Menschsein zum Bezugspunkt, das sich in konkrete Gemeinschaften übersetzt, aber frei von Interessengegensätzen und Klassenspaltungen zu sein scheint. In der häufig romantisierten Verallgemeinerung von Gemeinschaftsbezügen identifiziert Georg Vobruba (1986, S. 226) „die Sehnsucht der Bürger nach der Stilllegung der Dynamik des Gesellschaftskonflikts, die Sehnsucht nach einem Kapitalismus ohne Proletariat“. Entscheidend in Vobrubas Argumentation ist, dass die Kritik an der Verallgemeinerung ansetzt, dass es also gerade nicht um die Kritik jeglicher gemeinschaftlicher Fürsorge in reziproken Beziehungen von Subjekten geht, sondern um eine Problematisierung, die dort einsetzt, wo eine „Gesellschaft der Fürsorglichkeit“ etabliert werden soll.

Was spricht gegen eine solche Gesellschaft? Auf den ersten Blick klingt die Sprache des Konvivialismus und der *Commons* verlockend: neues Miteinander, Kultur des Helfens, Kunst des Zusammenlebens, Geist der Für-

sorglichkeit. Erst auf den zweiten Blick erschließen sich die Kehrseiten der persönlichen Abhängigkeit, Schuld und Verpflichtung, die sich zu einer moralischen Affizierung sozialer Sicherheiten zusammenfügen. Hier geht es um die Preisgabe einer wesentlichen Errungenschaft im modernen Wohlfahrtsstaat: die Entkoppelung von sozialer Sicherung und sozialer Beziehung durch die Gewährung sozialer Rechte, so z. B. in den – historisch allerdings überwiegend den männlichen Lohnarbeitern vorbehaltenen – Sozialversicherungen. Diese Problematisierung soll nicht auf eine entproblematisierende Würdigung des Sozialstaats als Sozialversicherungsstaat hinauslaufen, der stets (auch) ein spaltender und ungleichheitsstiftender Sozialstaat war und ist;⁵⁸ es geht vielmehr um das Versicherungsprinzip, das als Politik und Risikoteilung der großen Zahl funktioniert und gerade durch die Entkoppelung von sozialer Sicherung und sozialer Beziehung – bei allen Problematiken – eine Form der Verlässlichkeit und Autonomiegewinnung schafft: „Die Versicherung geht Hand in Hand mit dem Zerfall feudaler Solidargemeinschaften, mit der Befreiung und Autonomisierung des Individuums. [...] Die Versicherung ist eine Technik des Schadensausgleichs, die sich in die lange Geschichte der Hilfeleistungen einreicht. [...] Sie hat sich allmählich herausgelöst sowohl aus nachbarschaftlichen Solidaritäten, die lange Zeit mit ihr konkurrierten, als auch aus Unterstützungsvereinen auf Gegenseitigkeit. Sie hat sie rationalisiert, indem sie die unmittelbaren Beziehungen ‚brüderlicher‘ Hilfe umwandelte in dauerhafte vertragsrechtliche Beziehungen.“⁵⁹ Der Risiko- bzw. Schadenseintritt wird entindividualisiert und entmoralisiert, an die Stelle klassischer gemeinschaftsbasierter Solidaritätsformen (und ihrer Ausschlüsse) tritt ein anonymen Ausgleichsmechanismus.

In weiten Teilen der *Commons*-Debatte werden ebenso wie im Konvivialistischen Manifest die entfremdenden Effekte eines solchen Systems – nicht zu Unrecht – problematisiert, ihre autonomiefördernden Implikationen aber verkannt. Unterschätzt wird, dass eine Gesellschaft fürsorglicher Gemeinschaften und mikro-moralischer Reziprozitäten strukturell voraussetzungsvoll ist und dass Vertrauen und Kooperationsbereitschaft vor allem dort entsteht, wo ein größtmögliches Maß an sozialer Gleichheit institutionell und für alle BürgerInnen gewährleistet wird – wie Richard Wilkinson und Kate Pickett in ihrer Studie „Gleichheit ist Glück“ (2012) im Ländervergleich belegen. So fraglos unverzichtbar und existenziell soziale Nähe und soziale Bindungen sind, so wichtig ist es, das Spannungsfeld von Verbundenheit und Autonomie im Blick zu behalten, denn Autonomie ist – um es mit Adorno zu formulieren – nicht zuletzt „die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen“.⁶⁰ Institutionalisierte soziale Rechte entlasten vom Imperativ des permanenten Mitmachens, sie entkoppeln das Recht vom Charakter, sie schaffen Bedingungen, unter denen auch diejenigen versorgt, aufgefangen oder gepflegt werden, die

sich nicht durch Liebenswürdigkeit, Anpassungsfähigkeit oder Dankbarkeit qualifiziert haben.

Neben dieser grundsätzlichen Problematik der Umstellung vom Recht auf die Gabe zeichnet sich eine bis heute kaum analysierte Entwicklung ab – die der Prekarisierung, Informalisierung und De-Professionalisierung von Arbeit im Gewand von Engagement, Nachbarschaftshilfe und Freiwilligenarbeit.⁶¹ Die auch im kritischen Gemeinschaftsdiskurs evidente Affirmation nicht marktförmiger und nicht entlohnter Leistungen im sozialen Nahraum verschließt den Blick vor den sozialen und ökonomischen Bedingungen, unter denen diese Leistungen erbracht werden: Von Aufwandsentschädigungen weit unter Mindestlohn, freiwilliger Arbeit jenseits etablierter arbeitsrechtlicher Standards und der Übernahme professioneller sozialarbeiterischer, pflegerischer, pädagogischer oder beratender Tätigkeiten durch notdürftig angelernte Freiwillige ist in den verbreiteten Lobeshymnen auf die Freiwilligengesellschaft und den neuen Gemeinsinn nur selten zu hören. Am Beispiel der Laienpflege hat Tine Haubner (2017) die „Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft“ mit ihren informalisierenden und deprofessionalisierenden Effekten in einem besonders brisanten Feld analysiert.

4. Community-Kapitalismus und das Erstarken der Rechten – Anschlüsse und Fortschreibungen

Die Entdeckung der fürsorglichen Gemeinschaft in Zeiten der Hegemonie- und Reproduktionskrise des neoliberalen Kapitalismus gilt es im Blick zu behalten, wenn die Frage adressiert wird, ob und inwiefern rechte Kräfte und Parteien die soziale Frage in neuer Weise stellen und beantworten. Der Zusammenhang ist umso bedeutsamer, weil der Rekurs auf Gemeinschaft und Gemeinsinn in der Programmatik rechter Parteien eine bedeutende Rolle spielt. Auch wenn sich die Gemeinschaftsbezüge von der liberalen Indienstnahme gemeinschaftsförmiger Ressourcen ebenso unterscheiden wie von bewegungsnahen Konzepten posttraditionaler Gemeinschaften, eröffnet die grundlegende Idee der Substitution abstrakter sozialer Rechte durch konkrete (solidarische) Beziehungen im Nahraum Anschlüsse für populistische Kräfte, die unter den gegebenen Kräfteverhältnissen die Hegemoniefähigkeit der Konfiguration des Community-Kapitalismus befördern könnte.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass rechtspopulistische Kräfte nicht nur auf die Essenz und Bedeutung konkreter Gemeinschaften wie insbesondere die Familie in ihrer traditionellen Form verweisen, sondern dass sie grundlegender noch (mehr oder weniger explizit) dazu tendieren, Gesellschaft als Gemeinschaft zu denken. Die Nation als „*imagi-*

*ned community*⁶² ist sicherlich kein Refugium der Rechtspopulisten, spielt in ihrem Denken aber eine herausgehobene Rolle und bildet die wesentliche Grundlage für flüchtlings- und einwanderungsfeindliche Positionen. Isolde Charim hat die Nationenbildung historisch treffend als Versuch beschrieben „die Gemeinschaft unter den Bedingungen der Moderne in die Gesellschaft einzuführen – eine vorgestellte Gemeinschaft, die suggeriert, einander völlig Unbekannte würden einen Verbund von Gleichen, von Ähnlichen bilden“.⁶³ Der imaginierten Gemeinschaft der Nation wird, entfremdungstheoretisch konturiert, die abstrakte Rationalität der bürokratisch verfassten, rechtlich regulierten Gesellschaft entgegengestellt, historisch aufgeladen in der Gegenüberstellung „einer primären, gemeinschaftlichen Seinsweise und einer sekundären, künstlich-scheinhaften Gesellschaftsform“⁶⁴ – eine Lesart, die sich, wie gezeigt, auch in linken Bewegungen findet. Diese Gegenüberstellung ist im Rechtspopulismus nun mit der grundlegenden dyadischen Struktur der Entgegensetzung eines homogenen, guten einheitlichen Volkes (als Verkörperung der primären Seinsweise) und einer korrupten, abgehobenen Elite (als Verkörperung der bürokratischen Gesellschaftsform) verbunden.⁶⁵ „System versus Community“⁶⁶ lautet die mobilisierte Polarität, die eine „Wiedereinbettung des Sozialen, in eine überindividuelle Gemeinschaft“⁶⁷ verspricht, die schon in den frühen populistischen Bewegungen in den USA durch die Affirmation vormoderner, funktional kaum differenzierter Gesellschaften charakterisiert war.⁶⁸ Manchen AnhängerInnen der Rechten in Ostdeutschland gilt heute die ehemalige DDR als eine solche, verloren gegangene Gesellschafts-Gemeinschaft.⁶⁹

Tatsächlich erweist sich die dyadische Struktur des Populismus („Elite – Volk“ bzw. „System – Gemeinschaft“) jedoch als eine triadische Struktur, die im Rekurs auf die Nation als *imagined community* nicht nur die (durchaus changierenden) Eliten aus dieser Gemeinschaft ausgliedert, sondern zudem alle Nicht-StaatsbürgerInnen, MigrantInnen und Geflüchtete als andere bzw. notwendig Außenstehende markiert. Indem die Eliten sowohl mit dem System verknüpft als auch als ort- und heimatlose Kosmopoliten adressiert werden,⁷⁰ entsteht ein Gegenpol der räumlich situierten, homogenen auf konkreten Sozialbeziehungen aufruhenden Gemeinschaft der „normalen“, „einfachen“ Leute.⁷¹ Paul Taggart (2000, S. 95) hat diesen Gegen-Ort der Populisten als *Heartland* beschrieben, das im Herzen der imaginierten Gemeinschaft liege: Es schließe explizit einige soziale Gruppen aus und „*is based around the idea of an organic community that has some natural solidarity and therefore is more circumscribed than the sort of community contained within the national boundaries*“. Variabel zu bestimmende Eliten werden ebenso wie StaatsbürgerInnen mit Migrationsgeschichte oder „nicht produktive“ Gesellschaftsmitglieder (z. B. Obdachlose) außerhalb des *Heartland* verortet. Während Klassenverhältnisse

und Interessengegensätze in der homogenisierenden Verdichtung des *Heartland* mit seinem Rekurs auf unhintergehbare Traditionen, lokale Verankerung und den *Common Sense* der „einfachen“ Leute suspendiert werden, zeichnen sich rechtspopulistische Positionen durch eine Logik des Produktionismus aus,⁷² die gleichermaßen die Ausgrenzung und Diskriminierung sogenannter Finanzeliten (mit antisemitischer Konnotation) wie Obdachloser oder nicht erwerbstätiger Geflüchteter begründet.

Die Anrufung und der Schutz der produktiven Gemeinschaft stehen damit im Zentrum rechter Antworten auf die soziale Frage, denen eine konstitutiv exklusive Solidarität zu eigen ist. Eine gewisse wissenschaftliche „Adelung“ erfährt diese Neuakzentuierung der sozialen Frage durch den am Wissenschaftszentrum Berlin forschenden Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel und seine Kollegen Ruud Koopmans und Michael Zürn, denen zufolge die entscheidende Konfliktlinie nicht mehr zwischen rechts und links, sondern zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen verlaufe: „Letztere präferieren überschaubare Gemeinschaften, kontrollierte Grenzen; befürworten eine Beschränkung der Zuwanderung; optieren für kulturelle Identität und betonen den Wert des sozialen Zusammenhalts. Dieser, so das kommunitaristische Credo, sei leichter in kleinen abgrenzbaren Gemeinschaften herzustellen als in unbegrenzten soziopolitischen Räumen.“⁷³ Die als kommunitaristisch ausgewiesene Position wird dabei als ökonomisch rational affirmiert, schütze sie doch diejenigen, die die Hauptlasten (angeblich) offener Grenzen tragen. Die Frage, ob es Formen des Schutzes und der Sicherheit geben könnte, die gerade nicht auf gemeinschaftsförmige Solidarität und Schließung, sondern auf soziale Rechte setzt – und die eher auf einer Rechts-Links-Achse der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu verorten wären –, bleibt hier unbeantwortet.

Für die Wirkmächtigkeit der rechtspopulistischen Ideologie des *Heartland* als organischer Gemeinschaft dürfte schließlich eine konstitutive Schwäche posttraditionaler Verhältnisse in der Spätmoderne eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen: Verglichen mit der vermeintlich schicksalhaften Zugehörigkeit zu traditionellen Gemeinschaften, zeichnen sich posttraditionale Gemeinschaften durch „eine (so gut wie) ‚unheilbare‘ strukturelle Labilität“⁷⁴ aus, die untrennbar mit der grundlegenden Freiwilligkeit der Zugehörigkeit verbunden ist. Diese Labilität übersetzt sich in eine begrenzte Verlässlichkeit der Gabe freiwilliger Arbeit, die immer weniger über lebenslange Bindungen oder religiöse Zugehörigkeit dauerhaft gewährleistet wird, was wiederum – wie skizziert – den aktivierenden Staat auf den Plan ruft. Tatsächlich nutzen rechte Akteure insbesondere die eklatanten Mängel von Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie die Schwäche der (stark alternden) Zivilgesellschaft in strukturschwachen ländlichen Regionen, um mit eigenen Angeboten (z. B. der Kinderbetreuung oder Nachbarschaftshilfe) die Re-Traditionalisierung der sozialen

Frage voranzutreiben. Generationenübergreifende Projekte der Dorfentwicklung sind hier ebenso zu beobachten wie die rechtsextreme „Eroberung“ des ländlichen Raums durch „völkische Siedler“ in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und im nördlichen Brandenburg.⁷⁵

5. Die Neue Rechte und die Re-Traditionalisierung von Gemeinschaft

Der skizzierten Struktur rechtspopulistischen Denkens ist ein anti-etatistischer Impuls eigen, der mit einem Konzept von Zivilgesellschaft einhergeht, dass diese von ihren vermeintlich „unproduktiven“ Rändern löst und nach innen vereinheitlicht. Dieser Anti-Etatismus ist in mehrfacher Hinsicht anschlussfähig an die zu beobachtende Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage. Metz und Seßlen haben zu Recht darauf hingewiesen, dass ein anti-etatistischer Impuls, der auf die Stärke der Zivilgesellschaft setzt, zunächst einmal „nach mehreren Seiten hin offen [ist]“: „Der Anti-Etatismus ist nämlich ein übergreifender Trend, die ‚Entstaatlichung‘ der Politik wird von rechts wie links, von politischen wie ökonomischen Interessen betrieben. Er gehört so sehr zur radikalen Individualisierung wie zur Sehnsucht nach neuen Formen von Gemeinschaft. Und unter der Zivilgesellschaft kann man ebenso die Gesamtheit einer durch den ‚Alltagsverstand‘ (und seine Medien) verbundenen Kultur verstehen wie ein Netzwerk der ‚autonomen‘ und ‚antiautoritären‘ Bewegungen.“⁷⁶ Entscheidend für die aktuelle politische Konstellation der Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage ist nun der Umstand, dass sich die Kräfteverhältnisse auf Seiten der Kritik verschieben und dass nach Jahrzehnten, in denen Konzepte von „Zivilgesellschaft“ nahezu unauflöslich mit progressiven sozialen Protestbewegungen und Alternativkulturen verbunden wurden,⁷⁷ rechte Kräfte dieses Feld zunehmend für sich besetzten. Hinzu kommt, dass die von Rechten und Linken unterschiedlich akzentuierten Kritiken des neoliberalen Staates von einzelnen ProtagonistInnen auf beiden Seiten zu einer neuen „Querfront“ gegen den Liberalismus verdichtet werden: So konstatiert der linke Dramaturg und Vordenker der mit Sarah Wagenknecht ins Leben gerufenen Bewegung „Aufstehen“, Bernd Stegemann: „Denn eine positive Wirkung hat jede populistische Bewegung in der aktuellen Lage, egal ob sie rechts- oder linkspopulistisch ist: Sie schreckt die Eliten auf und zwingt sie das erste Mal seit Jahrzehnten, ihre feudalen Strukturen öffentlich zuzugeben.“⁷⁸

Zunehmend finden sich dabei auch auf linker Seite liberalismuskritische Töne, die weniger mit Klassengegensätzen als mit der Polarität von Elite – Volk operieren, wobei Letzteres als Zusammenschluss der über ihren „gesunden Menschenverstand“ verbundenen einfachen Leute bestimmt wird.

So identifiziert die sich im linken Spektrum verortende Bewegungsforscherin Donatella della Porta (2017, S. 70) einen einheitlichen Willen des Volkes, der den korrupten Eliten gegenübersteht und definiert Populismus „als eine Form der Subjektivität der einfachen Leute“. Auch der lange Zeit als Linker gehandelte französische Philosoph Jean-Claude Michéa setzt auf die sogenannten einfachen Menschen und kreist um den „Anstand“ der „unteren Volksschichten“⁷⁹, denen eine natürliche „common decency“⁸⁰ bescheinigt wird, die vom Liberalismus systematisch erodiert und unterlaufen werde: „Um den Dogmen seiner utilitaristischen Anthropologie zu genügen [...], ist der Liberalismus tatsächlich strukturell zu leugnen gezwungen, dass ein gemeinsamer historischer Grundstock verallgemeinerbarer Tugenden existiert, die seit Jahrtausenden die Menschen dazu animieren, ihr Bestes zu geben.“⁸¹ Rassismus oder Sexismus gibt es in dieser „anständigen“ Welt der einfachen Leute nicht, vielmehr geht Michéa noch einen Schritt weiter, indem er den Multikulturalismus als liberales Projekt identifiziert, dass die Menschen künstlich vereinheitliche. Indem er „kaum einen Hehl aus seiner Ablehnung des linken Antirassismus“⁸² macht, ist er in der jüngeren Vergangenheit äußerst anschlussfähig für rechte Akteure geworden.

Der gegenwärtige Einfluss rechter Kritik am liberalen System hat dabei nicht nur das Potenzial, die Re-Definition der sozialen Frage als Frage fürsorglicher Gemeinschaften mit einer weiteren Legitimationsquelle zu versehen. Darüber hinaus wirkt die Kritik auf jene emanzipatorischen Bemühungen zurück, die in der jüngeren Vergangenheit – wie dargelegt – auf eine Enttraditionalisierung von Gemeinschaft(en) zielen. Die von Derrida artikulierte Befürchtung, dass die Illusion einer natürlichen Zusammengehörigkeit so wirkmächtig sei, dass alle Versuche einer Neubestimmung von Gemeinschaft mit dem Risiko einhergingen, „den Bruder wiederkehren zu lassen“, ⁸³ scheint sich gegenwärtig zu bewahrheiten: Das Erstarren der Rechten hat bei nicht wenigen linken und linksliberalen Akteuren dazu geführt, Bezüge auf Nation, Heimat und Gemeinschaft in einer Weise zu re-artikulieren, die posttraditionale Elemente in den Hintergrund rücken oder suspendieren. Ein neuer Linksliberalismus, der den Rechten etwas entgegensetzen habe, würde – so der US-amerikanische Kulturwissenschaftler Mark Lilla (2017, S. 51) – „an die Nation im Geiste gemeinsamen Bürgersinns und gegenseitiger Hilfsbereitschaft appellieren“ und andere Anliegen, die eine solche nationale Einheit stören könnten – „insbesondere Fragen der Sexualität und der Religion“ –, nachrangig behandeln. Radikaler noch sind Versuche, die Essenz und Ursprünglichkeit von Gemeinschaften zu revitalisieren und an die Stelle einer sozialstaatlich vermittelten, über soziale Rechte erzielten Ähnlichkeit der BürgerInnen eine qua Gemeinschaftlichkeit gegebene Ähnlichkeit als Grundlage von Solidarität stark zu machen. Der slowenische Philosoph und Marxist Sla-

voj Žižek betont in seiner Flugschrift „Der neue Klassenkampf“ (2016, S. 81) eine ganz andere Trennungslinie als die eines antagonistischen Klassengegensatzes, wenn er unterstreicht: „Wir sind mehr oder weniger fest in einer bestimmten Lebensweise verwurzelt, mit jedem Recht, diese zu schützen.“ Bereits einige Jahre zuvor warnt er Linke wie Liberale davor, „die Sehnsucht nach authentischem Gemeinschaftsleben per se als protofaschistisch zu verdammen“.⁸⁴ In dem breit rezipierten Band „Das Volk gegen die (liberale) Demokratie“⁸⁵ identifiziert Olaf Jann (2017, S. 291) „eine gewisse kulturelle Homogenität“ als Grundlage für Vertrauen, Kooperation und Solidarität und verwehrt sich dagegen „nativistische Identitätsangebote stereotyp als Xenophobie zu identifizieren“.

Hier kehren essenzialisierende Gemeinschaftsbezüge zurück, die mit Ansätzen posttraditionalen Gemeinsinns gerade überwunden werden sollten. Damit soll keineswegs unterstellt werden, dass jedes *Commons*-Projekt und jedes Format fürsorglicher Solidarität in gemeinschaftlichen Kontexten für solche Anschlüsse offen oder anfällig ist. Die zitierten Beispiele zeigen gleichwohl deutlich, dass posttraditionale Konzepte von Gemeinschaft nicht nur ob ihrer Anschlussfähigkeit an die liberale Regierung der Ressource „Gemeinschaft“ in Zeiten der Reproduktionskrise kritisch in den Blick zu nehmen sind, sondern dass zugleich das traditionale Erbe herausfordernd und lebendig ist. Nicht zuletzt werden traditionelle Implikationen der Homogenität und Identität von Gemeinschaften zusätzlich durch die Entwicklung digitaler Netzwerke und *Online-Communities* forciert: Die Möglichkeiten, sich in immer spezielleren *Communities* mit Ähnlichen zusammenzufinden, „*the ability to selectively create communities that conform the notions of uniformity and harmony*“⁸⁶ hat, wie Creed bereits vor mehr als zehn Jahren treffend diagnostizierte, das romantisierete Gemeinschaftsideal in der digitalen Welt zur Wirklichkeit oder zumindest zur Möglichkeit werden lassen.

6. Resümee und Ausblick

Das Verständnis der Konfiguration, die ich Community-Kapitalismus nenne, ist aus zwei Gründen unerlässlich, um das Erstarken der Rechten und die Adressierung der sozialen Frage im Gegenwartskapitalismus analysieren zu können: Zum einen trägt die Revitalisierung von Gemeinschaft und Gemeinsinn als soziale Ressource in Krisenzeiten ebenso wie die Popularität von Gemeinschaftsbezügen in Alternativökonomien dazu bei, Klassenverhältnisse und Interessengegensätze zu de-thematisieren und ein „Gemeinsames“ als Bezugsgröße politischen Handelns auszuweisen. Klassenverhältnisse lassen sich aber nicht wegdefinieren oder im vermeintlichen Kollektiv einer gemeinsamen Menschheit auflösen. Sie wirken

vielmehr, wie Klaus Dörre (2019, S. 239) in seinen Analysen zur demobilisierten Klassengesellschaft unterstreicht, auch dann, wenn sie nicht im Vordergrund öffentlicher Debatten stehen und das Alltagsbewusstsein prägen:

„In such constellations, social spaces open up in which classes emerge primarily as a result of negative classifications and attributions. To put it succinctly, if the everyday consciousness of dominated classes lacks orientations that could produce mobilized collectives, class relations operate in the mode of competition, as a result of a permanent separation into winners and losers, and by means of collective evaluations and devaluations.“

Nimmt man diese Beobachtung ernst, trägt die Ideologie des Community-Kapitalismus dazu bei, dass Klassenkonflikte de-thematisiert, deshalb potenziell umgelenkt und im Wettbewerbsmodus entlang anderer, häufig nationalistisch, rassistisch und/oder sexistisch konturierter Spaltungslinien ausgetragen werden.

Zum anderen finden rechte und rechtspopulistische Kräfte in der Revitalisierung von Gemeinschaft und Gemeinsinn einen Resonanzraum für die eigenen Ideen von Gesellschaft als organischer Gemeinschaft. Diese breite Anschlussfähigkeit des Gemeinschaftskonzepts, das in unterschiedlichen Diktionen von liberalen, linken und rechten Akteuren in Bezug genommen wird, könnte dazu beitragen, aus der Konfiguration des Community-Kapitalismus ein potenziell hegemoniefähiges Projekt werden zu lassen. Entscheidend ist hier zunächst, dass die Kombination aus Post-Erwerbs- und Gemeinschaftspolitik eine Antwort auf multiple Krisen der Gegenwart bietet, indem sie funktionale Lösungen für die Reproduktionskrise mit einer legitimationsstiftenden Antwort auf die Hegemoniekrise des Neoliberalismus verbindet:

„The emergence of a new political economy of social value extraction and cost reduction is accompanied by a moral economy that utilizes the emotional ladenness of voluntarism and community – an emotional ladenness that veils the precarious and exploitative implications of this solution.“⁸⁷

Ebenso wenig wie der neoliberale Kapitalismus jemals eine reine Marktökonomie war, operiert der Community-Kapitalismus ausschließlich im Modus von Gemeinsinn und Posterwerbspolitik. Der Topos beschreibt vielmehr eine neue Ära sozialer Reproduktion, in der unbezahlte Aktivitäten im sozialen Nahraum in neuer Weise organisiert, regiert und ausgebeutet werden, wobei sie sowohl sozialen Mehrwert als auch – entfremdungs-, staats- und marktkritisch konturiert – Legitimität stiften. Natürlich unterscheidet sich die liberale Regierung der Freiwilligengesellschaft grundlegend von gemeinschaftsförmigen linken Graswurzelprojekten und Alternativökonomien und diese wiederum von rechten Ideen einer organischen Gemeinschaft, basierend auf vermeintlich natürlicher Solidarität. Doch egal wie groß die Unterschiede sind, der heterogene Pol ‚Gemein-

schaft' mit seinen Implikationen der Unmittelbarkeit, Lokalität und (emotionalen) Bindung wird über die Abgrenzungsfolie der abstrakten Rationalität der bürokratisch verfassten, rechtlich regulierten Gesellschaft bestimmt. Welche Lesarten und Praktiken von Gemeinschaft sich gesellschaftlich durchsetzen, ist eine Frage der Kräfte- und Herrschaftsverhältnisse, wobei – wie dargelegt – das Erstarken rechter Kräfte eine Re-Traditionalisierung von Gemeinschaftsbezügen auch in linken und emanzipatorischen Kontexten befördert. Diese Entwicklung und das starke Erbe traditioneller Ideen von Gemeinschaft und Gemeinsinn⁸⁸ könnten dazu führen, dass selbst Akteure, die emanzipatorisch besetzte Aspekte von Gemeinschaften, wie z. B. Autonomie oder Selbstorganisation, stark machen, „*may unavoidably, if not intentionally, invoke the other qualities popularly associated with it*“⁸⁹ – zum Beispiel Homogenität, Harmonie oder kulturelle Ähnlichkeit.

Unter diesen Bedingungen ist es von zentraler Bedeutung, auf die Fallstricke und regressiven Implikationen einer Politik aufmerksam zu machen, die mit der Vorstellung eines – durchaus unterschiedlich bestimmten – Gemeinsamen als Bezugsgröße von Sozialpolitik operiert. So positiv Gemeinsamkeit und Gemeinschaft im Kleinen sein können und so unverzichtbar sie in alltäglichen Lebenskontexten sind, so wenig können sie Maßstab emanzipatorischer Politik sein. Im Rückgriff auf die Arbeiten Josef Piepers aus den frühen 1930er-Jahren weist Georg Vobruba (1986, S. 230) auf den konstitutiven Doppelcharakter von Gesellschaft hin, „zugleich die Hervorhebung des Nicht-Gemeinsamen“ zu sein *und* die anderen als gleichberechtigte Mitmenschen anzuerkennen. So sehr sich die Bezugsgröße der gemeinsamen Menschheit im Konvivialistischen Manifest von rechten Vorstellungen nationaler Gemeinschaften unterscheiden, so verkennen doch beide diesen Doppelcharakter und weisen in eine falsche Richtung: „Die Vorstellung einer nationalen Gemeinschaft ist ein Irrtum, die des planetarischen ‚Gemeinsamen‘ eine depolitisierte Utopie. Die soziale Welt besteht immer aus heterogenen, divergierenden, widerstrebenden Geschichten und Traditionen.“⁹⁰ Dort wo Einheit und Gemeinsamkeit zu existieren scheinen, überdecke – so Eribon (2017, S. 201) – „die beherrschende Tradition [...] all die anderen, die man deshalb zurückerobern muss“.

Zugleich zeichnet sich mit aller Deutlichkeit ab, dass der Bruder, wie Jacques Derrida es formuliert hat, aller Versuche der Enttraditionalisierung von Gemeinschaft zum Trotz beharrlich wiederkehrt. Um das hegemoniale Potenzial des Community-Kapitalismus zu verstehen, ist es deshalb erforderlich, die Sehnsucht vieler Menschen nach gemeinschaftsförmigen Lösungen ernst zu nehmen. Es ist zumeist eine Sehnsucht nach dem anderen des Kapitalismus, eine Sehnsucht nach weniger entfremdeten, unmittelbaren, solidarischen Verhältnissen. Historisch war die Ant-

wort auf diese Sehnsucht der Kommunismus – eine Antwort, die seit geraumer Zeit in alternativen Bewegungen, Initiativen und NGOs neu formuliert wird: „*they make this absence present but they give it another name, the name Community*“.⁹¹ Dort, wo diese Sehnsucht nicht ins Regressive, ins Rassistische, Sexistische und/oder Nationalistische umschlägt, gilt es, sie aufzugreifen und Antworten in einem anderen Register zu geben: im Register des sozialen Rechts, das Gleichheit bzw. Ähnlichkeit unter Bedingungen des Nicht-Gemeinsamen schafft, das soziale Sicherheit unabhängig von Charakter, sozialem Umfeld und Zugehörigkeit zu konkreten Gemeinschaften garantiert. Das bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass posttraditionale Gemeinschaften kein emanzipatorisches Potenzial bergen, dass sie nicht Quellen der Kritik und der Entwicklung alternativer Formen des Arbeitens und Lebens sein können. Solange aber die problematischen Implikationen der systematischen Indienstnahme unbezahlter Tätigkeiten jenseits von Markt, Staat und Familie negiert oder gar als Tätigkeitsgesellschaft der Zukunft entproblematisiert werden, solange gerade die Frage der Lohnarbeit in der Verklärung des Gemeinsamen und Unentgeltlichen ausgeblendet bleibt, solange dürfte dieser Samen nicht in emanzipatorischer Weise sprießen.

Anmerkungen

- ¹ Jörke, Selk (2017) 33ff; Metz, Seßlen (2018) 91.
- ² van Dyk (2018).
- ³ Bischoff, Steinitz (2016) 67f; Schmidt, Thatcher (2013).
- ⁴ Sitrin, Azzelini (2014).
- ⁵ Kundnani (2016).
- ⁶ Castel (2000) 336-400.
- ⁷ Z. B. Piketty (2014); Milanovic (2016).
- ⁸ Z. B. OECD (2015).
- ⁹ Albertazzi, Mueller (2017).
- ¹⁰ Z. B. Fraser (2017); Streeck (2017).
- ¹¹ Eribon (2016) 124.
- ¹² van Dyk, Graefe (2018). Siehe dazu auch ein Interview mit Didier Eribon (2018), indem er sich u. a. kritisch zur Rezeption seines Buchs in Deutschland äußert.
- ¹³ Jörke, Selk (2017) 33ff; Metz, Seßlen (2018) 91.
- ¹⁴ Jürgens (2010).
- ¹⁵ Ausführlich: van Dyk (2018, 2019).
- ¹⁶ Die Abschnitte 2 und 3 beruhen auf dem Beitrag van Dyk (2019).
- ¹⁷ Lessenich (2009) 136.
- ¹⁸ Lutz (1984).
- ¹⁹ Gornig et al. (2015).
- ²⁰ Brütt (2011).
- ²¹ Dammert (2009) 68.
- ²² Beck-Gernsheim (1991) 66.
- ²³ Z. B. Koppetsch, Speck (2015).
- ²⁴ Geißler (2002) 20.

- ²⁵ Klie (2014).
- ²⁶ Z. B. Federici (2012).
- ²⁷ Dowling, Harvie (2014) 882f.
- ²⁸ Kalmring (2013) 95.
- ²⁹ Etzioni (1997) 236ff.
- ³⁰ Vgl. im Überblick zu diesem Dreischritt: van Dyk, Haubner (2019). Dass nicht nur von politischer Seite ein strategisches Interesse an diesen Ressourcen besteht, zeigt dieses Statement des katholischen Wohlfahrtsverbandes Caritas: „Bürgerschaftliches Engagement ist systemrelevant, nachhaltig und erbringt eine ausgezeichnete Rendite - ohne Risiko. Eine klare Kaufempfehlung“ (<https://www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2010/artikel/gewinnbringer-ehrenamt>; letzter Zugriff: 13.3.2018).
- ³¹ Habermann (2016); Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung (2014).
- ³² Z. B. Loske (2015); Daum (2017).
- ³³ Les Convivalistes (2014).
- ³⁴ Ebd. 61.
- ³⁵ Adloff (2014) 25f.
- ³⁶ Les Convivalistes (2014) 57.
- ³⁷ Acksel et al. (2015) 134.
- ³⁸ Caffentzis, Federici (2014) 102.
- ³⁹ Acksel et al. (2015) 140.
- ⁴⁰ Federici (2013) 50f.
- ⁴¹ Z. B. Caffentzis, Federici (2014).
- ⁴² Vgl. kritisch: van Dyk (2016) 252-255.
- ⁴³ Commons-Perspektiven sind sehr heterogen und reichen von eher staatstragenden Ansätzen als bürgerschaftlichem Engagement in einer Mixed-Economy – so im Ansatz der Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom (2009) – bis hin zu post-kapitalistischen Perspektiven, z. B. Caffentzis, Federici (2014).
- ⁴⁴ Z. B. Kratzwald (2014) 81. Die Kritik an sozialstaatlichen Strukturen und Akteuren ist nicht neu: Doch während sie in den sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre einem Geist der gesellschaftlichen Selbstbemächtigung gegenüber dem (stark auftretenden und regulierenden) Staat entsprang und auf mehr Partizipation und Autonomie zielte (Doering-Manteuffel, Raphael [2012] 50f), verkennen aktuelle Kritiken häufig, dass an die Stelle des fordistischen, regulierend-paternalistischen Staates längst ein flexibel aktivierender Staat getreten ist – womit sich auch die Bedingungen der Kritik verändert haben.
- ⁴⁵ Winker (2015).
- ⁴⁶ Z. B. Emejulu, Scanlon (2016).
- ⁴⁷ Daum (2017) 108ff.
- ⁴⁸ Joseph (2002).
- ⁴⁹ Creed (2006) 4f.
- ⁵⁰ Zahlreich sind auch die Analysen, die das Wechselspiel von Rationalisierung und Re-Traditionalisierung im Prozess der kapitalistischen Moderne analysiert haben: Mit kritischem Impetus gegen die Versuche, „in der Generalisierung von Gemeinschaft die Lösung aller Probleme der Gesellschaft“ (Vobruba [1986] 229) zu sehen, schrieb Helmuth Plessner im Jahr 1924: „Maßlose Erkaltung der menschlichen Beziehungen durch maschinelle, geschäftliche, politische Abstraktionen bedingt maßlosen Gegenwurf im Ideal einer glühenden, in allen ihren Trägern überquellenden Gemeinschaft“ (Plessner [1924] [1981] 28).
- ⁵¹ Amid (2012) 6f.
- ⁵² Agamben (1993) 19.
- ⁵³ Hitzler et al. (2008) 10.

- ⁵⁴ Derrida (2002) 399.
- ⁵⁵ Rose (2000) 105.
- ⁵⁶ Ebd.
- ⁵⁷ Vobruba (1986) 226.
- ⁵⁸ Lessenich (2012) 25ff.
- ⁵⁹ Ewald (1989) 387. Mit ähnlicher Stoßrichtung stellt Roberto Esposito (2010) in seinem Buch „Ursprung und Wege der Gemeinschaft“ der *Communitas* die *Immunitas* als Entlastung von der zu gebenden Gabe entgegen, wobei er den Vertrag als zentrale Institution des „immunitären Projekts der Moderne (ebd. 25) identifiziert. Vertrag und Recht haben demzufolge das Potenzial, die „vergifteten Früchte“ (ebd. 27) der Gabe zu neutralisieren.
- ⁶⁰ Adorno (2015) 92; Hervorhebung SvD.
- ⁶¹ Dowling, van Dyk (2018); van Dyk, Haubner (2019).
- ⁶² Anderson (1983).
- ⁶³ Charim (2018) 21.
- ⁶⁴ Spitta (2010).
- ⁶⁵ Müller (2016) 42ff; Priester (2012) 12f.
- ⁶⁶ Dörre (2019) 236.
- ⁶⁷ Priester (2012) 11.
- ⁶⁸ Dubiel (1986) 36.
- ⁶⁹ Dörre (2019) 236.
- ⁷⁰ „Im Zuge der Globalisierung hat sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine neue urbane Elite gebildet, man könnte auch von einer neuen Klasse sprechen. [...] In einer abgehobenen Parallelgesellschaft fühlen sie sich als Weltbürger. Der Regen, der in ihren Heimatländern fällt, macht sie nicht nass“ (Gauland [2018] 8).
- ⁷¹ Priester (2012) 49.
- ⁷² Jörke, Selk (2017) 22.
- ⁷³ Merkel (2017) 54.
- ⁷⁴ Hitzler et al. (2008) 18.
- ⁷⁵ Amadeu-Antonio-Stiftung (2014) 5. Die Stärke und Präsenz rechter Akteure und rassistischer Positionen strukturieren zudem konkrete solidarischen Praktiken vor Ort. Gerade im ländlichen Raum in den neuen Bundesländern ist, wie verschiedene Untersuchungen zeigen, heimliches – und damit eingeschränktes – Engagement in der Flüchtlingshilfe keine Seltenheit, fürchten die Engagierten doch Kritik und Anfeindungen der flüchtlingsfeindlich eingestellten KollegInnen und NachbarInnen (Dowling, van Dyk [2018]).
- ⁷⁶ Metz, Seßlen (2018) 227.
- ⁷⁷ Roth (2003).
- ⁷⁸ Stegemann (2017) 92. Alexander Gauland, Parteichef der „Alternative für Deutschland“, lässt ebenfalls keinen Zweifel daran, dass der Hauptfeind im liberalen Feld steht und von rechts wie links herauszufordern ist: „Es war eine Konstellation, die nach einer Fundamentalopposition verlangte. Diese Opposition konnte von rechts wie links kommen, aber sie musste notwendig populistisch sein. Populistisch heißt: gegen das Establishment. Frau Wagenknecht hat das begriffen“ (Gauland [2018] 8).
- ⁷⁹ Michéa (2014) 109.
- ⁸⁰ Ebd. 98.
- ⁸¹ Ebd. 141.
- ⁸² Hanloser (2017) 112.
- ⁸³ Derrida (2002) 399.
- ⁸⁴ Žižek (2009) 23.
- ⁸⁵ Jörke, Nachtwey (2017).

- ⁸⁶ Creed (2006) 46.
- ⁸⁷ van Dyk (2018) 539.
- ⁸⁸ Derrida (2002) 399; Creed (2006).
- ⁸⁹ Creed (2006) 5.
- ⁹⁰ Eribon (2017) 201.
- ⁹¹ Joseph (2002) 73.

Literatur

- Acksel, Britta; et al., Commoning, in: Adloff, Frank; Heins, Volker M. (Hrsg.), Konvivialismus. Eine Debatte (Bielefeld 2015) 133-145.
- Adloff, Frank, Einleitung, in: Les Convivialistes: Das konvivialistische Manifest (Bielefeld 2014) 7-31.
- Adorno, Theodor W., Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969 (Berlin 2015).
- Agamben, Giorgio, The Coming Community (Minneapolis 1993).
- Albertazzi, Daniele; Mueller, Sean, Populism and liberal democracy: populists in government in Austria, Italy, Poland and Switzerland, in: Mudde, Cas (Hrsg.), The populist right. A reader (London/New York 2017) 508-526.
- Amadeu-Antonio-Stiftung, Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien (Berlin 2014).
- Amit, Vered, Community and Disjuncture, in: Amit, Vered; Rapport, Nigel (Hrsg.), Community, Cosmopolitanism and the Problem of Human Commonality (London 2012) 3-73.
- Anderson, Benedict, Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism (London 1983).
- Bauman, Zygmunt, Community: Seeking Safety in an Insecure World (Cambridge 2001).
- Beck-Gernsheim, Elisabeth, Frauen – die heimliche Ressource der Sozialpolitik, in: WSI-Mitteilungen 2 (1991) 58-66.
- Bischoff, Joachim; Steinitz, K., Götterdämmerung des Kapitalismus? (Hamburg 2016).
- Brütt, Christian, Workfare als Mindestsicherung. Von der Sozialhilfe zu Hartz IV – deutsche Sozialpolitik von 1962 bis 2005 (Bielefeld 2011).
- Caffentzis, Georg; Federici, Silvia, Commons against and beyond capitalism, in: Community Development Journal 49 (2014) 92-105.
- Castel, Robert, Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, in: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung (Frankfurt/New York 2009) 21-34.
- Charim, Isolde, Ich und die anderen. Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert (Wien 2018).
- Creed, Gerald W., Reconsidering Community, in: Creed, Gerald (Hrsg.), The Seductions of Community: Emancipations, Oppressions, Quandaries (Santa Fe 2006) 3-22.
- Dammert, Matthias, Angehörige im Visier der Pflegepolitik (Wiesbaden 2009).
- Daum, Timo, Das Kapital sind wir. Zur Kritik der digitalen Ökonomie (Hamburg 2017).
- Derrida, Jacques, Politik der Freundschaft (Frankfurt/Main 2002).
- Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte (Göttingen 2012).
- Dörre, Klaus, "Take Back Control! Marx, Polanyi and Right-Wing Populist Revolt, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 44 (2019) 225-243.
- della Porta, Donatella, Progressive und regressive Politik im späten Neoliberalismus, in: Geiselberger, Heiner (Hrsg.), Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit (Berlin 2017) 57-76.
- Dowling, Emma; van Dyk, Silke, „Über Community-Kapitalismus, helfende Hände und

- einen Arbeitsmarkt unterhalb des Mindestlohns“ – Emma Dowling und Silke van Dyk im Gespräch mit Friederike Bahl; Online-Beitrag auf: Soziopolis. Gesellschaft beobachten (14.11.2018); <https://soziopolis.de/beobachten/wirtschaft/artikel/interview/>.
- Dowling, Emma; Harvie, David. Harnessing the Social: State, Crisis and (Big) Society, in: *Sociology* 48 (2014) 869-886.
- Dubiel, Helmut, Das Gespenst des Populismus, in: Dubiel, Helmut (Hrsg.), *Populismus und Aufklärung* (Frankfurt/Main 1986) 33-50.
- van Dyk, Silke, Vorwärts in die Vergangenheit: Postwachstum als Gemeinschaftsprojekt?, in: *AK Postwachstum* (Hrsg.), *Wachstum – Krise und Kritik* (Frankfurt/New York 2016) 245-268.
- van Dyk, Silke, Post-wage Politics and the Rise of Community Capitalism, in: *Work, Employment and Society* 32/3 (2018) 528-545.
- van Dyk, Silke, Community-Kapitalismus. Die Rekonfiguration von Arbeit und Sorge im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats, in: *Berliner Journal für Soziologie* 29/3-4 (2019) [im Erscheinen].
- van Dyk, Silke; Stefanie Graefe, Identitätspolitik oder Klassenkampf? Über eine falsche Alternative in Zeiten des Rechtspopulismus, in: Becker, Karina; Dörre, Klaus; Reif-Spirek, Peter (Hrsg.), *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte* (Frankfurt/New York 2018) 337-354.
- van Dyk, Silke; Haubner, Tine, Gemeinschaft als Ressource? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats, in: Baumgartner Doris; Fux, Beat (Hrsg.), *Sozialstaat unter Zugzwang* (Wiesbaden 2019) [im Erscheinen].
- Emejulu, Akwugo; Scanlon, Edward, Community development and the politics for social welfare, in: *Community Development Journal* 51 (2016) 42-59.
- Eribon, Didier, Rückkehr nach Reims (Berlin 2016).
- Eribon, Didier, Das Problem ist sicher nicht der Feminismus, in: *Republik* (19.2.2018); <https://www.republik.ch/2018/02/19/interview-eribon-teil1>.
- Esposito, Roberto, *Communitas: The Origin and Destiny of Community* (Stanford 2010).
- Etzioni, Amitai, *Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie* (Frankfurt/Main 1997).
- Ewald, Francois, Die Versicherungs-Gesellschaft, in: *Kritische Justiz* 22 (1989) 385-393.
- Federici, Silvia, *Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution* (Münster 2012).
- Federici, Silvia, Ursprüngliche Akkumulation, Globalisierung und Reproduktion, in: Backhaus, Maria; Gerlach, Olaf; Kalmring, Stefan; Nowak, Andreas (Hrsg.), *Die globale Einhegung* (Münster 2013) 40-52.
- Fraser, Nancy, *Against Progressive Neoliberalism, A New Progressive Populism* (2017); https://www.dissentmagazine.org/online_articles/nancy-fraser-against-progressive-neoliberalism-progressive-populism (zugegriffen: 10. Juli 2017).
- Gauland, Alexander, Warum muss es Populismus sein?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (6. Oktober 2018).
- Geissler, Birgit, Die Dienstleistungslücke im Haushalt, in: Gather, Claudia; Geissler, Birgit; Rerrich, Maria S. (Hrsg.), *Weltmarkt Privathaushalt* (Münster 2002) 30-49.
- Gornig, Martin; Michelsen, Claus; van Deuverden, Kristina, Kommunale Infrastruktur fährt auf Verschleiß, in: *DIW Wochenbericht* 43 (2015) 1023-1030.
- Habermann, Friederike, *Ecomony. UmCare zum Miteinander* (Sulzbach 2016).
- Hanloser, Gerhard, Französische Erklärungsversuche für die Schwäche der Linken. Eine Auseinandersetzung mit Luc Boltanski, Ève Chiapello, Didier Eribon und Jean-Claude Michéa, in: *Sozial. Geschichte Online* 21 (2017) 91-114.
- Haubner, Tine, *Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland* (Frankfurt/Main 2017).

- Helfrich, Silke; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter (München 2014).
- Hitzler, Ronald; Honer, Anne; Pfadenhauer, Michaela, Zur Einleitung: Ärgerliche Gesellungsgebilde?, in: Hitzler, Ronald; Honer, Anne; Pfadenhauer, Michaela (Hrsg.), Post-traditionale Gemeinschaften (Wiesbaden 2008) 9-31.
- Jann, Olaf, „Heartland“ oder: Die Kritik der infamen Bürger, in: Jörke, Dirk; Nachtwey, Oliver (Hrsg.), Das Volk gegen die (liberale) Demokratie (Baden-Baden 2017) 279-302.
- Jörke, Dirk; Nachtwey, Oliver, Das Volk gegen die (liberale) Demokratie (Baden-Baden 2017).
- Jörke, Dirk; Selk, Veith, Theorien des Populismus zur Einführung (Hamburg 2017).
- Joseph, Miranda, Against the Romance of Community (Minneapolis/London 2012).
- Jürgens, Kerstin, Deutschland in der Reproduktionskrise, in: Leviathan 38 (2010) 559-587.
- Kalming, Stefan, Die Krise als Labor gesellschaftlicher Entwicklungen, in: Maria Backhaus, Maria; Gerlach, Olaf; Kalming, Stefan; Nowak, Andreas (Hrsg.), Die globale Einhegung (Münster 2010) 72-111.
- Klie, Thomas, Wen kümmern die Alten? Auf dem Weg in eine sorgende Gesellschaft (München 2014).
- Koppetsch, Cornelia; Speck, Sarah, Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist (Berlin 2015).
- Kratzwald, Brigitte, Commons und das Öffentliche, in: Helfrich, Silke; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat (Bielefeld 2014) 79-84.
- Kundnani, Hans, Der deutsche Neoliberalismus und die Krise Europas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 61/9 (2016) 75-84.
- Les Convivialistes, Das konvivialistische Manifest. Für eine neue Kunst des Zusammenlebens (Bielefeld 2014).
- Lessenich, Stephan, Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft, in: Dörre, Klaus; Lessenich, Stephan; Rosa, Hartmut, Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte (Frankfurt/Main 2009) 126-177.
- Lessenich, Stephan, Theorien des Sozialstaats (Hamburg 2012).
- Lilla, Mark, The once and the future liberal. After identity politics (New York 2017).
- Loske, Reinhard, Sharing Economy: Gutes Teile, schlechtes Teilen?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 60 (2015) 89-98.
- Lutz, Burkart, Der kurze Traum immerwährender Prosperität (Frankfurt/Main 1984).
- Merkel, Wolfgang, Die populistische Revolte, in: Welt. Kultur. Politik 157/II (2017) 53-56.
- Metz, Markus; Seeßlen, Georg, Der Rechtsruck. Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels (Berlin 2018).
- Michéa, Jean-Claude, Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft (Berlin 2014).
- Milanovic, Branko, Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht (Berlin 2016).
- Müller, Jan-Werner, Was ist Populismus? Ein Essay (Berlin 2016).
- OECD, In it together. Why less inequality benefits all (Paris 2015).
- Ostrom, Elinor, Gemeingütermanagement – eine Perspektive für bürgerschaftliches Engagement (München 2009).
- Piketty, Thomas, Das Kapital im 21. Jahrhundert (München 2014).
- Priester, Karin, Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon (Frankfurt/New York 2012).
- Rose, Niklas, Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens, in: Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (Hrsg.), Gouvernementalität der Gegenwart (Frankfurt/Main 2000) 72-109.

- Roth, Roland, Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 2 (2003) 59.
- Schmidt, Vivian A.; Thatcher, Marc (Hrsg.), *Resilient Liberalism in Europe's Political Economy* (Cambridge 2013).
- Sitrin, Marina; Azzellini, Dario, *They can't represent us. Reinventing Democracy from Greece to Occupy* (London/New York 2014).
- Spitta, Julia, *Gemeinschaft, Multitude oder das Kommune*(2010); online: .
- Stegemann, Bernd, Der liberale Populismus und seine Feinde. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62/4 (2017) 81-94.
- Streeck, Wolfgang, Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus, in: Geiselberger, Heiner (Hrsg.), *Die große Regression – eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit* (Berlin 2017) 253-275.
- Taggart, Paul, *Populism* (Buckingham/Philadelphia 2000).
- Vobruba, Georg, Die populistische Anrufung der Gemeinschaft, in: Dubiel, Helmut (Hrsg.), *Populismus und Aufklärung* (Frankfurt/Main 1986) 221-247.
- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate, *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind* (Berlin 2012).
- Winker, Gabriele, *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft* (Bielefeld 2015).
- Žižek, Slavoj, *Ein Plädoyer für die Intoleranz* (Wien 2009).
- Žižek, Slavoj, *Der neue Klassenkampf* (Berlin 2016).

Zusammenfassung

In den aktuellen Debatten um die Ursachen für die Erfolge rechter Kräfte in Europa und Nordamerika spielt die soziale Frage eine herausragende Rolle. Kontrovers gestritten wird dabei vor allem über die Frage, ob die Hinwendung zu rechten Parteien als eine Form des Sozialprotests der unteren Schichten bzw. der im Neoliberalismus verunsicherten Bevölkerungsgruppen zu begreifen ist. Umstritten ist ferner, ob, wo und in welchen Feldern die Wirtschafts- und Sozialpolitik rechtspopulistischer Akteure kompatibel mit neoliberalen Prämissen ist. In diesen Debatten bleibt jedoch ein entscheidender Sachverhalt zumeist außer Acht, nämlich dass der Neoliberalismus selbst in Bewegung geraten ist: Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und den darauf folgenden politischen, ökonomischen und sozialen Erschütterungen, hat nicht nur die Hegemonie des Neoliberalismus Risse bekommen; in Zeiten radikaler Austerität und tiefgreifenden wohlfahrtsstaatlichen, demografischen und geschlechterpolitischen Wandels ist zudem eine Krise der sozialen Reproduktion zu verzeichnen, die eine Kritik des radikalen Individualismus befördert und die Suche nach gemeinschaftsförmigen Krisenlösungen vorantreibt. Es zeichnet sich die Entstehung einer Konfiguration ab, die ich Community-Kapitalismus nenne und deren Analyse – so die These dieses Beitrags – unverzichtbar ist, um die soziale Frage und ihre Adressierung in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus zu verstehen.

Abstract

In current debates on the causes of the success of right-wing parties in Europe and North America, the social question plays a prominent role. The most controversial issue is whether turning to right-wing parties should be seen as a form of social protest on the part of the lower classes and population groups insecure under neoliberalism. It is also disputed whether, where and in which fields the economic and social policies of right-wing populist actors are compatible with neoliberal premises. In these debates, however, one key issue

is usually ignored, namely the fact that neoliberalism itself has set in motion: Since the financial and economic crisis of 2008 and the subsequent political, economic and social shocks, it is not only the hegemony of neoliberalism that has cracked; in times of radical austerity and far-reaching welfare state, demographic and gender-political change, there is also a crisis of social reproduction that promotes a critique of radical individualism and drives forward the search for community-based crisis solutions. The emergence of a configuration that I call community capitalism is looming. The present article argues that its analysis is indispensable for the understanding of both the social question and its addressing in times of increasing right-wing populism.

Schlüsselbegriffe: Community-Kapitalismus, Wohlfahrtsstaat, Soziale Frage, Gemeinschaft, Alternativökonomien, Rechtspopulismus.

JEL codes: H40, H55, I10, P10, P16.

ÖGB VERLAG

www.oegbverlag.



Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?

Michael Mesch (Hrsg.), Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien und Geschäftsführender Redakteur der Quartalszeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“.

Mit Beiträgen von

Günther Chaloupek, Johannes Feichtinger, Alois Guger.

Die Ökonomie der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit Band 2

112 Seiten / ÖGB-Verlag / 2016

ISBN 978-3-99046-227-0 / EUR 19,90

Von jenen österreichischen ÖkonomInnen, die in den 1930er-Jahren Österreich verlassen mussten, machten sich einige im britischen oder amerikanischen Exil mit den neuen ökonomischen Ideen von John Maynard Keynes und dessen Umfeld vertraut. Nach dem Krieg sorgten Zurückgekehrte aus diesem Personenkreis wie Josef Steindl, Kurt Rothschild, Stefan Wirlandner, Philipp Rieger, Eduard März, Maria Szécsi, Karl Forchheimer, Theodor Prager und andere dafür, dass diese theoretischen Ansätze und wirtschaftspolitischen Konzepte in Österreich zur Verbreitung und praktischen Anwendung gelangten. Aufnahme fanden die KeynesianerInnen vor allem am WIFO und in der Arbeiterkammer Wien. Die von Rothschild, Steindl und später auch von Kazimierz Łaski am WIFO entwickelten theoretischen Ansätze bildeten die konzeptionelle Grundlage für den wirtschaftspolitisch erfolgreichen Austro-Keynesianismus. Auf Initiative von Wirlandner erfolgte in der Wiener AK 1957 die (Neu-)Gründung der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung. Eduard März war ihr erster Abteilungsleiter. Diese Abteilung profilierte sich in der Folge als Denkfabrik keynesianischer Wirtschafts- und Wachstumspolitik. In den 1950er- und 1960er-Jahren gelang es diesen keynesianischen ÖkonomInnen, führende FunktionärInnen des ÖGB, der Wiener Arbeiterkammer und der SPÖ von der Eignung ihrer wirtschaftspolitischen Konzepte zu überzeugen.

BESTELLUNG IM THEMENSHP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21



Josef Steindls Manuskripte zur Wirtschaftspolitik der Nachkriegsjahre*

Alois Guger**

Josef Steindl ist in der internationalen Fachwelt durch seine Stagnationstheorie und seine Beiträge zur Kalecki'schen und postkeynesianischen Ökonomie sowie durch seine stochastischen Modelle zur Analyse der Größenstruktur der Unternehmen und die Verteilung der persönlichen Einkommen sehr bekannt. In Österreich ist Josef Steindl als Wirtschaftsforscher (WIFO) mit anspruchsvollen theoretischen und empirischen Arbeiten zum Arbeitsangebot, zu Fragen der Arbeitsproduktivität, zur Bildungsplanung, zur Lohn-, Verteilungs- und Technologiepolitik sowie zum Haushaltssparen und Fragen der makroökonomischen Steuerung der Wirtschaft hervorgetreten.

Seine Freunde und Kollegen erlebten Josef Steindl als anregenden, analytischen Denker und einfühlsamen Gesprächspartner – immer bescheiden und zurückhaltend. In seinem Nachlass¹ finden sich aber – unpubliziert oder in bisher unentdeckten Publikationen veröffentlicht – sehr engagierte, politische Kommentare zum wirtschaftspolitischen Tagesgeschehen in Österreich Anfang der 1950er-Jahre.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“, in der Josef Steindl zwischen 1979 und 1987 mehrfach publizierte und in der im Vorjahr mit zwei Beiträgen (Hein 2018, King 2018) die Aktualität seines theoretischen Werkes ausführlich gewürdigt wurde, veröffentlicht hier eine Auswahl seiner bisher unbekannten Stellungnahmen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen der Nachkriegswirtschaft.

Dieser Beitrag soll die hier abgedruckten, tagespolitischen Kommentare in Steindls wissenschaftlichem Gesamtwerk sowie im wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Umfeld der Nachkriegsjahre verorten. Für die Einschätzung der gefundenen wirtschaftspolitischen Kommentare im Lichte der Steindl'schen Vision vom kapitalistischen Wirtschaftsprozess beziehe ich mich auf die Hauptthese seines Werkes, die Stagnationstheorie.

* Das Publikationsorgan, in dem die Papiere aus Josef Steindls Nachlass veröffentlicht wurden, ist unbekannt.

** Für kritische Durchsicht und wertvolle Anregungen möchte ich Michael Mesch und Ewald Walterskirchen danken.

Exil in Oxford – prägende Jahre

Nach dem Studium in der Tradition der Österreichischen Schule der Nationalökonomie wurde Josef Steindl am Institut für Konjunkturforschung sehr bald – noch im Erscheinungsjahr 1936 – mit Keynes' „General Theory“ bekannt.² Angesichts der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit griff er die Abhilfe versprechenden, neuen Theorien von John M. Keynes rasch auf und erwies sich bereits 1937 in einem Artikel über Harrods Buch „The Trade Cycle“ (1936) – noch von Wien aus – als gut informierter Teilnehmer an den Diskussionen innerhalb des Keynes'schen Paradigmas.

Im Gefolge des Anschlusses an Hitler-Deutschland verlor Steindl seine Anstellung am Konjunkturforschungsinstitut und ging nach Oxford, wo er am Balliol College von 1938 bis 1941 als Forschungsassistent Aufnahme fand. 1941 wechselte er an das Oxford University Institute of Statistics und forschte dort bis zu seiner Rückkehr nach Österreich im Jahr 1950. In diesem Institut traf er auf Michal Kalecki, der unbeeinflusst von der traditionellen Ökonomie, aus dem Marx'schen Gedankengebäude kommend, bereits 1933 (allerdings auf Polnisch) die Keynes'sche Revolution vorweggenommen hatte.³ Steindl arbeitete bis 1944 mit Michal Kalecki eng zusammen und wurde von dieser Zusammenarbeit in seiner wissenschaftlichen Entwicklung entscheidend geprägt. Er bezeichnete diese Zeit an der Seite Kaleckis als seine „*formative years*“.⁴

Josef Steindls Stagnationstheorie

Josef Steindls Hauptinteresse galt den säkularen Entwicklungsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise wurde die Krisenanfälligkeit des Systems zu seinem zentralen Forschungsprogramm. In den 1940er-Jahren analysierte er ausführlich theoretisch und empirisch die bereits von Karl Marx behaupteten Monopolisierungstendenzen im Kapitalismus. In seinem ersten Buch „Small and Big Business“ (1945) kam er zum Schluss, dass neben den bekannten Kostenvorteilen der Massenproduktion die hohen Kosten für Forschung und Entwicklung sowie die günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten für Großbetriebe die Ursachen dieses Prozesses der Monopolisierung und Oligopolisierung bilden.

Auf der Grundlage dieser mikroökonomischen Überlegungen entwickelte Steindl in seinem Hauptwerk „Maturity and Stagnation in American Capitalism“ (1952) seine endogene⁵ Theorie der säkularen Stagnation und erklärte damit den Rückgang der Wachstumsraten der US-Wirtschaft vom späten 19. Jahrhundert bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs.

In Steindls Theorie kommt dem Wettbewerb eine entscheidende Rolle zu: Auf Konkurrenzmärkten, auf denen kleine Firmen anbieten, sind die Gewinnmargen und Preise flexibel, bei sinkender Nachfrage werden Überkapazitäten rasch abgebaut und kostensenkende technische Neuerungen an die Konsumenten weitergegeben. Anders auf den Oligopolmärkten der großen Unternehmen, die aufgrund von Eintrittsbarrieren höhere Gewinnmargen durchsetzen können: Hier konzentriert sich der Wettbewerb auf Marketingstrategien und Produktdifferenzierung, die Preise werden strategisch mit Blick auf aktuelle und potenzielle Konkurrenten gesetzt. Diese Oligopolanbieter reagieren auf Nachfrageeinbußen eher mit geringerer Kapazitätsauslastung als mit Preissenkungen bzw. setzen effizientere Produktionsmethoden eher in höheren Gewinnmargen um, als niedrigere Kosten an die Konsumenten weiterzugeben. Diese Entwicklung wird durch das stärkere Sicherheitsbedürfnis der großen Konzerne, die weniger risikofreudig agieren, mehr interne Ersparnisse anhäufen, größere Reservekapazitäten halten und die Verschuldungsquote senken, noch verstärkt.

Aus diesem mikroökonomischen Prozess der zunehmenden Oligopolisierung folgen makroökonomisch Instabilität und Stagnationstendenzen: Auf der Unternehmensebene wird durch Überschusskapazitäten die Investitionsbereitschaft gehemmt, und die Gewinne werden „*to those industries which are reluctant to use them*“,⁶ also zu den oligopolistischen Konzernen, umverteilt. Gesamtwirtschaftlich steigt die Gewinnquote, es kommt zu einer Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen, also von Einkommen mit niedriger zu solchen mit hoher Sparneigung, womit die Konsumnachfrage und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zusätzlich gedämpft werden.

Vollbeschäftigung als Ziel der Wirtschaftspolitik

Die von Keynes und Kalecki aufgezeigte Instabilität des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses erhält also im Steindl'schen Modell durch die zunehmende Oligopolisierung der Märkte einen endogenen deflationären *Bias*. Unabhängig von exogenen Nachfrageausfällen wird dadurch der Akkumulationsprozess gedämpft, sodass nachfragegestützte wirtschaftspolitische Eingriffe erforderlich werden.

Die Keynes-Kalecki-Revolution im ökonomischen Denken und die Erfahrungen der Kriegswirtschaft hatten ihre wirtschaftspolitischen Auswirkungen. Arbeitslosigkeit wurde bald nicht mehr als Schicksal, sondern als Aufgabe der Wirtschaftspolitik gesehen. Erstens wurden rasch Pläne für steuernde Eingriffe in die Kriegswirtschaft vorgelegt und die notwendigen Instrumente für deren Umsetzung ausgearbeitet.⁷ Zweitens wurden noch

während des Krieges mit William Beveridges „Full Employment in a Free Society“ (1944) und „The Economics of Full Employment“ (1944) des Oxford Institute of Statistics konkrete Pläne für die wirtschaftspolitische Steuerung nach dem Krieg entwickelt.⁸ Schließlich wurde drittens Vollbeschäftigung im angelsächsischen Raum in einer Reihe von Weißbüchern in den wirtschaftspolitischen Zielkatalog aufgenommen: 1944 in Großbritannien mit dem „White Paper on Employment Policy“, 1945 in Kanada mit dem „White Paper on Employment and Income“ und in Australien mit dem „White Paper on Full Employment“. 1946 folgten die USA mit dem „Employment Act“.

Josef Steindl arbeitete in dieser Zeit am Oxford University Institute of Statistics an seinem Forschungsprogramm über die Monopolisierungs- und Stagnationstendenzen im Kapitalismus. Daneben veröffentlichte er im Rahmen der laufenden Institutstätigkeit im Bulletin des Oxford University Institute of Statistics⁹ nicht nur zahlreiche empirische Studien zu Lohn-, Inflations-, Beschäftigungs- und Finanzierungsfragen der Kriegswirtschaft für Großbritannien, Australien, Kanada, die USA und Indien, sondern publizierte noch vor seiner Rückkehr auch über Österreich (Steindl 1946a, 1947a) und in Österreich (Steindl 1946b, 1946c, 1947b).

Unter dem Titel „Volle Beschäftigung als Grundlage der Wirtschaftspolitik“ trat er im Dezemberheft 1946 der Zeitschrift „Der österreichische Volkswirt“ für eine aktive Beschäftigungspolitik in Österreich ein. Auf wenigen Seiten legt er in einer noch immer lesenswerten Analyse das Prinzip der effektiven Nachfrage und den Multiplikatorprozess anhand der Kalecki'schen volkswirtschaftlichen Bilanzen dar. Er geht unter Hinweis auf die Erfahrungen Großbritanniens ausführlich auf die Möglichkeiten der Geldpolitik – einer Politik des billigen Geldes – und auf die notwendige Kapitalausstattung sowie die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Vorprodukten in der Mangelwirtschaft der Nachkriegszeit ein. Bei der Nachfragepolitik des Staates geht es ihm nicht nur um das Niveau der wirksamen Nachfrage, sondern auch um deren Zusammensetzung. Er spricht in diesem Zusammenhang¹⁰ von einem „Prinzip der sozialen Prioritäten“. Demnach sollen brachliegende Produktionsmittel zuerst dort eingesetzt werden, wo „die größtmögliche Verbesserung der sozialen Lage – des Gesundheitszustandes und der Erziehung – der breiten Massen des Volkes erzielt werden kann“, wobei er Investitionen in den Produktionsapparat explizit auch hohe soziale Priorität zuschreibt, da sie die Produktivität erhöhen und längerfristig den Lebensstandard der Massen verbessern.¹¹ Angesichts des großen makroökonomischen Ungleichgewichts in der Nachkriegswirtschaft unterscheidet Steindl streng zwischen potenzieller (rückgestauter) Nachfrage an Wohnhäusern, Konsum- und Kapitalgütern sowie wirksamer, kaufkräftiger Nachfrage und betont die Notwendigkeit einer gesamtwirtschaftlichen Planung. Nur durch eine Lenkung der Nach-

frage und des Angebots, der Produktionsmittel, der Kapitalbildung und des Außenhandels könnten Inflation und Arbeitslosigkeit vermieden werden. Die Alternative wäre eine Anpassung der Nachfrage an das knappe Güterangebot durch eine orthodoxe Finanzpolitik, was eine Einschränkung des Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungsniveaus bedeutete.

Ist der Kapitalismus bereit, Arbeitslosigkeit zu verhindern?

Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf dem Kontinent die Volkswirtschaften mit dem Wiederaufbau und enormer Mangelwirtschaft zu kämpfen hatten, war in den angelsächsischen Ländern konstruktivistischer Optimismus weit verbreitet. Unter der Federführung von John Hicks und Paul Samuelson wurde die Keynes'sche Lehre rasch als „Neoklassische Synthese“ in die Orthodoxie integriert und Vollbeschäftigung zu einem rein technischen Problem der finanz- und geldpolitischen Steuerung des Wirtschaftsprozesses erklärt.

Weniger zuversichtlich waren Kalecki und Keynes¹² sowie deren engste Umgebung, wie Josef Steindl in Oxford und Richard Kahn und Joan Robinson in Cambridge. Sie beschränkten ihre Analyse nicht auf die rein technischen Probleme der makroökonomischen Steuerung eines von individuellen Produzenten und Konsumenten getragenen Wirtschaftsgeschehens – die Vision der orthodoxen Ökonomie –, sondern nahmen auch eine soziologische Perspektive ein und berücksichtigten die unterschiedliche Stellung der Menschen im Produktionsprozess als Rentiers, Unternehmer oder Lohnabhängige. Damit beziehen sie die Verteilungsfrage, die Machtverhältnisse und die Politik in die Analyse mit ein – die Produktionsverhältnisse, um mit Marx zu sprechen.

Im Jänner 1943 schrieb Joan Robinson (1943, S. 84f) in „The Times“:

„The first function of unemployment ... is that it maintains the authority of master over man ... the absence of fear of unemployment might ... have a disruptive effect upon factory discipline ... Unemployment in a private-enterprise economy has not only the function to preserving discipline in industry, but also indirectly of preserving the value of money.“

Im selben Jahr schlug Michal Kalecki (1943) mit seinem viel beachteten Aufsatz „Political Aspects of Full Employment“ in dieselbe Kerbe: Er sah im demokratischen Kapitalismus den Erhalt der Vollbeschäftigung am Widerstand der Unternehmerschaft scheitern und erwartete für die Friedenszeit nach dem Krieg einen politischen Konjunkturzyklus.

Auch Josef Steindl (1946b, S. 3) sprach in seinem Artikel zur Vollbeschäftigungspolitik im „Österreichischen Volkswirt“ den Widerstand gegenüber dieser Politik explizit an:

„Sobald die Politik der vollen Beschäftigung ... konkrete Gestalt erhält ... erheben sich ... ernste Widerstände. Wenn sich die öffentliche Hand im Wohnhausbau betätigen soll, wenn große Mengen Geld zur Verbesserung der Lage der Armen ausgegeben werden sollen, ja, wenn der Staat sogar zur Erneuerung eines rückständigen Produktionsapparates tätig eingreifen soll – dann fühlen sich einflußreiche private Unternehmerinteressen bedroht. Auf ihren Widerstand stützt sich die *orthodoxe Finanzpolitik* ...

Es ist eine außerordentlich bemerkenswerte Erscheinung, daß einflußreiche Kreise der privaten Unternehmerschaft (z. B. in Deutschland die Schwerindustrie und die Banken) sowie der Experten vor der Ankunft des ‚Dritten Reiches‘ zähe Anhänger der orthodoxen Finanzpolitik waren. Sie haben damals jede Forderung nach Arbeitsbeschaffung als ungesund, dilettantisch und unmoralisch bezeichnet. Mit der Ankunft des Nazireiches haben sie ihre Einstellung plötzlich geändert und haben die Finanzpolitik dieses Regimes als großartige Neuerung gepriesen und unterstützt.“

Manuskripte zur österreichischen Wirtschaftspolitik – aus den frühen 1950er-Jahren

Anfang 1950 kehrte Josef Steindl aus dem Exil zurück an das „Institut für Wirtschaftsforschung“, dem früheren „Konjunkturforschungsinstitut“, das er 1938 hatte verlassen müssen. Am Institut nahm er in gewisser Weise eine spezielle Position ein, da er weniger in die laufende Berichterstattung eingebunden war, sondern vor allem an umfangreicheren Studien wie Branchenanalysen, internationale Lohnkosten- und Produktivitätsvergleiche oder über den technisch-naturwissenschaftlichen Nachwuchs und Einkommensverteilung arbeitete, die als Beilagen zu den Monatsberichten des Instituts erschienen.¹³ Mit einer dieser Studien, die 1956 unter dem Titel „Wie wirkt die Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling?“ erschien, erwies er sich als Pionier der empirischen Multiplikatoranalyse und brachte die keynesianische Konjunktursteuerung in die wirtschaftspolitische Diskussion in Österreich ein.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung und die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Wiener Arbeiterkammer waren jene Institutionen, über die durch Aufnahme von Rückkehrern aus der Emigration der Keynesianismus nach dem Krieg in Österreichs Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung Eingang fand. Die Universitäten blieben den Rückkehrern und den neuen ökonomischen Ideen noch lange versperrt.¹⁴

Josef Steindl ist uns als sehr zurückhaltender und sachlicher Wissenschaftler in Erinnerung. Aus seinem Nachlass¹⁵ eröffnet sich aber auch eine politisch engagierte Seite. Er dürfte unmittelbar nach seiner Rückkehr in den frühen 1950er-Jahren journalistisch-politisch aktiv gewesen sein – höchstwahrscheinlich anonym oder unter einem Pseudonym. Er hinterließ

rund dreißig Manuskripte, die sich mit konkreten wirtschaftspolitischen Ereignissen befassen und auf entsprechende Zeitungsartikel Bezug nehmen, deren Publikationsorgane aber bisher nicht aufgefunden werden konnten. Aus den von ihm angesprochenen Ereignissen ist zu entnehmen, dass die meisten Arbeiten aus den frühen 1950er-Jahren stammen. Vier Beispiele werden hier veröffentlicht.

Unter den teils handschriftlichen Manuskripten fand sich ein mehrmals umgeschriebenes Papier mit dem Titel „Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit?“, in einer Version auch betitelt: „Kann der Kapitalismus Arbeitslosigkeit vermeiden?“¹⁶ In dem Papier greift er – den Argumenten von Kalecki und Robinson aus dem Jahr 1943 folgend – mit Bezug auf Österreich den Widerstand der Unternehmerschaft gegen die staatliche Vollbeschäftigungspolitik scharf an. Er schont dabei auch die Arbeitnehmervertreter („Beschwichtigungshofräte“) nicht und geht wie 1946 im „Österreichischen Volkswirt“ noch ausführlicher auf die Hindernisse der Vollbeschäftigungspolitik im demokratischen Kapitalismus ein. In einer Version fügt er am Schluss warnend an: „Eine Arbeiterpartei aber, die Arbeitslosigkeit beschönigt und Drohung ihrer weiteren Steigerung ignoriert, spielt dem Faschismus in die Hände.“

In weiteren Papieren geht Josef Steindl auf ganz konkrete tagespolitische Themen in Österreich ein. Die zentralen wirtschaftspolitischen Probleme waren damals die Beseitigung der Zerstörung und der Wiederaufbau der Produktions- und Lebensgrundlagen. Unmittelbar war der Mangel zu bewältigen sowie die Inflation und das Handelsbilanzdefizit in den Griff zu bekommen.

Relativ bald nach seiner Rückkehr – 1951 oder 1952 – beschäftigte er sich mit der „Struktur der österreichischen Wirtschaft nach dem Krieg“: Er hebt die bestehende Wohnungsnot hervor und beklagt die wirtschaftspolitische Vernachlässigung der Landwirtschaft und den geringen Lebens- bzw. Versorgungsstandard der städtischen Bevölkerung, dem ein hohes Potenzial an Industrieproduktion gegenüberstehe. Er verweist auf die Exportmöglichkeiten für die Finalindustrie im Osten Europas.

Ende 1951 analysiert er den Budgetvoranschlag für das Jahr 1952 unter dem Titel „Budget“ im Hinblick auf die Plausibilität der Budgetansätze und die redistributiven Wirkungen der Steuern – sein Urteil: „Ein asoziales Steuersystem“.

Um die Jahreswende 1952/53 greift Josef Steindl den strengen Kamitz'schen Stabilisierungskurs¹⁷ scharf an: Die Mangelwirtschaft nach dem Krieg und das Bemühen, die Produktion zu beleben, waren trotz der Preis- und Lohnabkommen mit anhaltend starkem Preisauftrieb und großen Handelsbilanzproblemen verbunden; die Inflationsraten waren bis 1952 zweistellig. 1951 zog infolge des Koreakriegs die Inflation stark an, gleichzeitig kürzten die USA die Marshall-Plan-Mittel und forderten res-

triktivere Stabilisierungsmaßnahmen ein. Diese Aufforderung nahmen die Sozialpartner nur mit Vorbehalt auf; sie vertrauten vielmehr auf die Möglichkeiten einer kooperativen Einkommenspolitik.¹⁸ Im Jänner 1952 trat der neue Finanzminister Reinhard Kamitz sein Amt an und setzte unter der Marke „Raab-Kamitz-Kurs“ einen harten Stabilitätskurs durch. In „Neue Verbrauchsteuern – heißt das Preisstabilisierung?“ nimmt Josef Steindl diesen restriktiven Kurs und den Druck der US-Politik aufs Korn: Da die USA über das Marshall-Programm den restriktiven Kurs überall in Europa durchsetzt, werde über die außenwirtschaftliche Verflechtung die restriktive Wirkung verstärkt. Zusätzlich treibe die Anhebung der Verbrauchsteuern die Inflation an und werde sich in höheren Lohnforderungen niederschlagen. Er fordert von den USA eine Öffnung des Osthandels, denn: „Unsere Schwierigkeiten kommen nicht davon, dass uns die Amerikaner die Hilfe kürzen, sondern davon, dass sie uns verbieten, uns einen Ersatz für die Hilfslieferungen in der Erweiterung des Osthandels zu suchen.“

Zusammenfassung

Die Bibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien hat den wissenschaftlichen Nachlass Josef Steindls (1912-1993) übernommen, fachgerecht erschlossen und in einem digitalen Archiv sehr benutzerfreundlich, zeitgemäß zugänglich gemacht (<https://viewer.wu.ac.at/viewer/>). Für wissenschaftlich oder politisch Interessierte stehen damit auch die unveröffentlichten bzw. in unbekannten Publikationen veröffentlichten Manuskripte zur Verfügung.

Josef Steindl hat nach seiner Rückkehr 1950 am WIFO weniger an kurzfristigen Berichten zur Wirtschaftslage als vielmehr – wie auch aus seiner Publikationsliste klar ersichtlich ist – an wissenschaftlich anspruchsvollen Studien gearbeitet. Bisher kaum bekannt war, dass er in den ersten Jahren nach seiner Rückkehr privat – wahrscheinlich anonym – journalistisch-politisch aktiv war. In diesem Heft von „Wirtschaft und Gesellschaft“ werden beispielhaft vier seiner bisher unbekannten wirtschaftspolitischen Papiere veröffentlicht, und dieser Beitrag versucht, sie in seinem wissenschaftlichen Werk und dem historischen Umfeld zu verorten.

Anmerkungen

¹ Josef Steindls wissenschaftlicher Nachlass befindet sich an der Bibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien in der „Sondersammlung Kurt W. Rothschild und Josef Steindl“ im Library & Learning Center (LC) im Raum 6.203 des OMV-Bibliothekszentrums und kann digital unter www.viewer.wu.ac.at eingesehen werden. Informationen zu Josef Steindl finden sich auch auf der Homepage: <http://www.josef-steindl.at/>.

² Guger (2016) 54ff.

- ³ Robinson (1964).
- ⁴ Steindl (1984) 4.
- ⁵ Der Begründer des Begriffs „säkulare Stagnation“ Alvin Hansen (1954) hob in seiner Besprechung des Buches von Josef Steindl die Bedeutung seiner Theorie als endogene Erklärung der Stagnation als Fortschritt gegenüber seiner eigenen exogenen Theorie besonders hervor.
- ⁶ Steindl (1976) XV.
- ⁷ Keynes hat mit „How to Pay for the War“ (1940) ein Konzept vorgelegt und von James Meade und Richard Stone Grundlagen für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ausarbeiten lassen (Winch [1972] 272ff). Auch Kalecki hat am Oxford Institute of Statistics an Rationierungsplänen für die Regierung gearbeitet (Feiwei 1975).
- ⁸ Keynes beschrieb 1943 seine Erwartungen für die Nachkriegszeit; vgl. dazu Guger, Walterskirchen (1988) 108f.
- ⁹ Von 1941 bis 1947 im Bulletin des Institute of Statistics 22 Artikel.
- ¹⁰ Unter Hinweis auf den Bau der Höhenstraße als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in den 1930er-Jahren.
- ¹¹ Steindl (1946b) 3.
- ¹² Dazu ausführlich: Kahn (1972) 97ff, 103ff.
- ¹³ Für eine vollständige Literaturliste siehe: <http://www.josef-steindl.at/work/>.
- ¹⁴ Siehe dazu: Günther Chaloupek, Johannes Feichtinger und Alois Guger in: Mesch, M. (Hrsg.), *Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?* (2016).
- ¹⁵ Der wissenschaftliche Nachlass Josef Steindls ist in der Bibliothek der Wirtschaftsuniversität physisch und digital archiviert und unter www.viewer.wu.ac.at digital einsehbar – soweit er nicht Dokumente betrifft, die sich auf noch lebende Personen beziehen.
- ¹⁶ Aus den verschiedenen Fassungen geht hervor, dass das Papier um 1950 verfasst worden sein dürfte. Die Versionen sind unter www.viewer.wu.ac.at einsehbar.
- ¹⁷ Hans Seidel (2005) 66f spricht von „Stabilität durch Schocktherapie“, vgl. dazu auch Butschek (1985) 109ff.
- ¹⁸ Seidel (2005) 487.

Literatur

- Butschek, F., *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert* (Stuttgart/Wien 1985).
- Chaloupek, Günther, *Die Emigration von Ökonomen aus Österreich in die USA und nach Großbritannien und der Einfluss der Rückwanderer auf Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdenken*, in: Mesch (Hrsg., 2016) 13-44.
- Feichtinger, Johannes, *Keynes-Rezeption vor dem „Austro-Keynesianismus“ der Ära Kreisky. Die Arbeiterkammer als wirtschaftspolitischer Think-Tank in der Nachkriegszeit*, in: Mesch (Hrsg., 2016) 73-110.
- Feiwei, G. R., *The Intellectual Capital of Michal Kalecki* (Knoxville, TN, 1975).
- Guger, A., *Frühe Keynes-Rezeptionen am Institut für Konjunkturforschung bzw. WIFO*, in: Mesch (Hrsg., 2016) 45-72.
- Guger, A.; Walterskirchen, E., *Fiscal and Monetary Policy in the Keynes-Kalecki Tradition*, in: Kregel, J.; Matzner, E.; Roncaglia, A. (Hrsg.), *Barriers to Full Employment* (London 1988) 103-132.
- Hein, E., *Stagnation policy in the Eurozone and economic policy alternatives: A Steindlian/neo-Kaleckian perspective*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44/3 (2018) 315-348.
- Kahn, R., *Selected Essays on Employment and Growth* (Cambridge 1972).
- Kalecki, M., *Political Aspects of Full Employment*, in: *The Political Quarterly* XIV/4 (1943) 322-331.

- Keynes, J. M., *How to Pay for the War* (London 1940)
- King, J. E., Josef Steindl and Capitalist Stagnation, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44/4 (2018) 525-543.
- Mesch, M. (Hrsg.), *Wie kam der Keynesianismus nach Österreich? Die Ökonomie der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit*, Bd. 2 (Wien 2016).
- Robinson, J. V. R., *Planning Full Employment*, in: *The Times* (22./23.1.1943); abgedruckt in: Joan Robinson, *Collected Economic Papers*, Vol. I (Oxford 1966) 81-88.
- Robinson, J.V.R, Kalecki and Keynes, in: Kowalik, T. (Hrsg.) *Problems of Economic Dynamics and Planning, Essays in Honour of Michał Kalecki* (Warschau 1964); abgedruckt in: Joan Robinson, *Collected Economic Papers*, Vol. III (Oxford 1975) 92-99.
- Seidel, H., *Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg* (Wien 2005).
- Steindl, J., *Small and Big Business. Economic Problems of the Size of Firms* (Oxford 1945).
- Steindl, J., *The Economic Position of Austria*, in: *Bulletin of the Oxford University Institute of Statistics* 9/1 (1946a).
- Steindl, J., *Volle Beschäftigung als Grundlage der Wirtschaftspolitik*, in: *Der österreichische Volkswirt* 32/30 (1946b).
- Steindl, J., *Probleme des Außenhandels*, in: *Der österreichische Volkswirt* 32//32/33 (1946c).
- Steindl, J., *The Economic Position of Austria*, in: *Bulletin of the Oxford University Institute of Statistics* 9/1 (1947a).
- Steindl, J., *Probleme des österreichischen Außenhandels*, in: *Der österreichische Volkswirt* 33/1 (1947b).
- Steindl, J., *Wie wirkt die Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling?*, in: *WIFO-Monatsberichte* 29/Sonderheft 9 (1956).
- Steindl, J., *Maturity and Stagnation in American Capitalism* (Oxford 1952); Neuauflage mit neuer Einleitung (New York/London 1976).
- Steindl, J., *Reflections on the present state of economics*, in: *Banca Nazionale del Lavoro Review* 148 (1984) 3-14.
- Winch, D., *Economics and Policy. A Historical Survey* (Bungay, Suffolk, 1972).

Zusammenfassung

Die Bibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien hat den wissenschaftlichen Nachlass Josef Steindls (1912-1993) übernommen, fachgerecht erschlossen und in einem digitalen Archiv sehr benutzerfreundlich, zeitgemäß zugänglich gemacht (<https://viewer.wu.ac.at/viewer/>). Für wissenschaftlich oder politisch Interessierte stehen damit auch die unveröffentlichten bzw. in unbekannten Publikationen veröffentlichten Manuskripte zur Verfügung.

Josef Steindl hat nach seiner Rückkehr 1950 am WIFO weniger an kurzfristigen Berichten zur Wirtschaftslage als vielmehr – wie auch aus seiner Publikationsliste klar ersichtlich ist – an wissenschaftlich anspruchsvolleren Studien gearbeitet. Bisher kaum bekannt war, dass er in den ersten Jahren nach seiner Rückkehr privat – wahrscheinlich anonym – journalistisch-politisch aktiv war. In diesem Heft von „Wirtschaft und Gesellschaft“ werden beispielhaft vier seiner bisher unbekannten wirtschaftspolitischen Papiere veröffentlicht, und dieser Beitrag versucht, sie in seinem wissenschaftlichen Werk und dem historischen Umfeld zu verorten.

Abstract

In 2014, the Vienna University of Economics and Business took over Josef Steindl's scientific legacy. The University Library has filed all objects, provided a comprehensive documentation of his scientific library and research material, and made them easily available for interested scholars. Thus, Josef Steindl's library has been opened to the public as „Sammlung Josef Steindl“ in a separate room of the University Library, and his unpublished manuscripts, notes and scientific correspondence have been digitized and made available on the online platform „Digital Collections“ of the WU University Library (<https://viewer.wu.ac.at/viewer/>).

When he returned to Austria to the Austrian Institute of Economic Research in 1950, Josef Steindl was already a distinguished scholar. He was known in the scientific community as a reserved and modest person who had a private passion for music and the arts but focused on his research and refrained from politics. His legacy, however, has revealed a very political and journalistic side of his personality: We found about 30 manuscripts on highly topical issues of the early 1950s, parts of which he had most likely published anonymously, but so far we were unable to detect the journal of publication.

In this issue of „Wirtschaft und Gesellschaft“ four of these papers are published, and this article tries to contextualise them in Josef Steindl's research programme as well as in their historical environment.

Key words: Full Employment Policy, Kaleckian Economics, Political Business Cycle, Post-Keynesian Economics, Stagnation, Stagnation Policy.

JEL codes: B22, D43, E12, L12, L13.

Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit?*

Josef Steindl

Kann der Kapitalismus Arbeitslosigkeit vermeiden? Nein, war vor 15 Jahren die Antwort des Sozialismus. Aber manche, die damals nein sagten, sagen heute ja, oder die reden und deuten wenigstens so, als ob man ja verstehen solle. Der rosige Optimismus ist etwas unzeitgemäß; in den meisten Ländern Europas sowie in den Vereinigten Staaten kann von voller Beschäftigung nicht mehr die Rede sein. Mehr als das, es ist schon jetzt klar, dass keine ernsthaften Maßnahmen zur Wiederherstellung dieser Vollbeschäftigung ergriffen werden. Während die Beschwichtigungshofräte der Arbeiterbewegung noch immer volle Beschäftigung versprechen, sind die routinierten Vertreter des Kapitalismus längst dazu übergegangen, die Unerwünschtheit der vollen Beschäftigung unter der Mittelklasse zu propagieren.

Wir müssen uns aber mit dem Propheten eines reformierten Kapitalismus auseinandersetzen, denn es ist nicht ganz einfach zu verstehen, wieso eigentlich das große Versprechen der vollen Beschäftigung, das die Regierung in der Zeit ihrer Bedrängnis gegeben hat, sobald vergessen wird. Wie die moderne Ökonomie gezeigt hat, ist es durchaus möglich, volle Beschäftigung zu schaffen, wenn der Staat die geeigneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreift. Die Arbeitslosigkeit entsteht aus einem Mangel an kaufkräftiger Nachfrage, ihre letzte Wurzel ist der Umstand, dass der Kapitalismus nicht geneigt ist, den Arbeitern einen größeren Anteil am Volkseinkommen zu geben, um so den Konsum der erzeugten Güter sicherzustellen. Dem kann abgeholfen werden, wenn der Staat in irgendeiner Form den Massen zusätzliche Kaufkraft zuführt. Etwa durch Herabsetzung der Massensteuern, durch Subventionierung lebenswichtiger Güter, durch Kinderzulagen aus öffentlichen Mitteln, durch Bereitstellung neuer Wohnungen zu niedrigem Zins etc. Die Finanzierung der zusätzlichen Staatsausgaben (durch Anleihen oder Gewinnsteuern) ist eine technische Frage, die ohne Schwierigkeit gelöst werden kann, und auch die Zunahme der Staatsschuld bedeutet kein unüberwindliches Problem.

Die moderne Ökonomie hat ganz genau gezeigt, wie man dauernde und stabile Vollbeschäftigung erreichen kann; warum wird es trotzdem nicht getan? Halten wir uns vor Augen, was die Politik der vollen Beschäftigung im

* Der Text dürfte im Jahr 1950 verfasst worden sein. Da das Original maschineschrieben war, aber ohne Umlaute, war Redigieren notwendig.

Kapitalismus bedeutet. Der Kapitalismus krankt daran, dass er den Arbeitern nicht genügend Kaufkraft geben will; die Vollbeschäftigungspolitik bedeutet, dass der Staat den Arbeitern zusätzliche Kaufkraft zur Verfügung stellt, damit er die sonst unabsetzbare Erzeugung verkaufen kann. Sie läuft also darauf hinaus, dass der Kapitalismus sich sozusagen selber überlistet und durch den Staat dem Arbeiter die Kaufkraft übermitteln lässt, die die Unternehmer selber ihm nicht direkt gewähren wollen. Kann die Selbstüberlistung gelingen? Es sprechen schwerwiegende politische Gründe dagegen. Wenn die Kapitalisten dem Staat die Aufgabe zuweisen würden, konsequent eine Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben, würden sie damit den Einfluss und die Machtbefugnis des Staates in einer Weise stärken, die ihnen unliebsam und gefährlich erscheint. Der Kapitalismus ist im Allgemeinen bestrebt, den Staat schwach genug zu halten, um jede Gefahr zu bannen, dass er von den Kapitalbesitzern unabhängig werden könnte. Das ist die Grundlage jedes parlamentarischen Regimes und des demokratischen Kapitalismus. Die Kompliziertheit der parlamentarischen Gesetzgebung, die zum Beispiel in England das Sozialversicherungsprogramm der Labourregierung erschwert hat, die Vertracktheit der Konstitution, die in Amerika eine zielgerechte Krisenpolitik von vornherein unmöglich macht, dienen alle dazu, den Staat an der Entfaltung einer allzu aktiven Tätigkeit zu hindern. Der klassische Liberalismus hat diese Tendenz grobschlächtig verfolgt, indem er den Staat auf die Rolle des Nachtwächters beschränken wollte. Die moderne Praxis ist subtiler und beschränkt den wirksamen Funktionsbereich des Staates durch konstitutionelle und juristische Komplikationen und in schlimmen Fällen durch ausgesprochene Züchtung von Unfähigkeit. So besehen, hat auch die groteske Inkompetenz des gegenwärtigen Staatsapparats in Österreich ihren Sinn: Unsere Kapitalisten sind innerlich so unsicher, dass ihnen schon die Gegenwart von einem halben Dutzend hochbegabten und unabhängig denkenden Männern an leitenden Stellen als Gefahr erscheinen würde. Nach ihrer Idee soll sich der Staat darauf beschränken, die verschiedenen kapitalistischen Interessen halbwegs zu koordinieren, oder im Nachhinein die Sanktion für Entscheidungen zu geben, die bei Cocktailpartys und im Rennverein gefällt werden.

Wenn nun dem Staat die Aufgabe übertragen würde, volle Beschäftigung zu gewährleisten, und wenn es ihm auch personell und organisatorisch ermöglicht würde, diese Aufgabe zu erfüllen, dann würde sein Einfluss beträchtlich steigen. Es würde ein viel stärkerer Staat sein, der etwas zuwege bringt, der ein zielbewusstes Konzept der Wirtschaftspolitik realisiert, anstatt bloß die Aufträge von Sonderinteressen zu übernehmen, und das Bewusstsein seiner Leistung würde ihn von den Kapitalbesitzern weniger abhängig machen. Man könnte nicht wissen, in welche Hände er schließlich geraten würde. All das wissen die Kapitalisten instinktiv, sie haben es im kleinen Finger.

Nur unter einer Bedingung ist der Kapitalismus geneigt, dem Staat große Machtvollkommenheit auf wirtschaftlichem Gebiet zu übertragen: wenn es sich darum handelt, ein großes und aggressives imperialistisches Projekt zu verwirklichen, und wenn gleichzeitig der Staatsapparat in so festen Händen ist, dass eine Änderung zuungunsten der Kapitalbesitzer nicht zu befürchten steht. Diese Bedingungen waren im deutschen Nazistaat gegeben, und deshalb hat dieser Staat schon vor dem Krieg volle Beschäftigung verwirklicht. Man sieht hier auch die Erklärung dafür, warum viele Fachleute, die instinktiv kapitalistische Interessen vertreten, auffällige Schwankungen in ihren wirtschaftspolitischen Ansichten zeigen: Vor der Nazi Herrschaft waren sie gegen volle Beschäftigung und Planung, unter den Nazis dafür, jetzt sind sie wieder dagegen. Sie spiegeln nur die allgemeine Einstellung der Kapitalbesitzer wider.

Der zweite Hauptgrund für die Abneigung gegen die Vollbeschäftigung wird von den Vertretern des Kapitalismus selbst ganz ungeniert angeführt: Volle Beschäftigung würde den Arbeiter von der ständigen Drohung der Arbeitslosigkeit befreien, und die Unternehmer würden damit das entscheidende Mittel der Disziplinierung der Arbeiter verlieren. Die gelehrten Anwälte einer auf der nackten Existenzangst gegründeten Gesellschaftsordnung übertreiben die rein wirtschaftlichen Folgen (Verringerung der Arbeitsleistung, unregelmäßiges Erscheinen am Arbeitsplatz) natürlich maßlos. Aber man muss sie vom politischen und psychologischen Standpunkt verstehen. Die Unternehmer lieben es über alles, sich als Herren im eigenen Haus zu fühlen und die Arbeiter von sich abhängig zu wissen; sie wollen auf ihr entscheidendes Druckmittel nicht verzichten, auch wenn sie dafür ein paar Krisen einstecken müssen. Das ist eine bankrotte Lebensauffassung, aber so sind sie.

Es kann uns nicht mehr Wunder nehmen, dass in den westlichen Ländern (England, Amerika) in den letzten Jahren gegen die neomodischen Ideen von der vollen Beschäftigung Sturm gelaufen worden ist. Die stumpfsinnigen Lehren von der Notwendigkeit eines ausgeglichenen Budgets und „gesunder“ Finanzen waren schon totgeglaubt, aber sie werden heute in den europäischen Kolonien Amerikas, vor allem in Westdeutschland, auf das unheilvollste angewendet, und sie werden morgen in Amerika selbst der Forderung nach energischer Bekämpfung der Krise entgegengestellt werden.

Es ist außerordentlich wichtig für fortschrittliche Sozialisten zu wissen, dass die Kapitalbesitzer die Forderung nach dauernder Vollbeschäftigung nie gewähren werden, obwohl es in ihrer Macht liegen würde. Wir dürfen aber nicht aufhören, diese Forderung laut in konkreter Form zu erheben, weil nur aus dieser ständigen Demonstration des üblen Willens des Kapitals für uns die moralische Kraft kommen kann, um eine Änderung zu schaffen.

Die Strukturen der österreichischen Wirtschaft nach dem Krieg*

Josef Steindl

Der letzte Krieg hat für Österreich wie für viele andere Länder eine Senkung des Lebensstandards und beträchtliche Verluste des Volksvermögens mit sich gebracht. Am nachhaltigsten sind die Verluste an Wohnraum, die bis heute nur zum geringsten Teil wettgemacht sind. Eine üble Auswirkung der Politik des deutschen Imperialismus war die Vernachlässigung der Landwirtschaft (Einschränkung der Anbauflächen, verringerte Qualität des Viehstocks). Dass diese Vernachlässigung der Landwirtschaft bis heute nicht gut gemacht ist, ist allerdings eine Folge der Mängel der Agrarpolitik der Nachkriegszeit. Die Anbauflächen der Vorkriegszeit sind nicht erreicht; die Verwendung von Kunstdünger wurde nicht auf das wünschenswerte Maß gesteigert, sie bleibt sogar hinter dem bescheidenen Ziel des „long-term Programms“ um etwa 25% zurück. Einer der schwersten Mängel ist die ungenügende Einfuhr an Futtermitteln: Sie belief sich im Jahre 1950 auf 272.000 t gegen 564.000 t im Jahre 1937. Andererseits hat die deutsche Kriegswirtschaft für Österreich eine Erweiterung der Industriekapazität mit sich gebracht. Österreich war schon vor 1938 ein industrialisiertes Land, dessen Industrie stark vom Export abhing (etwa 25% der Industrieproduktion wurden exportiert). Seither ist aber die Kapazität stark erweitert worden, so in Roheisen, Aluminium, Stickstoff, Zellwolle, aber auch die Kapazität der Maschinen- und Elektroindustrie ist per Saldo größer als vor dem Krieg. Die Erweiterung der Kapazität war allerdings ungleichmäßig und hat Engpässe bestehen lassen, die nur zum Teil beseitigt werden konnten (Stahl, Blech, nahtlose Rohre). Von größerer Bedeutung ist folgende Erwägung: Die stark erweiterte Kapazität, insbesondere auf dem Eisensektor, kann auf dem Inlandsmarkt keine genügende Ausnutzung finden. Es ist notwendig, dafür Exportmärkte zu finden und, da der Export von rohen und halbfertigen Gütern keine Lösung des Zahlungsbilanzproblems möglich macht, muss das Hauptgewicht auf dem Export von Erzeugnissen der eisenverarbeitenden Industrie liegen. Dafür spricht das Vorhandensein der geschulten Facharbeiterschaft in diesen

* Der Text dürfte 1951 oder 1952 verfasst worden sein.

Branchen, von technischen Talenten und von unausgenutzten Kapazitäten der Maschinen und Elektroindustrie.

Die Realisierung des Zieles der Exporterweiterung der erwähnten Branchen hängt von einer Reihe von Voraussetzungen ab:

1. Der potentielle Absatz für diese Industrien liegt zum großen Teil im Osten. Ohne Osthandel kann der Export unserer Finalindustrie nicht in Gang kommen, da nur im Osten der Bedarf nach diesen Erzeugnissen dringend genug ist, um den Mangel unserer Konkurrenzfähigkeit wettzumachen.
2. Die Finalindustrie braucht nicht nur große, sondern auch stabile Märkte. Nur so ist es möglich, die Fabriken zur Spezialisierung zu bringen, während sie jetzt, um Krisenempfindlichkeit zu vermeiden, eine große Vielfalt von Erzeugnissen machen und kleine Aufträge im bunten Wechsel ausführen. Es ist notwendig, große Aufträge über längere Sicht zu sichern, um eine wirtschaftliche Produktion zu ermöglichen.
3. Die genannten Industrien bedürfen einer regen Entwicklungstätigkeit, um zu reüssieren; es kommt hier auf technische Leistungen an (vergleiche etwa den Jenbacher Dieselmotor), die nur durch langes Studium und Experimentieren möglich werden. Da das ein großes Risiko bedeutet, ist die Voraussetzung dafür wieder, dass eine vernünftige Aussicht auf Absatz besteht.

Während unsere Industrie ihrer Struktur nach auf den Export von Fertigwaren angewiesen ist, ist das Land gleichzeitig in hohem Maße importabhängig (Kohle, Rohstoffe, Nahrungsmittel). Die Schwierigkeit, die nötigen Importe zu beschaffen, steht heute im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Zum Teil ist es eine reale Schwierigkeit, bestimmte Waren überhaupt in ausreichenden Mengen zu bekommen. Zum Teil wird die kommerzielle Einfuhr durch die Unterbewertung des Schillings erschwert, der das Äquivalent eines hohen Zollschatzes für die österreichische Industrie und Landwirtschaft bedeutet.

Die oben angedeutete, durch die Struktur der österreichischen Industrie bestimmte Orientierung der Exportpolitik ist bisher im wesentlichen nicht befolgt worden, ja die Verfolgung einer solchen Politik wird durch die vorwiegende Rohstoffausfuhr erschwert, da dadurch zusätzliche Engpässe geschaffen werden.

Im Gegensatz zu den potentiellen Möglichkeiten der österreichischen Industrie steht die Entwicklung des österreichischen Lebensstandards. Die Reallöhne haben den Vorkriegsstand nicht erreicht. Da die darauf bezüglichen Ziffern im Detail unzulänglich sind, soll hier auf die direkte Messung des Konsumniveaus der städtischen Bevölkerung Bezug genommen werden.

Konsum der städtischen Bevölkerung im Jahr 1950 als Prozent von 1937:

Milch (Nichtselbstversorger, pro Kopf)	73%
Butter (Nichtselbstversorger, pro Kopf)	89%
Fleischverbrauch (Wien, pro Kopf)	66%
Obst (Anlieferung nach Wien, pro Kopf)	62%

Die Tendenz dieser Zahlen wird durch Haushaltsstatistiken in Wien und Provinzstädten bestätigt. Dieser Rückgang des Lebensstandards der städtischen Bevölkerung steht im Gegensatz nicht nur zur Entwicklung des Industriepotenzials, sondern auch zur tatsächlichen Steigerung der Produktion, die 1950 immerhin 142% von 1937 erreichte.

Es ergibt sich, dass der Lebensstandard der städtischen Bevölkerung das Friedensniveau bei weitem nicht erreicht hat, dass also die Folgen des letzten Krieges noch nicht überwunden sind, während schon die Vorbereitung eines neuen Kriegs – auf dem Weg über die internationale Preissteigerung und Rohstoffknappheit – der Bevölkerung neue Opfer auferlegt.

Das Budget*

Josef Steindl

Das Budget für 1952 hat durch die Höhe der Gesamtausgaben Aufsehen erregt. Während die gesamten laufenden Ausgaben 1948 noch 4,4 Milliarden S. waren, sind sie für 1952 mit 18,8 Milliarden S. angesetzt worden. Wenn man sich darüber wundert, zeigt das nur, dass das Ausmaß der fortdauernden Preissteigerung den weitesten Kreisen noch immer nicht ganz klar zum Bewusstsein gekommen ist.

Der Finanzminister hat festgestellt, dass in den geschätzten Steuereinnahmen von 18,7 Milliarden keine nennenswerten Reserven enthalten seien. Nun, hoffentlich hat er das nicht ernst gemeint. In den letzten Jahren waren die Einnahmen des Budgets immer stark unterschätzt, und zwar absichtlich. Man hat immer mit zusätzlichen Ausgaben gerechnet und dafür sozusagen im Geheimen eine Reserve angelegt. Es wäre nur zu unvorsichtig, wenn man das heuer nicht getan hätte, denn die Ausgaben-schätzungen des Budgets werden angesichts der außerordentlich stark laufenden Preissteigerung – und der nicht lange aufschiebbaren Lohnsteigerung – bald überholt werden.

Wir können also annehmen, dass dieses Budget ebenso wenig wie seine Vorgänger ernst gemeint ist. In der Blütezeit des Kapitalismus war das Budget eine Art Rechnungslegung an das Parlament, im Sozialismus ist es ein Plan. Bei uns ist es nur ein optischer Eindruck. Margaretha gibt das wohl selbst zu, wenn er sagt, er habe ein Defizit von 100 Millionen S. eingesetzt, „um die bedrängte Lage zum Ausdruck zu bringen, und als Warnung für alle jene, die nicht genug verlangen können“. Die Ziffern, die der Öffentlichkeit vorgelegt werden, sind also in erster Linie dazu bestimmt, gewisse „Eindrücke“ zu erzielen.

Steuerlast der Reichen verringert

Nichtsdestoweniger können wir aus den Steueransätzen dieses Budgets eine interessante Entwicklung ersehen. Vergleichen wir die Steuereinnahmen im Voranschlag mit den tatsächlichen Steuereinnahmen des Jahres 1950, so ergibt sich, dass die Steuerlast in dieser Zeit sich von den Kapitalisten zu den Arbeitern und Angestellten verschiebt.

* Der Text dürfte im Jahr 1951 verfasst worden sein.

	Warenumsatz- steuer	Lohnsteuer (Millionen Schilling)	Veranlagte Einkommen-, Körperschafts-, Gewerbe- plus Vermögenssteuer
1950	2.093	953	2.880
1951 (BVA)	3.321	1.433	3.271
1952 (BVA)	4.410	1.700	3.540

Die Summe der veranlagten Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Vermögenssteuer, also die Steuern, die speziell auf den Gewinn fallen, ist gegenüber dem Jahr 1950 um 23% gestiegen. Die Lohnsteuer dagegen steigt um 78%. Die Warenumsatzsteuer (die die Armen stärker trifft als die Reichen) ist um 110% höher angesetzt, sie steigt also um das Doppelte.

Man könnte sich darüber wundern, dass der Ertrag aus den „Gewinnsteuern“ seit 1950 nur um 23% steigen sollte. Sind doch die Preise seit damals um 50% gestiegen. Das Rätsel ist leicht erklärt: Die erwähnten Steuern auf die Gewinne werden nämlich etwa zwei Jahre später gezahlt, d. h. die Steuereinnahmen des Jahres 52 kommen aus dem Gewinn des Jahres 1950. Während die beschleunigte Preissteigerung des letzten Jahres sich in den anderen Steuereingängen rasch auswirkt, tritt sie bei den Steuern auf den Gewinn erst viel später auf.

Die Tatsache, dass die Preissteigerung sich seit 1950 stark beschleunigt hat, ist die Ursache dafür, dass die Steuern auf den Gewinn hinter den Steuern, die von den Arbeitern bezahlt werden, zurückbleiben. 1950 war die Lohnsteuer 1/3 dieser Gewinnsteuern, 1952 soll sie nach Voranschlag 1/2 sein.

Die bedrängte Lage des Budgets

Aus dem Vorstehenden können wir leicht sehen, dass, und wieso, die Preissteigerungen das Budget in eine schwierige Lage bringen. Ein Teil der Einnahmen, nämlich die Gewinnsteuern, bleibt immer zwei Jahre hinter der Preisentwicklung zurück: Diese Steuern werden also sozusagen in entwertetem Geld gezahlt. Nehmen wir die Summe von Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteuer, die im Voranschlag 3,480 Milliarden ausmacht. Diese Steuer ist aufgrund der Gewinne von 1950 berechnet. Heute sind die Preise etwa 50% höher, die Gewinne allein aus diesem Grund um 50% höher, und die Steuereinnahmen müssten daher aufgrund der gegenwärtigen Preise um mindestens 50%, also 1.750 Millionen S höher sein. Das ist eine ganz schöne Summe, fast 10% der ganzen Steuereinnahmen. Der Finanzminister wäre die Sorge um die Finanzierung der Investitionen los, wenn diese Summe zur Verfügung stünde. Aber er hat es vorgezogen, Demagogie zu treiben und die Anzahl der Staatsbeamten und Pensionisten für die Schwierigkeiten verantwortlich zu machen.

Ein asoziales Steuersystem

Die früher erwähnten Steuern auf Gewinn oder Besitz machen etwa ein 1/5 der gesamten Einnahmen aus. In England belaufen sich die Steuern auf Gewinn und Besitz auf etwa 1/3 der gesamten Steuereinnahmen. Man sieht daraus, dass mit unserem Steuersystem etwas nicht in Ordnung ist. Die Hauptschuld liegt wohl in der Anwendung, in der Praxis, durch die das Prinzip der progressiven Besteuerung weitgehend unwirksam gemacht wird. Die Anrechnung von fiktiven Spesen (bzw. Anrechnung von privaten Konsumsausgaben als Spesen), die Unterfakturierung im Exportgeschäft und die Manipulation von Abschreibungen geben die Möglichkeit, sich von der grauen Theorie der Einkommensteuer, wie sie am Papier steht, weit zu entfernen. (Überdies gibt das Investitionsbegünstigungsgesetz ein ganz legales Mittel, um die Besteuerung der Gewinne wesentlich zu reduzieren.) Dass es nicht ganz geheuer ist mit der Praxis der Einkommensteuer, kann man daraus ersehen, dass ein undurchdringliches Dunkel über alle Fragen der Finanzstatistik gebreitet wird. Man versuche einmal, vom Finanzministerium die Angaben über die Einkommensteuerstatistik zu bekommen, die in England oder Amerika als eine Selbstverständlichkeit regelmäßig veröffentlicht werden.

Neue Verbrauchsteuern – heißt das Preisstabilisierung?*

Josef Steindl

Der Herr Finanzminister hat Sorgen. Er soll das Budget ausgleichen. An und für sich würde kein zwingender Grund bestehen, warum er das tun soll: Der Staat kann ja Kredit nehmen, um seine Investitionen zu finanzieren. Aber die Amerikaner verlangen, dass das Budget ausgeglichen ist, und sie erzwingen damit weitere, ganz unheimliche Kürzungen der Investitionen (die zum Beispiel die Bundesbahnen hart treffen müssen).

Es ist wichtig zu wissen, dass diese Politik nicht auf Österreich beschränkt ist, sondern in ganz Westeuropa unter amerikanischem Druck vor sich geht: Überall sind Kamitze¹ seit einiger Zeit daran, die Investitionen (Bauten etc.) des Staates zu verringern und damit die Arbeitslosigkeit zu steigern. Es ist wichtig für uns, weil die Kamitz-Politik der anderen Länder uns mindestens eben so trifft wie unsere eigene. Sie bedeutet eine Schrumpfung unserer ausländischen Märkte und einen Rückgang unserer Exporte und damit Arbeitslosigkeit in unserer Industrie. Und überall geht diese Politik auf den gleichen amerikanischen Einfluss zurück. Man beliebt es, sie „Stabilisierungspolitik“ zu nennen. Der Minister Böck-Greissau² hat kürzlich gesagt, dass Österreich seit einem Jahr eine wirtschaftliche Stabilität wie kein anderes Land erreicht habe. Wahrhaftig, wir haben 65.000 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr,³ wir schlittern in eine ausgesprochene Wirtschaftskrise hinein, und der Minister rühmt die Stabilität unserer Wirtschaft!

Bei alledem wird der Ausgleich des Budgets schwerer als je. Warum? Die Ausgaben steigen – ist doch mehr Arbeitslosengeld auszubezahlen. Die Steuereinnahmen sinken, weil die Einkommen und der Umsatz geringer werden: Je weniger Leute beschäftigt sind, je geringer die Produktion und der Absatz, desto weniger werden natürlich die Steuereingänge.

Die Politik der „Stabilisierung“ – zu Deutsch gesagt, des Abbaus und der Beschäftigungseinschränkung – führt also von selbst dazu, dass der Finanzminister heute nicht weiß, woher er das Geld nehmen soll. Wer soll nun die Zeche für diese Politik bezahlen? Bei der Zusammensetzung un-

* Das Original dürfte um die Jahreswende Anfang 1953 verfasst worden sein. Es liegt handgeschrieben vor und ist im digitalen Nachlass einsehbar. Die erklärenden Anmerkungen wurden im Nachhinein eingefügt.

serer Regierung ist es nicht überraschend, dass der Druck auf die Arbeiter und Rentner überwältigt werden soll. Man plant die Verbrauchsteuern und die Bahntarife zu erhöhen. Das bedeutet natürlich Preiserhöhungen und steht – im Widerspruch zur „Stabilisierung“. Aber augenscheinlich meinen die Minister, wenn sie den Erfolg der Stabilisierung rühmen, nur die Stabilisierung der Löhne!

Eine Erhöhung der Verbrauchsteuern auf den Massenkonsum bedeutet eine erhebliche Belastung der Arbeiterhaushalte, während sie für die Wohlhabenden nicht ins Gewicht fällt. Es ist selbstverständlich, dass die Arbeiter dagegen Stellung nehmen müssen, dass ausgerechnet sie die Zeche für die ruinöse Krisenpolitik zahlen sollen. Die Stellungnahme ist klar: Wenn durch erhöhte Verbrauchsteuern die Preise hinaufgetrieben werden, hat es mit der Lohnstabilisierung ein Ende! Ebenso wenig wie die Arbeiterschaft bereit ist, die Zeche für eine erneute Abwertung zu zahlen, ebenso wenig ist sie auch bereit, die Zeche für den Ausgleich des Budgets zu zahlen.

Diese Haltung ist umso mehr berechtigt, als die Sorgen des Herrn Finanzministers nicht vom Himmel verfügt und unabwendbar sind. Man lasse sich hier nicht täuschen. Man redet den Arbeitern immer wieder ein: Unsere Schwierigkeiten kommen davon, dass uns die Amerikaner weniger Geld geben, dass sie die Hilfe reduziert haben. Das ist falsch. Unsere Schwierigkeiten kommen nicht davon, dass uns die Amerikaner die Hilfe kürzen, sondern davon, dass sie uns verbieten, uns einen Ersatz für die Hilfslieferungen in der Erweiterung des Osthandels zu suchen. Was fehlt uns denn? Uns fehlt letzten Endes nicht Geld, uns fehlen Rohstoffe und Nahrungsmittel, die wir uns auf die Dauer nur im Austausch gegen die Erzeugnisse unserer Industrie beschaffen können. Uns fehlen also Märkte, Absatz- und Bezugsmärkte. Die Amerikaner können uns nicht Märkte bieten, denn ihre Industrie sperrt sich vor jeder ausländischen Konkurrenz ab. Die Märkte im Osten aber werden uns verboten, denn die Amerikaner glauben, den Aufbau Russlands durch einen allgemeinen Handelsboykott verzögern zu können. Hier liegt der Kern unserer Schwierigkeiten: Wir können Vollbeschäftigung nur durch Osthandel haben, und das gilt für ganz Europa. Da aber die europäischen Kamitze im Auftrag Amerikas den Osthandel sabotieren, können sie uns nicht Vollbeschäftigung, sondern nur steigende Arbeitslosigkeit bieten.

Darauf gehen, wie wir gezeigt haben, auch die Schwierigkeiten unseres Budgets zurück; denn von arbeitslosen Arbeitern und eingeschränkten Umsätzen kann man nur wenig Steuereingänge erzielen. Wenn Kamitz in Geldnöten ist, so ist das nur die Folge seiner eigenen Politik und die der anderen europäischen Kamitze, die uns in immer größere Arbeitslosigkeit hineinstabilisieren und heruntersanieren. Die Zeche für diese Politik, den Arbeitern in Form von höheren Verbrauchsteuern und demgemäß erhöh-

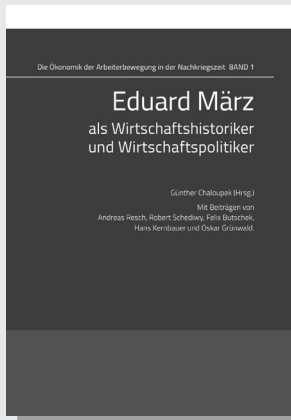
ten Preisen anzulasten, ist zu viel verlangt. Das bedeutet, dass so und so viele Arbeiterfamilien, die schon mit der Erhaltung eines arbeitslosen Familienmitglieds belastet sind, nun auch noch höhere Preise für wichtige Verbrauchsgüter bezahlen müssen. Die Arbeiter werden in vollem Recht sein, wenn sie sich mit dieser Form der Stabilisierung nicht einverstanden erklären und ihrerseits einen Lohnausgleich verlangen.

Anmerkungen

- ¹ Reinhard Kamitz (18.6.1907-9.8.1993) war von 23.1.1952-17.6.1960 Finanzminister.
- ² Josef Böck-Greissau (5.4.1893-21.4.1953) war 23.1.1952-21.4.1953 Minister für Handel und Wiederaufbau.
- ³ Im Februar 1953 war die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 65.000 höher als im Februar 1952. Österreich hatte 1953 mit 8,7% die höchste Arbeitsrate der Nachkriegsjahrzehnte.

ÖGB VERLAG

www.oegbverlag.



Eduard März als Wirtschaftshistoriker und Wirtschaftspolitiker

Dr. Günther Chaloupek (Hrsg.), ehemaliger Leiter des Bereichs Wirtschaft der AK Wien,
Wirtschaftshistoriker

Mit Beiträgen von

Andreas Resch, Robert Schediwy, Felix Butschek, Hans Kernbauer und Oskar Grünwald.

Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit Band 1

96 Seiten / ÖGB-Verlag / 2015

ISBN 978-3-99046-140-2 / EUR 19,90

Eduard März (1908-1987) war einer der profiliertesten Ökonomen in Österreich in der Zweiten Republik. Als Ökonom war er einem umfassenden wissenschaftlichen Ansatz verpflichtet, in dem Theorie, Geschichte und Politik gleich gewichtet waren. Nach seiner Rückkehr 1953 aus der Emigration und seinem Eintritt in die Wiener Arbeiterkammer engagierte sich März drei Jahrzehnte in der österreichischen Wirtschaftspolitik und hat bis heute sichtbare Spuren hinterlassen. In der AK baute er den ersten modernen think tank im Rahmen einer Interessenvertretung auf. Er war auch Verfasser von Standardwerken zur Wirtschaftsgeschichte.



BESTELLUNG IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21



BÜCHER

Fundierte Kritik an der Währungsunion

Rezension von: Ashoka Mody,
Euro Tragedy. A Drama in Nine Acts,
Oxford University Press, Oxford 2018,
672 Seiten, gebunden, £ 25,49;
ISBN 978-0-199-35138-1.

Der Euro steht zur Disposition – spätestens in der nächsten Wirtschaftskrise. Soziale Ungleichheit und Unterbeschäftigung sind hoch, die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern sind enorm und werden nicht kleiner, Banken und Schattenbanken sind noch immer wackelig, und der Wirtschaftspolitik in der Eurozone, die sich allen diesen Herausforderungen widmen sollte, fehlt es an institutionellen Voraussetzungen, wirtschaftswissenschaftlichem Verständnis und politischem Willen.

Fast ein Wunder oder doch eher Zeichen für seine Anpassungsfähigkeit, dass es den Euro nach der letzten sozial und wirtschaftlich verheerenden Finanzkrise überhaupt noch gibt? Und wie wäre es den Mitgliedsländern der Eurozone in der letzten Finanzkrise sozial und wirtschaftlich ohne gemeinsame Währung ergangen?

10 Jahre nach der Finanzkrise ist es Zeit, über die Bücher zu gehen. Am besten, indem man die Fehler der Vergangenheit in Ruhe analysiert und daraus die richtigen Schlüsse für die Zukunft zieht. Ashoka Mody widmet sein Buch „Euro Tragedy“ genau diesem

Vorhaben. Mody war während seiner Zeit als stellvertretender Direktor beim Internationalen Währungsfonds für europäische Länder zuständig und verhandelte in der Finanzkrise das Rettungsprogramm für Irland. Er ist also ein intimer Kenner von handelnden Personen, bestehenden Institutionen und ökonomischen Zusammenhängen in der Währungsunion. Heute arbeitet er als Gastprofessor an der Princeton University und ist einer der engagiertesten KritikerInnen der aktuellen Wirtschaftspolitik in der Währungsunion.

Mody zeichnet in neun Akten ein Bild der wirtschaftlichen Entwicklung Europas auf dem Weg zur und in der Währungsunion, das durch seine grundsätzlichen Erkenntnisse, aber auch so manches bislang unbekannte Detail besticht. Bereits in den Akten eins und zwei, welche die Weichenstellungen für eine gemeinsame Währung behandeln, werden die Konturen der bevorstehenden wirtschaftspolitischen Probleme und Auseinandersetzungen klar. Der „Werner-Plan“ des Jahres 1970 formulierte das Ziel der gemeinsamen Währung ebenso wie die Priorität der „Stabilitätsorientierung“, worunter primär Preisstabilität verstanden wurde. Gesamtwirtschaftliche Stabilität und regionaler Ausgleich hingegen traten in den Hintergrund.

Das veranlasste den britischen Ökonomen Nicholas Kaldor bereits 1971 zu einer in guter keynesianischer Tradition stehenden Fundamentalkritik: Eine reine Währungsunion, die keine fiskalische und politische Union umfasse, würde zur sozialen und wirtschaftlichen Auseinanderentwicklung zwi-

schen starken und schwachen Regionen und zu erheblicher wirtschaftlicher und sozialer Instabilität führen.

Auch die unterschiedlichen Interessen Frankreichs und Deutschlands kamen bereits in dieser Phase zum Ausdruck: Die dirigistisch ausgerichtete französische Politik sah in der gemeinsamen Währung ein Instrument, um nicht wirtschaftspolitischen Einfluss an Deutschland zu verlieren. Deutsche Regierung und Bundesbank hingegen bemühten sich, Hürden für einen zu raschen Übergang zur Währungsunion aufzubauen und die ideologischen Weichen für die Währungsunion mit der Betonung der Unabhängigkeit der Zentralbank und Disziplinierung der Budgetpolitik zu stellen.

Schließlich erfolgte die Entscheidung auf höchster politischer Ebene. Bundeskanzler Helmut Kohl gab – wohl auch in Zusammenhang mit der Priorität der deutschen Vereinigung – dem Drängen von Staatspräsident Mitterand und Kommissionspräsident Jacques Delors nach und ermöglichte den Vertrag von Maastricht. Die Kritik der im weiteren Sinn keynesianisch ausgerichteten Ökonomen von Charles Bean über Robert Solow bis zu Francesco Modigliani und Olivier Blanchard folgte auf dem Fuß: Die Währungsunion sei „*incomplete*“, weil Fiskalunion und politische Union fehlten.

Modys Akte drei und vier umfassen das Versagen der Wirtschaftspolitik in den ersten Jahren der Währungsunion. Zunächst prägte die Auseinandersetzung um die Budgetziele die Wirtschaftspolitik der Eurozone. Getrieben von der Rezession 2001, aber auch den vorangegangenen unangemessenen Steuersenkungen stieg das Budgetdefizit sowohl in Frankreich als auch in Deutschland über die magi-

sche Grenze von 3% des BIP und geriet damit in Konflikt mit den EU-Vorgaben. Kommissionspräsident Romano Prodi sah die ökonomischen Probleme des Stabilitätspaktes recht klar, der bei Unterauslastung und steigender Arbeitslosigkeit Budgetkonsolidierung verlangte, um die Regeln einzuhalten: Dieser sei „*stupid as are all rigid decisions*“.

Doch die Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Mitgliedsländern und den die Einhaltung der Regeln verfechtenden kleinen Ländern wurde auf der Ebene der politischen Macht und nicht der ökonomischen Argumente ausgefochten. Das rächte sich, zum einen weil die europäische Wirtschaftspolitik in der Folge recht rasch auf einen restriktiven Kurs einschwenkte, um die Budgetregeln wieder einzuhalten, und so die wirtschaftliche Erholung verzögerte und dämpfte. Zum anderen weil nationale politische Interessen gegenüber gemeinsamen ökonomischen Interessen priorisiert wurden.

Als noch gravierender erwiesen sich die eklatanten Fehleinschätzungen in Bezug auf Banken, Finanzmärkte und Privatverschuldung. Obwohl Robert Shillers Standardwerk „*Irrational Exuberance*“ in sukzessiven Auflagen immer neue Beispiele von irrationalen Übertreibungen auf den verschiedenen Segmenten der Finanz- und Vermögensmärkte aufzeigte, sonnte sich die Politik in der Illusion der „*great moderation*“. Die EZB sprach noch im Juli 2007 von einem „*favourable outlook for economic activity*“. ihr Präsident Jean-Claude Trichet im Juni 2008 vom „*remarkable success*“ des Euro.

Im Geist dieser eklatanten und unverzeihlichen Fehleinschätzungen wurden Bankenregulierungen mit Basel II

2004 weiter zurückgefahren, die Gefahren des Aufblähens der Bankbilanzen negiert, ebenso wie jene der verschuldungsfinanzierten Immobilienpreisblasen in mehreren Mitgliedsländern der Eurozone. Die Eurozone war zehn Jahre nach ihrer Gründung weder ökonomisch noch institutionell oder politisch auf ihre herannahende größte Herausforderung eingestellt: Die weltweite Finanzkrise traf sie völlig unvorbereitet, dafür mit umso größerer Wucht.

Akt fünf widmet sich dem Ausbruch der Finanzkrise, dem drohenden Zusammenbruch des Finanzsystems, der schweren Rezession und dem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit ab Herbst 2008. Mody bewertet das Vorgehen der Europäischen Zentralbank aus guten Gründen als desaströs. Nach dem Verschließen der Augen vor der herandräuenden Finanzkrise verschloß die EZB den Ausbruch der Krise. Während die US-FED bereits im September 2007 mit Zinssenkung begann, erhöhte die EZB im Juli 2008 sogar noch einmal die Zinssätze und verharrte in ihrem eingeübten Phantomkampf gegen Inflation und dem Mantra der Preisstabilität, wo rasches Handeln zur Stabilisierung von Konjunktur und Banken gefragt gewesen wäre.

Mody charakterisiert die Geldpolitik von Jean-Claude Trichet mit „*too little, too late*“. In Bezug auf die Banken hingegen schwenkte Trichet rasch auf eine „*full bail out*“-Position ein: Die SteuerzahlerInnen müssten die Banken retten, um Dominoeffekte im Finanzsystem zu vermeiden. Mody kritisiert auch das heftig, weil damit „*world's most sophisticated investors*“ mit öffentlichen Mitteln freigekauft wurden. Er führt das Beispiel Irlands an, wo im September 2008 eine Garantie

für alle Banken ausgesprochen wurde. Auch die unter erheblichem EZB-Druck erfolgte Verstaatlichung der Hypo Alpe Adria in Österreich könnte dafür als Beispiel dienen.

Um Irland und Griechenland geht es dann im Detail in Akt sechs. Dabei zeigt Mody klar die unterschiedlichen Sichtweisen der Akteure. Während der IWF und viele ÖkonomInnen für einen „*haircut for the bond holders*“ eintraten, um die Risikotragung anreizadäquat zu gestalten, pochte die politische Ebene auf den *Bail out*, um Dominoeffekte zu vermeiden. Auch in Bezug auf die Ausrichtung der Fiskalpolitik ergaben sich ähnliche Unterschiede. Viele ÖkonomInnen – darunter auch der Chefökonom des IWF Olivier Blanchard und sein Team – opponierten gegen eine harsche Austeritätspolitik, während die Politik in der EU und vor allem Deutschland dafür eintrat.

Modys Akt sieben ist dem wirtschaftspolitischen Versagen der Eurozone in den Jahren 2011 bis 2013 gewidmet. Dieser traf alle Politikbereiche. In der Geldpolitik begann die EZB mit Zinsanhebungen im April 2011, um „die Inflationserwartungen fest zu verankern“, während die FED mit Nullzinspolitik und „*Quantitative easing*“ versuchte, der Deflationsgefahr zu begegnen. In der Fiskalpolitik kam es zu einer ideologisch fundierten kollektiven Austeritätspolitik in der Eurozone, in Modys Worten: „*a norm became a virtue*“. Die Forschungsergebnisse der IWF-Ökonomen Blanchard und Leigh zur Höhe des Multiplikators in der Krise wurden von Kommissar Oli Rehn, der aktuell unverständlicherweise als EZB-Präsident im Gespräch ist, als „*wrong, not helpful and eroding confidence*“ charakterisiert. Ashoka Mody kritisiert ebenso den von Kompetenzüber-

schreitungen gekennzeichneten Versuch der EZB, neoliberale Strukturpolitik zu machen, etwa wenn Präsident Trichet von den Regierungschefs Italiens und Spaniens Berlusconi und Zapatero eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und stärkere fiskalische Restriktionspolitik verlangte.

Dass die Eurozone angesichts dieses Politikversagens nicht in eine gefährliche Depression abrutschte, ist wohl vor allem zwei Faktoren zu verdanken: Zum einen dem unterschätzten fiskalischen Stimulus seitens der chinesischen Regierung, die damit nicht nur die eigene Wirtschaft, sondern auch den Welthandel stabilisierte; zum anderen der scharfen Kehrtwende der EZB, indem der neue Präsident Mario Draghi im Juli 2012 mit seiner in die Geschichte eingegangenen „*Whatever it takes*“-Rede und dem „Outright Monetary Transaction“-Programm im September 2012 eine Art Fiskalunion durch die Hintertür einführte.

Heute wird Italien als die kommende große Bewährungsprobe für die Eurozone angesehen. Ashoka Mody diskutiert den Fall Italien in Akt acht seines Buches. Die Hoffnung der italienischen technokratischen Wirtschaftselite bestand darin, dass der Euro als externer Anker zur Stabilisierung der italienischen Wirtschaft dienen würde. Doch diese befand sich von Beginn der Währungsunion an im wirtschaftlichen Abstieg. Das BIP pro Kopf sank von 107% des EU-Durchschnitts im Jahr 2007 auf 96% 2017. Die Geldpolitik der EZB war für Italien vor allem in der Finanzkrise deutlich zu restriktiv. Die italienische Fiskalpolitik erzielte durchgehende Primärüberschüsse, die angesichts des hohen Niveaus der Staatsschulden und der entsprechenden Zinszahlungen dennoch meist in Budgetdefiziten

mündeten. Die von der Wirtschaftspolitik ausgehenden Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung waren demnach negativ. Dazu kam das außerordentlich instabile Bankensystem.

Mody sieht Italien wie auch die anderen südeuropäischen Mitgliedsländer der Eurozone in einer Abwärtsspirale: Zum ersten fehlt es ihnen an binnenwirtschaftlicher Resilienz, die auch in niedrigem Produktivitätswachstum und endemischen institutionellen Problemen, von verbreiteter Korruption bis mangelhaftem Bildungssystem, von ungenügend entwickeltem Sozialsystem bis hoher Ungleichheit, zum Ausdruck kommt. Zum zweiten trägt die europäische Wirtschaftspolitik nicht zur Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen starken und schwachen Mitgliedsländern bei, sondern verstärkt die Unterschiede sogar noch. Mody kommt auf die zutreffende Vorhersage Nikolas Kaldors zurück: Eine Währungsunion ohne wirtschaftliche Ausgleichsmechanismen führt zu wachsender Divergenz.

Im finalen Akt neun stellt Mody die alternativen Szenarien der weiteren Entwicklung nach der Finanzkrise dar. Das „*more of the same*“-Szenario sieht er durch niedrige Raten des Wirtschaftswachstums, hohe Verschuldung und schwache Banken charakterisiert. Die Auseinandersetzung über die Frage „*Who will bail out Italy?*“ könnte das globale Finanzsystem schwer erschüttern. Als Ausweg erscheint Ashoka Mody sein mehrfach vorgetragener Vorschlag eines „glücklichen Endes des Euro“ durch den Austritt Deutschlands aus der Währungsunion. Hier sieht er keine Verlierer: Die deutsche Währung würde drastisch aufwerten, was in Deutschland als Stärke interpretiert werden würde; der

Rest-Euro würde abwerten, was die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung in den Südländern anregen würde. Damit wäre das System mit einem politischen Hegemon Deutschland, der nicht bereit ist, die wirtschaftlichen Kosten zu tragen, endlich beendet. So weit, so unrealistisch.

Noch unrealistischer, wenn auch sehr sympathisch, erscheint Ashoka Modys Positivszenario einer „*new republic of letters*“, in der Europa nach dem Vorbild des alten Griechenland sich als Marktplatz für neue Ideen mit einem Schwerpunkt Bildung und Demokratie neu erfindet. Wirtschaftspolitisch hieße das ein Ende der rigiden Fiskalregeln, ein Doppelmandat für die EZB mit Preis- und Wirtschaftsstabilität, ein Schuldenrestrukturierungsprogramm und floatende Wechselkurse. Der Euro, so Mody im Epilog seines Buches, war eine Fehlentscheidung, weil er auf falschen wirtschaftlichen Prämissen aufbaute und durch die Unwilligkeit gekennzeichnet war, gemeinsame finanzielle Ressourcen zu teilen.

Diese pessimistische Sichtweise ist gut begründet. Viele Elemente der Mody'schen Analyse sind zutreffend: von der Kritik an der verfehlten Geld- und Finanzmarktpolitik der EZB zwischen 1999 und 2012, der falschen Ausrichtung der europäischen und vor allem der deutschen Fiskalpolitik bis zu fehlenden positiven Strukturreformen in weiten Bereichen: von der Bildungspolitik bis zur Klimapolitik.

Dennoch lässt einen das Buch ratlos zurück. Wäre Europa ohne den Euro in den letzten beiden Jahrzehnten nicht noch viel mehr zum Spielball der spekulativen internationalen Finanzmärkte geworden? Wäre es nicht vor allem in

der Finanzkrise noch viel ärger durchgebeutelt worden? Wäre die Koordination der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik nicht noch weniger möglich gewesen, und wer hätte mit den amerikanischen und anderen internationalen Regierungsstellen kooperiert? Wir wissen es nicht. Die Gefahr einer langanhaltenden Depression und Massenarbeitslosigkeit scheint ohne Euro aber auch nicht kleiner als mit der gemeinsamen Währung.

Bei den wirtschaftspolitischen Alternativen bleibt Mody leider zu vage. Die EU hat die letzten sechs Jahrzehnte seit ihrer Gründung und ganz besonders die letzten zwei Jahrzehnte in der Währungsunion eine Politik des „*muddling through*“ verfolgt, in der ungenügend entwickelte Institutionen und widerstrebende ökonomische und politische Interessen zu nicht zufriedenstellenden Politikergebnissen und ökonomischen und sozialen Entwicklungen geführt haben. Das kann mit guten Argumenten kritisiert werden.

Doch gleichzeitig sind auch in der Krise einige Errungenschaften und Erfolge gelungen: Von den „*Outright Monetary Transactions*“ über den europäischen Stabilitätsmechanismus und die Flexibilisierung der Fiskalregeln bis zur Bankenunion – alles nicht weit genug gehend, aber doch einen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung in der Eurozone leistend. Es ist recht wahrscheinlich, dass auch die nähere Zukunft von dieser Politik des Durchwurstelns geprägt sein wird.

Ökonominnen mit der langjährigen Erfahrung und der wirtschaftstheoretischen und -politischen Expertise eines Ashoka Mody sollten mit konkreten wirtschaftspolitischen Vorschlägen dazu beitragen, dieses Durchwursteln in die politisch richtige Richtung zu len-

ken: Was müsste geschehen, um das Finanzsystem weniger spekulativ zu machen und zu redimensionieren, die Kapitalverkehrsfreiheit zumindest in ihren spekulativen Teilen zu bremsen, die Macht der großen Banken und Anlagefonds zu brechen, europäische Ausgleichsmechanismen zwischen starken und schwachen Regionen zu etablieren, die europäische Wirtschaftspolitik an allgemeinem Wohlstand und nicht nur an Stabilität von Preisen und Staatsfinanzen auszurichten, den Einfluss des Bankensystems

und der Vermögenden auf die Wirtschaftspolitik einzudämmen?

Ashoka Modys „Euro Tragedy“ ist aufgrund seiner umfassenden, informierten und detaillierten Kritik an der Ausgestaltung der Europäischen Währungsunion unbedingt lesenswert. Konkrete Pläne und praktikable Vorschläge zur Weiterentwicklung im Sinne einer wohlstandsorientierten Politik für die große Mehrheit der Bevölkerung muss man bei anderen AutorInnen suchen.

Markus Marterbauer

Eine Navigationskarte aus der Krise

Rezension von: Stephan Schulmeister,
Der Weg zur Prosperität, Ecowin-Verlag,
Salzburg – München 2018,
475 Seiten, gebunden, € 28;
ISBN 978-3-711-00148-1.

Manche Bücher verlieren ihre Aktualität schon bald nach der ersten Rezension, weil sie von Moden und kurzfristigen Ereignissen motiviert sind. Das vor gut einem Jahr erschienene Buch „Der Weg zur Prosperität“ des österreichischen Wirtschaftsforschers Stephan Schulmeister ist hingegen heute noch so aktuell wie am Tag der Veröffentlichung. Und es ist zu befürchten, dass sich an seiner Brisanz auf absehbare Zeit nicht viel ändern wird. Denn das Generalthema des Buches ist der Neoliberalismus, der Schulmeister zufolge seit fast 50 Jahren als „Navigationskarte“ für die globale Wirtschaftspolitik dient und das „erfolgreichste Projekt der Gegen-Aufklärung“ ist. Es ist ein Thema, mit dem sich kaum jemand in Österreich intensiver beschäftigt hat als Stephan Schulmeister. Der 1947 geborene Ökonom war vier Jahrzehnte lang am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) beschäftigt und hat in dieser Zeit akribisch das Verhältnis von Finanzsystem und Realwirtschaft analysiert, die Finanzkrise und ihre Folgen früh und oft vorhergesagt und immer wieder mögliche Auswege für Ökonomie und Politik dargelegt.

Mitten in der letzten großen Weltwirtschaftskrise hat Schulmeister 2010 bereits in einem dünnen Büchlein eine Tour d’Horizon durch sein Forschungs-

programm niedergeschrieben, einen „New Deal für Europa“ vorgeschlagen und Vorarbeit für das nun vorliegende Werk geleistet.¹ Dieses ist nun sein „Lebensbuch“, wie er es in der Wochenzeitung „Die Zeit“ nennt. Man kann es zu Recht als Lebenswerk bezeichnen, denn das Buch ist prall gefüllt mit Informationen, Grafiken, Exkursen, erklärenden Boxen, weiterführenden Literaturhinweisen und seitenweisen Anmerkungen, die Schulmeisters jahrzehntelange Forschung widerspiegeln. Auf die Frage, an wen sich das Buch richtet, gibt es zwei Antworten. Zum einen an LeserInnen, die wirtschaftspolitisch und -historisch interessiert sind, aktuelle Krisenerscheinungen besser verstehen wollen und Vorschläge für Auswege aus ökonomischen Sackgassen suchen. Der Autor selbst widmet sein Buch allerdings „den Neoliberalen in allen Parteien, in den Medien und in der Wissenschaft“.

Der Weg zur Knechtschaft

Schon nach wenigen Seiten zeigt sich: Der Autor hegt nicht nur Abneigung, sondern auch eine gewisse Bewunderung und Anerkennung für die Größen des Neoliberalismus. Nicht zuletzt ist der Titel des Buches eindeutig an eines der Hauptwerke von Friedrich August von Hayek, „Der Weg zur Knechtschaft“ (1944), angelehnt. Hayek führte darin einen erbitterten Feldzug gegen zentrale Wirtschaftsplanung, die ihm zufolge in autoritäre politische Systeme münde, und preist die Vorzüge der Marktwirtschaft, die mit Freiheit und Recht einhergehe.² Tatsächlich enthüllte Hayek seine antidemokratische Gesinnung mit der Unterstützung für die blutige Militärdiktatur Pinochets in Chile. Mit seinem Buch

verfasste er jedenfalls den Katechismus neoliberalen Gedankenguts, die Kampfschrift für einen Kreuzzug. Es scheint, dass Schulmeister vor allem die wohlüberlegte Strategie und das systematische Vorantreiben neoliberaler Grundsätze bewundert, die schließlich auch zu deren erfolgreicher Umsetzung geführt haben.

Schulmeister lässt auch keinen Zweifel daran, dass der Weg zur Prosperität ähnlich minutiös und geduldig wie die „neoliberale Revolution“ geplant und durchgeführt werden muss. Es drängt sich der Wunsch nach einer fortschrittlichen, linken Mont-Pelerin-Gesellschaft auf. Diese in Schulmeisters Geburtsjahr gegründete Denkfabrik war die treibende Kraft hinter vielen Initiativen, die sukzessive die damals vorherrschende keynesianische Doktrin untergruben und schließlich deren Ablöse bewirkten. Das Netzwerk der neoliberalen Chefideologen hat Schulmeister genau studiert. „Kenne deinen Feind“ ist eine Grundregel in kriegerischen Auseinandersetzungen, und eine Vielzahl an Zitierungen der einschlägigen Literatur aus dem Umkreis der Mont-Pelerin-Gesellschaft zeugt davon, dass Schulmeister seine GegnerInnen hervorragend kennt.

Navigationskarte in die Krise

Für einen guten Überblick hat Schulmeister seine Hauptaussagen in 20 Thesen zusammengefasst, die einen roten Faden durch das Buch vorgeben. Im Zentrum steht dabei immer der Neoliberalismus, den Schulmeister als eine politische Navigationskarte in die europäische Krise beschreibt. Die wichtigsten Elemente dieser Orientierungskarte sind die Entfesselung der Finanzmärkte und gestiegene Finanzspekula-

tion bei gleichzeitigem Rückgang des Wachstums von Realinvestitionen und Arbeitsplätzen sowie die Durchsetzung von Sparpolitik und Lohnsenkungen. Das Buch gliedert sich in sechs Abschnitte, beginnend mit einer Theoriekritik, über eine Analyse der herrschenden Wirtschaftspolitik bis zu Vorschlägen für einen Paradigmenwechsel in Theorie und Praxis.

Der erste Abschnitt ist der Dekonstruktion neoklassischer Wirtschaftstheorie gewidmet. Schulmeister behandelt darin die gleichgewichtszentrierten Lehrbuchmodelle für Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte. Es ist verständlich, dass der Autor einzelnen Ausdifferenzierungen dieser Modelle nicht allzu viel Platz einräumen möchte; allerdings wirkt die Kritik oft etwas holzschnittartig. Natürlich haben die fundamentalen Grundannahmen der Neoklassik, wie das nutzenmaximierende Verhalten des *homo oeconomicus*, vollkommene Information und rationale Erwartungen, nur wenig mit der Realität zu tun. Diese Reduktion in der Argumentation Schulmeisters macht es den VertreterInnen der Neoklassik in Diskussionen aber zu einfach, die Kritik mit Verweis auf moderne Adaptionen und Abweichungen von diesen Grundannahmen als Strohmannargumente abzukanzeln. Dabei wird regelmäßig die Verhaltensökonomie ins Treffen geführt, die menschliches Handeln bei nicht vollkommener Information oder nicht rationalem Verhalten an Finanzmärkten untersucht. Die Kritik Schulmeisters wird durch moderne neoklassische Ansätze also nicht ausgehebelt, sie wäre aber noch treffender, wenn sie sich auch explizit auf die neueren Strömungen und ihren Bezug zum neoklassischen Referenzrahmen bezöge. Wer sich damit ausführlicher

beschäftigen möchte, greift zusätzlich zu Büchern wie „Debunking Economics“ (2011) von Steve Keen.³ Sehr gewinnbringend ist allerdings ein Exkurs Schulmeisters in die Erkenntnistheorie von Ludwik Fleck, der Theorieproduktion als sozialen Prozess unter Einfluss gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse versteht. Zentral ist dabei die Auffassung, dass die neoklassische Lehrbuchökonomie keineswegs die einzige und unumstößliche Lehrmeinung ist, sondern die derzeit dominante Denkschule in einem Wettstreit von Ideen darstellt.

Im zweiten Abschnitt des Buches zieht Schulmeister Lehren aus der Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit. Er skizziert, wie sich die Spielanordnung des „*golden age of capitalism*“ in eine Gegen-Aufklärung der Marktreligiosität wandelte – einen Umbau vom Real- zum Finanzkapitalismus. Das bis in die 1970er vorherrschende keynesianische Wirtschaftsmodell zeichnete sich durch Kooperation von Arbeit und Kapital, Konzentration auf Realwirtschaft, Nachfrage durch produktivitätsorientierte Lohnpolitik und Stabilität durch staatliche Intervention aus.⁴ Der Finanzsektor war zu dieser Zeit lediglich der Diener der Realwirtschaft. Dieses Modell wurde untergraben durch neoliberale Theorien über die Stabilität freier Finanzmärkte (Friedman), über die Schädlichkeit (Stigler) bzw. Verzichtbarkeit (Coase) staatlicher Regulierungen, über das Staatsversagen (Buchanan) und über die Sinnlosigkeit von Vollbeschäftigungspolitik (Friedman). Die KeynesianerInnen waren zu selbstsicher und ignorierten diese Angriffe fahrlässig, schreibt Schulmeister. Er skizziert dabei minutiös die erfolgreiche „Reconquista“ der Mont-Pelerin-Gesellschaft, die in der Durchsetzung

einer finanzkapitalistischen Spielanordnung mündete.

Das ist die bereits aus vielen Publikationen und Auftritten Schulmeisters bekannte Hauptkritik, die auch den dritten Abschnitt des Buches füllt. Er stellt die zwei, wie er es nennt, Spielanordnungen Realkapitalismus und Finanzkapitalismus nebeneinander und untersucht Unterschiede in Bezug auf dominante Interessen, das Verhältnis zum Staat, die Profiteure der jeweiligen Wirtschaftsordnung, deren wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele. Schulmeister legt überzeugend dar, dass das realkapitalistische Modell der Nachkriegszeit für breiten Wohlstand und Stabilität sorgte, das finanzkapitalistische Modell hingegen zu tiefen Wirtschaftskrisen und Instabilität führte. In bekannter Manier spart er in seinem Feldzug nicht mit scharfer und pointierter Kritik. In der neoliberalen Weltanschauung hätten Demokratie, Ethik und Moral keinen Platz, dafür aber Finanzspekulation, Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Armut. Empirisch untersucht er die fünf Rezessionen 1973/74, 1980/82, 1991/93, 2001/03 und 2008/09 und resümiert, dass diese durchwegs von Turbulenzen auf den Finanzmärkten ausgelöst wurden. Die staatlichen Defizite waren niemals der Grund für die Krise, sondern die Folge von höherer Arbeitslosigkeit und sinkenden Steuereinnahmen. Wie gewohnt überzeugt Schulmeister in diesem Teil des Buches mit fundierter Kenntnis der Finanz- und Rohstoffmärkte. Er gilt zu Recht als einer der versiertesten Finanzmarktexperten mit dem Talent, die komplexe Materie für interessierte Laien möglichst einfach zu erklären.

Der vierte Abschnitt handelt von der jüngsten Wirtschaftskrise in der Euro-

zone. Schulmeister hat viel Datenmaterial zusammengetragen, um den Verlauf der Krise ab 2007 zu analysieren. Mit besonderem Augenmerk auf die Ursachen, Narrative, Lösungswege und Folgen der Krise bietet er eine messerscharfe Analyse der verheerenden europäischen Wirtschaftspolitik. Auf die systemischen Wurzeln der Krise gab es keine politische Reaktion, die fehlgeleitete Symptombekämpfung führte hingegen noch tiefer in die Katastrophe. An der Austeritätspolitik lässt Schulmeister wie viele Ökonomen mit postkeynesianischem Hintergrund kein gutes Haar. Sein Fazit: Die finanzkapitalistische Spielanordnung ist die Hauptursache der europäischen Krise, und die neoliberalen Therapien verschlimmern die Krankheiten wie Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Armut. Eine grundlegende Erneuerung der gescheiterten EU-Regelwerke sei innerhalb der herrschenden Spielanordnung illusorisch, denn wichtige Maßnahmen zur Stärkung von Wirtschaftswachstum, sozialem Zusammenhalt und europäischer Integration widersprechen den Eckpfeilern des Neoliberalismus.

Neoliberalismus als „falsches Ganzes“

Im gesamten Buch schwingt immer wieder etwas Nostalgie mit, wenn Schulmeister über den europäischen Nachkriegskapitalismus schreibt. Das europäische Modell, das sich durch soziale Marktwirtschaft und eine realkapitalistische Spielanordnung auszeichnete, war aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten klar dem heutigen überlegen. Der in den 1970ern verortete Wandel zum Finanzkapitalismus stellte für das euro-

päische Modell einen viel größeren Bruch dar als beispielsweise für das US-amerikanische *Laissez-faire*-Modell. Denn der Sozialstaat europäischer Prägung basiert auf stabilem Wirtschaftswachstum, das unter finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen unmöglich wurde, schreibt Schulmeister. Somit zieht der Ökonom im fünften Abschnitt eine vernichtende Gesamtbilanz des Neoliberalismus. Das neoliberale Gesellschaftsmodell sei ein „falsches Ganzes“, das auch nur „im Ganzen“ überwunden werden könne. Als wichtige Etappen sieht Schulmeister die Aufklärung über die realitätsfernen neoliberalen Theorien sowie die fatalen Folgen der daraus abgeleiteten Politik. Außerdem sei für den Weg zur Prosperität eine neue Navigationskarte erforderlich, die auf realitätsnahen Theorien anstelle von abstrakten, marktreligiösen Modellen beruht.

Der abschließende sechste Abschnitt sammelt Vorschläge für eine solche Navigationskarte. Es ist ein Spagat zwischen der von ihm selbst geforderten Überwindung „im Ganzen“ und realpolitischen Reformen im Bestehenden. Er analysiert rezente Debatten um Vollgeld, bedingungsloses Grundeinkommen, Gemeinwohlökonomie, *green growth* und *degrowth*. Sehr konkrete Vorschläge hat Schulmeister zur Eindämmung der „Finanzalchemie“ parat. Die Gründung eines europäischen Währungsfonds soll eine gemeinsame Finanzierungsagentur aller Eurostaaten sein, die an Bedingungen geknüpfte Kredite für Fiskal- und Wachstumspolitik vergibt. Die Einführung einer generellen Finanztransaktionssteuer zwischen 0,01 und 0,1 Prozent soll überbordende Finanzspekulation eindämmen und Hochfrequenz-

handel unrentabel machen. Eine EU-Behörde zur Beaufsichtigung des gesamten Finanzsektors soll dafür sorgen, dass dieser im Dienst der Realwirtschaft steht. Das Buch bietet weiters eine Reihe von konkreten Maßnahmen im Bereich Ökologie (Preispfad für fossile Energieträger, thermische Sanierung und Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze für Züge) und Soziales (Schaffung von Wohnraum, Mindestsicherung, Beschäftigungsprogramme).

Schulmeister adressiert bei seinen Vorschlägen durchwegs die europäische Ebene. Es ist nachvollziehbar, dass die großen Probleme auch auf einer größeren politischen Bühne gelöst werden müssen. Für manche Fragestellung gibt es aber durchaus auch nationale Spielräume, die hier eher in den Hintergrund geraten. Der Fokus auf die EU als großer geopolitischer Block in der Weltwirtschaft birgt aber auch viel Diskussionspotenzial. So werden Möglichkeiten skizziert, wie die EU die starke Einflussnahme Chinas am afrikanischen Kontinent bremsen und selbst aktiv werden sollte. Gut gemeint, aber aus postkolonialer Sicht zu Recht höchst umstritten.

Fazit

Schulmeisters „Lebensbuch“ bietet in vielen Bereichen Lehrreiches und Diskussionsstoff, denn es vereint gekonnt ökonomische Theorie, wirtschaftsgeschichtliches Hintergrundwissen, Finanzmarktexpertise, rezente empirische Analysen und eine lange Liste an wirtschaftspolitischen Vorschlägen. Dabei entwickelt er zahlreiche innovative Ansätze, wie etwa den

„*homo humanus*“ als Widersacher des „*homo oeconomicus*“ oder die „Bullen-Bären-Hypothese“ als Gegenstück zur neoklassischen Effizienzmarkthypothese.

Das Buch lässt sich nicht leicht in eine Literaturreihe einordnen. Es ist sowohl ein leidenschaftliches Plädoyer für eine andere Wirtschaftspolitik, eine Abrechnung mit neoliberalen Doktrinen und der Lehrbuchökonomie, ein fundierter Beitrag zur Volksbildung in Wirtschaftsgeschichte als auch ein Lebenswerk aus der jahrzehntelangen Erfahrung eines unbeugsamen Ökonomen. Ein Rezensent beschreibt es in der „Zeit“ treffend als eine Mischung aus Wutausbruch, Lehrbuch und Anklageschrift.

Auch wenn viele WegbegleiterInnen Schulmeister als unermüdlichen Mahner und hartnäckigen Kritiker kennen, bleibt er im Buch erfrischend optimistisch. Die Performanz des Neoliberalismus sei derart miserabel, dass er selbst den Boden für seinen Niedergang aufbereite.

Matthias Schnetzer

Anmerkungen

- ¹ Schulmeister, Stephan, Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa (Wien 2010).
- ² Hayek, F. A., Der Weg zur Knechtschaft (Reinbek/München 2003 [1944]).
- ³ Keen, Steve, Debunking Economics (London – New York 2011).
- ⁴ Kowall, Nikolaus, Das neoliberale Modell. Eine Einführung, in: Marterbauer, Markus; et al. (Hrsg.), Das Scheitern des neoklassischen Paradigmas. Wirtschaftspolitik in der EU (= Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Band 19, Wien 2015).

Wenn Globalisierung entgleist

Rezension von: Dani Rodrik, *Straight Talk on Trade: Ideas for a Sane World Economy*, Princeton University Press, Princeton, NJ, 2018, 316 Seiten, gebunden, € 29,99; ISBN 978-0-691-17784-7.

Zwar werde viel über Symptome wie etwa Handelskriege diskutiert. Aber die Krankheit liege – so der Tenor des aktuellen „Trade and Development“-Report der UNCTAD – in einem Teufelskreis von „*corporate political capture*“ (also einer von Unternehmensmacht gekaperten Politik) und steigender Ungleichheit begründet: Geld werde demnach verwendet, um politische Macht zu gewinnen, und politische Macht werde wiederum dazu verwendet, (noch mehr) Geld zu gewinnen.

An diese scharfe UNCTAD-Kritik an der sog. „Hyperglobalisierung“ lässt sich unmittelbar mit einem zweiten markanten Schlaglicht aus der jüngsten Diskussion zur Krise der Globalisierung anschließen. So ist zwar gegenwärtig viel von „Populismus“ die Rede. Doch das systematische Ausblenden ökonomischer Faktoren – so der „Ausgangsverdacht“ in Philip Manows aktueller Publikation „Politische Ökonomie des Populismus“ – sei womöglich Teil des Problems. Denn es greife zu kurz, das Erstarken des „Populismus“ bloß kulturalistisch aus einer selbstgerechten Perspektive der Eliten abzuhandeln – und damit insbesondere auch auf eine ernsthafte Reflexion der ökonomischen Gründe dieser Protestform gegen die Globalisierung zu verzichten.

Diese beiden Schlaglichter weisen

darauf hin, wie sehr sich mittlerweile das Ruder weg von der Globalisierungseuphorie und Marktgläubigkeit der 1990er-Jahre gedreht hat.

In beiden Fällen fungiert der Harvard-Ökonom Dani Rodrik als wichtiger Stichwortgeber und fixe Referenz für aktuelle Globalisierungskritik. Den Nerv der politökonomischen Diskussion trifft Rodrik nicht zuletzt durch seine Vorwegnahmen des Phänomens Trump sowie seinen nüchternen Umgang mit den Möglichkeiten und Grenzen sog. „*Global Governance*“. Welche Perspektiven bestehen dafür, aus dem eingangs geschilderten Teufelskreis aus demokratiezerstörender Kapitalmacht und verschärfter sozialer Polarisierung auszubrechen? Wohin soll eine stichhaltige Globalisierungs- und damit Kapitalismuskritik zielen, die sich zugleich der Gefahr des weltweiten Vormarschs „neuer Autoritarismen“ bewusst ist?

Für diese gegenwärtig höchst relevanten Suchprozesse enthalten die Interventionen von Rodrik jedenfalls diskussionswürdige Anhaltspunkte und produktive Irritationen. Zudem lohnt sich insbesondere auch im Spiegel jüngster Konflikte zu handelspolitischen Großprojekten (wie z. B. dem EU-USA-Abkommen TTIP oder dem Transpazifischen Abkommen TPP) eine Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Buch. Darin spricht Rodrik gleich im Eingangskapitel Klartext, was die Rolle der ökonomischen Disziplin für aktuelle Verwerfungen der Globalisierung und den Trump'schen *Backlash* betrifft:

ÖkonomInnen hätten sich in den letzten Jahrzehnten zu sehr unter die „*Cheerleaders*“ der Globalisierung begeben und mit der notorischen Ausblendung von z. B. Fragen des Markt-

versagens, sozialen Dumpings und Verteilungseffekten oder etwa der regulatorischen Auswirkungen neuerer Freihandelsverträge zum derzeitigen *Backlash* beigetragen. Rodrik bezweckt mit dieser Kritik nicht, seiner Disziplin dafür pauschal die „Schuld“ zu geben. Ihr liegt vielmehr ein Plädoyer dafür zugrunde, die dahinterstehenden Missstände als real anzuerkennen und sich nicht nur im Seminarraum, sondern auch in der öffentlichen Debatte von den *Cheerleaders* der Globalisierung zu lösen. Das würde nicht nur Glaubwürdigkeit zurückbringen. Solcherart argumentierende ÖkonomenInnen könnten zudem – so das Wunschbild von Rodrik – als „ehrliche Makler“ („*honest brokers*“) eine differenzierte Debattenführung unterstützen.

„*Corporate Capture*“ von Handelsabkommen

Dafür lassen sich beispielsweise die Debatten zu den ökonomischen Effekten von handelspolitischen Großprojekten wie TPP und TTIP nennen: Deren Auswirkungen würden unter Mithilfe von ÖkonomenInnen oft übertrieben positiv dargestellt. Damit seien die Unterschiede zwischen den konventionellen Handelsabkommen (mit ihrem Fokus auf Zollabbau) und den neuen Handelsabkommen mit ihren nachteiligen Effekten auf Demokratie und gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt in den Hintergrund getreten.

Die zentrale Stoßrichtung Rodriks gegenüber derartig umfassenden Abkommen der neuen Generation lautet: Sie verdienen im Grunde den Namen Handelsabkommen nicht – es handle sich vielmehr um einen länderübergreifenden Mechanismus zur Absicherung

ökonomischer Renten und zur Förderung einer gekaperten Gesetzgebung im Interesse politisch einflussreicher Exportunternehmen sowie multinational tätiger Konzerne.

Rodrik spricht hier vier Bereiche an, um den Charakter der neuen Handelsabkommen als Zwangsjacken für politische Handlungsspielräume zu veranschaulichen: geistige Eigentumsrechte (z. B. zur Absicherung der Monopolrenten von Pharmazieunternehmen), Deregulierung bzw. Absicherung grenzüberschreitender Kapitalflüsse, Forcierung von Sonderschiedsgerichten bei Investor-Staat-Konflikten sowie die Harmonisierung regulatorischer Standards (inkl. Deregulierung von z. B. als „Handelsbarrieren“ gebrandmarkten Gesundheits- und Sicherheitsstandards).

Derartige Argumente zum expansionistischen Charakter von Handelsabkommen der neuen Generation sind nicht unbedingt neu: Sie finden sich in einer langen Reihe globalisierungskritischer Beiträge von NGOs und von Gewerkschaften bis hin zu frühen Forschungsarbeiten im Feld der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie. Das Verdienst Rodriks besteht darin, dass er derartige Problemstellungen in viele bislang von den *Cheerleaders* der Globalisierung okkupierte Debattenforen holt und wirkungsvoll im ökonomischen *Mainstream* interveniert.

Rodriks Buch beinhaltet eine Reihe von Argumenten und Überlegungen, die auch über den ökonomischen *Mainstream* hinaus durchaus irritierend wirken können. Dazu zählt seine skeptische Einschätzung zur Fähigkeit von *Global-Governance*-Ansätzen, die manifesten Probleme im Bereich Sozialdumping und unfairer Handel in den Griff zu bekommen. Eine der schärf-

ten Kritiken Rodriks an der handelspolitischen Technokratie lautet, dass sie die Probleme des Sozialdumpings nicht anerkennt und dementsprechend bei Gegenmaßnahmen versagt. Damit habe sie die Türen für Demagogen geöffnet und den gegenwärtigen *Backlash* maßgeblich mitverschuldet.

Rodrik plädiert im Zweifel eher gegen eine Auslagerung von gesellschaftspolitisch stark polarisierenden Fragen von der – von ihm vornehmlich auf nationalstaatlicher Ebene ausgemachten Möglichkeit zur – demokratischen Deliberation an Technokraten und deren internationale Entscheidungsgremien. Diese Argumentation bildet mitunter auch einen roten Faden zu Rodriks prominentem Vorgängerbuch „Das Globalisierungsparadox“ und der dort zentralen „Trilemma-Diskussion“: Es sei demnach unmöglich, Hyperglobalisierung, Nationalstaat und Demokratie zugleich zu haben – höchstens zwei davon seien jeweils miteinander vereinbar.

Globale Standards und Regelwerke lassen sich nicht nur schwer durchsetzen, es mangelt ihnen auch an demokratischer Legitimität. Die wiederkehrende Befürchtung lautet deswegen, dass es im Rahmen von *Global-Governance*-Lösungsansätzen nur zur Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner kommt. Rodriks Grundsatz, „*social dumping that undermines democratically legitimated domestic practices is not acceptable*“, veranlasst ihn zu der Forderung, insbesondere innerstaatliche Entscheidungskompetenzen zur Abwehr unfairer Sozialdumping-Praktiken zu stärken:

„*Just as countries can impose duties on goods that are sold below costs, they should be allowed to restrict imports that demonstrably threaten da-*

mage to domestic regulatory arrangements“ (S. 231).

Rodrik berücksichtigt dabei durchaus, dass nicht alle Anwendungsfälle so eindeutig sind wie z. B. der unfaire Wettbewerb mit der Wirtschaft eines autoritären Regimes, in der schwere Verletzungen von sozialen und politischen Grundrechten die Regel sind.

Intelligente Globalisierung?

In diesem Kontext folgt Rodrik dem Credo: Intelligente Globalisierung müsse innerstaatliche Demokratie stärken – und nicht aushöhlen. Rodriks Kernüberlegung zum adäquaten Umgang mit dem besagten „*Anti-Social-Dumping*“-Prinzip lautet:

„*The principle rules out extremism on both sides. It prevents globalizers from gaining the upper hand in cases in which international trade and finance are a backdoor for eroding widely accepted standards at home. Similarly, it prevents protectionists from obtaining benefits at the expense of the rest of society when no significant public purpose is at stake. In less clear-cut cases, in which different values must be traded off against each other, the principle forces internal deliberation and debate – the best way to handle difficult political questions*“ (S. 232).

Zwar sei demokratische Deliberation keineswegs immer perfekt – aber nach Rodrik ist sie jedenfalls die bessere Lösung als die Auslagerungen von stark interessen- und wertbezogenen Zielkonflikten an Technokraten und deren internationale Entscheidungsgremien. Weitgehend skeptisch steht er dem Ansatz gegenüber, diese Probleme des Sozialdumpings durch die Aufnahme von Sozialstandards in Handelsabkommen selbst in den Griff zu bekom-

men: Dieser sei bislang ineffektiv und laufe mitunter Gefahr, unter der Dominanz von handelspolitischen VerhandlerInnen für die Durchsetzung kommerzieller Interessen instrumentalisiert zu werden. Zusammengefasst nimmt Rodrik das Problem also zuvorderst „importseitig“ in den Blick und plädiert für die Ausweitung von handelspolitischen Verteidigungsinstrumenten gegen „unfairen Handel“ unter dem Gesichtspunkt des Sozialdumpings – und das vor allem durch eine Stärkung der Handlungskapazitäten der betroffenen Staaten.¹

Um Missverständnissen vorzubeugen: Rodriks Buch beschränkt sich keineswegs auf handelspolitische Diskussionen im engeren Sinne – der Bogen reicht von Interventionen zur Industrie- und Innovationspolitik über Reflexionen zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideen bis hin zu fiskalpolitischen Spannungen innerhalb der Eurozone. Die Klammer bildet immer wieder die Problemstellung, wann wirtschaftliche Integration unverträglich für soziale Demokratie wird und in Desintegration umschlägt. Damit bewegen sich Rodriks Interventionen am Puls einer Zeitenwende, die sozial, politisch und ökonomisch durch verschärfte Polarisierung gekennzeichnet ist.

Der vorliegende Band ist jedenfalls lesenswert; nicht nur, weil er vor dem konfliktträchtigen Hintergrund reich an Denkanstößen ist, sondern auch, weil er pointiert geschrieben ist. Offen bleibt freilich, wo Rodrik die Grenzen seiner Argumentation zu den Kernpunkten der Gestaltung einer „intelligenten Globalisierung“ – nämlich Nationalstaat und demokratische Deliberation – sieht. Dies gilt umso mehr, wenn sich der globale Vormarsch neuer Autoritarismen weiter fortsetzt und der von Rodrik hochgehaltenen demokratischen Deliberation noch stärker ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen entzogen werden.

Oliver Prausmüller

Anmerkung

¹ In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen: In Rodriks Argumentation ist die spezifische Frage der (Nicht-) Anwendbarkeit von „*domestic trade remedies*“ bei Sozialdumping *innerhalb* der EU nicht elaboriert. Die Referenzfolie für „*domestic*“ bleibt unbenommen seiner Hinwendung zu EU-Themen (wie z. B. der Krisenanfälligkeit der Eurozone) vornehmlich nationalstaatlich zugeschnitten.

Eine Industriepolitik für die digitale Globalisierung

Rezension von: Patrizio Bianchi,
Sandrine Labory, *Industrial Policy for the
Manufacturing Revolution – Perspectives
on Digital Globalisation*, Edward Elgar,
Cheltenham und Northampton, MA,
2018, 175 Seiten, gebunden, £ 65;
ISBN 978-1-786-43031-1.

Der vom Verlag vorgegebene Preis der gebundenen Auflage lässt die Zielgruppe des Verlages für das Buch errahnen: WissenschaftlerInnen und ExpertInnen, Bibliotheken von Universitäten und auch sonstiger einschlägiger Institute. Das breite Publikum wird mit solch einem Preis nicht angelockt – kaum die interessierten LaiInnen. Und das wäre schade! Dies könnte sich allerdings mit der für Juni 2019 geplanten, wesentlich günstigeren Taschenbuchausgabe ändern.

Das Buch bietet zunächst eine sehr anschauliche und auch für „Nicht-SpezialistInnen“ interessante Darstellung der verschiedenen „Industriellen Revolutionen“ seit dem 18. Jh. Bianchi und Labory – beide vom Department of Economics and Management der Universität von Ferrara – untermauern ihre Sicht der „Industriellen Revolutionen“ auch mit Hilfe vieler Grafiken und Bilder. Natürlich hätte die eine oder andere Farbe den Darstellungen gutgetan – und wäre bei diesem Preis vom Verlag wohl auch zu erwarten gewesen.

Inhaltlich stellen Bianchi und Labory gleich zu Beginn klar, dass es in keiner der „Revolutionen“ um bloße technologische Brüche geht. Auch wenn die „Industriellen Revolutionen“ immer mit einigen wenigen technologischen Kern-

merkmalen verbunden werden. In Wahrheit geht es aber laut AutorInnen immer um grundlegende gesellschaftliche und systemische Veränderungen. Diese Veränderungen sind zum Teil Voraussetzung, zum Teil Begleiter der „Revolutionen“ – ohne sie gibt es keine Revolution. Damit ist auch klar: Die industriellen Revolutionen sind immer auch im Zusammenhang mit politischen Rahmenbedingungen – konkret: mit Industriepolitiken – zu sehen. Daher kommen die AutorInnen auch ganz konsequent zur Fragestellung, welche Konsequenzen die neuen digitalen Möglichkeiten und eine sog. vierte industrielle Revolution für die Industriepolitik haben (sollten).

Veröffentlichungen zur Industriepolitik (auch in Buchform) sind für Bianchi und Labory ja wahrlich nichts Neues. Zum Beispiel waren sie Herausgeber vom „International Handbook on Industrial Policy“ (2008), AutorInnen von „Industrial Policy after the Crisis“ (2012) und „Towards a new industrial policy“ (2016). Als WissenschaftlerInnen haben sie sich damit bereits einen klangvollen Namen erarbeitet. Wesentlich ist für sie immer wieder auch der Fokus auf die Bedeutung von regionalen Politiken (insbesondere in der Emilia Romagna) für erfolgreiche industrielle Entwicklungen.

Für Bianchi und Labory steht fest, dass sich seit Beginn des 21. Jh.s ein wesentlicher sozialer und ökonomischer Wechsel ankündigt: Das Zeitalter (ab etwa 1980) der exponentiellen Globalisierung, gemessen am Waren- und Dienstleistungsaustausch, erreichte seinen Höhepunkt mit der Krise 2008/9 und wird danach von einer neuen Phase der Globalisierung, gemessen am und charakterisiert durch den Datenaustausch, überlagert oder so-

gar abgelöst. Diese digitale Globalisierung – die vierte industrielle Revolution – wird durch ein Bündel an Entwicklungen in verschiedenen wissenschaftlichen und technologischen Bereichen ermöglicht.

Ziel der Arbeit ist es, die damit einhergehenden strukturellen Veränderungen auf verschiedenen Ebenen zu analysieren. Der Begriff „Industrie“ wird aufgrund der zunehmenden Verflechtung von Produktion und Dienstleistung einerseits und dem Einsatz neuerer Technologien bzw. der Digitalisierung in der Landwirtschaft weit gefasst, die Drei-Sektoren-Hypothese als überholt betrachtet. Daraus folgend wird eine umfassende Industriepolitik skizziert, die auf intelligente Weise und unter Einbeziehung aller Betroffenen (*stakeholders*) die bestmögliche Nutzung der Chancen der digitalen Transformation für alle Menschen anstrebt. Wesentlich für die AutorInnen ist es dabei, klar herauszuarbeiten, dass diese komplexen strukturellen Veränderungen nicht nur den Industriesektor als solchen betreffen. Im Gegenteil! Es geht um grundsätzliche politische Veränderungen, wie z. B. die Rahmenbedingungen (geistiges Eigentum, Innovation, Wettbewerbspolitik, Regulierungen), die Sozialpolitik und die Bildungs- und Weiterbildungspolitik.

Industriepolitik für die vierte industrielle Revolution wird dieser Analyse folgend ebenso breit verstanden: als ein Bündel an Maßnahmen zur Unterstützung der Veränderung von Industriestrukturen in eine bestimmte Richtung. Kein Wunder, sehen doch die AutorInnen bereits bei den historischen industriellen Revolutionen ein Zusammenspiel von technologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen.

Kennzeichen der vergangenen Revolutionen war in der Folge dieser verschiedenen Strukturveränderungen ein dominantes Herstellungsregime. So das Fabriksystem der ersten industriellen Revolution, die Massenproduktion der zweiten, die flexible Produktion der dritten und wahrscheinlich die individualisierte Massenfertigung (*mass customisation*) der vierten industriellen Revolution. Die verschiedenen industriellen Revolutionen mit ihren jeweils dominanten Herstellungsregimen sind technologisch jeweils durch unzählige und miteinander verflochtene Innovationen auf allen möglichen Feldern gekennzeichnet und oft auch verknüpft mit bestimmten Rohstoffen oder bestimmten Energieformen – Stichworte wären da: Kohle, Dampf, Elektrizität, Erdöl.

Technologisch liegt der vierten industriellen Revolution den AutorInnen nach eine Reihe wichtiger Weiterentwicklungen in verschiedenen Bereichen zugrunde (*enabling technologies*). Stichworte wäre dabei: Robotik, künstliche Intelligenz, Genomik, Nanotechnologie, Neue Materialien, *Big Data* und Datenanalytik. Einzelne und in Kombination bewirken diese Weiterentwicklungen enorme Veränderungen in den Produktionsprozessen – hin zu Industrie 4.0. Stichworte dabei wären etwa: autonome Roboter, integrierte computergestützte Materialtechnologie, digitale Fertigung, industrielles Internet der Dinge, flexible Automation und additive Fertigung.

Im Ergebnis werden sehr individualisierte Produkte und Dienstleistungen über industrielle Prozesse (und Preise) ermöglicht. Dies führt im Zusammenspiel mit den Möglichkeiten der ständigen und direkten Kommunikation und Vernetzung zwischen Menschen, Kon-

sumentInnen, Maschinen, Produkten, Produzenten (Hyperkonnektivität) zu völlig neuen Organisationsmöglichkeiten der Herstellung und auch des Vertriebs.

Die ständige Interaktionsmöglichkeit mit den Wünschen von einzelnen KonsumentInnen oder ganzen Gruppen mit den Entwicklungsabteilungen und der Produktion generiert eine enorme Informationsflut und die Möglichkeit der direkten Reaktion auf KundInnenwünsche. Materielle Produkte werden damit um Serviceaspekte erweitert. Die Etablierung von Plattformen aller Art (sie werden in einem eigenen Kapitel betrachtet) machen Grenzen für KonsumentInnen und Produktion zunehmend bedeutungslos. Die Hyperkonnektivität und alle damit verbundenen technologischen Möglichkeiten gemeinsam führen im Ergebnis zu einer unabsehbar großen Anzahl von „relations“. Die mächtigen Marktführer dieser Welt werden in Zukunft daraus ableiten, inwieweit sie diesen monströsen Fluss von Beziehungen mit den damit verbundenen Datenmengen ordnen, organisieren und nutzen können. *Big Data* wird eine strategische „Industrie“.

Nach der Globalisierung der Gütermärkte führt diese digitale Globalisierung nun noch stärker dazu, dass nationale Regierungen die „Märkte“ nicht oder nicht vollständig national „gestalten bzw. kontrollieren“ können. In diesem Sinne wären dann alle Regierungen nur „lokal“ wirkungsvoll. Sie sind bei der Wirkung eingeschränkt durch diese grundlegenden Veränderungen und durch das Handeln anderer Regierungen. Aber nach Bianchi und Labory tut das der Verantwortung der Politik keinen Abbruch – deren Rolle ist aber noch komplexer.

Am Beispiel der italienischen Region Emilia-Romagna wird in einem Buchkapitel eine bislang erfolgreiche regionale Wirtschaftspolitik dargestellt, in der versucht wird, diese Komplexität der Aufgabenstellung faktisch umzusetzen. Bereits seit den 1980er-Jahren ist man in der Region den Weg gegangen, unter Einbeziehung aller relevanten und betroffenen Akteure (Vertreter der Industrie, von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sowie von Forschungs- und Bildungseinrichtungen) eine umfassende, abgestimmte Wirtschaftspolitik zu implementieren, die die langfristige Entwicklung der Region und den gleichzeitigen strukturellen Wandel in sozial abgestimmter Weise zum Ziel hat. Seit 2015 orientierte sich die Wirtschaftspolitik der Region stark an der von den AutorInnen entwickelten Strategie („sundial“). Angesichts der Herausforderungen der vierten industriellen Revolution stehen dabei thematisch vor allem folgende Bereiche im Mittelpunkt des partizipativen Politikansatzes: Humankapital, Innovationspolitik, Regionalpolitik und Sozialpolitik. Eingebettet wurde dieser Politikansatz auch unter Beachtung der Ansätze verschiedener Politikebenen (lokal, regional, national, EU, supranational).

Der Hauptaussage der AutorInnen ist jedenfalls voll und ganz zuzustimmen: Die industrielle Revolution darf nicht nur als rein technologische Veränderung gesehen werden, sondern es müssen auch andere Aspekte, wie zum Beispiel die gesellschaftspolitischen Bedingungen, in die Betrachtung mit einbezogen werden. Eine wirkungsvolle Industriepolitik ist in Form eines Prozesses, in den auch die wichtigsten Betroffenen involviert sind, umzusetzen (wie dies etwa in der Region

Emilia Romagna der Fall war). Ziel muss es daher infolge der jüngsten weitreichenden Veränderungen sein, die Fähigkeiten eines Wirtschaftsraumes zu erhöhen, die daraus sich ergebenden strukturellen Anpassungen zu antizipieren, zu gestalten und zu nützen. Teil dieser Politik muss es sein,

Bedingungen zu schaffen, um allen BürgerInnen die Gelegenheit zur Teilnahme zu geben (Stichwort: Inklusion) und alle Kompetenzen, Infrastrukturen und das gesamte Wissen zu nutzen, um die Produktion zu organisieren und den Wohlstand fair zu verteilen.

Roland Lang, Miron Passweg

Wie die Eliten die Demokratie gefährden

Rezension von: Michael Hartmann,
Die Abgehobenen. Wie die Eliten die
Demokratie gefährden, Campus Verlag,
Frankfurt am Main 2018, 276 Seiten,
€ 19,95; ISBN 978-3-593-50928-0.

Die Rede von den „abgehobenen Eliten“ gehört nicht erst seit dem Wahlerfolg Donald Trumps zum Standardrepertoire der populistischen Rechten. Gerade in Österreich sind „die da oben“ seit mittlerweile drei Jahrzehnten Ziel der Attacken der FPÖ. Und in der Tat fällt der Aufstieg des Rechtspopulismus seit den 90er-Jahren mit zunehmender sozialer Ungleichheit in westlichen Ländern zusammen.

Michael Hartmann, der Doyen der deutschsprachigen Elitenforschung stößt mit seinem vorliegenden Beitrag in dasselbe Horn. Er deutet den Rechtspopulismus und die mit diesem einhergehende Gefährdung der Demokratie, als Reaktion auf die zunehmende Exklusivität und Homogenität westlicher Eliten. Es sei nämlich deren Existenz in einer abgeschotteten „Parallelwelt mit eigenen Regeln“, die als Nährboden neoliberaler Politik fungiert. Um diese wirksam zu bekämpfen bedarf es folglich einer „massive[n] soziale[n] Öffnung der politischen Elite“ (S. 30). Es handelt sich damit – und dies ist die zentrale Stärke dieses Buches – gleichermaßen um einen wissenschaftlichen Beitrag wie um eine mit viel Verve vorgetragene politische Handlungsaufforderung.

In seinen Ausführungen stützt sich Hartmann dabei in weitem Bogen auf seine eigenen umfangreichen Arbeiten

der letzten Jahrzehnte, sowie zusammenfassend auf den aktuellen Stand der soziologischen Elitenforschung. In den fünf Kapiteln sind daher für informierte Leser auch kaum neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu erwarten, vielmehr verdichtet Hartmann den Forschungsstand mit gekonnt eingewobenen Anekdoten und Einzelfalldarstellungen zu einem überzeugenden und eindrucksvollen Bild. Sein Ziel ist es damit zu verdeutlichen, dass ein „Politikwechsel hier und jetzt“ machbar ist, so es gelingt, die Homogenität der politischen Elite aufzubrechen. Das Buch ist daher auch eher an eine interessierte Öffentlichkeit als an die akademische Community gerichtet.

Die Gliederung des Buches folgt vier zentralen Thesen: So seien zum Ersten Eliten in westlichen Industrieländern überwiegend sozial exklusiv und homogen. Diese Homogenität, so die zweite These, bildet die Voraussetzung für die Durchsetzung neoliberaler Politik, da, so die dritte These, die Haltung der Eliten zu sozialer Ungleichheit und neoliberaler Politik von der sozialen Herkunft geprägt sei. Die vierte These schließlich besagt, dass eine Antwort auf den erstarkenden Rechtspopulismus nur in einer Abkehr von neoliberaler Politik möglich ist, und daher eine Öffnung der politischen Elite durch eine Erneuerung linker Parteien notwendig sei.

Im zweiten Kapitel untermauert Hartmann nach einigen Definitionsklärungen seine erste These zur Homogenität und Exklusivität der Eliten. Elitenpositionen seien dadurch bestimmt, dass deren Inhaber Macht ausüben können. Entscheidend ist daher, wie gesellschaftliche Machtpositionen gefüllt werden. Für die Frage nach der Homogenität der Funktionseliten in Wirt-

schaft, Politik und Verwaltung ist daher zentral, ob diese nach funktionsspezifischen Merkmalen rekrutiert werden, oder ob die soziale Herkunft ausschlaggebend ist.

Dreh- und Angelpunkt für Hartmanns Analyse stellen dabei seine eigenen Studien zur Elitenrekrutierung in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den USA dar.¹ Er stellt dabei zwar einerseits eine gewisse Konvergenz in der Rekrutierungsweise zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung fest, verweist jedoch auf je national spezifische Wege der Elitenrekrutierung. Er schließt daraus, dass sich zwar in den jeweiligen Ländern überall eine soziale Homogenität der Eliten herausgebildet hat, die Kindern des Großbürgertums gesellschaftliche Machtpositionen verschafft und andere soziale Gruppen von diesen ausschließt, eine „kosmopolitische Elite“ jedoch nicht existiere (S. 90ff).

Im darauffolgenden dritten Kapitel argumentiert Hartmann, dass die exklusive Zusammensetzung von politischen- und Verwaltungseliten aus dem Bürgertum in Großbritannien, den USA, und Deutschland die neoliberale Wende ermöglicht hat. Er versteht den Neoliberalismus und die daraus folgende steigende Ungleichheit als Interessenspolitik für Wohlhabende, die aufgrund des Fehlens von Machträgern aus anderen sozialen Schichten durchsetzbar wurde. Verantwortlich für die abnehmende soziale Diversität der politischen Elite sei das Versagen linker Parteien, wie der SPD oder der Britischen Labour Party, ihre ursprüngliche Klientel in Entscheidungspositionen zu heben: „Politiker aus der Upperclass machen Politik für die Upperclass“ (S. 98).

Das vierte Kapitel widmet sich ge-

nauer den politischen und sozialen Einstellungen der Eliten. Dabei zeichnet Hartmann anhand von Einzelfalldarstellungen aus Deutschland ein wenig ansprechendes Sittenbild des „abgeschlossenen Kosmos“ der Eliten. Diese erscheinen zum einen von Eigennutz und Egoismus getrieben, was Hartmann etwa anhand von Wirtschaftsskandalen und Steuerhinterziehungsfällen argumentiert. Gleichzeitig zeige sich die Elite in ihren sozialen Einstellungen keineswegs so liberal und weltoffen, wie sie sich gerne gibt. Der Gegensatz zwischen einer kosmopolitischen und aufgeklärten Oberschicht und einer nationalistischen, homophoben und fremdenfeindlichen Unterschicht erscheint als Chimäre, wofür Hartmann etwa den Erfolg Thilo Sarrazins oder die vorurteilsbehaftete Diskussion zu Sozialhilfeempfängern heranzieht. Liberal sei die Elite lediglich in wirtschaftlichen Fragen.

Im fünften Kapitel wird schließlich die Reaktion der allgemeinen Bevölkerung auf die Abgeschlossenheit und der Elite beschrieben. Diese bestehe zunächst aus einem Rückzug von der für Sie nicht mehr ansprechbaren Politik, und in einem weiteren Schritt in Protest, der sich vor allem im Wählen rechtspopulistischer Parteien von AfD bis FPÖ äußert, die ein Monopol auf die Kritik der abgehobenen Eliten zu haben scheinen.

Dafür, dass dieser Protest nicht zwangsläufig nach rechts gehen muss, führt Hartmann wiederum mehrere Beispiele an, wie die Popularität von Bernie Sanders in den USA und den Erfolg linker Parteien in Spanien, Portugal und Griechenland, sowie von Jeremy Corbys Labour Party bei den britischen Wahlen 2017. Selbst für die

SPD konstatiert er das Erreichen weiterer, sonst zur AfD abgewandelter Schichten, zumindest für den Moment als diese Anfang 2017 mit Martin Schulz einen (rasch zurückgenommenen) Linkskurs andeutete. All diesen Beispielen ist allerdings – und das wird aus aktuellen Anlässen, wie der letzten Europawahl erneut deutlich – ein gewisses Scheitern gemein. Hartmann erklärt dieses Scheitern aus der Inkonsistenz im Aufbrechen von Elitestrukturen (etwa bei der Kür Hillary Clintons anstatt Bernie Sanders zur Präsidentschaftskandidatin der US-Demokraten 2016), sowie mangelnder inhaltlicher Abkehr von neoliberalen Glaubenssätzen, etwa im Fall der SPD.

Schließlich analysiert Hartmann vier Modelle, wie seitens der Politik mit rechtspopulistischer Kritik umgegangen werden kann: Für das erste steht Angela Merkel, in ihrem Kurs eines „weiter wie bisher“. Emmanuel Macron und Sebastian Kurz verkörpern zwei Umgangsweisen mit Rechtspopulismus, die das Element des „starken Mannes“ und Heilsbringers als Identifikationsfigur von rechten Bewegungen übernehmen. Während das Modell Macron jedoch lediglich die populistische Psychologie übernimmt, und wie das Modell Merkel in eine postdemokratische Politikstruktur des Regierens „von oben herab“ mündet, bindet das Modell Kurz die radikale Rechte auch inhaltlich und personell ein und stellt so den Sieg des Rechtspopulismus dar. Als einziges echtes Gegenmodell zu Neoliberalismus und Rechtspopulismus macht Hartmann die Öffnung der Labour Party durch Jeremy Corbyn aus. Nur eine radikale inhaltliche Kritik an Ungleichheit, Sozialabbau und Wettbewerbspolitik bei gleichzeitiger sozialer Öffnung der Parteistrukturen kann

zu einem politischen Kurswechsel führen.

Insgesamt stellt dieses Buch einen wichtigen Beitrag zur politischen Debatte dar, da es eindrücklich den Zusammenhang zwischen Rechtsruck und sozialstrukturellen Faktoren schildert. Hartmanns Leistung besteht vor allem darin, den Topos der „abgehobenen Eliten“ der politischen Rechten zu entreißen, und ein linkes Gegenmodell anzubieten. Dieses erscheint wohl in seiner Einfachheit stellenweise etwas verkürzt, etwa wenn die Auswüchse von Finanzskandalen einzig auf die sozialstrukturell bedingte Psychologie der Elite zurückgeführt werden, ohne auf den Strukturwandel der Wirtschaft hin zum Finanzmarkkapitalismus und die diesem zugrunde liegende Opportunitätsstruktur einzugehen. Ebenso ist die Beschränkung auf den nationalen Rahmen, die aus der vorgeblichen Abwesenheit einer globalen Elite rührt, durchaus kritikwürdig,² schmälert jedoch nicht die Leistung dieses Textes, einen Ausweg aus der Zwickmühle zwischen Neoliberalismus und Rechtspopulismus zu weisen.

Lukas Hofstätter

Anmerkungen

¹ Vgl. Hartmann (2017). Siehe die Rezension in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 43/2 (2017) 308-311.

² Vgl. Hofstätter (2017).

Literatur

- Hartmann, Michael, *Die globale Wirtschaftselite - Eine Legende* (Frankfurt/Main 2017).
- Hofstätter, Lukas, *The Global Class – A Myth?*, in *Soziopolis* (2017); online: <https://soziopolis.de/lesen/buecher/artikel/the-global-class-a-myth/>.

Klimawandel und Klimapolitik

Rezension von: Helga Kromp-Kolb, Herbert Formayer, +2 Grad: Warum wir uns für die Rettung der Welt erwärmen sollten, Molden Verlag, Wien-Graz 2018, 207 Seiten, gebunden, € 23; ISBN 978-3-222-15022-7.

Mit den von Greta Thunberg initiierten Klimademonstrationen, an denen sich weltweit freitags immer Tausende SchülerInnen beteiligten, rückte das Thema der Klimakrise wieder stärker in das Zentrum der medialen und öffentlichen Debatten. Zumindest ein Ziel der streikenden SchülerInnen wurde damit schon erreicht: eine breite inhaltliche Auseinandersetzung mit den Fragen des Klima- und Umweltschutzes.

Des Weiteren offenbarte sich vor dem Hintergrund der Forderungen der SchülerInnen die weitestgehende Ratlosigkeit innerhalb des politischen Systems. Die Reaktion der populistischen Rechten, welche den durch den Menschen verursachten Klimawandel beharrlich leugnet, fiel dementsprechend harsch aus und setzte auf persönliche Diffamierungen und Angriffe gegen die protestierenden SchülerInnen – allen voran Greta Thunberg. Auch konservativ-liberale Kräfte versuchten die Anliegen der SchülerInnen zu verniedlichen. So äußerte sich der deutsche FDP-Politiker Christian Lindner dahingehend, dass die Klima- und Energiepolitik bitte doch den Profis überlassen werden sollte. Erstaunlich ist die Reaktion der Protestierenden. Sie ließen sich weder politisch vereinnahmen, noch ließen sie es zu, dass die Diskussionen auf eine emotionale und inhaltsleere Ebene gezogen wurden.

Daran knüpft das neue Buch von Helga Kromp-Kolb und Herbert Formayer an, welches sich mit zahlreichen Aspekten von Klimawandel und -politik befasst und eine sehr gute Einstiegslektüre zum Thema bietet.

Die Klimakrise: lokal – regional – global

Auf lokaler, regionaler und globaler Ebene zeigt sich in Bezug auf zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten und Lebenschancen immer deutlicher die gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Brisanz der Klimakrise. Während der globale Anstieg der Temperatur mittlerweile bereits 0,8 Grad beträgt, liegt der Anstieg im Alpenraum schon bei 1,5 Grad. Dies zeigt, dass die Auswirkungen der Erderhitzung räumlich ungleich verteilt sind und auch bei uns in Mitteleuropa mittel- und langfristig mit gravierenden Konsequenzen zu rechnen ist.

Erste Veränderungen lokaler Ökosysteme, von Fauna und Flora, sind schon jetzt sichtbar. Die Anzahl extremer Wetterereignisse nimmt zu. Starkregenerereignisse überfordern mittlerweile häufig die Kapazitäten der Wasserinfrastrukturen in Österreich und führen immer öfter zu Überschwemmungen. Die Anzahl der Hitzetage erhöht sich kontinuierlich. Darunter leiden gesundheitlich insbesondere Kinder und ältere Personen im städtischen Raum. Während in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Zahl der Hitzetage, d. s. Tage mit Temperaturen über 30 Grad Celsius, rund 10 pro Jahr betrug, sehen wir uns aktuell schon mit weit höheren Werten konfrontiert. Nach dem Extremwert von 40 Hitzetagen im „Jahrtausendsommer“ von 2003 wurden 2015, 2017 und 2018 ähnliche Häufigkeiten gemessen.

Laufend sind auch Verschiebungen in der Blütefolge und der Baumgrenzen zu beobachten. Dies kann zu tiefgreifenden Veränderungen in den Ökosystemen beitragen und zeigt sich auch anhand der Migration von Pflanzen- und Tierarten. Des Weiteren führt das kontinuierliche Abschmelzen der Gletscher in den Alpen und die Zunahme von lokalen und regionalen Dürreperioden zu veränderten Gegebenheiten in Bezug auf die Wasserstände von Flüssen und Seen. Mittel- bis langfristig wird demzufolge der Klimawandel zu Auswirkungen auf die Produktion von Strom aus Wasserkraft führen und ihr Potenzial mindern.

Plädoyer für eine effektive Klimapolitik

Vor diesem aktuellen Hintergrund erscheint das Buch insgesamt als Plädoyer für eine faktenbasierte und der Dringlichkeit der Thematik entsprechenden politischen Reaktion. Die AutorInnen bauen dabei ihre Argumentation auf drei Säulen auf. Im ersten Teil erläutern sie einfach zugänglich und übersichtlich aufgearbeitet die aktuelle Faktenlage zu klimatischen Veränderungen auf globaler Ebene und mit speziellem Fokus auf die Entwicklungen und Prognosen für Österreich.

Der zweite Teil widmet sich dem politisch-rechtlichen Rahmen und erläutert die aktuellen internationalen Zielsetzungen und Verpflichtungen im Kampf gegen die Klimakrise. Den dritten und abschließenden Teil des Buches bildet der Versuch einer Visionsbildung, welche die oftmals in der Diskussion stark vernachlässigten positiven Entwicklungen in gesellschaftlichen Nischen hinsichtlich des Kampfes gegen die Klimakrise mit einbezieht. Dennoch blei-

ben einige lose Enden, auf die in der Folge näher eingegangen werden soll.

Politökonomische und soziale Dimensionen

Neben den ökologischen werfen die klimatischen Veränderungen auch wesentliche politökonomische Fragen auf. Im Verlauf der Geschichte haben klimatische Veränderungen oftmals zum Entstehen, aber auch zum Untergang ganzer Kulturen und Zivilisationen beigetragen. So führen zum Beispiel einige HistorikerInnen Völkerwanderungen, Missernten und Hungersnöte mit ihren politisch destabilisierenden Wirkungen auf klimatische Veränderungen zurück. Derartige Entwicklungen wurden oft schon durch relativ kleine klimatische Veränderungen angestoßen. Vor diesem Hintergrund sind die Auswirkungen der aktuellen, weitaus gravierenderen Veränderungen des Klimas kaum abzuschätzen.

Derzeit fokussiert die Debatte rund um die Bekämpfung der Klimakrise einerseits auf die ökologischen Konsequenzen und andererseits einseitig auf technische Lösungsmöglichkeiten. Sie blendet dabei jedoch meist die gesellschaftlichen Aspekte komplett aus. Nimmt man jedoch eine politökonomische Perspektive ein und die obige Sichtweise ernst, wird Folgendes deutlich: Die politische Reaktion auf die Klimakrise muss explizit ökonomische Interessengegensätze und Fragen von Gerechtigkeit und Ungleichheit thematisieren. Die Lösung des Klimaproblems ist daher nicht nur ein gesellschaftlicher Lern- und Such-, sondern vor allem auch ein gesellschaftlich umkämpfter Prozess: ein Systembruch, der die energetische Basis unserer modernen Gesellschaften (von fossil

auf erneuerbar) ersetzt, ein neues Verständnis von Wohlstand jenseits von materiellem Besitz etabliert und die wachsende Ungleichheit reduziert.

Damit steht auch die aktuell dominante (neoliberale) Erzählung über das Individuum als alleiniger Retter in gesellschaftlichen Krisen auf dem Prüfstand. Die aufgrund der voranschreitenden Individualisierung getriebene und von Medien und manchen Interessengruppen forcierte Erzählung, KonsumentInnen sollten mit ihren souveränen Kaufentscheidungen den Ausschlag dafür geben, welche Produkte und Dienstleistungen zu welchen Bedingungen am Markt angeboten werden, gerät in Anbetracht eines grenzenlosen, marktgetriebenen Konsumismus schnell an seine ökologischen Grenzen. Mangel an Information und Zeit sowie monetäre Beschränkungen führen bei genauerer Betrachtung den Ruf nach einer Änderung der individuellen Konsummuster als hinreichende Lösung *ad absurdum*. Denn individuelles Konsumverhalten wird auch von gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen und Mustern beeinflusst. Tiefer greifende Veränderungen bedürfen daher sehr wohl einer Repolitisierung und eines demokratischen Diskurses über die Rolle des Konsums in der Gesellschaft.

Ergänzend zum im Buch eher wenig berücksichtigten politökonomischen und wirtschaftspolitischen Kontexten lassen sich die neuen Diskurse über die Rolle von ArbeitnehmerInnenvertretungen und Gewerkschaften anführen. Die im Buch unterstellte Ablehnung klima- und energiepolitischer Maßnahmen von Seiten Letzterer ist nicht mehr in dem Ausmaß zu erkennen, wie dies noch zu Zeiten der Debatten rund um Zwentendorf und Hain-

burg der Fall war. Das Arbeitsplätze-Umwelt-Dilemma spielt zwar realpolitisch immer noch eine Rolle, aber Gewerkschaften suchen diesbezüglich aufgrund des eindeutigen Handlungsbedarfs in Bezug auf Klima- und Umweltschutz aktiv nach neuen Lösungen. Sie versuchen dabei, die ökologische und die soziale Dimension zu verknüpfen und zusammenzudenken. Insbesondere die internationale Gewerkschaftsbewegung führt hier seit einigen Jahren gemeinsam mit Umwelt-NGOs einen ausgeprägten Diskurs über Konzepte eines „gerechten Übergangs“ („Just Transition“)¹ und der Umweltgerechtigkeit.²

Resümee

In Summe bietet das Buch einen sehr guten Einstieg in wesentliche Elemente der Diskussionen um die Klimakrise. Es stellt eindrucksvoll die Zusammenhänge dar und veranschaulicht Konsequenzen der Klimakrise, die schon derzeit in ihren Grundzügen zu erkennen sind. Die AutorInnen schaffen es auch gekonnt, erste Verknüpfungen zu damit verbundenen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen vorzunehmen.

Leider bleiben sie bei ersten dezenten Hinweisen auf die entsprechenden Problemstellungen und führen damit zwangsläufig die sozialen und verteilungspolitischen Dimensionen rund um eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung mehr Nachhaltigkeit zu oberflächlich aus. Dies ist jedoch auch nicht weiter verwunderlich, da die Diskussion darüber, wie ein Strukturwandel wirtschaftspolitisch angestoßen und begleitet werden und im Zuge des Wandels auch der soziale Ausgleich bewahrt werden kann, den

Umfang und die Zielsetzung des Buches gesprengt hätte.

Das Hauptverdienst der AutorInnen besteht darin, mit ihrem Buch die Erkenntnis zu untermauern, dass rasch etwas geschehen muss, um die Lebensgrundlage und das stabile Gefüge unserer Gesellschaft zu erhalten, und auch ein wenig die Hoffnung zu stärken, dass derartiges Handeln möglich und durchsetzbar ist.

Michael Soder

Anmerkungen

- ¹ <https://www.ituc-csi.org/just-transition-centre> (zuletzt aufgerufen am 19.4.2019).
- ² <https://wien.arbeiterkammer.at/umweltbelastungen> (zuletzt aufgerufen am 19.4.2019).

Die Habsburgermonarchie 1815-1918: Fortschritt und vergebene Chancen

Rezension von: Steven Beller,
The Habsburg Monarchy 1815-1918,
Cambridge University Press,
Cambridge u. a. 2018, 315 Seiten,
broschiert, £ 21,99;
ISBN 978-1-107-46474-2.

Der US-amerikanische Historiker Steven Beller ist einer der renommiertesten Spezialisten für die Geschichte der Habsburgermonarchie im 19. Jh. Er ist u. a. Autor von „Vienna and the Jews, 1867-1938“ (1989), „Francis Joseph“ (1996) und „A Concise History of Austria“ (2006, auch bei Cambridge UP). Mit dem vorliegenden Band legt Beller eine – vorwiegend, aber nicht ausschließlich – politische Geschichte der Habsburgermonarchie in ihrem letzten Jahrhundert vor. Im Rahmen der CUP-Reihe „New Approaches to European History“ schließt das Werk an Charles Ingrams „The Habsburg Monarchy 1618-1815“ (2000) an.¹

HistorikerInnen, die über die Entwicklung der Habsburgermonarchie zwischen 1848 und 1918 geforscht haben, sind in den letzten vierzig Jahren zu Ergebnissen gelangt, welche die traditionelle und lange vorherrschende These des unausweichlichen Niedergangs aus heutiger Sicht als nicht mehr haltbar erscheinen lassen. Diese „Revisionisten“ – wie beispielsweise Helmut Rumpler in „Eine Chance für Mitteleuropa“ (1997), John Deak in „Forging a Multinational State. State Making in Imperial Austria from the Enlightenment to the First World War“ (2015) und Pieter M. Judson in „The

Habsburg Empire. A New History“ (2016) – zeichnen eher ein Bild vielfältiger und langfristiger Fortschritte, u. a. in Bezug auf die Entwicklung zum Verfassungsstaat, die Ausweitung der politischen Partizipation,² die Entfaltung der Zivilgesellschaft,³ die Wahrnehmung vielfältiger und immer zahlreicher öffentlicher Aufgaben durch den Staat, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, und verweisen auf langfristige institutionelle Kontinuitäten weit über 1918 hinaus.

Zu welchen Einschätzungen gelangt Beller im Hinblick auf die einzelnen Phasen der Staatsbildung und des politischen Prozesses in Cisleithanien sowie die wesentlichen Institutionen des Staates?

In der Einleitung skizziert Beller den Beginn der Staatsbildung im Habsburgerreich des 18. Jh.s: „*Maria Theresia began a transformation of the Monarchy from an agglomeration of provinces and lands, where the monarch ruled largely indirectly through the landed aristocracy and the Church, towards a centralized state*“ (S. 10). In Reaktion auf die fundamentale Bedrohung des Reichs im Österreichischen Erbfolgekrieg und den resultierenden Verlust Schlesiens schufen Maria Theresia und Joseph II. eine staatliche Infrastruktur, v. a. eine zentrale Verwaltung. Seit Joseph II. prägten der Dienst am Gemeinwohl und der Dienst am Staat das Ethos der Beamtenschaft. Das Projekt der Staatsbildung wurde zu einem Wert an sich.

Die (weiter gefasste) Zeit des Vormärz (1815-1848) sieht Beller als eine Ära der vergebenen Chancen, jedenfalls im Hinblick auf die Fortführung der Staatsbildung. Kaiser Franz war tief beeinflusst von den traumatischen Erfahrungen der Französischen Revoluti-

on und von den Kriegen 1789-1815, und dies prägte die Politik bis 1835 und auch noch darüber hinaus. Anstatt die Staatsbildung voranzutreiben, wurde der Beamtenschaft angeordnet, den *Status quo* zu erhalten und Diskussionen über politische Veränderungen zu unterdrücken.

Beller hebt freilich hervor, dass „Restauration und Verschleppung“ – so der Kapitteltitel, den der Autor für Franz' Nachkriegsherrschaft wählte und der die Essenz dieses Regimes zum Ausdruck bringen soll – nicht bedeuteten, dass keine wohlfördernden Reformen stattfanden. Der Josephinismus, der in der Beamtenschaft fortlebte und sich dort sogar noch verstärkte, schlug sich v. a. in der Wirtschafts-, Infrastruktur- und Bildungspolitik nieder. Gleichzeitig begünstigte die politische Lähmung des Zentrums das Aufkommen der Nationalbewegungen in der Peripherie.

Der Vormärz war also alles andere als eine Zeit der allgemeinen Stagnation. Gesellschaft, Wirtschaft und nationale Kulturen entwickelten sich sehr rasch, und dies trotz „Restauration und Verschleppung“, welche das Metternich'sche System im Inneren mit sich brachte.

Im Zuge der Revolution 1848/49 entstand eine öffentliche Sphäre, in der die Bevölkerung ihre Vorstellungen über mögliche Reformen des Reichs artikulierte. Diese breite Partizipation am politischen Diskurs und die Forderungen der Demokraten und Liberalen nach erweiterter politischer Partizipation, nach Einrichtung repräsentativer Gremien auf allen Ebenen (Kommunen, Kronländer, Reich) und nach einem Verfassungsstaat veränderten die Beziehung zwischen Herrscher und Staat einerseits und der Bevölkerung

andererseits grundlegend und irreversibel.

Von da an würden erweiterte politische Repräsentation, Ausbau und Vertiefung (im Sinne von größerer Bürgernähe) der staatlichen Verwaltung sowie Ausweitung der staatlichen Wirkungssphäre und Intensivierung der Staatstätigkeit in diesen Wirkungsfeldern einander wechselseitig verstärken.

Die Forderungen von Liberalen und Demokraten nach Anerkennung der Volkssouveränität, nach Parlamentarismus und Verfassungsstaat scheiterten zwar am Widerstand des jungen Kaisers Franz Joseph, der im Geiste des habsburgischen Absolutismus erzogen worden war und der Idee der konstitutionellen Monarchie grundsätzlich ablehnend gegenüberstand. Aber die folgenden zwei Jahrzehnte zwischen 1849 und 1867 waren eine Zeit des Experimentierens im Hinblick auf die politische Ordnung des Gesamtreichs, die Verfassung und die Struktur der Verwaltung.

Aus der Revolution ging ein Habsburgerreich hervor, dass sich grundlegend von jenem vor 1848/49 unterschied. Unter den reaktionären Bedingungen des Neoabsolutismus vollzog sich der Schritt von der Herrschaft der feudalen und großbürgerlichen Klassen zur bürgerlichen Gesellschaft. Mit dem Sylvesterpatent 1851 kehrte Österreich zur absoluten Herrschaft zurück. Immerhin blieben wesentliche Errungenschaften der Revolution, nämlich Bauernbefreiung, Gleichheit vor dem Gesetz, Glaubensfreiheit und Gemeinderäte, diese allerdings mit reduzierter Autonomie, erhalten.

Neoabsolutismus bedeutete keineswegs die Rückkehr zum Absolutismus Franz I.: „*The reaction, as interpreted*

by Kübeck and Franz Joseph, had opened up a very authoritarian, top-down path to the very modernity that Franz I, and in his own way Metternich, had always warned against. Even if it was from above, what was to happen next was, nonetheless, revolution“ (S. 86). Der Neoabsolutismus 1851-1860 kombinierte Autokratie mit der Errichtung eines effektiveren und stärker zentralisierten Verwaltungsapparats sowie einer unabhängigen Justiz und liberalen Wirtschafts- und Bildungsreformen.

Das starrsinnige Bestehen des Kaisers auf dem Versuch, die europäische Großmachtposition der Monarchie, welche diese nach 1815 innegehabt hatte und die 1848/49 noch einigermaßen behauptet worden war, zu erhalten, stürzte die Monarchie nach den militärischen Niederlagen in Oberitalien 1859 in eine mehrjährige schwere und umfassende Krise, die nach der Niederlage gegen Preußen 1866 ihren Tiefpunkt erreichte. Damit verlor die Monarchie den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland und musste sich aus Oberitalien zurückziehen.

Innenpolitisch hatten diese außenpolitischen Debakel wesentliche Auswirkungen auf die politische Ordnung des Reichs: Mit dem von Staatsminister Schmerling, einem Befürworter eines liberalen Verfassungsstaats, entworfenen Februarpatent 1861, welches die Macht des Kaisers deutlich einschränkte, verschob sich die Balance der legislativen Kompetenzen zugunsten des Parlaments.

Und im Gefolge von Königgrätz entschied sich der Kaiser für einen politischen Kompromiss mit den Deutschliberalen in Österreich und mit der herrschenden Klasse, dem Adel, in Ungarn. Die Ergebnisse waren die Doppelmonarchie und die Dezemberver-

fassung von 1867 für Cisleithanien. Ungelöst ließ dieser Kompromiss freilich das Problem der politischen Vertretung der slawischen Majorität der Monarchie. Der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie, der sich in zunehmendem Maße zu Nationalitätenkonflikten entwickelte, bestand fort, nunmehr freilich in geänderter räumlicher Konstellation, nämlich innerhalb der beiden Reichshälften. Die folgenden Jahrzehnte sollten immerhin zeigen, dass es in der österreichischen Reichshälfte den durch den Dualismus benachteiligten Nationalitäten teilweise gelang, auf der Ebene der Kronländer und tiefer in gewisser Hinsicht regionale bzw. lokale Autonomie und teilweise sogar Hegemonie zu erlangen.

Die Dezemberverfassung 1867 verankerte (bis heute in Österreich gültige) Grund- und Freiheitsrechte, trennte Justiz und Verwaltung auf allen Ebenen und erweiterte die Kontrollrechte des Parlaments. Der Kaiser stand an der Spitze der zentralen Verwaltung, und die Minister waren ihm verantwortlich. Das bereits im Februarpatent enthaltene indirekte Kurienwahlrecht des Reichsrats eröffnete dem städtischen Bürgertum und den begüterten Bauern die politische Partizipation auf dieser Ebene, schloss aber aufgrund der Mindeststeuerschwelle (zumeist 10 fl pro Jahr) in den Kurien der Städte und Märkte sowie der Landgemeinden den Großteil der männlichen Bevölkerung aus. Mit der festgeschriebenen „Gleichberechtigung der Volksstämme“ wurde prinzipiell der Weg zu einer liberalen Nationalitätenpolitik ermöglicht.

Beller fasst zusammen: *„The December Constitution was ... a very liberal document in many key respects that gave Austrian political life from this point on a much freer and more pro-*

gressive framework“ (S. 130). Das verfassungsbezogene Endresultat der mehrjährigen Krise der Monarchie war für die Bevölkerung Cisleithaniens also langfristig durchaus positiv: *„a degree of stability ... and a platform for peaceful development that was to prove surprisingly productive until the very last years of the Monarchy“* (S. 107).

Die durch einen wirtschaftlichen Boom geprägte erste Gründerzeit 1867-1873 endete abrupt mit dem Einbruch der weltweiten Wirtschaftskrise. Obwohl nach einer mehrjährigen schweren Rezession erneut eine nachhaltige wirtschaftliche Expansion einsetzte, bedeutete das Jahr 1873 einen tiefen Einschnitt in der Geschichte Cisleithaniens, v. a. in kultureller und ideologischer Hinsicht, läutete es doch das Ende der liberalen Ära ein. 1879 fiel die letzte liberale Regierung. Mit der Regierungsübernahme durch Taaffes konservativ-föderalistische Eiserne-Ring-Koalition begann eine neue Ära, in der nationalistische Parteien eine weit größere Rolle spielten.

Während der Regierungsperiode des Eisernen Rings 1879-1893 änderte sich die politische Konstellation völlig. Zum einen erfolgte eine informelle Dezentralisierung nach Nationalitäten, zum anderen gleichzeitig eine Stärkung der zentralen, kaiserlichen Bürokratie. Die Hoffnung des Kaisers und der Konservativen auf ein stabiles Regierungssystem erfüllte sich nicht. Die Liberalen wandelten sich zu oder wurden abgelöst von nationalistischen Parteien der Mittelschichten, und diese ihrerseits erfuhren Herausforderung von Seiten der neuen Massenparteien, der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten.

„Politics began to change from one of Honoratioren ... to one of mass interest

politics, in which political success was measured by rousing the masses, organising them in effective, structured political parties and then trading party support for policy favouring your constituency“ (S. 170).

Der Eiserne Ring vollzog entsprechend der Zusammensetzung seiner Wählerbasis einen wirtschafts- und sozialpolitischen Richtungswechsel zugunsten der Landwirte, der unteren Mittelklasse, insbesondere der kleinen Gewerbetreibenden, und sogar zugunsten von Teilen der Arbeiterschaft (Elfstundentag, Kranken- und Unfallversicherung für FabriksarbeiterInnen). Dieser konservative Solidarprotektionismus sollte eine Rückwanderung der Landwirte und Gewerbetreibenden zu den Liberalen und ein Abdriften der Arbeiterschaft zu den Sozialdemokraten verhindern.

Das aus der Sicht des Rezensenten interessanteste Kapitel des Bandes ist jenes über die politische und kulturelle Entwicklung zwischen Badeni-Krise und Kriegserklärung („1897-1914: Modernisation“). Darin verbindet der Autor historiografische Kommentare mit Darstellung und Interpretation.

In vielerlei Hinsicht stimmt Beller mit der Einschätzung der „Revisionisten“, dem neuen Hauptstrom der Geschichtsschreibung über die Habsburgermonarchie des 19. Jh.s, hinsichtlich der letzten beiden Friedensjahrzehnte Cisleithaniens überein:

* Mit den Reformen des Reichsratswahlrechts von 1896 und 1906 erfolgten wesentliche Ausweitungen der Partizipation am politischen Entscheidungsprozess in Cisleithanien. Die Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts in der österreichischen Reichshälfte 1906 ging entsprechenden Reformen in Schweden

(1909), den Niederlanden (1917) und Großbritannien (1918) voraus.

* Die Administration Cisleithaniens (kaiserliche, Landes- und Kommunalverwaltungen) war vergleichsweise effektiv und wenig korrupt, und der Staat gewährleistete die Herrschaft des Rechts: *„Relatively speaking, and especially compared to what came after, the Monarchy in this era did provide an age of security“* (S. 208).

* Das reale Pro-Kopf-Einkommen nahm während der Spätgründerzeit deutlich zu, und die peripheren Kronländer holten in wirtschaftlicher Hinsicht gegenüber den höchstentwickelten Kronländern Niederösterreich und Böhmen auf.⁴ Die gesellschaftliche Modernisierung äußerte sich v. a. in der beschleunigten Entfaltung von Zivilgesellschaft und bürgerlicher Öffentlichkeit sowie in der sehr raschen Ausweitung der staatlichen Wirkungssphäre in Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung und soziale Wohlfahrt und der Intensivierung der Staatstätigkeit in diesen Wirkungsfeldern. *„The Monarchy provided a quite effective context in which this social and economic modernisation could take place“* (S. 208), so Bellers Resümee in dieser Hinsicht.

* In vielen Künsten und Wissenschaften war die Habsburgermonarchie der Geburtsort der modernen Welt, wie Beller in diesem Kapitel knapp und konzise darlegt.

* Die Kulturen der Nationalitäten Cisleithaniens konnten sich entfalten, und dies oft mit Unterstützung nicht nur der kommunalen und der Länderverwaltungen, sondern auch der kaiserlichen Verwaltung. *„(T)he sense for many citizens (Bürger) of the Monarchy was that the future that lay ahead ... would be a national one, within a su-*

pra-national or multinational Habsburg context“ (S. 208).

Beller arbeitet allerdings auch heraus, dass die Maßnahmen, welche infolge der Selbstblockade des Reichsrats und zur Bewältigung oder Eindämmung der Nationalitätenkonflikte gesetzt wurden, oft neue Probleme verursachten oder bestehende Probleme in anderer Form manifest werden ließen. Dies sei im Folgenden anhand von einigen wenigen, aber gravierenden Aspekten ausgeführt:

* Objektivität und parteipolitische Neutralität der kaiserlichen Verwaltung bildeten die Voraussetzungen für deren Rollen als Vermittler und Streitschlichter und für das effektive Funktionieren der Beamtenregierungen. Doch genau diese Voraussetzungen waren in zunehmendem Maße gefährdet: Wegen derer zentralen Position im politischen Prozess nach 1897 konzentrierte sich das Bestreben der nationalistischen Parteien, ihre Machtpositionen zu stärken, mehr und mehr auf die kaiserliche Bürokratie: Infiltration und Patronage waren die Folgen.

* Eine dezentralisierte Föderation mit einer Garantie der Rechte nationaler Minderheiten in den einzelnen Landesteilen war unter dem österreichisch-ungarischen Ausgleich nicht realisierbar, da Ungarn gegen jede derartige Änderung der cisleithanischen Verfassung Veto eingelegt hätte. Auch Franz Joseph stand Föderalisierung und Trialismus ablehnend gegenüber.

* Der Reichsrat funktionierte deshalb nicht, weil der Parlamentarismus mit seinem Mehrheitsprinzip ungeeignet war für ein Abgeordnetenhaus, dessen Parteien sich mehrheitlich als Nationalitätenvertreter verstanden. Lösungen bzw. Auswege mussten also

auf anderen Ebenen gesucht werden, d. h. in den Kronländern und Städten.

* Ausgleiche zwischen den Nationalitäten in Mähren (1905) und der Bukowina (1910) spalteten das jeweilige politische System in nationale Kurien, liefen also auf eine Art der virtuellen Trennung hinaus. (Der Ausgleich in Galizien (1914) gelangte nicht mehr zur Durchführung.) Die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelpersonen auf nationale Kultur und muttersprachliche Äußerung verzerrten sich dort zur Dominanz der Nationalitäten über die Individuen. Die nationale Identität wurde Personen aufgrund von „objektiven Faktoren“ zugeschrieben. Somit zementierten diese Ausgleiche die Spaltung, statt sie zu überwinden.

* Die starke Tendenz in Richtung auf eine implizite Föderalisierung Cisleithaniens nach Nationalitäten resultierte aus den Wahlerfolgen nationalistischer Parteien in Städten (Prag wurde von tschechischen Politikern regiert, Ljubljana von slowenischen, u. s. f.), der Dominanz nicht-deutscher Beamter in den Landesverwaltungen von Kronländern mit nicht-deutscher Bevölkerungsmehrheit (z. B. in Böhmen) und den genannten politischen Ausgleichen zwischen den Volksgruppen in einigen Kronländern. *„The Monarchy was, one can argue, turning itself into a form of multinational federation – at least the national groups were realizing their goals within the Monarchy’s parameters“* (S. 211).

Wie die „revisionistischen“ Autoren der letzten Jahrzehnte neigt auch Beller der Hypothese zu, dass die Monarchie ohne die verhängnisvolle Entscheidung des greisen Kaisers im Juni 1914, den Krieg zu erklären, und ohne die repressive Praxis des Militärregimes⁵ keineswegs zum unvermeidli-

chen Zerfall verurteilt war: *„We have seen that there are good grounds for thinking that the Monarchy would indeed have survived quite handily without a war, that its modernisation, while with many problems, was proceeding, with significant benefits for most of its population“* (S. 240).

Allerdings unterscheiden sich manche Beurteilungen Bellers deutlich von jenen etwa Judsons und liegen näher bei den traditionellen Einschätzungen als bei den „revisionistischen“. Man darf gespannt sein, wie die Thesen Bellers Diskurs und Forschung beeinflussen und befeuern werden.

Allen an einer kompakten, präzisen und elegant geschriebenen politischen Geschichte der Habsburgermonarchie zwischen Wiener Kongress und Erstem Weltkrieg Interessierten ist der vorliegende Band wärmstens zu empfehlen. All jene, die eine thematisch wesentlich breiter angelegte Gesellschaftsgeschichte der Länder der westlichen Reichshälfte der Monarchie suchen, mögen eher zu den umfassenden Werken von Rumpler (1997) und Judson (2016) greifen.

Martin Mailberg

Anmerkungen

- ¹ Siehe die Rezension in: Wirtschaft und Gesellschaft 26/4 (2000) 610-612.
- ² Siehe dazu insb. Rumpler, Urbanitsch (Hrsg., 2000).
- ³ Siehe dazu insb. Rumpler, Urbanitsch (Hrsg., 2006).
- ⁴ Siehe dazu das Standardwerk von David Good (1984) über die wirtschaftliche Entwicklung der Habsburgermonarchie. Eine Rezension desselben erschien in: Wirtschaft und Gesellschaft 13/2 (1987) 300ff. Zur regionalen Lohnentwicklung in der Spätgründerzeit siehe Mesch (1984).

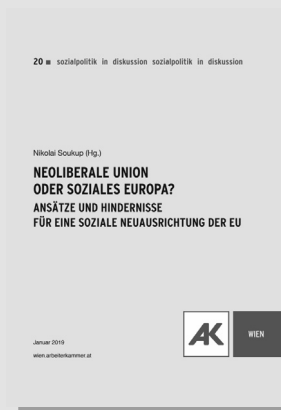
- ⁵ Deak (2014) vertritt die These, dass infolge der Ausschaltung der repräsentativen Gremien und der rigorosen Unterwerfung der Staatstätigkeit unter die militärischen Erfordernisse Staat und Verwaltung in Cisleithanien im Laufe des Kriegs ihre Legitimität und ihre Stabilität verloren. Mit anderen Worten: Das Militärregime stellte die unter Kontrolle des Militärs arbeitende Verwaltung gegen die Bevölkerung, erfüllte den sozialen Kontrakt mit letzterer nicht mehr. Erst die Teilnahme am Weltkrieg und der damit einhergehende Richtungswechsel der Politik zerstörten die Monarchie.

Literatur

- Deak, John, *The Great War and the Forgotten Realm: The Habsburg Monarchy and the First World War*, in: *The Journal of Modern History* 86 (Juni 2014) 336-380.
- Deak, John, *Forging a Multinational State. State Making in Imperial Austria from the Enlightenment to the First World War* (Stanford, CA, 2015).
- Good, David F., *The Economic Rise of the Habsburg Empire, 1750-1914* (Berkeley, CA, 1984).
- Judson, Pieter M., *The Habsburg Empire. A New History* (Cambridge, MA, 2016).
- Mesch, Michael, *Arbeiterexistenz in der Spätgründerzeit. Gewerkschaften und Lohnentwicklung in Österreich 1890-1914* (Wien 1984).
- Rumpler, Helmut, *Österreichische Geschichte 1804-1914. Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie* (Wien 1997).
- Rumpler, Helmut; Urbanitsch, Peter (Hrsg. im Auftrag der Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften), *Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band VII, Verfassung und Parlamentarismus* (2 Bd.e, Wien 2000).
- Rumpler, Helmut; Urbanitsch, Peter (Hrsg. im Auftrag der Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften), *Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band VIII, Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft* (2 Bd.e, Wien 2006).

ÖGB VERLAG

www.oegbverlag.at



Neoliberale Union oder soziales Europa?

Ansätze und Hindernisse für eine soziale Neuausrichtung der EU

Nikolai Soukup (Hg.)

Sozialpolitik in Diskussion Band 20 / ÖGB-Verlag 2019 / 140 Seiten / EUR 10,00
ISBN 978-3-99046-332-1

Wohin entwickelt sich die soziale Lage der EU und wie sozial ist ihre Politik ausgerichtet? Welche Hindernisse und Perspektiven gibt es für eine substanzielle soziale Neuausrichtung der EU?

Die EU ist von vielfältigen sozialen Problemlagen und Ungleichheiten geprägt. Im Zuge der Krise führten die auf Kürzungs- und Wettbewerbsdruck fokussierten neoliberalen Maßnahmen in mehreren Mitgliedstaaten zu verheerenden sozialen Auswirkungen. Doch bereits zuvor wurden Ziele des Wohlfahrtsstaates den Marktfreiheiten und Budgetregeln der EU untergeordnet. Die Initiative einer „europäischen Säule sozialer Rechte“ machte die soziale Dimension der EU zwar zum Thema, leitete jedoch keinen grundlegenden Kurswechsel ein.

Die Analysen dieses Sammelbands spannen einen weiten Bogen, der von der Wirtschaftspolitik der Eurozone und ihren geschlechterpolitischen Implikationen über Lohnentwicklung, Jugendarbeitslosigkeit und atypische Beschäftigung bis hin zu Lohn- und Sozialdumping, Armut und Fragen der Steuergerechtigkeit reicht.

Kostenloser Download unter E-Medien der Arbeiterkammern:

wien.arbeiterkammer.at/soziales-europa

BESTELLUNG IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21





MARIE JAHODA

Lebensgeschichtliche Protokolle der arbeitenden Klassen 1850–1930. Dissertation 1932

Herausgegeben von Johann Bacher,
Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler
(Innsbruck/StudienVerlag)

Die Publikation enthält die unveröffentlichte Dissertation der österreichischen Sozialforscherin und Sozialpsychologin Marie Jahoda (1907–2001) aus dem Jahr 1932.

Die Arbeit beruht empirisch auf 52 Protokollen aus lebensgeschichtlichen Interviews mit Frauen und Männern, die um 1850 geboren sind. Damit wird erstmals eine einzigartige Datenquelle erschlossen und der Öffentlichkeit präsentiert, in der sich die Lebenswelt ‚einfacher‘ Menschen unter den Bedingungen raschen sozialen und politischen Wandels zwischen dem ausgehenden 19. und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts spiegelt. Sozial gehören die Befragten unterschiedlichen Gruppen der Arbeiterschaft an, den Gewerbetreibenden, den Arbeitern in Handwerk oder Industrie oder – insbesondere die Frauen unter den Befragten – der Hausdienerschaft. Die Lebensgeschichten machen Arbeitsverhältnisse, räumliche und soziale Mobilität, Geschlechterbeziehungen, Familienwelten, glückliche und unglückliche Zeiten dieser historischen Periode nachvollziehbar.

Der historische Text wird in drei unterschiedliche Kontexte eingebettet:

Meinrad Ziegler erläutert die theoretischen und historischen Hintergründe der Entstehung der Dissertation. Sie wurde am Psychologischen Institut der Universität Wien bei der Entwicklungspsychologin Charlotte Bühler im Rahmen des Forschungsprogramms zur Lebenspsychologie eingereicht.

Josef Ehmer entwickelt einen Rahmen für das empirische Material und skizziert Sozialstruktur, Arbeits- und Lebensverhältnisse in Wien zwischen 1850 und 1930.

Christian Fleck entwirft ein ausführliches Porträt über Leben und Werk von Marie Jahoda und verortet sie in den Sozialwissenschaften des 20. Jahrhunderts.

„Es ist das Verdienst dieses Buches eine bedeutende Sozialwissenschaftlerin in Erinnerung zu rufen, deren Leben und wissenschaftliches Werk in einzigartiger – und teilweise schmerzlicher – Weise die politische Geschichte Österreichs widerspiegelt.“ (Helga Nowotny)

392 Seiten, fest gebunden, viele Abbildungen, ISBN 978-3-7065-5567-8
Bestellungen unter www.studienverlag.at oder in Ihrer Buchhandlung
Mehr zu Marie Jahoda: www.mariejahoda.at Mehr zum Buch: www.transblick.com

Wirtschaft&Umwelt

ZEITSCHRIFT FÜR UMWELTPOLITIK UND NACHHALTIGKEIT



Wir schreiben, was Menschen & Umwelt bewegt. In der Politik. Im Betrieb. Im Leben. Alle drei Monate neu.

Ein Jahr Wirtschaft & Umwelt kostet € 7,20.

Für AK-Mitglieder ist die Zeitschrift kostenlos.

Rufen Sie an. Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeheft

01/50165-2404

www.wirtschaftundumwelt.at

